REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 422 · 21.1.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Nimm 2!
2. Alive and kicking: Erwerbslose wollen Rot-Grün vors Schienbein treten - BAG Erwerbslose
3. Bullenprovokation gegen Liebknecht-Luxemburg- Demo am 11.1.1999 in Berlin
4. Fundamentalistische Fiktionen. Menschenrechtsideal und patriarchale Wirklichkeiten - Stefanie Gräfe
5. Von wegen wirre Einzeltäter! Der Anschlag auf Heinz Galinskis Grab zeigt eine neue Qualität antisemitischer Gewalt - mb.
6. Nur für Deutsche. Schäubles Schicksalsgemeinschaft - die Ideologie zur Kampagne - Js.
7. Opfer, Täter, Anstifter. Keine Versöhnung in der Walser-Bubis-Kontroverse - Js.
8. Satte Mehrheit für den Schlußstrich - Js.
9. Krieg gegen die halbe Welt. Die Operation "Wüstenfuchs" galt nicht nur dem Irak - Js.
10. Gipfelstürmer bereiten sich vor! - EU-Gipfel in Köln
11. Ein Jahr "Wanderkirchenasyl". Der Kampf geht weiter! - jh, kölner netzwerk
12. Land in Sicht. Große Manifestation in Köln - kölner netzwerk
13. Die Ökonomie des Codes. Gen-Ressourcen der gesamten Bevölkerung Islands wurde vermarktet - Erika Feyerabend
14. Brutus und der Diktator. Machtkampf bei den französischen Neofaschisten - Bernhard Schmid
15. Die kubanische Revolution wird 40! Rätsel mit Begriffen aus der Geschichte der Jubilarin
16. Havarien in stürmischer See. Vor vierzig Jahren floh Batista - efa
17. Der Schauplatz wechselt, die Opfer bleiben - Werner Lamottke
18. Das Steinchen im Schuh der Mächtigen. EZLN feiert den fünften Jahrestag ihres Aufstandes - Anne Huffschmid
19. Bergbau - Umweltzerstörung - Gewalt. Ein Buch über die Ursachen des Krieges auf Bougainville - Angela Martin
20. Von Trotzki lernen?! Gespräch mit Helmut Dahmer über die Linke Opposition gegen den Stalinismus
21. Sofort ist später (zu den Atomkonsens- Gesprächen) - DSe
22. Läßt Trittin neue Atomanlage zu? Genehmigungsverfahren für PKA vor dem Abschluß - Torsten, BI Lüchow-Dannenberg
23. Anti-AKW-Bewegung muß Widerstand neu ausrichten - Jochen Stay
24. Hat die Anti-AKW-Bewegung eine Zukunft? Autonome in der Anti-AKW-Bewegung - Fritz Storim
25. "Gefährliche Klassen" - "gefährliche Orte". Die Stadt als Kriegsschauplatz - Jan Wehrheim
26. "Damals machte das noch Spaß." 30 Jahre politische Betriebsarbeit in der Chemieindustrie. Interview
27. Fetisch Arbeit und Gewerkschaftslinke. Anmerkungen zum neuen "Bündnis für Arbeit" - Mag Wompel
28. Von Schlangen und Kanninchen. Globalisierung und Gender - eine Rezension - efa
29. München-Frankfurt-Kurdistan. Lebensstationen der Andrea Wolf (aus "so oder so")
30. Münchner Aufruf für eine Untersuchungs- Kommission zum Tod von Andrea Wolf
31. Die Mitte spricht rechts. Über den rechten Diskurs in der Gesellschaft - Margret und Siegfried Jäger
32. Opitz' Nachlaß - BdWi-Verlag
33. Zweimal Taibo Zwei - Albert Sterr
34. Von deutscher Nationaldichtung. Goethes "Faust" - Begleiter zwischen Verdun und Stalingrad - Js.
35. Antideutsche unter sich. konkret als "linksdeutsche Burschenschaft" geoutet - dk.
36. "Du spreche doitsch?"
37. Neuer Service per EMail!
38. Quelldatei 34.htm
39. Quelldatei 35.htm
40. Le Pen gegen Rassisten

41. Quelldatei sp990113.htm
42. Die Hälfte haben wir schon
43. Atom-Widerstand sucht neue Wege ...
44. Raum-Ordnung

1. Nimm 2!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/aufm.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:aufm

Pack schlägt sich, Pack verträgt sich - das scheint sich zum Auftakt der CDU/CSU-Unterschriftenaktion gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts erneut zu bewahrheiten. Neben dem Stand der CDU in der Wiesbadener Innenstadt, an dem der CDU-Spitzenkandidat für die hessischen Landtagswahlen, Roland Koch, medienwirksam die erste Unterschrift leistet, sammeln auch die "Republikaner" Unterschriften. Der Zuspruch sei rege, lassen sie gut gelaunt wissen.

"Ein zündendes Thema" sei die Unterschriftenkampa-gne, begeistert sich Michael Glos, der Chef der Bonner CSU-Landesgruppe. Es störe ihn nicht, Zustimmung von Leuten zu bekommen, die bewiesen haben, daß sie das "Ausländerproblem" auf "zündende" Weise zu lösen bereit sind. NPD, DVU und "Republikaner" begrüßen die Unterschriftensammlung der Union und empfehlen ihren Mitgliedern, sich daran aktiv zu beteiligen. "Wenn es auch andere Leute gibt auf der rechten Seite, die hier der gleichen Meinung sind wie wir", so Glos, "brauchen wir unsere Meinung noch lange nicht zu ändern."

Die Schützenhilfe ist willkommen - schließlich will man "Überfremdung" verhindern: Doppelte Staatsbürgerschaft bedrohe nicht nur die innere Sicherheit, sondern verhindere auch die Integration der ausländischen Mitbürger. "Der Ausländer" soll sich entscheiden, welchen Herren er dienen will. Besitzer mehrerer Pässe aber seien Privilegierte, die sich die jeweils damit verbundenen Rosinen herauspicken würden. Doppelte Staatsbürgerschaft - für die CDU/CSU ist das ein Synonym für ein Durchein- ander von Loyalitäten, Kulturen, Religionen und Rechten. In Zukunft, prophezeit die Union, werde das so friedliche Deutschland zum Schauplatz politischer Konflikte, die aus den Herkunftsländern der Neubürger importiert würden.

Wie in der Asylkampagne Anfang der neunziger Jahre spielt die Union mit dem Feuer. Um eine ernsthafte Diskussion über die Frage, wie die hier lebenden Nicht-Deutschen in die Gesellschaft integriert werden können, geht es ihr bei der gegenwärtigen Kampagne nicht. Da wird gelogen, zurechtgebogen und gehetzt. Schon heute besitzen zwei Millionen Bundesdeutsche mehr als einen Paß. Bisher hat das nicht dazu geführt, daß in den Straßen der Republik Bürgerkrieg herrscht. Und bei den Aussiedlern war und ist es

der Union

egal, daß die mei-

sten von ihnen die

Staatsbürgerschaft ihres

Herkunftslandes behalten - sie sind schließlich "Deutsche".

Hier offenbart sich auch das wahre Ziel der CDU-Kampagne. Es geht (in erster Linie) gar nicht um die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft. Es geht vielmehr darum, eine generelle Erleichterung der Einbürgerung zu verhindern. Nicht nur in der Union herrscht die Meinung vor, daß die Staatsbürgerschaft eine Eigenschaft eines Menschen sei und die Nation eine "Schicksalsgemein-schaft". Gegen dieses ethnisch-völkische Konzept des Nationalstaats zielen im Endeffekt die rot-grünen Reformpläne. Bedeuten sie doch die Ergänzung des Abstammungsprinzips durch das Territorialprinzip, wonach Staatsbürger ist, wer auf dem Boden des Staates geboren ist bzw. dauerhaft auf ihm lebt. Die Reform bedeutet einen Bruch mit dem ideologischen Konzept des "Deutschseins", das immer noch die Grundlage dieses Staates und das Selbstverständnis von Millionen von "Deutschen" ist. Mit dieser Reform wird de facto akzeptiert, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Zu kritisieren sind die Ausschlußgründe, die in die Reformpläne der Bundesregierung aufgenommen sind.

Seite 4

2. Alive and kicking: Erwerbslose wollen Rot-Grün vors Schienbein treten

Autor: BAG Erwerbslose · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:30

Auf ihrem Bundestreffen vom 8.-10. Januar 1999 in Bad Bevensen hat die Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen (BAG-Erwerbslose) eine Fortführung und Zuspitzung der Erwerbslosenproteste des vergangenen Jahres beschlossen. Im folgenden wird die Kampagnen-Konzeption vorgestellt, wie sie in Bad Bevensen verabschiedet worden ist.

Voraussetzung einer Kampagne in diesem Jahr ist die gemeinsame Einschätzung, daß die neue Regierung auch nach hundert Tagen keine wirklichen Verbesserungen für die Lage der Erwerbslosen, Armen und Ausgegrenzten bewirken will oder kann. Das Wenigste, was wir erwarten würden, ist die Rücknahme der jüngsten Kürzungen und Schikanen - aber auch dafür gibt es keine ernsthaften Anzeichen. Nach all den vollmundigen Ankündigungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es eine gesellschaftliche und öffentliche Berechtigung dafür, daß die Betroffenen für eine sofortige Verbesserung ihrer Lebenssituation einen schärferen Ton anschlagen.

Die Kampagne soll an die Aktionstage des vergangenen Jahres anknüpfen, sie fortsetzen und zuspitzen. Die Zuspitzung kann erreicht werden durch bundesweit einheitliche Forderungen und bundesweit gleichzeitig stattfindende Aktionen. Das Ziel ist, mit den Aktionen so viel (öffentlichen) Druck zu erzeugen, daß die Forderungen tatsächlich erfüllt werden. Die Aussicht auf den Erfolg der Kampagne, auf die Erfüllung der Forderungen, kann vielleicht noch einmal mehr Menschen zur aktiven Beteiligung bewegen. Nur wenn in vielen Städten Hunderte von Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung Betroffene gleichzeitig auf die Straße gehen, einheitlich dieselben Forderungen aufstellen und diesen mit gleichzeitigen und abgestimmten Aktionen Nachdruck verleihen, kann eine neue Qualität von Gegen-Macht entwickelt werden.

Die Einheitlichkeit und Entschlossenheit einer solchen Bewegung wäre auch durch die Medien und die Öffentlichkeit nicht so leicht zu ignorieren und zu spalten. Es könnte ausreichend Druck auf die Regierungsparteien ausgeübt werden, um sie zum Handeln und Verhandeln zu zwingen. Jede Verhandlung über die Forderungen mit uns Betroffenen selbst wäre ein erster tatsächlicher Erfolg. Es ist klar, daß eine solche Kampagne nur in Kooperation mit allen bundesweiten Zusammenschlüssen der Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten erfolgreich sein kann. Darüber müßte verhandelt werden. Vor allem eine Zusammenarbeit mit den Sozialhilfeinitiativen wäre gut - deshalb auch die Forderung zum Kindergeld!

Die Forderungen

Für den Charakter der Kampagne ist entscheidend, daß ihre Forderungen tatsächlich erfüllbar sind. Sie sollen ein erster Schritt, vor allem ein Erfolg werden, der Mut und Entschlossenheit macht, an den nächsten Zielen weiterzuarbeiten. Auch wenn wir uns für diese Kampagne auf kurzfristige erfüllbare Forderungen konzentrieren, so werden wir doch die Forderungen nach Existenzgeld, radikaler Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit und Einkommen nicht aus den Augen verlieren!

Wir fordern:

- 300 DM Sofort-Ausgleich für gestiegene Kosten!

- Keine Anrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe!

- Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen im SGB III - insbesondere

- der Meldekontrolle,

- des Bewerbungszwangs,

- der Auflösung des Berufsschutzes,

- der jährlich dreiprozentigen Kürzung der Arbeitslosenhilfe!

- Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz!

Die Aktionsformen

Die Aktionsformen sollen eine neue Qualität durch Zuspitzung und Vereinheitlichung gewinnen. In drei oder vier abgestimmten Schritten soll auf einen Höhepunkt mit Ultimatum zugesteuert werden. Die gesamte Kampagne sollte über zwei Monate laufen. Alle Schritte sollen öffentlich angekündigt und diskutiert werden.

1. Die lokalen SPD-Parteibüros werden bundesweit gleichzeitig auf drei bis vier Stunden befristet besetzt. Die Forderungen und die Kampagne werden bekanntgegeben. Solidarität der SPD-Ortsvereine und Bündnis/Grüne-Ortsverbände wird eingeklagt: Auch sie sollen Druck für die Verwirklichung der Forderungen auf ihre Bundesspitzen ausüben.

2. Lokale Arbeitsämter (alternativ als "Robin Soz"-Aktion: die Bundesanstalt für Arbeit) oder Sozialämter werden über Nacht besetzt. Das Arbeitsamt ist die "Fabrik" der Arbeitslosen. Die Arbeitsämter setzen das SGB III mit einigen Entscheidungsspielräumen um. Lokale Besonderheiten können zusätzlich zu den Forderungen der Kampagne aufgegriffen werden, weitere Betroffene sollen zur aktiven Teilnahme gewonnen werden. Die Kampagne wird weiter publik gemacht.

3. (Diesen Schritt können wir auch auslassen) Die lokalen SPD-Büros werden bundesweit gleichzeitig über Nacht befristet besetzt. Die Forderungen werden bekräftigt, Solidarität wird eingeklagt.

4. Die lokalen SPD-Büros werden bundesweit gleichzeitig unbefristet besetzt. Wir bestimmen eine Delegation für die Verhandlungen mit den Parteispitzen. Wir bleiben solange, bis es eine Zusage zur Erfüllung unserer Forderungen gibt.

Zur genaueren Abstimmung und Planung der Kampagne lädt die BAG-Erwerbslose zu einem weiteren Treffen am Samstag, den 27. Februar 1999 von 11-17 Uhr nach Kassel ein. Tagungsort ist die Gesamtschule Kassel, Projekt Sozialberatung, FB 04/Gesamthochschule Kassel, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel. Aus organisatorischen und finanziellen Gründen muß die Beteiligung an diesem Treffen auf 1-2 VertreterInnen der jeweiligen Organisation/Initiative beschränkt werden. Reisekosten können nicht erstattet werden, die Verpflegung kostet 5 DM/Person. Anmeldung müssen bis zum 15. Februar bei der obigen Adresse eingegangen sein.

3. Bullenprovokation gegen Liebknecht-Luxemburg-Demo am 11.1.1999 in Berlin

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:38

Am 11.1. zogen wie seit Jahren schon über 100.000 Menschen zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichshain, um so der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor 80 Jahren zu gedenken.

Auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, an der 10.000 bis 15.000 Menschen teilnahmen, kam es zu massiven Übergriffen der Polizei. "Bei einem von mir selbst beobachteten Vorfall", so der Berliner PDS-Abgeordnete Freke Over, "rief ein Gruppenführer: ‚So, Jungs, jetzt noch mal durch`, worauf sich etwa 10 Beamte durch die Demonstration prügelten." Besonders ausländische Gruppen waren das Ziel der Bullen-Provokationen. Das Tragen von Sonnenbrillen und Schals wurde ebenso zum Vorwand für massive Knüppeleinsätze genommen wie das Schwenken von ERNK-Fahnen.

Schon in den vergangenen Jahren war die Demonstration das Ziel von Provokationen und Rangeleien der Polizei. Eine Intensität wie in diesem Jahr hatten sie jedoch nie erreicht. Foto: G. Welters

4. Fundamentalistische Fiktionen. Menschenrechtsideal und patriarchale Wirklichkeiten

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Frauen; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:15

Die Idee vom angeborenen Menschenrecht ist gut gemeint und angelegt, nur leider sehr mangelhaft verwirklicht. So oder ähnlich lautet der Tenor der meisten Kommentare zum 50jährigen Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. In ak 419 hatte Monika Hoffmann die sexistischen und rassistischen Auslassungen in der Charta der Vereinten Nationen benannt und die Diskussionen darum auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 reflektiert. Der Geburtstag der UNO-Menschenrechtserklärung im Dezember ist Anlaß für die erneute Thematisierung der Frage, ob Menschenrechte wirklich Frauenrechte sind, wie es uns der Titel der Pekinger Konferenz Glauben machen wollte - oder ob die Frage möglicherweise bereits falsch gestellt ist.

Auch innerhalb der Linken wird oft und manchmal fast zwanghaft die Treue am Konzept der Verrechtlichung personeller Freiheit bekräftigt. Man will nicht den Verdacht erwecken, auf der Seite der Irrationalität oder gar des Antihumanen zu stehen. Wohl wird hier und da mal festgestellt, daß die Erklärung wohl nicht umfassend genug sei. Soziale Rechte, Frauenrechte, Rechte von "Staatenlosen" usw. würden nicht genug berücksichtigt und müßten in die Grundrechtskonzeption eingearbeitet werden. Aber es gibt stichhaltige Gründe für die Annahme, daß der brutale Riß zwischen Anspruch und Realität der Menschenrechtsidee über einen Zeitraum von inzwischen mehr als zweihundert Jahren nicht der unvollständigen Konzeption, der miserablen Umsetzung oder allein dem verbrecherischen Charakter der herrschenden Klasse geschuldet ist. Denn dieser Riß ist systematisch in jener Logik angelegt, die dem Menschenrechtskonzept zugrundeliegt. Diese Logik einer gründlichen Kritik unterzogen zu haben, ist vor allem das Verdienst feministischer Beschäftigung mit dem Thema. Eingebettet in die Auseinandersetzung um Gleichheit und Differenz stell(t)en FeministInnen das Menschenrechtskonzept in zweierlei Hinsicht in Frage: "Universalismus" und "bürgerlicher Subjektbegriff" sind Zielpunkte dieser Kritik, die wiederum selbst Gefahr läuft, sich in der kritisierten Logik zu verfangen.

Ewig, hehr, freischwebend

Die Erklärung der Menschenrechte vor 50 Jahren durch die UNO steht in der Tradition der Menschenrechtsdeklarationen, wie sie mit der Virginia Bill of Rights und wenig später mit der Deklaration der Menschenrechte im Zuge der Französischen Revolution hervorgebracht worden sind. Nach 1945 kamen antitotalitäre und antikoloniale Erweiterungen hinzu sowie die - bedeutungslos gebliebenen - punktuellen Ergänzungen um soziale Aspekte. "Eigentum" und "Familie" bleiben schützenswertes Gut bzw. schützenswerter Raum, was die "gutgemeinten" sozialen Erweiterungen ebenso konterkariert wie der formulierte Rechtsanspruch auf Gleichheit unabhängig vom Geschlecht. Eben weil die den Menschenrechtsdeklarationen zugrundeliegenden Normen der Epoche der Aufklärung entstammen - ebenso wie die "Mitgiften" dieser Normen, die wiederum häufig im Gewand ahistorischer, essentieller Fakten daherkommen -, lohnt es sich, danach zu fragen, in welchem ideologischen Kontext sie historisch entstanden sind.

Im Diskurs der Aufklärung basiert die Vision vom universell gültigen und individuell zugeschriebenen Menschenrecht auf der Idee des einzelnen, vernunftbegabten Individuums. Dieses autonome Subjekt erhebt sich mittels der Vernunft aus dem barbarischen Naturzustand und beansprucht sein "Recht", dessen Garant der bürgerliche Staat ist. Dieses ursprünglich autonome Individuum wird sozusagen erst im nachhinein vergesellschaftet. Es existiert jenseits von Geschichte und Gesellschaft. Diese Illusion der ursprünglichen Autonomie negiert die real existierenden materiellen, sozialen und leiblichen Abhängigkeiten, denen Menschen nun einmal unterworfen sind, und projiziert sie auf das "Andere", z.B. auf "die Frau". Die wiederum wird dann sozusagen zum Gegenteil der Vernunft, ist ganz Biologie und Körper und Reproduktion. Der Mann ohne Unterleib und ohne Verbindung zum Kollektiv ist das Rechtssubjekt, mit dessen Hilfe sich das voraufklärerische Naturrecht zum Staatsbürgerrecht erhebt.

Diese Emanzipation von der Natur geht aber direkt mit neuen Naturalisierungen einher: Das Natur(un)recht bleibt in verdeckter Form bestehen. Das Menschenrecht, die juristische Ausbuchstabierung des Selbstbestimmungsideals, gilt nämlich keineswegs für alle Menschen. Gedacht sind die Bürgerrechte vor allem

für das besitzende Individuum, das ungehindert seinen wirtschaftlichen Interessen nachgehen will (was übrigens keine sonderlich neue linke Kritik am bürgerlichen Rechtsideal ist; umso erstaunlicher ist, daß sie im Rahmen der gegenwärtigen feierlichen Betroffenheit so selten erinnert wird). Aber die behauptete Allgemeinheit meint nicht nur das besitzende, sondern auch das männliche Individuum. Die marxistische Analyse, wonach Menschenrechte Idealismus bleiben müssen, solange formell gleiche Rechte in der Sphäre politischer Produktionsverhältnisse ergänzt werden durch die strukturell ungleichen ökonomischen Produktionsverhältnisse (Narr, S. 22), läßt sich ebenso auf die Geschlechterverhältnisse übertragen. Bis heute geht die gesetzliche Gleichstellung von Männern und Frauen problemlos mit der geschlechtsdifferenzierenden Aufteilung des Arbeitsmarktes und der Zuweisung von Frauen in die Reproduktionssphäre zusammen. Der historische Hintergrund für diesen Prozeß ist bekanntlich die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in der Industrialisierung.

Aber nicht nur. In der Geburtsphase des Menschenrechts kommt noch eine eigentümliche Besonderheit hinzu: Die Erfindung der "Geschlechtscharaktere", die quasi die wissenschaftliche Absicherung des Ausschlusses von Frauen aus der öffentlichen Sphäre garantiert. Demnach sind Frauen aufgrund ihrer biologischen Determiniertheit "anders", woraus wiederum folgt, daß dieses allgemein-menschliche und selbstbestimmte Vernunftwesen nicht "weiblich" sein kann. Das historisch Neue an dieser Setzung ist dabei nicht die Verbindung Natur-Frau, sondern die Verbindung Biologie-Geschlechtscharakter. Diese Verbindung etablierte sich im wissenschaftlichen Diskurs in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und wurde zur Grundlage für die Trennung von Erwerbs- und Privatsphäre (vgl. Hausen). Frauen werden auf die ihnen zugewiesene Sphäre festgelegt und darin erhöht. Zwar leisten sie gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit, die wiederum erst die Voraussetzungen für die Autonomie des männlichen Subjektes liefert. Sie wird aber als natürliche Bestimmung deklariert und damit unsichtbar gemacht.

Daß sogenannte "frauenspezifische Problematiken" wie private Gewalt, Verfolgung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit etc. bis heute nur auf der Ebene allgemeiner Lippenbekenntnisse, nicht aber in den konkreten Ausformulierungen in westliche Grundrechtskataloge eingegangen sind, ist also aus historischer Perspektive ebensowenig Zufall wie die Vernachlässigung sozialer Rechte. Denn die Gewalt in der Reproduktionssphäre betrifft eben nicht das autonome Rechtssubjekt, sondern sein "naturalisiertes Anderes". Damit soll nicht geleugnet werden, daß im Anschluß an die französische Revolution je nach Klassenzugehörigkeit auch Männer faktisch aus den Menschen- und Bürgerrechten ausgeschlossen waren. Doch war - wenigstens formal - jeder Mann als freier und gleicher Mensch und Bürger anerkannt. Männer verfügten zumindest theoretisch über die Möglichkeit, ihre soziale Position zu verbessern und die politische und rechtliche Gleichstellung auch de facto zu erlangen. Für Frauen aller Klassen hingegen war der Ausschluß - im Unterschied zum Feudalismus - von nun an prinzipiell. Einzige Möglichkeit der Integration als gleichberechtigte Rechtssubjekte war in der Konsequenz, das Geschlecht zu wechseln.

Den mit der Proklamierung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte neu entstandenen Legitimationsbedarf zu decken, wurde zentrale Aufgabe der modernen Wissenschaften. Sie erklärten, warum, wenn eigentlich alle gleich sind, einige eben doch ganz anders sind. Patriarchale Geschlechterverhältnisse konnten nur bestehen bleiben, wenn Frauen eine fundamentale und qualitative Differenz nachgewiesen wurde - eine Aufgabe, die vor allem die Biologie (später in Kooperation mit Psychologie) übernahm - und bis heute immer wieder erfüllt. Diese machtstrategischen Verfahren wiederum tarnten sich als "objektive Erkenntnisse". Und so konnte das Ideal der Gleichheit als scheinbar angeborenes Grundrecht aller Individuen problemlos neben der brutalen Ausschaltung von Frauen aus dem öffentlichen Leben existieren. Eine konkrete Konsequenz war zum Beispiel, daß der Versuch der französischen Frauenrechtlerin Olympe de Gouge, die Menschenrechte auch für Frauen auszurufen, mit der Guillotine beantwortet wurde.

Entscheidend ist aber hier ein Zusammenhang, der auch von Feministinnen bisweilen vergessen wird: Am Wendepunkt zur Moderne taucht nicht nur die - häufig fälschlicherweise als vormodern eingestufte - systematische gesellschaftliche Abwertung und Ausgrenzung aller Frauen neu auf, sondern auch die biologisch begründete Zweigeschlechtlichkeit. Der politische Diskurs der Gleichheit und der alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehende Diskurs der Geschlechterdifferenz entstehen im selben historischen Moment und sind über die Logik des modernen Subjektbegriffs direkt miteinander verknüpft. Hieß Mannsein oder Frausein vor der Aufklärung vor allem, einen sozialen Rang zu haben und eine kulturelle Rolle wahrzunehmen, hieß es von nun an, die eine oder andere zweier organisch unvergleichlicher Ausprägungen

des Sexus zu sein (Laqueur, S. 20). Die durchschlagenden Wirkungen dieses aufklärerischen Essentialismus sind bis heute spürbar, und zwar immer dann, wenn - auch in der Frauenbewegung - eine "weibliche Identität" beschworen wird, die auf einer wesenhaften Andersartigkeit gegenüber "dem Mann" basiert. Die überhistorische Aura universalistischer Normen verdeckt dabei, daß Normen veränderbare gesellschaftlich-kulturelle Erfindungen sind und nichts Ewiges, Hehres, über alle menschliche Beschränktheit Schwebendes (Maihofer, S. 155).

Der Universalismus verdeckt zudem den herrschaftsstabilisierenden Charakter moderner Rechtsnormen, die insbesondere hinter der Maske "Menschenrecht" nicht leicht zu identifizieren sind. Geht man von einer "Strategie" der Maskierung aus, dann läßt sich erklären, warum sich die Menschenrechtsidee bis heute politisch so problemlos instrumentalisieren läßt. Das, was eben noch als unverbrüchliches Fundament der Demokratie galt, wird im nächsten Moment je nach Machtinteresse politisch beliebig verschoben. Denn es gibt keine real existierende Grundlage, auf die die Vision vom universellen Menschenrecht zurückgreift. Die Basis der Universalität ist nicht mehr und nicht weniger als eine "fundierende/fundamentalistische Fiktion" (Butler, S. 18). Und die konkrete Umsetzung dieser Fiktion im gesellschaftlichen Alltag zeigt, daß die in der Aufklärung erfundenen Ausschlüsse (1), auch wenn sich die Formulierungen in den Deklarationen geändert haben, bis heute wirksam sind.

Maskierte Strategien

Natürlich begibt sich eine prinzipielle Kritik in bestimmte Gefahren. Die erste liegt auf der konkreten politischen Ebene und besteht darin, die Notwendigkeit von Abwehrkämpfen, die sich taktisch auf die Menschenrechtsnorm beziehen, innerhalb des bestehenden politischen Systems abzustreiten. Dieser taktische Bezug ist unumgänglich, weil sich diese Norm so sehr in die politischen Verhältnisse eingeschrieben hat, daß sie oft die einzige Sprache ist, die verstanden wird. Die Gefahr der totalen Negierung scheint mir allerdings angesichts der realen Praktiken sozialer Bewegungen und linker Politikansätze auch nicht besonders groß zu sein. Schwerwiegender sind andere Gefahren: Etwa die, zu übersehen, daß jede weitere Einbeziehung des Ausgegrenzten potentiell neue Ausschlüsse produziert; z.B. wenn darauf verwiesen wird, daß Frauen gleichberechtigte Staatsbürger sind oder sein sollen (vgl. Maihofer, S. 172) und übersehen wird, daß in der Konzeption des Staatsbürgers für Flüchtlinge und Illegalisierte kein Platz ist. Oder beispielsweise, indem Frauen das Recht auf Gesundheit und Selbstbestimmung im Zusammenhang mit Pränataldiagnostik und Reproduktionstechnologien einfordern und die zunehmende Ausgrenzung von behinderten Lebensformen, die mit diesen Technologien einhergeht, nicht reflektieren.

Zu fordern, Rechtsnormen den "spezifischen Erfahrungen von Frauen" anzupassen und entsprechend zu erweitern, birgt immer die Gefahr der erneuten Festigung der patriarchalen Zuschreibung "Frau". Wenn davon auszugehen ist, daß "die Frau", die aus der öffentlichen Sphäre ausgegrenzt wird, die bestimmte Gewalterfahrungen macht oder davon bedroht ist, die an gesellschaftlicher Macht nicht partizipiert etc. etc., das Produkt und nicht die Bedingung moderner Gleichheitsideale ist, ist eine Zementierung der Besonderheit "Frau" politisch fragwürdig. (2) Insofern drehen Argumentationen, die einfordern, die konkreten historischen und "geschlechtlichen Voraussetzungen" (Narr) in die Konzeption des Rechtssubjektes einzubeziehen, aus dem Zirkelschluß der beschriebenen Denkweisen nicht heraus. Auch ist es wenig reizvoll, die patriarchal-kapitalistischen, Fiktion "autonomes Subjekt" durch die patriarchal-marxistische Fiktion "Gattungswesen" zu ersetzen, denn Normalisierungspraxen in Bezug auf die Konstruktionen "Rasse", "Geschlecht" etc. sind auch nach Abschaffung von Privateigentum und "trennendem Egoismus" problemlos denkbar.

Kurz: Innerhalb der Grenzen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung kann der Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte eine prinzipiell kurzfristige und taktische Funktion haben. Geht es um die Überschreitung dieser Grenzen, geht es zugleich um die Demontage der Logik der herrschenden Vernunft.

Stefanie Gräfe

Anmerkung:

1) Diese Ausschlüsse betrafen und betreffen nicht nur Frauen, sondern laufen z.B. auch entlang rassistischer Trennungslinien oder, allgemeiner, entlang der Grenze zwischen "normal" und "abweichend". Gemeinsam ist

all diesen modernen Ausschlußverfahren, daß sie mit essentialistischen Begründungen arbeiten; die Wissenschaft, die gegenwärtig "Pionierarbeit" für die Beweisverfahren leistet, ist die Genetik.

2) Natürlich gehören zu diesem besonderen "Produktionsprozeß" noch eine Reihe anderer Faktoren; gleichwohl ist das aufklärerische Gleichheitsideal historisch konstitutiv für den gesellschaftlichen Ausschluß von Frauen.

Literatur:

Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M. 1991

Hausen, Karin: Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Rosenbaum (Hg.): Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Frankfurt/M. 1978

Laqueur, Thomas: Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. Frankfurt/M. New York 1992

Maihofer, Andrea: Geschlecht als Existenzweise, Frankfurt/M. 1995, S. 109-173

Wolf-Dieter Narr: Die behauptete Allgemeinheit. Menschenrechte in Geschichte und Gegenwart. In: blätter des informationszentrums 3.welt iz3w, Heft 232, Oktober 1998

Scheich, Elvira: Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften, Pfaffenweiler 1993, S. 41-62

5. Von wegen wirre Einzeltäter! Der Anschlag auf Heinz Galinskis Grab zeigt eine neue Qualität antisemitischer Gewalt

Anschlag auf Galinskis Grab - neue Qualität antisemitischer Gewalt

Autor: mb. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:12

Am Abend des 19. Dezember 1998 explodierte auf dem jüdischen Friedhof Heerstraße im Berliner Bezirk Charlottenburg ein Sprengsatz. Die Bombe zerstörte das Grab des 1992 verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski. Der Anschlag macht erneut deutlich, was von jener "Normalität" zu halten ist, die in den letzten Wochen von vielen Seiten beschworen wurde.

Durch die selbstgefertigte Bombe wurde die in Form eines Buches gestaltete, 1,50m mal 1,50m große Grabplatte in vier Teile gesprengt. Nach Angaben des Staatsschutzes bestand der Sprengsatz aus einer Gasflasche, in deren Stahlkappe der Sprengstoff gefüllt war. Durch diese Konstruktion wurde die Wirkung der Detonation so verstärkt, daß Metallteile noch in einem Umkreis von 40 Metern gefunden wurden; es hätten also auch Menschen zu Schaden kommen können.

Vier Tage nach der Grabschändung tauchte ein Bekennerschrieben auf: Die Bombenleger seien "nicht rechtsradikal, im Gegenteil", man hätte nur gegen die Umbenennung der Schulstraße in Berlin-Wedding in Heinz-Galinski-Straße protestieren wollen. (Berliner Zeitung, 24.12.) Nach Auffassung der Berliner Polizei und Justiz ist dieses Schreiben allerdings nicht echt.

Schon vor knapp drei Monaten, am 28. September, war es zu einem Anschlag auf das Grab Heinz Galinskis gekommen. Damals wurde aus der steinernen Grabumfassung ein Stück weggesprengt, die nach jüdischer Tradition auf dem Grab befindlichen Kieselsteine wurden weggeschleudert. In den vergangenen 18 Monaten wurden insgesamt zehnmal Gräber auf den fünf jüdischen Friedhöfen in Berlin geschändet.

Wer hinter diesen Anschlägen steckt, ist nicht bekannt. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, leugnete der neue Berliner Innensenator Eckart Werthebach (CDU) wie gewohnt die Existenz einer rechten Terrorgruppe in Berlin oder der BRD. Gleichzeitig räumt er allerdings ein, er schließe nicht aus, daß hinter den Anschlägen eine Organisation stehe, "denn es ist ganz offensichtlich keine Spontan-Tat". (Die Welt, 22.12.)

Ermittelt wird nun wegen Hausfriedensbruch, Störung der Totenruhe, Sachbeschädigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion. (Berliner Zeitung, 22.12.) Die eingerichtete Sonderkommission wird von einem Rechtsextremismusexperten des Staatsschutzes geleitet. Im Rahmen der Ermittlungen will die Polizei auch prüfen, ob es Parallelen zu weiteren Anschlägen in Berlin und in anderen Bundesländern gibt.

In Berlin waren Ende 1997 zwei Neonazis der Kameradschaft Treptow wegen eines geplanten Bombenattentats auf ein PDS-Mitglied verhaftet worden. Zuvor hatten beide bereits mehrere Rohrbomben in einem Park gezündet. Konkrete polizeiliche Ermittlungen gab es gegen Detlef M., der wegen eines 1992 verübten Sprengstoffanschlages auf das Jüdische Mahnmal an der Putlitzbrücke in Berlin-Moabit bis zum Sommer 1998 eine fast sechsjährige Haftstrafe absaß. Er war kurzfristig festgenommen worden. Detlef M. gelte jedoch nicht als Tatverdächtiger für den Anschlag auf das Grab Heinz Galinskis, ließ die Staatsanwaltschaft mitteilen. Wieso, teilte sie nicht mit. Die Ermittlungen gegen ihn stünden im Zusammenhang mit der Explosion eines Koffers einen Tag vor der Grabschändung, der die Aufschrift "Auschwitz II/49" trug (eine Anspielung auf das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau); daneben stand der Namen des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. (taz Berlin, 5.1.)

Schändungen jüdischer Friedhöfe gehören seit Jahrzehnten zur Normalität in diesem Land. Nach Angaben Werthebachs gab es 1997 in Berlin 90 antisemitische Straftaten; bis zum Jahresende 1998 sei mit einer Steigerung von rund 20 % zu rechnen, da bis Oktober bereits ebenfalls 90 Straftaten zu verzeichnen waren.

Das Bombenattentat vom 19. Dezember markiert eine neue Qualität des (militanten) Antisemitismus. In der Jüdischen Gemeinde in Berlin macht sich Angst breit. Schließlich handelt es sich nicht nur etwa um Steinwürfe auf jüdische Einrichtungen oder Schmierereien an jüdischen Gräbern, sondern um einen Bombenanschlag.

Wer in diesem Zusammenhang immer noch von "wirren Einzeltätern" (Bundespräsident Herzog) redet, bedient sich des typischen Entlastungstopos: Rechte Gewalttäter sind in der Regel Einzeltäter, und ihre Taten sind Ausdruck einer "verrückten Gesinnung" (Herzog). Dabei zeigt das Attentat auf das Grab Galinskis, daß die Täter sehr genau die Wirkung ihrer Tat abgeschätzt haben. Sie haben den Anschlag wohlüberlegt geplant, sich ihr Ziel wohlüberlegt ausgesucht und das Attentat wohlüberlegt terminiert.

Der Anschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden soll die Mitglieder der Jüdischen Gemeinden in ganz Deutschland treffen. Den Hintergrund des Anschlags stellt die Diskussion der vergangenen Wochen um die Rede von Martin Walser dar, in deren Zentrum das Selbstverständnis einer "Nation" stand, die sich zunehmend für "normal" hält. Walser denunzierte diejenigen, die gegen Rassismus und Antisemitismus mahnend das Wort erheben, als "Meinungssoldaten". Mit der "Dauerpräsentation unserer Schande" und der "Routine des Beschuldigens" müsse Schluß gemacht werden.

Daß von jener "Normalität" keine Rede sein könnte, die in den letzten Wochen von manchen beschworen wurde, sollte durch den Anschlag eigentlich klar geworden sein. Aber weit gefehlt! Es blieb Galinskis Tochter Evelyn Hecht-Galinski vorbehalten, Offensichtliches in aller Deutlichkeit zu benennen: "Man muß Walsers Paulskirchen-Rede in die Schublade der neuen Offenheit legen, im Deutschland 1998, in dem es ‚normal` ist, daß jüdische Einrichtungen und Personen rund um die Uhr bewacht werden müssen. Auch das gehört zum ‚rechten` Klima, das erzeugt wird von Leuten wie Martin Walser. In diesem Klima werden Antisemiten ermutigt, Schandtaten - wie Grabschändungen - auszuführen." (FR, 31.12.)

mb., Berlin

6. Nur für Deutsche. Schäubles Schicksalsgemeinschaft - die Ideologie zur Kampagne

Autor: Js. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:19

Wieder einmal sprach der Spiegel aus, was viele dachten: "Kann er Kanzler sein?" Das war vor der Bundestagswahl und zielte auf Schäubles Behinderung. Nach dem Sieg von Rot-Grün stellt das selbe Blatt implizit die Frage, ob der Mann im Rollstuhl dem Job des Oppositionsführers gewachsen ist. Hat nicht vielmehr Stoiber das Heft in die Hand genommen, "trumpft als wahrer Oppositionsführer auf" und treibt so den nominell ersten Mann der Union vor sich her? Wir wissen nicht, wie die Vorsitzenden der beiden Christenparteien miteinander kommunizieren. Öffentlich zugängliche Äußerungen zeigen aber zur Genüge, daß der christdemokratische Extremismus in Sachen doppelte Staatsbürgerschaft mit Schäubles Weltbild voll im Einklang steht. (Daß er eine andere Ausdrucksweise bevorzugt als Stoiber, der hemmungslose Hetzer, ist davon unbenommen.)

Worte des Vorsitzenden Schäuble über die deutsche Nation als Schutz-, Schicksals- und Wertegemeinschaft, die Verantwortung des einzelnen seinem Volk gegenüber, das Gebot des Dienens:

"Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk."

"Die Nation ist das Band, das unser Gemeinwesen zusammenhält und Identität stiftet."

"Eine solche emotionale Bindung, das verinnerlichte Ethos einer stets zur Selbstbehauptung und Verteidigung der Freiheit bereiten Schicksalsgemeinschaft konnte nach dem Zweiten Weltkrieg natürlich nicht über Nacht heranreifen."

Die EU "bietet für die emotionale Bindewirkung, wie sie der nationale Zusammenhalt entfaltet, bis jetzt noch keinen ausreichenden Ersatz."

"Ein Land, das die hedonistische Selbstverwirklichung des einzelnen zum obersten Gut erhebt, hat seine Zukunft bereits hinter sich."

"Dienst an der Gemeinschaft beginnt in der Familie. Wer Kinder aufzieht oder pflegebedürftige Angehörige betreut, der dient. Wer in sozialen, Sport- und kulturellen Vereinen mitarbeitet, der dient. Wer sich in den oft zu billig gescholtenen politischen Parteien engagiert, der dient."

"Die hohen Sozialleistungen erzeugen nicht mehr Wärme, sondern mehr Kälte, weil sie auch den einzelnen von seiner Verantwortung scheinbar entlasten. Wir werden Wärme, Nähe und Solidarität nicht durch große anonyme Kollektive schaffen können, sondern durch mehr Verantwortung."

Das Mittel gegen die Egoismen in der Gesellschaft ist ein "Gemeinschaftsgefühl für die Familie, die Freunde, aber auch Dorf und Stadt, für die Heimat und das Vaterland".

"Zu den Lehren (unserer jüngsten Geschichte) gehört auch, das Nationale für die Stabilisierung von Demokratie, Freiheit und europäischer Einigung zu nutzen."

"Wenn eine große Zahl den Eindruck von Überwanderung und Überfremdung hat und sich das auch noch mit sozialen Problemen mischt, dann kann leicht Fremdenhaß entstehen."

Schäubles Idee der Schicksalsgemeinschaft sei eine "im Kern totalitäre Vision", schreibt Charlotte Wiedemann: "Schon der Begriff Gesellschaft kommt bei ihm nurmehr im Negativen vor; der soziologische Terminus assoziiert Gruppen, Schichten, Teile, kurz: Heterogenität. Er aber will eine ‚Schicksalsgemeinschaft`, die auch Volksgemeinschaft heißen könnte, wäre des Wort nicht ungut besetzt."

Wahrscheinlich hat Schäuble persönlich gar nichts gegen Ausländer. Nur als gleichberechtigte Mitglieder seiner nationalen Gemeinschaft will er sie nicht. Denn die basiert auf Dienst, Pflicht, Loyalität gegenüber der Obrigkeit - Werte, die selbst kulturell vorbelasteten deutschen Staatsbürgern (Stichwort "Sekundärtugenden") immer wieder neu und unter Mühen nahegebracht werden müssen.

Js.

Quellen: Wolfgang Schäuble: "Und der Zukunft zugewandt", Siedler Verlag, Berlin, 1994. Außerdem FAZ, FR, SZ, taz, Spiegel und Hamburger Abendblatt und vor allem die Aufsätze von Charlotte Wiedemann und Ernesto Schweitzer in dem immer noch lesenswerten Buch "Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?", Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 1994

7. Opfer, Täter, Anstifter. Keine Versöhnung in der Walser-Bubis-Kontroverse

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:07

Die Propagandisten deutscher "Normalität" haben es wahrscheinlich gar nicht gemerkt, daß ihre Lieblingszeitung, die FAZ, sie öffentlich Lügen strafte. Oder ist es "normal", wenn die Zeitung für Deutschland ihre Ausgabe vom Montag, dem 14. Dezember, mit der Nachricht aufmacht: "Bubis und Walser haben miteinander gesprochen"? Tatsächlich konnte nur ein deutsches Publikum das Gespräch als das wichtigste Ereignis des Wochenendes ansehen - wichtiger als den Parteitag der Grünen und Clintons Nahost-Reise, Themen, die vom Aufmacher in die Kategorie "was sonst geschah" verdrängt wurden.

Die herausgehobene Plazierung des Artikels diente natürlich auch der Eigenwerbung - nach mehreren gescheiterten Vermittlungsversuchen war es die FAZ-Redaktion, die ein Treffen der Kontrahenten zustande brachte. Es "dauerte annähernd vier Stunden und verlief zunächst in angespannter, dann aber in zunehmend gelöster Atmosphäre"; mit dabei waren Salomon Korn vom Zentralrat der Juden in Deutschland und Frank Schirrmacher, Herausgeber der FAZ. Schirrmacher lieferte auch den Kommentar mit der betont nüchternen Überschrift "Ein Gespräch", geschrieben im Ton nachdenklicher "Ausgewogenheit" und erfüllt von dem Bemühen, Schaden vom deutschen Gemeinwesen zu wenden. Die Brisanz der Kontroverse ist Schirrmacher nur allzu klar. Bubis' Vorwurf, Walsers Friedenspreisrede sei "geistige Brandstiftung", richtete sich de facto nicht nur gegen den Redner, sondern auch gegen die in der Frankfurter Paulskirche versammelten Repräsentanten der deutschen Elite, die ihm zujubelten. Schirrmacher fragt: "War der Applaus eine entlarvende Gesinnungskundgebung? Enttarnte sich hier ein Ressentiment, das tief in den Seelen schlummert? Oder hörte man nicht, was Bubis und andere hörten?"

Daß Bubis den Vorwurf der geistigen Brandstiftung in dem von der FAZ vermittelten Gespräch zurückgenommen hat, entlastet auch die Jubler. Schirrmacher ist erkennbar stolz auf die eigene Rolle, vor allem aber ist er besorgt. Daß "die politische Klasse" zu der Auseinandersetzung "keinen nennenswerten Beitrag geleistet" hat, läßt ihn angesichts der bevorstehenden Entscheidung über das Berliner Holocaust-Mahnmal Schlimmes befürchten: "Keine Regierung stand vor einer vergleichbaren vergangenheitspolitischen Herausforderung wie die gegenwärtige Regierung der Nachgeborenen. Sie wird zu begreifen haben, daß sie wissen muß, was sie will."

Das Volk hat seinen Dichter verstanden

Selbst in der Frankfurter Rundschau wurde das Gespräch zwischen Bubis und Walser als "Versöhnung" mißverstanden; offensichtlich liest man dort das Konkurrenzblatt aus Prinzip nicht. Ein schwerer Fehler - das in der FAZ vom 14.12. auf vollen drei Seiten dokumentierte Wortprotokoll belegt, daß die Standpunkte der Kontrahenten unverändert sind. Walser hat nicht ein Wort zurückgenommen; die mehrfach an ihn herangetragene Sprachregelung, seine Rede sei mißverstanden worden, wies er beleidigt zurück: "Sie müssen mir nicht anbieten, daß ich mißverstanden worden bin, denn das kann ich nicht ertragen als Schriftsteller." Direkt im Anschluß daran geriet er ins Schwärmen: "Ich habe noch nie in diesen Jahren so etwas Volksabstimmungshaftes erlebt" - wie die in den angeblich 1000 Briefen an ihn übermittelte Zustimmung.

Sieben dieser Briefe hat Walser der Welt am Sonntag (6.12.) zur Veröffentlichung übergeben: "Ich fasse es nicht, was Ihnen anläßlich dieser Rede widerfährt", schreibt eine "begeisterte Leserin", "es drängt mich, Ihnen zu danken", eine andere; ein Professor zitiert "Faust" und wütet gegen die den Deutschen "wie eine mittelalterliche Schuldknechtschaft auferlegte Sippenhaft für Ereignisse, die inzwischen zwei Generationen zurückliegen" - ein Zitat, ausgewählt von Walser höchstpersönlich, der gleichzeitig darauf beharrt: "Ich bin nicht mißverstanden worden." Das ist allerdings wirklich nicht mißzuverstehen.

Auch ein zweites Angebot von Bubis und Korn hat Walser in dem FAZ-Gespräch ausgeschlagen: Daß er ungewollt den Rechtsextremen die Stichworte geliefert haben könnte. Walsers Antwort "Für mich existiert die Nationalzeitung nicht" ist vermutlich ernst gemeint - daß dieses Hetzblatt die Einstellungen von 15 Prozent der Deutschen wiedergibt, wie Korn ihm vorhält, glaubt er einfach nicht. Das ist nur konsequent - auch die in Teilen

der Bevölkerung verbreitete, mehr oder weniger offene Sympathie für die rassistischen Mordbrenner hat er schon in seiner Paulskirchen-Rede (und davor) als Erfindung abgetan.

Wo der rasende Mob tatsächlich nicht zu übersehen ist (wie im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen), möchte Walser möglichst wenig Aufsehen. Daß Bubis damals sofort nach Rostock gefahren ist, mißbilligt er noch heute: "Jetzt frage ich Sie, als was waren Sie dort?" Auch um zu verhindern, "daß wegen Lichtenhagen Rostock als Stadt verdammt wird", erklärt Bubis. "Ja, aber verstehen Sie, wenn Sie auftauchen, dann ist das sofort zurückgebunden an 1933", beharrt Walser. Er hat nichts gegen Juden, solange sie sich aus den nationalen Angelegenheiten heraushalten, statt durch ihre bloße Anwesenheit an die deutsche "Schande" zu erinnern und so das "sich neu formierende Deutschland" (Augstein) zu verstören - unverwüstlich ist das Stereotyp vom zersetzenden Einfluß der heimatlosen (jüdischen) Intellektuellen und Kritiker, die mit ihrer Maßlosigkeit das gesunde Volksempfinden provozieren. Bubis war gut beraten, den Vorwurf des latenten Antisemitismus gegen Walser nicht zurückzunehmen.

Nachzutragen ist eine besonders gelungene Replik auf Dohnanyis Forderung an die Juden, selbstkritisch zu prüfen, ob sie sich so viel tapferer verhalten hätten als die meisten anderen Deutschen, wenn nach 1933 "nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager verschleppt worden wären - eine unverhohlene Aufforderung, sich mit Kritik lieber zurückzuhalten. In seiner Laudatio auf den Geschwister-Scholl-Preisträger Saul Friedländer sagte Jan Philipp Reemtsma dazu u.a.: "Niemand kann von einem anderen verlangen, ein Held zu sein. Wohl aber kann von jedem verlangt werden, daß er kein Lump oder Schurke sei." Und weiter: "Das Bild einer nur passiven Bevölkerung zu zeichnen, der es allein an dem Heldenmut gefehlt habe, der im Zweifelsfalle jeder Mehrheit fehlt, ist historisch falsch." Es wirkt nicht nur einschüchternd auf die überlebenden Opfer, sondern auch entlastend für die Mittäter und Zuschauer.

Nach dem Anschlag auf das Grab Heinz Galinskis (vgl. Artikel in dieser ak-Ausgabe) ist gegen Walser und Dohnanyi erneut der Vorwurf der geistigen Brandstiftung erhoben worden. Galinskis Tochter Evelyn Hecht-Galinski nannte die beiden gar "Schreibtischtäter" - mit diesem Wort werden gemeinhin Bürokraten des Völkermordes wie Adolf Eichmann belegt. Das heutige Zusammenspiel "geistiger" und ausführender Täter ist mit Sicherheit komplizierter als zur Zeit des NS-Staates. Zweifellos sind die Propagandisten des "Schlußstrichs" und des "Wegschauens", die den Juden die Instrumentalisierung des Holocaust vorwerfen, für das gesellschaftliche Klima mitverantwortlich. Die jüngst veröffentlichte Forsa-Studie belegt im übrigen, was Walser nicht wahrhaben will: Daß bis zu 20 Prozent der Deutschen den Antisemitismus der Nationalzeitung teilen. (siehe nebenstehenden Artikel)

Schwache Gegenwehr eines "Meinungssoldaten"

Die "Walser-Bubis-Kontroverse" scheint einstweilen beendet. Walser hat sein Ziel erreicht (er selbst behauptet, "etwas ausgelöst" zu haben, "ohne es zu wollen"); Bubis hat, fast ganz auf sich allein gestellt, in einem großen Abwehrkampf eine Position der Humanität verteidigt. (Das gilt unbeschadet der Kritik an einzelnen seiner Aussagen, insbesondere seiner nicht neuen These, es sei "ein Stück Normalität", wenn Antisemiten sich zu ihren Gefühlen bekennen würden.) PolitikerInnen aus der ersten Reihe haben es vorgezogen zu schweigen; aus der zweiten bis dritten Reihe meldeten sich - nach dem Gespräch zwischen Bubis und Walser - Rita Süssmuth (mit einer Zwischenposition der Marke "Walser light"), Hessens Ministerpräsident Hans Eichel (SPD) und der Bündnisgrüne Cem Özdemir, die Bubis gegen den Vorwurf der Intoleranz in Schutz nahmen.

Günter Grass, einer der von Walser nicht namentlich genannten "Meinungssoldaten" mit der "Moralkeule", reagierte erst am 24.12. in einem Interview der Zeitung Die Woche. In Walsers Wunsch, nicht länger mit der deutschen Vergangenheit behelligt zu werden, sieht er "ein privates Bedürfnis", gegen das nichts einzuwenden wäre, "wenn er diesen Privatwunsch nicht veröffentlicht und so - gewollt oder ungewollt - zu einem allgemeinen Verhalten aufgerufen hätte." Immerhin bekräftigte Grass seinen Satz von 1990, für den er von den Nationalisten bis heute zum vaterlandslosen Gesellen gestempelt wird: "Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die deutsche Frage sucht, muß Auschwitz mitdenken." Wenn die "Berliner Republik" an die Tradition des deutschen Zentralismus anknüpfen sollte, will er auch den sich daran anschließenden Satz "wieder hervorkramen": "Der Ort des Schreckens als Beispiel genannt für das bleibende Trauma schließt einen zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus." (An anderer Stelle des Interviews wiederholt er seine Ablehnung eines Mahnmals für die Opfer des Holocaust; darauf wird zurückzukommen sein.)

Auf den Spuren von F.J. Strauß

Bedenkt man die Schärfe von Walsers Angriff, der sich auch gegen Grass persönlich richtete (vgl. ak 421), dann ist dessen Replik allzu schwach ausgefallen. Als kritischer Unterstützer der rot-grünen Regierung, inklusive Schröder und Naumann, liegt ihm der Gedanke fern, die Entsorgung der Geschichte könnte in Zukunft noch schneller voranschreiten als unter Kohl. Schröders Ausspruch vom "Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation" nimmt er ungerührt hin; selbst das neue deutsche Auftrumpfen innerhalb der EU findet er "völlig richtig" - "wenn das mit Augenmaß geschieht"!

Abgesehen von der linksradikalen Presse war es Wolfgang Benz, der Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, der dem herrschenden Diskurs am vehementesten entgegentrat. Benz sieht in Walser einen Epigonen von Strauß, der fand, "wir Deutschen (hätten) das Recht, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen, nach allem, was wir geleistet haben". Während Walser als Träger eines "sekundären Antisemitismus" den Juden Auschwitz vorwerfe, formuliere Schröder viel vorsichtiger, wenn er von der deutschen Vergangenheit spreche. Allein, es zählen die Taten, etwa in der Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter. "Sämtliche Anstrengungen Schröders", kritisiert Benz, "gehen in die Richtung, durch die Entschädigungen der Unternehmen an die ehemaligen Zwangsarbeiter das Image der deutschen Industrie zu verbessern. Schröders einziges Kriterium ist die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und nicht das moralische Empfinden für die gerechte Entschädigung der Opfer. Dieser Konservatismus des Sozialdemokraten Schröder überrascht mich jeden Tag mehr."

Einziger Schönheitsfehler: Das Interview, in dem Benz diese bemerkenswert klaren Worte sprach, stand weder in der Zeit noch im Spiegel, sondern in dem italienischen Wochenmagazin L'Espresso (17.12.). Womit dem "deutschen Ansehen", zumindest in Italien, der verdiente Schaden zugefügt wurde.

Js.

8. Satte Mehrheit für den Schlußstrich

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:06

Was Walser die "Dauerpräsentation unserer Schande" und die "Routine des Beschuldigens" nennt, geht auch den meisten weniger Gebildeten mächtig gegen den Strich: Zwei von drei Deutschen plädieren für einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit. Das ergab eine repräsentative Erhebung des Forsa-Instituts im Auftrag der Hamburger Zeitung Die Woche (24.12.). Wirkt sie also schon, die Ermutigung durch einen "anerkannten deutschen Intellektuellen", die wie der "Schwenk der Eliten" 1933 heute "eine bequeme Rechtfertigung für den Rest der Bevölkerung darstellt"? Salomon Korn, der diesen Vorwurf an Walser formulierte, hat damit zweifellos recht - auch wenn die Forsa-Studie in der "Schlußstrich"-Frage im wesentlichen Bekanntes bestätigt. Ein Vergleich mit der vielzitierten Spiegel-Umfrage von 1992 zeigt folgendes Bild:

Damals votierten 62 Prozent der Befragten für "einen Schlußstrich unter die Vergangenheit", 20 Prozent widersprachen, und 16 Prozent entschieden sich für die Antwort "Weiß nicht". Der Anteil der aktuellen Schlußstrich-Befürworter ist mit 63 Prozent geringfügig gestiegen, während sich nun 31 Prozent dagegen aussprechen. Bei den Jüngeren (zwischen 14 und 24 Jahren) und bei den Älteren (über 65) wollen jeweils 65 Prozent von der Nazi-Vergangenheit nichts mehr hören.

Erheblich verändert hat sich die Verbreitung antisemitischer Einstellungen. Insgesamt ist nach der Forsa-Studie ein Fünftel der Deutschen "latent antisemitisch eingestellt", in Ost- ebenso wie in Westdeutschland. Die Spiegel-Umfrage hatte 1992 "nur" 13 Prozent Antisemiten gezählt, 16 Prozent im Westen und 4 Prozent in der ehemaligen DDR. Weder der rasante Anstieg des Antisemitismus noch die Angleichung des Ostens an das Westniveau lassen sich kurzschlüssig erklären. Der Kollaps des guten (?) alten DDR-Antifaschismus allein kann es ebensowenig sein wie die ewige Suche nach dem Sündenbock, vor allem in Zeiten sozialer Unsicherheit.

Fest steht zumindest, daß die Zunahme antisemitischer Straftaten nicht das Werk "wirrer Einzelgänger" ist, wie Bundespräsident Herzog behauptet. Die Grabschänder, Brandstifter und antisemitischen Hetzer wissen, was sie tun; der Beifall oder die stillschweigende Sympathie einer wachsenden Gruppe "ganz normaler Deutscher" ist ihnen sicher. Wofür Martin Walser, wenn er es überhaupt wahrnimmt, natürlich nicht verantwortlich gemacht werden will.

Der Historiker Wolfgang Wippermann sprach nach dem Anschlag auf das Grab Heinz Galinskis von der "Hoffähigmachung des Antisemitismus", die für das Sinken der "Tabuschwellen" mitverantwortlich sei: "Anschläge und Einstellungen sind zwei verschiedene Sachen, aber das funktioniert wie zwei kommunizierende Röhren, es gibt die Verbindung." (taz, 22.12.) Zur Kennzeichnung des Einstellungswandels greift Wippermann auf das von Shulamit Volkov entwickelte Konzept des "kulturellen Codes" zurück. "Der Antisemitismus", sagt Wippermann, "ist noch nicht wie im Kaiserreich oder der Weimarer Republik der kulturelle Code aller, aber er ist dabei, es zu werden" - eine These, die nicht nur näherer Begründung, sondern auch ernsthafter Diskussion bedarf.

Js.

9. Krieg gegen die halbe Welt. Die Operation "Wüstenfuchs" galt nicht nur dem Irak

Autor: Js. · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:39

Auch bei Kritikern des britisch-amerikanischen Militärschlags gegen den Irak setzte sich Mitte Dezember die Sprachregelung durch, es habe sich um einen "70-Stunden-", maximal einen "Vier-Tage-Krieg" gehandelt. Der inoffizielle Weltrekord wurde wenig später klammheimlich annulliert: Auch Mitte Januar gingen die Militäroperationen weiter, die in einen permanenten Kriegszustand übergehen könnten, wenn das den Angreifern nützlich erscheinen sollte. Anlaß des Krieges war ein Bericht Richard Butlers, des Chefs der UNO-Waffenkontrollbehörde UNSCOM. Darin wurde dem Irak erneut vorgeworfen, die von der UNO beschlossenen Abrüstungskontrollen zu behindern.

Butler räumte allerdings ein, daß die atomare Abrüstung des Irak weitgehend erledigt sei; auch in Sachen Chemiewaffen könne bald "die Akte geschlossen werden". Offen blieb die Frage der biologischen Waffen. Ob, wo und in welcher Menge sie im Irak produziert werden, konnten die 140 Inspektoren nicht herausfinden - obwohl sie auch nachrichtendienstliche Mittel (u.a. Abhören und Entschlüsseln des Funk- und Telefonverkehrs) angewendet haben. Die so ermittelten Daten erlaubten den USA, die Ziele ihrer Cruise Missiles und Bomben genauer festzulegen, als dies nur durch Satellitenüberwachung möglich gewesen wäre. Getötet wurden nach US-Angaben 1.600 Soldaten der Republikanischen Garden; die irakische Regierung dagegen stellte die zivilen Opfer in den Vordergrund, deren Zahl nach glaubwürdigen Quellen mit 2.000 angegeben wird. Was war das wirkliche Ziel der Angriffe?

In seiner Fernsehansprache rief Clinton zum Sturz Saddam Husseins auf: "Es wäre das beste für das irakische Volk, wenn es eine neue Führung bekäme." Sein Amtsvorgänger Bush, für den der irakische Diktator "schlimmer als Hitler" war, hatte den Erzschurken 1991 aus strategischem Kalkül davonkommen lassen: Ein Sturz Saddams hätte dem Separatismus der Schiiten im Süden und der Kurden im Norden des Iraks Auftrieb gegeben, die Schwächung des Irak aber hätte den Iran gestärkt und damit "vitale Interessen" der USA verletzt. Stabilität ist nach wie vor oberstes Ziel ihrer Politik in der Region.

Eine Unruhe stiftende demokratische Revolution gegen das irakische Regime wäre aus US-Sicht keineswegs wünschenswert. Sie ist allerdings auch sehr unwahrscheinlich. Die Opposition im Exil ist handlungsunfähig, die Unzufriedenen im Lande werden durch die Aggression zum patriotischen Schulterschluß gedrängt, die verschärfte Repression der Staatsmacht gegen mutmaßliche Vaterlandsverräter besorgt den Rest. Denkbar ist allenfalls ein Putsch von Teilen des Militärs - daß solche Leute dem Irak Frieden und Freiheit bescheren würden, glaubt niemand. Wo wirkliche (nicht symbolische) Politik gemacht wird, geht es ohnehin um handfestere Dinge. Im vorliegenden Fall nicht nur darum, den Einfluß der USA in der Region zu sichern. Der durch kein Mandat gedeckte Angriff gegen den Irak ist auch eine Botschaft der führenden Macht an den Rest der Welt. Sie wird, nicht zuletzt in den UNO-Gremien, sehr wohl verstanden.

Während Tony Blair sich dafür entschieden hat, gleich richtig mitzumachen, beschränkt sich sein Bewunderer Schröder einstweilen auf transatlantische Solidaritätsadressen. Abweichende Meinungen werden auch vom kleinen Koalitionspartner nicht geäußert. 1995 sollte Joschka Fischers öffentlich inszeniertes Leiden am bosnischen Massensterben die Zustimmung zu einer Militärintervention als ein Gebot der Moral erscheinen lassen. Der stille Massenmord im Irak - von 1 Mio. toten Opfern des Embargos wird ausgegangen - ist dagegen kein Thema. Die paar Tausend irakischen Bombenopfer zusätzlich könnten die "neue" deutsche Militärpolitik darüberhinaus als ein vergleichsweise kleines Übel erscheinen lassen - wenn sie sich (zunächst) mit geringeren Opferzahlen belastet. Ob Fischer, der notorische Zyniker, so denkt oder nicht - das ist die innere Logik seines "Kontinuitätsgelübdes" (Norman Paech): Wenn schon mitmachen, dann ohne Wenn und Aber.

Derweil diskutiert man in der taz munter über das pro und contra von Krieg und Frieden. Sibylle Tönnies, die als Rot-Grün-Enthusiastin (vgl. ak 420) gleichzeitig auch in der FAZ schreiben darf, träumt von einer "Weltföderation als Kristallisation um einen bereits vorhandenen Kern, die USA". Das kann nur gelingen, durch

den freiwilligen "Kotau vor der amerikanischen Macht" - da ist Fischer auf dem richtigen Weg. Er hat den "Nutzen der Unterwerfung" (Tönnies) erkannt, andere Ex-Linke werden folgen.

Was im grünen Milieu fast reibungslos vonstatten geht, wird im internationalen Maßstab nicht funktionieren. Tönnies' Vision - "halb freiwillig und halb mit Gewalt werden die Völker ihre militärische Souveränität an eine oberste Instanz abgeben" - ist ein reaktionärer Wunschtraum: Ihre "Weltföderation" wäre ein Club der reichen Länder, mit den USA und Deutschland an der Spitze. Dieser neuen Weltordnung können die Menschen außerhalb der kapitalistischen Zentren begreiflicherweise wenig abgewinnen. Ihr Widerstand, der auch unvernünftige (oder gar verbrecherische) Formen annehmen kann, macht verlustreiche Kriege auch im 21. Jahrhundert wahrscheinlich.

Js.

10. Gipfelstürmer bereiten sich vor!

Autor: EU-Gipfel in Köln · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:37

In Köln findet vom 3. bis 4. Juni 1999 der nächste Gipfel der EU - diesmal unter deutschem Vorsitz - statt. Vom 18. bis zum 20. Juni folgt ihm der letzte Weltwirtschaftsgipfel in diesem Jahrhundert. Geplant sind unter anderem eine Demonstration gegen Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung anläßlich des EU-Gipfels und Alternativeranstaltungen zu beiden Gipfeln. Den Höhepunkt der gemeinsamen Aktionen wird eine gemeinsame Demonstration und eine Abschlußkundgebung am Samstag, den 19. Juni 1999 bilden.

Wie bei den vergangenen Weltwirtschaftsgipfeln und EU-Gipfeln soll auch diesmal in Köln dafür gesorgt werden, daß diese Gipfel nicht ohne lautstarke Proteste verlaufen. Mit den Aktionen sollen Alternativen vorgestellt werden, die zeigen sollen, daß viele Menschen nicht bereit sind, die bestehende zerstörerische Weltordnung einfach hinzunehmen. Sie sollen auch öffentliches Forum sein für die Opfer dieses Weltsystems, für illegalisierte Flüchtlinge, Erwerbslose, verfolgte GewerkschafterInnen und politische Gefangene, und für VertreterInnen von Befreiungsbewegungen.

Am 6. Februar findet nun die Vorbereitungskonferenz statt. Am Vormittag (Beginn 10 Uhr) sollen zunächst ausführlich die geplanten gemeinsamen Aktivitäten während der Gipfel-Wochen vorgestellt werden. Anschließend soll ab 12 Uhr eine inhaltliche Debatte über die Gemeinsamkeiten und Differenzen der die Aktivitäten tragenden Gruppen und Initiativen stattfinden. Diese Klärung soll in den zahlreichen Arbeitsgruppen (u.a. Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, Rassismus und Migration, Weltwirtschaft und Verschuldung, Frauen, Umwelt, Demokratie usw.) erfolgen.

Nach der Mittagspause (13.30 Uhr) haben dann die einzelnen Gruppen die Möglichkeit, ihren eigenen Aktivitäten vorzustellen und sich gegebenenfalls mit anderen abzusprechen. Den Abschluß der Konferenz wird eine Diskussion über die gemeinsamen Perspektiven des Bündnisses bilden. Das Ende ist für 17 Uhr vorgesehen.

6.2.99 Aktionskonferenz des Bündnisses Köln 99, Aktionen und Veranstaltungen anläßlich des EU- und des G7-Gipfels in Köln, Juni 1999, in "Alte Feuerwache" Köln, Melchiorstr. 3 (U-Bhf. Ebertpl.)

Kontakt: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Fon: 0221-9520008, Fax: 0221-9520077, e-mail: koeln99@eu-g7.de oder: koeln99@gmx.net

internet: http://eu-g7.de oder

http://www.weedbonn.org

Spenden für die Aktionen des Bündnisses an: Bündnis Köln 99, Kt-Nr. 13 23 20 87, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98

11. Ein Jahr "Wanderkirchenasyl". Der Kampf geht weiter!

Autor: jh, kölner netzwerk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:26

Das "Wanderkirchenasyl" kurdischer Flüchtlinge in NRW wird ein Jahr alt. ak hat in diesem Jahr immer wieder über Kämpfe, Aktionen und politische Initiativen, über Intrigen von Kirchenfunktionären, über Hoffnungen, Erfolge und Niederlagen dieser in Deutschland bislang einmaligen Aktion kurdischer "sans papiers" berichtet. Wir lassen heute dieses Jahr Revue passieren. Wir bilanzieren Erfahrungen dieser oft atemlosen zwölf Monate. Und wir fragen nach den Perspektiven.

Am 21. Januar 1998 begann in der Kölner Antoniterkirche - damals auf vier Wochen begrenzt - eine Gruppe von zwanzig kurdischen Flüchtlingen aus der Türkei eine "Protestaktion gegen Abschiebungen in die Türkei". Alle waren in der gleichen Lage: in der Türkei bzw. Kurdistan verfolgt und ohne Perspektive, in Deutschland durch die Maschen des Asylrechts gefallen und zu vogelfreien "Illegalen" gemacht. Die Evangelische Gemeinde Köln erklärte sich bereit, mit aktiver Unterstützung des Kölner Netzwerks "kein mensch ist illegal" der Gruppe vier Wochen lang einen öffentlichen Protest gegen ihre Situation im Schutz der Kirchen zu ermöglichen.

Zwölf Monate später leben diese 20 Menschen noch immer in Kirchen. Aber die Gesamtzahl der an der Aktion beteiligten Flüchtlinge ist im Laufe dieses Jahres auf über 300 angewachsen. Mehr als achtzig evangelische und katholische Kirchengemeinden unterstützen ihren Protest. In vielen Städten Nordrhein-Westfalens haben sich Gruppen in der Kampagne "kein mensch ist illegal" zu einem Netzwerk verbunden.

Die Ziele sind bescheiden: Die Wiederherstellung eines gesicherten Aufenthalts- und Rechtsstatus für Illegalisierte, die Anerkennung von Kriegsflüchtlingen nach der Genfer Konvention, ein Abschiebestopp in die Türkei, und schließlich - als erster Schritt - ein Bleiberecht für die Gruppe, die seit einem Jahr mit ungeheurem Einsatz für diese Ziele kämpft.

Angesichts der politischen Machtverhältnisse hingegen erscheinen manche diese Forderungen annähernd "utopisch". Von Anfang an hat die Aktion - meist ungewollt - politisch polarisiert. Schon im Februar formulierte Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil erstmals öffentlich den Vorwurf, die Gemeinden und die Kampagne würden den Flüchtlingen ungerechtfertigte Hoffnungen machen und sie damit für eigene politische Ziele mißbrauchen. Landespolitiker entblödeten sich, der Aktion das Etikett "politisch" als Vorwurf anzuhängen.

Aber auch in den eigenen Reihen gab es immer wieder Zweifel, ob mit der Aufnahme weiterer Flüchtlinge, der Ablehnung erneuter Einzelfallprüfungen nach den alten, diskriminierenden und willkürlich gehandhabten Kriterien und einem lautstark in die Öffentlichkeit getragenen Protest nicht eher eine repressive Antwort des Staates herausgefordert werde.

Von der Protestaktion ...

Doch zurück zu den Anfängen. Allabendlich tagte in den ersten Wochen das offene Plenum von Flüchtlingen, Gemeinde- und Kampagnenmitgliedern in der Kölner Antoniterkirche. Und fast täglich kamen neue illegalisierte Flüchtlinge dazu. Keine einfache Situation, denn mit der Gemeinde war die Begrenzung auf zwanzig Personen verbindlich vereinbart. Doch zwei weitere Kölner Gemeinden schlossen sich der Aktion an und nahmen ihrerseits ungefähr gleich große Gruppen auf.

Die Angst vor einem polizeilichen Zugriff war enorm groß. In großer Zahl wurden deshalb UnterstützerInnen für den ersten Umzug nach einer Woche mobilisiert. Die Zahl der zu lösenden Probleme erschien oft endlos, aber die Zahl der UnterstützerInnen war enorm und ihr Elan enorm. Angesichts des Desinteresses der Medien an dem Protest wurde beschlossen, für den 14. Februar landesweit zu einer Demonstration nach Köln aufzurufen.

1.200 Menschen kamen bei strahlendem Sonnenschein auf den Kölner Ebertplatz. Durch das von türkisch-kurdischen Geschäften geprägte Eigelsteinviertel zog die Demo ins Belgische Viertel zur Christuskirche. Die Glocken der Kirche begannen zu läuten. Auf der Balustrade des Kirchturms standen rund vierzig "Illegale" und winkten uns zu. Spontan stellte sich die Spitze der Demonstration, 60 Menschen, die auf

Tafeln großformatige Porträts mit den Namen der illegalisierten Flüchtlinge trugen, vor dem Hauptportal auf. Vielen TeilnehmerInnen standen in diesem Moment Tränen in den Augen. Weiter ging der Zug durch die Innenstadt zum Neumarkt.

Auf der Abschlußkundgebung sprach Pfarrer Pick von seiner "Vision": in den kommenden Wochen würden mehr und mehr Kirchen illegalisierten Flüchtlingen ihre Türen öffnen, evangelische und katholische. Eine Bewegung gegen die unmenschliche Abschiebepolitik würde sich formieren. Die Stimme des Protestes würde laut und unüberhörbar werden. Am Abend dann ein ausführlicher Bericht in der Tagesschau. Die Mauer des Schweigens war durchbrochen.

... zum Wanderkirchenasyl

Viele weitere Flüchtlinge blieben nach der Demonstration in den Kirchen. Vision hin oder her - es mußten weitere Gemeinden gefunden werden, die zu einer Unterstützung der Aktion bereit waren. Und sie fanden sich. Mit einer öffentlichen Veranstaltung in der Antoniterkirche verabschiedet und begleitet von rund 150 Flüchtlingen und UnterstützerInnen, machte sich am 7. März eine Gruppe von 30 KurdInnen in einem mit Plakaten behängten Konvoi von Bussen und PKWs auf den Weg nach Düren. Und zum ersten Mal demonstrierten "Illegale" in der Dürener Innenstadt in aller Öffentlichkeit für ihre Forderungen. Das "Wanderkirchenasyl" war geboren. Und auch katholische Gemeinden schlossen sich nun in größerer Zahl dem Protest an.

Aachen, Bielefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf, Bochum waren in den folgenden drei Monaten weitere Stationen. Zu der ersten "Karawanengruppe" kam Ende April eine zweite. Allerorts fanden in den Kirchengemeinden öffentliche Veranstaltungen über das Asyl-Unrecht und die Verfolgung von KurdInnen in der Türkei statt. In vielen Orten des Wanderkirchenasyls wurden Demonstrationen organisiert. Jede Woche trafen sich VertreterInnen aller Gruppen in Köln, um in einer Plenumsversammlung den weiteren Verlauf der Aktion zu planen.

Parallel wurden die Forderungen nach Bleiberecht und Abschiebestopp mit spektakulären Aktionen wie der gemeinsamen Schiffahrt von Köln nach Düsseldorf und der anschließenden Demonstration zum Landesinnenministerium weit über NRW hinaus in eine breite Öffentlichkeit getragen. Taktische Stoßrichtung der Aktivitäten war in diesen Monaten die (im rot-grünen Koalitionsvertrag als Vereinbarung fixierte) Forderung nach Entsendung einer Landesdelegation in die Türkei als Grundlage einer erneuten Prüfung eines Abschiebestopps auf Landesebene. Im Mai sollte die Delegation in die Türkei fahren. Wenige Wochen vor dem geplanten Termin wurde die Reise seitens der türkischen Regierung abgesagt - aus Termingründen.

Angriffe der Kirchenleitung

Die Gruppe der Flüchtlinge war inzwischen auf rund 130 Menschen angewachsen. Die Notwendigkeit einer konkreten Lösung brachte die Idee auf, ein Hearing zur Menschenrechtssituation in der Türkei und der Asylpraxis in der Bundesrepublik könne den gleichen Effekt haben. Gemeindevertreter bemühten sich intensiv um eine Einbeziehung möglichst vieler Kirchenkreisen der vor allem beteiligten Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) und der leitenden Organe der Landeskirche. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden parlamentarischen Sommerpause und der anschließenden Bundestagswahlen schien die Zeit zu drängen. Am 7. Juni fand in der Düsseldorfer Johanneskirche das hochkarätig besetzte Hearing statt.

In der abschließend verabschiedeten "Düsseldorfer Erklärung" wurde mit Unterstützung von rund 2/3 aller Kirchenkreise der EKiR (die einen Teil von NRW, Rheinland-Pfalz und das Saarland umfaßt) ein Abschiebestopp von KurdInnen in die Türkei gefordert.

Nur drei Tage später ließ die Landeskirchenleitung eine Bombe platzen. Die Superintendenten, die die "Düsseldorfer Erklärung" verantwortlich unterschrieben hatten, und der Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil zeigten sich dafür verantwortlich. Sie stellte in einem gemeinsam unterzeichnenden Papier fest, daß die Forderung nach Abschiebestopp nicht durchsetzbar sei. Die einzig realistische Lösung seien Verhandlungen mit der Landesregierung über erneute Einzelfallprüfungen der ursprünglich in NRW gemeldeten Flüchtlinge. Gespräche darüber sollten von den Unterzeichnern mit der Landesregierung geführt werden. Das bedeutete de facto nichts anderes als die Freigabe der Flüchtlinge zur Abschiebung, deren letzte Meldeadresse nicht in NRW lag.

In teils quälenden Diskussionen unter allen Beteiligten wurde dieses Vorgehen schließlich zurückgewiesen und ergebnisoffene Verhandlungen unter Beteiligung von Vertretern durchgesetzt, die das Vertrauen der Flüchtlinge haben. Indes kam es in den kommenden Monaten immer wieder zu Verhaftungen einzelner TeilnehmerInnen an der Aktion.

Ende August demonstrierten dreihundert Menschen, darunter fast alle illegalisierten Flüchtlinge und zahlreiche Gemeindevertreter vor dem Frauenabschiebegefängnis in Neuss gegen die drohende Abschiebung von Fatma Muratdag. Über 100 Menschen besetzten die Landeszentrale der Grünen, um gegen die Abschiebung von Salman Dönekli zu protestieren. Immer wieder konnten die Abschiebungen mit einer Kombination aus politischem Protest und intensiver Arbeit von AnwältInnen gestoppt werden. Mit einer Kundgebung vor der Landeszentrale der SPD und in einem Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer wurde der Anspruch auf eine politische Lösung des Problems unterstrichen.

Von Kanther zu Schilly

Der rot-grüne Sieg bei den Bundestagswahlen schien zumindest den politischen Spielraum zu erweitern. War in den Monaten des Wahlkampfes klar, daß kein politisch verantwortlicher Sozialdemokrat sich allzuweit vorwagen würde, ist vor dem Hintergrund einer fast unangefochtenen Hegemonie auf Landes- und Bundesebene eine solche Ausrede entfallen. Schon bei den Koalitionsverhandlungen und bei der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen waren Mitglieder der Kampagne und Flüchtlinge mit öffentlichem Protest präsent.

Auf Landesebene wurden die Gespräche mit dem Innenministerium schließlich Anfang Januar von Landeskirchenrat Gutheil für gescheitert erklärt. Das Innenministerium scheint - ebenso wie die Landeskirche - auf ein Aushungern der Aktion zu setzen. Sie werden in den nächsten Wochen und Monaten begreifen müssen, daß diese Option ins Leere läuft. Die Protestaktion Wanderkirchenasyl geht weiter - drohenden Abschiebungen und einer Politik, die sich aus jeglicher Entscheidungsverantwortung verabschiedet und sich hinter selbstgeschaffenen "Sachzwängen" verschanzt hat - zum Trotz.

Und sie wächst weiter. Am 27. November haben - mit Unterstützung zahlreicher örtlicher Initiativen - 27 kurdische Flüchtlinge Zuflucht in der evangelischen Gemarker Kirche in Wuppertal-Barmen gesucht. Gemeinde und Kirchenleitung reagierten mit Betroffenheit und der Bitte die "Besetzung" der Kirche zu beenden sowie dem bekannten Angebot erneuter Einzelfallprüfungen. Aber bis heute haben die KurdInnen Schutz vor Abschiebung gefunden und weitere Gemeinden haben ihre Aufnahme angeboten.

Innerkirchlich freilich ist der Streit eskaliert. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche hat beschlossen, die von ihr wesentlich finanzierte Stelle der NRW-AG, deren Geschäftsführer aktiv an der Organisation des Wanderkirchenasyls beteiligt war, ab Ende März nicht zu verlängern.

Lange schien die Protestaktion kaum Gegner zu haben. Das hat sich geändert. Aber die Zahl der Unterstützer ist weiter erheblich. Den illegalisierten Flüchtlingen bleibt nur der Kampf gegen ihre völlige Entrechtung und die drohende Abschiebung in ein Land, in dem sie mit Verfolgung, Verhaftung, im besten Falle mit materieller Perspektivlosigkeit, im schlimmsten Falle mit Folter, Verschwinden und Mord rechnen müssen. Die Klarheit darüber, aber auch über die politischen Kräfteverhältnisse und ihr Funktionieren, ist auch bei GemeindevertreterInnen in einem Jahr gewachsen. Und damit die Entschlossenheit, diesen Kampf durchzustehen und zu gewinnen. Das Wanderkirchenasyl - soviel steht fest - wird ein politischer Faktor bleiben.

jh (kölner netzwerk)

12. Land in Sicht. Große Manifestation in Köln

Autor: kölner netzwerk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:27

Liebeserklärung an eine Kampagne

Das erste Wanderkirchenasyl Deutschlands hat Geburtstag. Am 21. Januar wird es ein Jahr alt und damit ist es höchste Zeit für eine Liebeserklärung. Diese wild zusammengewürfelte Ansammlung KurdInnen, PresbyterInnen, Linksradikale, Feministinnen, PfarrerInnen, InternationalistInnen, MigrantInnen, Gemeindemitglieder, MenschenrechtlerInnen ist bezaubernd. In diesen mutlosen Zeiten ist es liebenswert, daß Menschen zusammenfinden, die entschlossen der unmenschlichen Flüchtlingspolitik in diesem Land den Kampf ansagen. Ganz ernsthaft werden Flüchtlinge geschützt, Abschiebungen verhindert. Ganz entschlossen wollen wir einfach nur gewinnen: das Bleiberecht für die 300 unter uns, die in die Türkei abgeschoben werden sollen, obwohl die Greueltaten gegen KurdInnen bekannt sind, und dort ein Krieg gegen sie tobt. Ganz unverfroren wollen wir einen Abschiebestopp in die Türkei erreichen, weil eben nicht nur die 300 kurdischen Flüchtlinge des Wanderkirchenasyls in der Türkei um ihr Leben fürchten müssen, sondern die türkische Regierung allen KurdInnen elementare Rechte auf eine eigene Kultur, Sprache, auf ein Leben in Frieden verwehrt. Wir widersetzen uns dem lähmenden Kleinmut, der von einer anderen, einer demokratiewürdigen, menschlichen, feministischen Flüchtlingspolitik nicht einmal mehr zu träumen wagt, aus Angst, sogenannte falsche Hoffnungen nach einem Recht auf Asyl für verfolgte, bedrohte Menschen zu wecken. ...

Die Arche der Flüchtlinge

Deshalb bauen wir am 23. Januar eine Arche Noah, eine Arche der Flüchtlinge, ein Symbol des Schiffes, das auf einen alten Mythos verweist: auf die Rettung vor dem Untergang, weil die beharrliche Suche nach Zukunft und sicherem Leben schließlich Erfolg hat. Bibel und Koran erzählen diese Geschichte der Hoffnung und der Suche nach dem sicheren Land - aber der Traum vom Ende der Flucht, vom wieder "festen Boden unter den Füßen" ist ein Menschheitstraum. Wir laden am 23. Januar 1999 zum Bau der Arche Noah ein, wir laden ein zu Musik, politischem Theater und guten Reden, die diesen Bau begleiten, wir laden zur Demonstration ein, mit der die Arche der Flüchtlinge, als sichtbares Symbol für den Widerstand gegen Abschiebungen zuerst in Köln und später in anderen Städten "verankert" wird.

Kommt am 23. Januar nach Köln !

Laßt uns an diesem Tag zeigen, daß wir viele sind. Laßt uns gemeinsam zeigen, daß wir entschlossen sind, die Ungerechtigkeit, die Barbarei des Umgangs mit Flüchtlingen in der "Festung Europa" und an ihrer Grenze nicht hinzunehmen. Laßt uns deutlich machen, daß wir gewinnen werden!

kölner netzwerk kein mensch ist illegal

c/o Kölner Appell - Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln

Fax: 0221-7390925, e mail: J. Courage@ link-lev.dinoco.de, internet: http://www.stadtrevue.de/kmii

Spendenkonto Köln: Allerweltshaus, Stichwort "kein mensch ist illegal" - Bank für Sozialwirtschaft, Konto 707 44 00, BLZ 370 205 00

13. Die Ökonomie des Codes. Gen-Ressourcen der gesamten Bevölkerung Islands wurde vermarktet

Gen-Ressourcen der gesamten Bevölkerung Islands wurden vermarktet

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:14

Der 17. Dezember 1998 war ein denkwürdiger Tag. Erstmalig hat ein Parlament mehrheitlich beschlossen, die gesamte Bevölkerung seines Landes als "genetische Datenressource" zu betrachten und einem Konsortium auf dem Markt der Genomanalysen zur freien und kommerziellen Verfügung zu stellen.

Die Rede ist von Island und seinen 270.000 EinwohnerInnen. Regierung und Parlament haben mit dieser Entscheidung demonstriert, daß sie der neuen Wachstumsbranche - von ihren Erfindern "genomics" genannt - politisch und juristisch jede nur erdenkliche Unterstützung gewähren. Trotz zahlreicher Proteste im In- und Ausland hat das Parlament in Reykjavik mit 37 gegen 20 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, das der isländischen Firma DeCode Genetics in Kooperation mit dem multinationalen Pharmagiganten Hoffmann-La Roche ganz offiziell das Monopol an Aufbau und Ausbeute einer nationalen Gendatenbank zuspricht.

Der Gesetzesentwurf stammt aus der Feder des deCode-Firmengründers Karí Stefánsson. Führende Mitglieder der Regierung, wie der Ministerpräsident David Oddsson, förderten das Vorhaben. Die ehemalige Präsidentin Vigdís Finnbogadóttír sitzt gar im Beirat des Gentech-Unternehmens. Dementsprechend sind die Buchstaben des Gesetzes angeordnet: Sämtliche genetischen, gesundheitlichen und genealogischen Informationen (1) über jede in Island lebende - oder verstorbene - Person dürfen in einem zentralen Rechner gespeichert und verknüpft werden. Der automatische Datentransfer nach einem Krankenhausaufenthalt oder einem Arztbesuch wird nur bei ausdrücklichem Widerspruch der PatientInnen unterlassen. Bislang ein weltweit einzigartiger Freifahrtsschein für den ungehinderten Umgang mit Gesundheitsdaten.

Vier verschiedene Komitees, u.a. ein sogenanntes Datenschutz-Komitee und ein sogenanntes Ethik-Komitee, sollen Anonymität und Verwendung der Daten überwachen. In jedem dieser Expertengruppen sitzt aber nicht nur ein Vertreter der Firma DeCode Genetics, um die Interessen des Lizenzhalters zu "wahren". Die vermeintlichen Überwachungsagenturen werden auch von der Firma via Lizenzgebühren bezahlt. Selbst die renommierte Zeitschrift Nature Genetics beklagt, daß die jährlichen zu zahlenden Gebühren an der Profitrate des Unternehmens orientiert werden.

Rechtsstaatlich abgesichert wurde eine 12-Jahres-Lizenz der isländischen Firma DeCode Genetics. Ihr wird die exklusive Kontrolle über die Datenbank überlassen. Mit einer Investition von 170 Millionen Dollar sind der ehemaliger Harvard Genetiker Stefánsson und seine 200 Mitarbeiter bereits mit dem Aufbau der Datenbasis beschäftigt. Für 12 Jahre sind damit einzigartige Vermarktungsrechte festgeschrieben. DeCode darf in diesem Zeitraum als Lizenzhalter die gesammelten Daten kommerziell nutzen und entscheiden, welchen Firmen Zugang zu den Daten erlaubt wird. Laut Gesetzestext sicherte sich das junge Unternehmen auch noch ein Vetorecht besonderer Art. Sollten isländische WissenschaftlerInnen die Daten benutzen und ihre kommerzielle Monopolstellung gefährden, kann DeCode den Zugriff auf die wertvolle Information verweigern.

"Ideale" Bedingungen auf dem Eiland

Die Millionen-Investition für den kommerziellen Datenpool sicherte sich der erst vor zwei Jahren mit 12 Millionen Dollar Risikokapital gegründete Aufsteiger im Genomics-Markt über einen Vertrag mit Hoffmann-La Roche. Für 200 Millionen Dollar erhält der Schweizer Pharmakonzern nun die potentiellen Rechte an ca. einem Dutzend genetischer Strukturen, die mit häufigen Krankheiten assoziiert werden. Mit genetischer Diagnostik und gentechnologisch fabrizierten Medikamenten will auch Hoffmann-La Roche profitieren. Die neuen Medikamente sollen unentgeltlich der isländischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Mit anderen Worten: die IsländerInnen sind nicht nur Gen-Ressource für internationale Geschäfte, sie dürfen auch zum Selbstkostenpreis am Menschenversuch für neue Pharmaka teilnehmen.

Überhaupt könnten die Bedingungen für den Deal günstiger nicht sein: Island gilt als "ideale Population" für die Gensuche. Seit mehr als 1.000 Jahren leben die IsländerInnen recht isoliert. Für den Genforscher ist ihre "genetische Homogenität" ein Zeitfaktor ersten Ranges. Im Vergleich zu anderen Bevölkerungen sind

"auffällige Genstrukturen" schneller identifizierbar. Extensive genealogische Berichte über Großfamilien, die z.T. Jahrhunderte zurückreichen, eine große Gewebebank, in der die Autopsie-Berichte und Gewebeproben seit mehr als 50 Jahren aufbewahrt sind, ein ausgebautes und computerisiertes Gesundheitssystem und eine willige Regierung vervollständigen das Bild.

Gesucht - und aus den geschaffenen ökonomischen Sachzwängen wohl auch gefunden - werden genetische Ursachen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt oder Bluthochdruck, von Stoffwechselstörungen wie Darmentzündungen oder Schuppenflechte, Osteoporose oder von psychischen Leiden wie Schizophrenie und Depression. Ganz oben auf der Liste steht auch der Alkoholismus, der scheinbar ganz selbstverständlich zum genetischen Fehler avanciert ist. Hier war DeCode Genetics auch ohne Gesetz schon aktiv. Bei einem unangemeldeten Besuch fanden Datenschützer in den Firmenetagen eine komplette Liste aller Anonymen AlkoholikerInnen. Auch die zugänglichen Ahnenreihen von 600.000 der 750.000 IsländerInnen, die jemals die Insel bevölkerten, werden bereits erfaßt. Nun fehlt nur noch die Auswertung mittels "Genhunter plus", so der Name jener Software, die die wissenschaftlich attraktiven Gene identifizieren soll.

Die Datenbank wird aber nicht nur ein Eldorado für humangenetisch interessierte Forscher sein. Wenn von der pränatalen Diagnose bis zu Krankheitsbild und Medikation, von der Röntgenaufnahme bis zu Blut- oder Gewebeanalyse und zum Totenschein alles gespeichert wird, dann ist die Datenbank auch für Medikamentenhersteller, Krankenkassen, Gesundheitssystemplaner, Epidemiologen u.a.m. attraktiv. Ein schier grenzenloser Markt entsteht, in dem die virtuellen Informationen einer ganzen Bevölkerung in bare Münze verwandelt werden - vom genetischen Code bis zur Reaktion auf neue Medikamente. Ein wissenschaftlich-industrielles Perpetuum mobile.

Von der Produktion zur Simulation

Die KritikerInnen in den Reihen der isländischen Ärzteorganisation, in Patientengruppen, im isländischen Verbraucherverband, unter GenetikerInnen und JuristInnen konnten weder einer relevanten Öffentlichkeit - die wie anderswo auch auf neue Therapien hofft - noch der Regierung und dem Parlament - die sich internationale Konkurrenzfähigkeit und neue Märkte trotz einer sonst düsteren ökonomischen Perspektive ausmalt - dieses neue Perpetuum mobile ausreden. In Island gibt es vorerst "nur" noch Platz für individuelle Verweigerung. ÄrztInnen und PsychiaterInnen können Gesundheitsdaten nicht weiterleiten, aufmerksame Datenschützer den Verbleib der Informationen verfolgen, PatientInnen der Registrierung im Zentralcomputer widersprechen und JuristInnen Widersprüche zur internationalen Rechtsprechung thematisieren.

Das Beispiel Island zeigt, daß die Politik sich verabschiedet und gesellschaftspolitische Gestaltung längst der "neuen Ökonomie des Codes" überantwortet hat.

Diese Ökonomie beginnt erst gerade und sie markiert ein neues Zeitalter. Die "Produktion" von Waren als bestimmendes Schema des industriellen Zeitalters weicht der "Simulation". Digitale Zeichen, deren Struktur ein molekularer Code von Kommando und Kontrolle ist, und deren "Wert" allein darin besteht, mit anderen Zeichen verknüpfbar zu sein, versetzen Pharmakonzerne, Wissenschaftler und Politiker scheinbar in eine Art "Rauschzustand". Wo weder Fischfang noch industrielle Produktionsnischen auszumachen sind, wird ein virtueller Datenkörper nicht nur zum Abbild einer traditionsreichen, wenn auch armen Bevölkerung, sondern zum Standortvorteil in einer Ökonomie, deren Ausgangs- und Endpunkt die Simulation ist. So virtuell die Zeichen aber auch sein mögen, die aus dem Gewebe der IsländerInnen, aus ihrer Familiengeschichte und ihren Krankenakten konstruiert werden, sie verändern ganz materiell die gesellschaftliche Wirklichkeit. Nicht übertrieben sind die Befürchtungen isländischer GewerkschafterInnen, daß die genetischen Zeichen auch für die Personalpolitik der Unternehmen attraktiv sind. Und ganz und gar nicht virtuell ist die Perspektive, daß private Versicherer diese Informationen zum eigenen Vorteil nutzen. Die sozial- und gesundheitspolitische Planung der Bevölkerung in Form eines bei DeCode leicht verfügbaren Datenkörpers wird auf Kostendämpfung hinauslaufen und so effektiv erscheinen, daß die wirklichen Menschen, die hinter diesen Daten stehen, kaum mehr sichtbar werden. Und wenn Stefánsson mit seiner Firma an die New Yorker High-Tech-Börse geht, Hoffmann-La Roche seine Medikamenten-Studien durchführt und an den Aktienmärkten Gewinne verzeichnet, wird kaum jemand bemerken, daß es auch im Zeichen des Codes reale Gewinner gibt.

Fast zynisch mutet vor diesem Hintergrund die Entscheidung der Regierung an, derzeit von der informationellen Ausbeute weiterer, nationaler "Reichtümer" Abstand zu nehmen. DeCode Genetics wollte auch das Monopol auf die Bakterien haben, die in den heißen Quellen Islands zu Hause sind.

Erika Feyerabend

Erika Feyerabend ist Mitherausgeberin von BioSkop, einer Zeitung zur Beobachtung der Biowissenschaften. Das Kontor für Journalismus und BioSkop sind umgezogen. Die neue Adresse lautet: Bochumer Landstraße 144a, 45276 Essen, Tel.: 0201/5366706

Anmerkung:

1) Genealogie: Stammbaumforschung

"Wohlgemerkt ... nichts beweist, daß der Körper eine Maschine ist, und es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß damit nichts ist. Aber da liegt nicht das Problem. Die Hauptsache ist, daß man die Frage so angeschnitten hat."

(Lacan)

14. Brutus und der Diktator. Machtkampf bei den französischen Neofaschisten

Erbitterter Machtkampf bei den französischen Neofaschisten

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:20

"Die Woche der langen Messer" taufte das Wochenmagazin L'É vènement du Jeudi Mitte Dezember die vorangegangenen acht Tage in der Geschichte des rechtsextremen Front National (FN). Der Konflikt, der Frankreichs neofaschistische Partei in zwei getrennte Organisationen aufspaltet, war damals eine gute Woche alt. Der Vergleich mit den Ereignissen beim sogenannten Röhm-Putsch von 1934, die als "Nacht der langen Messer" in die Chronik des deutschen Nazismus eingingen, hinkt aus verschiedenen Gründen. Einer davon ist, daß es bisher keine Leichen gab. Ein anderer, daß jener, der sich vom (innerparteilichen) Machthaber ausgeschaltet sieht, wahrscheinlich Adolf Hitler geistig näher - noch näher - steht als sein bisheriger Chef selbst.

Gemeint ist Bruno Mégret, dem am 9. Dezember 1998 die Funktion als Generalbeauftragter des FN entzogen und der am 23. Dezember aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Denn Mégret und die entscheidenden Köpfe seiner engsten Umgebung, die zeitgleich mit ihm ausgeschlossen wurden (Jean-Claude Bardet, Yvan Blot, Jean-Yves Le Gallou, Pierre Vial) haben in den 70er Jahren ausnahmslos entweder die Ideologiefabrik GRECE durchlaufen oder kommen, wie Mégret selbst, aus dem GRECE-Ableger Club de l'Horloge ("Uhrwerksclub"). Beim GRECE ("Forschungs- und Studienzentrum für die europäische Zivilisation") betrieb man die Suche nach den nicht-christlichen Wurzeln der "indo-europäischen Kultur", da das Christentum vom Judentum abstamme und somit einen "rassischen" bzw. kulturellen Fremdkörper bilde. Zudem wurde dem "jüdisch-christlichen" Monotheismus angelastet, daß er mit seiner Idee der Gleichheit aller Menschen vor einem einzigen Gott die Quelle so schädlicher Ideen wie der von sozialer Gleichheit und Demokratie darstelle. Der "Religion der Wüstenvölker" wurde das germanisch-keltische Heidentum, die "Religion der Waldvölker", gegenübergestellt.

Der Club de l'Horloge war 1974 vom GRECE zum Zwecke der Rekrutierung in den politischen und ökonomischen Eliten gegründet worden. Hier verband sich Ende der 70er Jahre die nazi-ähnliche Ideologie des GRECE mit einer Apologie der leistungsstarken Eliten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Während der zurückbleibende Kern-GRECE den Kapitalismus ablehnte und statt dessen eine auf biologischer Basis begründete "organische" Hierarchie als gesellschaftliche Organisatinsform forderte, übernahm der Club de l'Horloge ultraliberale Thesen. Auf dieser neuformulierten Grundlage führte die Entrismus-Strategie die Köpfe des Clubs an die Spitze der bürgerlichen Parteien, denn in den Ideologiefabriken hatten sie gelernt, ihre Ideen in strategisch wirkungsvoller Weise zu formulieren und einzusetzen. Nach ihrem Übertritt zum aufstrebenden Front National in den Jahren 1985/86 formten sie aus dieser Partei - damals noch ein Haufen von Abenteurern, alten Haudegen und Veteranen der Kolonialkriege - eine schlagkräftige Organisation mit Programm und Strategie. Und trotz ihrer extrem elitefreundlichen Ideologie erkannten sie auch die Bedeutung der sozialen Frage, welche es durch den FN zu besetzen gelte.

Mégrets Nähe

zu "Blut und Boden"

Die ursprüngliche Ideenproduktion des GRECE kommt der Rassenideologie NS-Deutschlands wesentlich näher als dem katholisch-reaktionären Erbe der "klassischen" französischen Rechten. FN-Generalsekretär Bruno Gollnisch wetterte deswegen im Dezember 1998, nachdem der Machtkampf innerhalb des FN eskaliert war, gegen eine "extreme Rechte ausländischer Inspiration" - gemeint war: nazi-deutschen Gedankenguts. Und Jean-Marie Le Pen ließ es sich ebenfalls nicht entgehen, auf diese Vorgeschichte anzuspielen, indem er in einer ersten Reaktion nach Ausbruch des Konflikts die Mégret-Anhänger als eine "extremistische, aktivististische und sogar rassistische Minderheit" bezeichnete. In diesem Zusammenhang nannte er Pierre Vial, den "Kopf der extremistischen Gruppierung Terre et peuple" ("Erde und Volk" - der Name des von Vial geleiteten Zirkels klingt nicht zufällig wie "Blut und Boden"). Volltreffer: Pierre Vial, einer der engsten Vertrauten Mégrets, war noch bis 1984 Generalsekretär des GRECE und kam nicht - wie die anderen führenden Köpfe des Mégret-Lagers - auf dem Umweg über den Club de l'Horloge zum FN. Als

Geschichtsprofessor an der Universität Lyon-III betreibt er Forschungen über das "Indo-Europäertum". Vial ist Neuheide und vertritt eine nahezu lupenreine NS-Rassentheorie. Diese Attacken gegen seine jetzigen Gegner können natürlich über die politische Natur von Jean-Marie Le Pen selbst nicht hinwegtäuschen. Anläßlich desselben Fernsehauftritts, bei dem er Vial als Rassisten outete, weigerte Le Pen sich ausdrücklich, die "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" von 1789 - die Bestandteil der französischen Verfassung ist - als politisches Grundlagendokument anzuerkennen.

Hintergrund des Konflikts ist, daß nach ersten Ausschlüssen von Mégret-Anhängern, die den alleinigen Führungsanspruch des alternden Le Pen offen in Frage gestellt hatten, seit dem 18. November 1998 und nach der Entlassung zweier Mégret nahestehender FN-Hauptamtlicher in der ersten Dezemberwoche Proteste gegen die "diktatorische" Führung des FN-Chefs ausgebrochen waren. Bei einer Konferenz der 400 führenden Parteifunktionäre, die am 5. Dezember in Paris stattfand, war Le Pen ausgebuht worden. Dieser scheint entschlossen zu sein, den ehrgeizigen Anwärter auf seine Nachfolge auszuschalten, solange er dazu noch Zeit hat, und den Konflikt mit rabiaten Mitteln zu lösen.

Bei einem Auftritt im ostfranzösischen Metz am Ende der ersten Konfliktwoche tönte Le Pen martialisch und von sich selbst überzeugt: "Man sagt mir: Gibt es wirklich keine Verständigungsmöglichkeit? Keine Möglichkeit, Feuer und Wasser miteinander zu vereinen, oder daß Cäsar vergibt? Was mich von Cäsar unterscheidet, dem Brutus sich mit dem Messer in der Hand näherte (...), das ist, daß ich mein Schwert ziehe und Brutus töte, bevor er mich tötet." Später fügte Le Pen, der Anspielungen auf Mégrets Körpergröße (der "Zwerg Napoleon") liebt, hinzu : "Der kleine Brutus muß noch ein bißchen wachsen, wenn er mich schubsen will."

Liest man Le Pens Erklärung, welche die Seite eins der Parteizeitung National Hebdo derselben Woche ziert, dann könnte man zunächst an eine Art Flügelstreit zwischen "Gemäßigten", die Allianzen mit den Konservativen zuneigen, und faschistischen "Hardlinern" glauben. So heißt es da: "Es scheint, als ob ich in den Augen bestimmter ehrgeiziger Herren, die zu allem bereit sind, um Karriere zu machen, das einzige Hindernis für fruchtbare Wahlbündnisse mit der Rechten sei." Beiläufig erinnert der Text auch an frühere Parteimitgliedschaften der Köpfe des "kriminellen Manövers" und der "Subversion", deren Opfer seine Partei sei: Bruno Mégret, ehemaliger Kader des (gaullistischen) RPR, und Jean-Yves Le Gallou, ehemaliger Kader der (liberal-christdemokratischen) UDF. Die beiden durch Le Pen ausgeschlossenen FN-Funktionäre waren Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre tatsächlich Führungsmitglieder dieser beiden großen Parteien. Eingetreten waren sie aber im Rahmen der Entrismus-Strategie, welche die Denkfabriken GRECE und Club de l'Horloge damals als Form der Kaderpolitik betrieben.

Die bürgerliche Mitte "explodieren" lassen ...

Der aktuelle Stein des Anstoßes ist eine taktische Differenz zwischen Le Pen und Mégret, die keine Unterschiede in den Zielsetzungen verrät. Sie wird im innerparteilichen Machtkampf instrumentalisiert, um sich gegenseitig Verrat vorzuwerfen. Grundsätzlich wollen beide Kontrahenten die bürgerliche Mitte "explodieren" lassen. Le Pen hält es dabei jedoch für ausreichend, den "Verrat" der Liberalen und Konservativen an der Nation anzuprangern und auf eine große Krise zu warten, welche ihm "Recht" geben werde. Mégret hingegen tritt für eine aktive Strategie ein, die auf die Brüche innerhalb des bürgerlichen Lagers zielt - etwa durch "vergiftete Stimmengeschenke" wie nach den letzten Regionalwahlen im März 1998 (vgl. ak 413), welche die republikanische Rechte in eine tödliche Zerreißprobe treiben sollen. Die jungen, aktiven FN-Kader, die die "Machtübernahme" beschleunigen wollen, stehen daher fast geschlossen hinter Mégret. Um die Schärfe der Auseinandersetzung zu verstehen, muß man das Alter der Hauptkontrahenten berücksichtigen. Le Pen wird im Juni dieses Jahres 71, Mégret im April 50 - der alternde FN-Gründervater weiß, daß er selbst wahrscheinlich nicht mehr von ausgeklügelten Strategien der Machteroberung profitieren könnte. Er zieht es daher vor, seine absolute (und nunmehr wieder unangefochtene) Macht über seinen Familienclan und die ihm ergebene Anhängerschaft auszukosten und darauf zu warten, daß die Geschichte ihn bestätigt.

Der "sinnlose" Prunk bei Le Pens "Hofführung" stößt den in Dimensionen politischer Effektivität denkenden Kadern in zunehmendem Maße sauer auf. Sie werfen dem FN-Gründer zudem vor, seit einiger Zeit systematisch seinen Familienclan zu bevorzugen. So scheiterte die jüngste der drei Töchter des Chefs, Marine Chauffroy-Le Pen (29), auf dem FN-Kongreß 1997 in Strasbourg bei der Wahl ins Zentralkomitee, da die Parteiaktivisten vom "Monaco-Clan" (so lautet der interne Spitzname der Le Pen-family) genug hatten. Prompt intervenierte der Herr Papa: Die Kongreßregie mußte eine "Informatikpanne" bekannt geben, durch die das

Stimmenergebnis der Frau Tochter verfälscht worden sei. Bruno Mégret erzielte übrigens bei derselben Wahl das beste Ergebnis aller Kandidaten zum Zentralkomitee.

Wie wird es mit dem Front National oder "den beiden Fronts Nationaux" weitergehen? Es muß als höchst unwahrscheinlich gelten, daß Le Pen die Kader und Aktivisten nochmals hinter sich versammeln kann, da er in seinem bornierten Machterhaltsgebaren derzeit die eigene Partei mit der Spitzhacke bearbeitet. So wurde die Erklärung über "Rassisten und Extremisten" in den eigenen Reihen von den Aktivisten übel aufgenommen, die sich seit Jahren erbittert gegen solche Vorwürfe von außen wehren. Jean-Yves Le Gallou höhnte über seinen ehemaligen Parteichef, das sei, aus dem Munde des FN-Vorsitzenden, "eine Anklage", wie sie von SOS Racisme oder (dem Antifa-Netzwerk) Ras-Le-Front kommen könnte. Die Mégret-Anhänger haben es bisher stets vermieden, Le Pen auf der ideologischen Ebene anzugreifen. Sie betonen, es handele sich nicht um einen Gegensatz der politischen Ideen, sondern um eine "Wachstumskrise" der Bewegung - nachdem Le Pen "lange Jahre hindurch ihr Motor war, ist er nunmehr zum Klotz an ihrem Bein geworden", erklärte Le Gallou. Im "Säuberungsfieber" versuchte Le Pen darüber hinaus den Hauptamtlichen-Apparat zu zerschlagen, dem nach seinen Aussagen 120 bezahlte Mitglieder angehören, während "20 genügen würden". (Mittlerweile ist es um dieses Vorhaben still geworden.)

Le Pens Name

allein genügt nicht

Wahrscheinlich ist, daß Le Pen nur der ältere und eher passive Teil der Mitgliedschaft verbleiben wird. 62 von 100 Départements-Sekretären - eine Art Bezirksvorsitzende - stehen hinter Mégret. Dasselbe gilt für die knappe Mehrheit der 275 FN-Abgeordneten in den Regionalparlamenten, von denen 142 Mégret und 131 Le Pen unterstützen, während zwei bisher unentschieden blieben. (In der Nationalversammlung sind die Neofaschisten aufgrund des Mehrheitswahlrechts nicht vertreten.)

Die Mégret-Anhänger werden am 23. und 24. Januar in Marignane ihren "außerordentlichen Parteikongreß" abhalten, auf dem auch eine neue Führung gewählt werden soll. (Le Pen und seine Getreuen haben angekündigt, nicht zu erscheinen.) Ein "Erneuerungskongreß" des Front National, wie die Mégret-Anhänger behaupten - oder Gründungskongreß einer neuen politischen Formation, die sich vom FN abspaltet, wie Le Pen angibt? Über die Benutzung des Parteinamens wird ein Rechtsstreit entscheiden, der lang und kompliziert zu werden verspricht. 1985 hat Le Pen den Parteititel auf seinen Namen eintragen lassen. Die Anmeldung beim Nationalen Institut für Patente und Autorenrechte INPI muß jedoch alle zehn Jahre erneuert werden, um gültig zu bleiben; Le Pen hat es 1995 unterlassen, die Eintragung zu erneuern. Von seiten der Mégret-Anhänger hat Serge Martinez den Titel FN am 10. Dezember 1998 beim INPI eintragen lassen. Acht Tage nach dieser Eintragung, aber vor deren Veröffentlichung (die am 26. Dezember auf dem Computer der INPI erschien und am 21. Januar offiziell publiziert wird) hat die linke Wochen- und Satirezeitung Charlie Hebdo am 18.12.1998 ihrerseits den Namen "Front National" beim INPI anmelden lassen - mit dem erklärten Ziel, ihn "der Résistance zurückzugeben". Die Zeitung hat Überlebende der Résistance ausfindig gemacht, die in einem Prozeß beweisen wollen , daß sie historisch als erste den Namen "FN" (als Abkürzung für "Nationale Front für die französische Unabhängigkeit") benutzt haben. Auf diese Weise soll beiden neofaschistischen Lagern der Titel entzogen werden. Historisch noch früher wurde der Name "Nationale Front" durch die reaktionäre Rechte verwendet: Unter diesem Titel sammelten sich 1935/36 diverse Parteien gegen die Volksfront, den Front populaire. Damit argumentieren Le Pen und die Rechtsabteilung "seines" FN, um die Ansprüche der Résistance-Kämpfer abzuwehren.

Wie auch immer die beiden künftigen Organisationen heißen mögen - auf Dauer wird wohl nur eine Großpartei überleben. Nicht unwahrscheinlich ist ein an die italienische Entwicklung erinnerndes Szenario mit einer großen, "respektabel" gewordenen rechtsextremen Formation (der MSI nach seiner Umwandlung in Alleanza Nazionale) und einer sehr viel kleineren Restpartei der Traditionalisten (MSI-Fiamma tricolore). Eine solche Entwicklung erscheint langfristig beinahe unaufhaltsam, da Le Pen und die ihm verbliebenen Getreuen den Strategien der Mégret-Anhänger - außer anhaltendem Verratsgeschrei - wenig entgegenzusetzen haben. Die intellektuellen Kapazitäten befinden sich ganz überwiegend im Mégret-Lager; zu Bündnispolitik ist Le Pens "Club der Traditionalisten" immer weniger in der Lage. Kurz- und mittelfristig liegen die Dinge freilich nicht ganz so klar. Denn zumindest in den nächsten Monaten und Jahren, solange Le Pen noch im Vordergrund stehen kann, dürfte sein Name einige Anziehungskraft auf die Wähler behalten.

Die Europaparlamentswahl stellt für die Mégret-Anhänger eine Klippe dar, an der sie durchaus Schiffbruch erleiden könnten. Zwar hat Mégret den Großteil des FN-Apparats und der aktiven Kader hinter sich. Zu ihm übergelaufen sind seit dem zweiten Januarwochenende auch etwa zehn von 22 Regionalabteilungen des DPS (Département Protection Sécurité - "Abteilung Schutz und Sicherheit"), der Partei-"Miliz", die Le Pen persönlich untersteht und ihm allein verantwortlich ist. Doch in der Wählerschaft, für die der Name Le Pen die traditionelle "Legitimität" der rechtsextremen Bewegung verkörpert und die sich um deren innere Angelegenheiten wenig schert, haben Mégret und seine Leute bisher noch einen schweren Stand. Dies belegen zwei Umfragen des Instituts CSA aus der zweiten Dezemberhälfte. Demnach würden derzeit 4 bzw. 5 Prozent für eine "Liste Mégret" stimmen, 10 bzw. 9 Prozent für eine "Liste Le Pen". Einzig bei den Besserverdienenden - oberhalb von 15.000 Francs (5.000 DM) im Monat - hat Mégret klar die Nase vorn.

Bernhard Schmid, Paris

Berichtigung: Der in Bernhard Schmids Artikel über den Kampf der Sans-papiers (ak 421, S. 15) erwähnte "Vertrag für die Wiedereingliederung im Herkunftsland" trägt die französische Abkürzung CRPO (nicht CRPQ). Nachzutragen bleibt eine Korrektur (zu ak 407), die aus dem selben Artikel herausgekürzt wurde: Die Jospin-Regierung hat bei der Änderung des Ausländergesetzes im Herbst 1997 die Höchstdauer der Abschiebehaft nicht von 4 auf 10 Tage, sondern von 10 auf 14 Tage verlängert. Der bearbeitende Redakteur bittet um Entschuldigung.

15. Die kubanische Revolution wird 40! Rätsel mit Begriffen aus der Geschichte der Jubilarin

Rätsel mit Begriffen aus der Geschichte der Jubiliarin

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:21

Und es gibt was zu gewinnen!! Unter den hoffentlich zahlreich eintreffenden richtigen Einsendungen verlosen wir als ersten und einzigen Preis ein ak-Jahresabo zum selber behalten oder verschenken! Einfach das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und ab an: ak-Redaktion, Rombergstr.10, 20255 Hamburg. Einsendeschluß ist der 7. Februar 1999.

Senkrecht

1) Im Lokal-Maßstab fließt's dort hochprozentig gegen Bares. Im Global-Maßstab floß Süßes von Kuba in die Sowjetunion, und zwar hochprozentiger als im Rest der ungerechten Welt.

2) Dieser Rohstoff brachte und bringt KubanerInnen zu sagenhaften Höchstleistungen. Als Glücksdoping-Endprodukt machts in rauhen Mengen süchtig und dick.

3) ... Eier und Mehl - Safran macht den Kuchen gel.../ob Mann ob Frau - die Zafra* macht die Hände... (*Zafra: Ernte des unter 2 erwähnten Rohstoffs)

4) Die Angst der USA vor Kuba hatte in erster Linie damit zu tun: Der anziehenden und faszinierenden Ausstrahlung. Auch in die Jahre gekommen wirkt sie noch auf die Menschen Lateinamerikas (und nicht nur die) - denen dies (im engen Sinne) übrigens mehr nachgesagt wird als uns EuropäerInnen. Männliche und weibliche Sextouristen nach Kuba träumen davon.

5) Über Berlin ist er schön, doch auch seine Entdeckung durch Harry Mulisch in Kuba ist klasse. Z.B. die Szene mit der großen Leuchtreklame in Havanna von Che und Camillo, die gemeinsam für seine Verwirklichung auf Erden kämpften.

6) ... pasaran!!!

7) Der Maria geht's nicht nur ums Kapital, sondern auch ums Patriarchat, und beide sind gleichermaßen so.

8) Im Unterschied zum "neuen Menschen" Jesus ist sein Name durchaus gängig, der ihn übrigens mit dem unter 30) gesuchten Dichter ebenso verbindet wie mit dem Tübinger Philosophen der Hoffnung.

9) Am 1.1.1959 war Havanna die Hauptstadt des sozialistischen Traums.Der Befreiungskampf in einem anderen Land gegen den US-Imperialismus war der zündende Funke für die Internationalismus-Bewegung der 60er/70er-Jahre in Europa. Gesucht: Schwäbisch klingender Name der Hauptstadt dieses Landes.

10) Es gibt sie in Verbindung mit Geld: So wünschen wir sie der kubanischen Jugend nicht. Es gibt sie in anderer Verbindung, wie wir sie immer neu der kubanischen Jugend auf die Zukunft wünschen.

11) Fette Fische, die im Kapitalismus mittels erhöhter Zahlungsforderungen Menschen ihres Grundrechtes auf Wohnrecht berauben. In Kuba gibt es solche Menschenfresser nicht, wohl aber in der Karibik.

12) So richtig ist es das nie in Kuba. Weshalb wir nach der Revolution als erstes das kubanische Klima einführen.

13) Wo die Schweine verloren haben, damals 1961. Ohne Schweine und auf englisch.

14) Kubanische Romantik: Sternenhimmel am Palmen-Strand

Deutsche Romantik: Abenddämmerung in der Fluß- ... (eigentlich auch nicht ohne)

15) Kommerzialisierte Palmenstrand-Romantik, auf der Insel auch in politischer Variante zu haben. Wichtige Geld- und Gefahrenquelle für Kuba.

16) Diese Niederlage wurde zum Sieg für die kubanische Revolution. Nicht nur in Tübingen also können Kasernen für etwas gut sein. Danach nämlich hielt Fidel seine historische Rede ("Die Geschichte wird uns freisprechen") und seither immer zum Jahrestag auf dem Platz der Revolution.

17) Dramatischer Showdown, währenddessen alle Welt schaurig-gebannt nach Kuba blickte und der bereits ein gutes Vierteljahrhundert vor dem neuen Millenium apokalyptische Szenarien mobilisierte.

Waagerecht

18) Hat sie Fidel nun freigesprochen oder nicht?

19) Aus diesen Bergen kamen sie (ohne S), um für ihr Land (ohne T) zu kämpfen.

20) Seit diese Beziehung zur SU gebrochen ist, sind aufgrund des daraus resultierenden Ölmangels viele KubanerInnen mit Zweirädern darauf.

21) Was Fidel und Che gemeinsam haben und was hoffentlich die kubanische Revolution immer noch nicht hat.

22) Der Comandante en Jefe als Vorbild: Von Rechts wegen (sein) Beruf für Bürgerliche, von Revolution wegen (seine) Berufung für die Klasse.

23) Heißt er nicht Tom, der aus USA? Oder war das der mit der Hütte?

24) Denen war Kuba ein Dorn im Auge, Stachel im Fleisch wegen der zu haltenden Ordnung im Hinterhof, oder auch wegen des befürchteten .... (siehe 25))

25) ... -Effektes. (s. 24)

26) Nervös machte John F., Richard, George, Ronald und wie sie alle hießen nicht zuletzt diese, quasi vor der eigenen Haustür.

27) Peinlich für "die" vor allem dann ihr Landeversuch, da gingen die Schweine aber baden!!, denn:

28) Die revolutionäre Bewegung (span., Abkürzung), die dem kubanischen Nationalfeiertag das Datum verpaßte, war und blieb stark.

29) Körperertüchtigung, in alten und neuen Kasernen trainiert; (vielleicht einzige) gemeinsame Kampfform von Guerilla-Spezialeinheiten und Szenekämpfern. Zentralamerikanische GenossInnen wurden u.a. darin in Kuba ausgebildet.

30) Der alte Mann liebte das kubanische Meer und den Daiquiri, den TouristInnen heute noch bis zur Besinnungslosigkeit in seiner Lieblingsbar in La Habana konsumieren.

31) Ohne sie kein bewaffneter Kampf. Die Rote hat Deutschland befreit.

32) Die Revolution ist keine (span.). Daß Kuba eine ist, hat das langanhaltende kubanische Revolutions-Modell ermöglicht.

33) Heiliger mit Ion ergibt schmerzhafte Wirtschafts-Maßnahme, in Kuba konkret die US-Blockade.

34) Erst kommt das, dann die Moral. Dafür, wie knapp dies (v.a. seine Luxusausführung) manchmal auch schon war, blieb die Moral der KubanerInnen erstaunlich hoch.

35) Wegen manch solchem Fremdkörper setzt sich so mache/r US-BürgerIn über_s ideologische Geschwülst hinweg und läßt ihn sich in Kuba fachgerecht beseitigen.

36) Kein Triumph in Havanna ohne Mühen der Ebene, kein Sieg ohne Niederlage, keine Revolution ohne Fehler, kein Berg ohne ...

37) Die sie der Revolution zu halten meinen, sind oft die, die sie verraten. Fidel jedoch macht seinem Namen Ehre und bleibt Kuba immer noch in ihr erhalten.

38) Räte-Gemeinschaft ohne Räte, Seit' an Seite mit Kuba in brüderlicher Einheit.

39) Ihren Berufsstand schaffte Fidel sofort nach der Revolution ab und veranlaßte umfangreiche Ausbildungsprogramme. Heute arbeiten wieder viele Kubanerinnen für "Dollares" als solche.

40) Ob auf der Straße, ob auf dem Strand, bringt's die Körper außer Rand und Band! Oder: Kuba ohne ist nicht Kuba.

Viva Kuba!!!

16. Havarien in stürmischer See. Vor vierzig Jahren floh Batista

Autor: efa · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:31

Auch wenn die Medien nun seit Jahren schon mit schöner Regelmäßigkeit fürs jeweils kommende Jahr den Sturz Castros prophezeien - ihn selber interessiert das, wie's scheint, wenig, und unbekümmert sagte er am Silvesterabend in Santiago de Cuba den Sturz des Kapitalismus für 1999 voraus.

Das Kuba Fidel Castros, für einige westeuropäische Linke letzter Hoffnungsstrahl in neoliberaler Finsternis, ist vierzig geworden. Genervt von der ewig gleichen Rhetorik die einen, lauschen die anderen hier wie dort andächtig den Worten ihres in die Jahre gekommenen Helden, der laut Selbstauskunft äußerlich nicht mehr ganz genauso ist wie damals, aber innendrin ist er halt ganz der alte.

Was ich an ihm bewundere: Die Selbstverständlichkeit und die Ruhe, mit der er trotz desolater Wirtschaftslage und allen internationalen Unkenrufen zum Trotz, mit dem ihm eigenen Charme und scheinbar unbekümmert die kubanische Wirklichkeit als Geschichte permanenten Fortschritts im Kampf David gegen Goliath erzählt. Was ich zwar nicht gerade bewundere, aber immerhin doch bemerkenswert finde, ist die Kontinuität bestimmter Linker hierzulande, die treu und politisch unbesorgt ohne großes Zaudern wiederholen, was der máximo lider kundtut und dabei allenfalls ehrfürchtig schmunzeln, oft aber ohne eine Miene zu verziehen die rosarote Geschichtsschreibung übernehmen: International hat Kuba im vergangenen Jahr "endgültig den Durchbruch erzielt", weiß etwa die junge Welt, denn "nie waren die USA so isoliert". Und: " Die Wiederbelebung unserer Wirtschaft ist unumkehrbar", wird der kubanische Wirtschaftsminister Rodriguez zitiert. Und nicht wenige in der hiesigen Solidaritätsbewegung können die Ursachen für alle Sorgen der KubanerInnen mit dem Stichwort "US-Embargo" kurz und bündig auf den Punkt bringen. Wohl dem, dessen Weltbild widerspruchsfrei zusammenhält.

Klar, es trifft zu, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion und die ewige Präsenz des nordamerikanischen Imperialismus eine eigenständige Entwicklung des kubanischen Sozialismus verunmöglicht. Trotzdem ist das eben nicht die ganze Wahrheit. Entscheidend für die Glaubwürdigkeit des kubanischen Modells in- und außerhalb von Kuba ist das, was jenseits von Heldenepen den Alltag bestimmt. Zumal für die große Mehrheit der kubanischen Bevölkerung diese Epen eben nicht mehr sind als Geschichte: Nur ein kleiner Teil kann sich an die Revolution von 1959 noch bewußt erinnern; für die meisten ist die revolutionäre Errungenschaft Bildung-und-Gesundheit-für-alle Selbstverständlichkeit, die sich nicht unbedingt mit Mangel und kleiner wie großer Korruption so verrechnen läßt, daß unterm Strich auf jeden Fall Sozialismus oder Tod herauskommt.

Und jenseits von revolutionärer Verklärung ist der Tourismus beispielsweise dann nicht nur hoffnungsspendende Wachstumsbranche im Kampf gegen die Armut, sondern auch Motor eines schrittweisen Ausverkaufs. Prostitution ist dann auch nicht einfach das Problem individuellen Sittenverfalls, wie man es von offizieller Seite hin und wieder zu hören bekommt, sondern die logische Begleiterscheinung dieses Ausverkaufs, bei dem - gewollt oder nicht - die Vermarktung von Frauen, Kindern und Jugendlichen wichtige Devisenbringerin ist. Die Legalisierung des Dollars ist dann nicht nur die unvermeidliche Antwort auf die Auswirkungen des US-Embargos, sondern auch die Festschreibung einer de-facto-Zwei- bzw. Drei- (zählt man die Funktionäre hinzu) bzw. Vier-Klassengesellschaft (zählt man die Touristen hinzu). Aber die öffentliche Auseinandersetzung, die durchaus die Glaubwürdigkeit der Regierung stärken könnte, findet nicht statt. Die Teile der politischen Opposition, die nicht Handlanger der Miami-KubanerInnen sind, sondern Veränderungen innerhalb des Systems wollen, haben nach wie vor praktisch keine politischen Spielräume auf Kuba.

Diese offensichtlichen Widersprüche werden weder von offizieller Seite in Kuba noch von den Getreuen hier offen benannt. Und noch ist das vielleicht auch nicht nötig. Noch synthetisiert die außergewöhnliche Persönlichkeit Fidel Castros all diese Antagonismen. Wie tief sie sich tatsächlich in die kubanische Gesellschaft eingeschrieben haben, wird sich erst nach dem Tod von Fidel zeigen. Dann allerdings wird's ernst. Ob die kubanische Führung es schaffen wird, das anschließend entstehende Machtvakuum zu füllen oder es sogar zu nutzen für eine Öffnung nach innen, ist fraglich. Ob sie überhaupt einen Übergang zum Kapitalismus neoliberaler Machart nach nicaraguanischem oder salvadorianischen Modell verhindern kann, ist ebenfalls offen.

Noch fraglicher aber ist, wann der Eintritt dieser Situation zu erwarten ist. Nachdem diverse Attentatsversuche, so erzählt man sich zumindest, und die permanenten Zersetzungsversuche des Imperialismus dem Phänomen Fidel nichts anhaben konnten und er selber offenbar nicht gewillt ist, in naher Zukunft den Löffel abzugeben (und wünschen wollen wir es ihm ja auch nicht), wer weiß, vielleicht steuert er ja noch 40 Jahre länger "das kubanische Schiff ohne todbringende Havarien durch stürmische See, heimtückische Untiefen und vorbei an gefährlichen Klippen" (junge Welt). Genau.

efa

17. Der Schauplatz wechselt, die Opfer bleiben

Verschärfungen in der Einwanderungspolitik der USA

Autor: Werner Lamottke · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:18

Die USA gelten als klassisches Einwanderungsland. ImmigrantInnen waren immer willkommen, solange die US-Wirtschaft billige Arbeitskräfte brauchte. In Zeiten wirtschaftlicher Probleme und hoher Arbeitslosigkeit wurde die Einwanderung jedoch stark eingeschränkt. So auch jetzt wieder. Vor allem für Arme aus Mexiko, Mittelamerika und aus der Karibik, aus China und Südostasien sollen die Grenzen dichtgemacht werden. Diejenigen, die schon im Land sind, sollen rausgeschmissen werden.

Hält man an der Wirtschaftskonjunktur als alleiniger Triebfeder für die Verschärfung der Migrationspolitik fest, stellen die derzeitigen Restriktionen eigentlich eine unlogische Entwicklung dar. Laut US-Regierung boomt die Wirtschaft, die Arbeitslosenzahlen sinken und die Aktien- und Konzerngewinne sind so hoch wie nie zuvor. Doch die Auslagerung von wichtigen Produktionsbereichen in Billiglohnländer, die weitgehende Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und die massive Beschneidung des Sozialsystems schüren die Ängste innerhalb der Bevölkerung vor sozialem Abstieg. Kombiniert mit tiefsitzendem - oft unterschwelligem - Rassismus sind EinwanderInnen willkommene Sündenböcke für hausgemachte Probleme oder dienen zur Projektion von Abstiegsängsten. Nach einer Umfrage vom Dezember 1998 sind angeblich 72 Prozent aller US-AmerikanerInnen der Meinung, die Vereinigten Staaten sollten ihre Immigrationszahlen nicht erhöhen, da dies die Arbeitslosigkeit verstärken würde. (1)

Unterstützung erhält die restriktive Einwanderungspolitik von EinwanderInnen der zweiten und dritten Generation, die durch die Neuankömmlinge ihren erreichten Lebensstandard in Gefahr sehen. Gewerkschaften fürchten die Unterhöhlung von angestammten Rechten, da Unternehmen organisierte Belegschaften durch die vereinzelten und für weniger Lohn arbeitenden ImmigrantInnen ersetzen. Dieser Verdrängungsprozeß, der seit mehreren Jahren in Niedriglohnbereichen in vollem Gange ist, trifft wiederum Hispanics und African-Americans relativ stark, die überproportional in diesen Jobs arbeiten.

Profiteure steigender Einwanderungszahlen sind in erster Linie Unternehmen. Wie attraktiv die Beschäftigung von ImmigrantInnen ist, zeigt die Äußerung eines Textilfabrikanten aus Hong Kong. Dieser kündigte an, seine Produktion von China nach New York zu verlagern. Damit würde er Importkosten sparen und ähnliche Löhne wie vor dem Umzug an eingewanderte ArbeiterInnen zahlen. Die Gralshüter der freien Marktwirtschaft vom Wall Street Journal folgerten denn auch in einem Editorial Anfang der 90er Jahre: "Wenn Washington nach wie vor etwas bezüglich Einwanderung tun will, schlagen wir einen Zusatzartikel zur Verfassung vor, der aus fünf Wörtern besteht: Die Grenzen sollen offen sein." (2)

Rundumschlag

gegen EinwanderInnen

Doch mit dieser Forderung konnten sich die Wirtschaftsliberalen nicht durchsetzen, als Mitte der 90er Jahre eine "Reformierung" der Immigrations- und Asylgesetzgebung zur Debatte stand. Die angestammten Werte der USA seien durch die neuen, meist spanisch sprechenden EinwanderInnen in Gefahr, hieß es aus den national-konservativen Kreisen der Republikanischen und Demokratischen Partei. Zudem würden über die löcherigen Grenzen Terroristen ins Land kommen. Einwanderungspolitik habe sich den Interessen der Nationalen Sicherheit - dem Zauberwort US-amerikanischer Politik - unterzuordnen. Als vordringliches Problem wurde illegale Einwanderung ausgemacht. Die Grenzen müßten dichtgemacht sowie "Illegale" und "Kriminelle" rausgeschmissen werden. Um in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten reingelassen zu werden, müsse jemand schon gute Gründe vorweisen können.

1996 verabschiedete der Kongreß ein umfassendes Maßnahmenpaket, das unter dem Titel Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act (IIRIRA) für Furore sorgt(e). Asylsuchende müssen seitdem bei Betreten US-amerikanischen Bodens der/m Einwanderungsbeamtin/en kundtun, daß sie Asyl beantragen wollen oder in ihrem Heimatland Angst vor Verfolgung haben. Bis zur endgültigen Entscheidung über ihren Antrag werden sie inhaftiert. ImmigrantInnen ohne Aufenthaltspapiere wurden vom Sozialversicherungssystem ausgeschlossen, EinwanderInnen ohne US-Staatsbürgerschaft wurden Miet- und Heizkostenzuschüsse im

Rahmen der Sozialhilfe gestrichen, und in den USA straffällig gewordene EinwanderInnen sollen deportiert werden. Bei letzterem spielt keine Rolle, wann das Vergehen begangen wurde noch wie lange jemand sich bereits in den USA aufhält. Da auch Verkehrsdelikte, Ladendiebstähle und kleinere Drogenvergehen zur Ausweisung ausreichen, wird die Zahl der allein im kommenden Jahr von Deportation bedrohten EinwanderInnen auf bis zu 300.000 geschätzt. (3)

Die im IIRIRA vorgesehenen Maßnahmen gehen aber noch wesentlich weiter. Für die Umsetzung des Gesetzespaketes ist weitgehend die US-Einwanderungsbehörde verantwortlich, der Immigration and Naturalization Service (INS). Dieser ist sowohl für Asyl- und Einbürgerungsfragen als auch für die Grenzsicherung zuständig. Letztere obliegt der Border Patrol, die dem INS untersteht. Um die durch den IIRIRA stark erweiterten Aufgaben zu erfüllen, steht neben der technischen Aufrüstung der Border Patrol die Personalaufstockung im Vordergrund. Allein zwischen November 1997 und Oktober 1998 stieg die Zahl der GrenzwächterInnen von 5.878 auf 7.800, bis 2001 sollen pro Jahr weitere 1.000 Neueinstellungen vorgenommen werden. Insgesamt beschäftigt der INS mit derzeit etwa 29.000 Personen bereits eine eigene kleine Armee. Im Februar vergangenen Jahres gab die Behörde bekannt, daß sie mehr bewaffnete Agenten habe als jede andere US-Bundesbehörde, einschließlich des FBI. Um wirkungsvoller agieren zu können, soll der INS zudem stärker mit anderen Bundesbehörden zusammenarbeiten.

Zu den konkreten Maßnahmen aufgrund des IIRIRA gehört zum einen die Aufrüstung der Grenzübergänge. So wurde ein System installiert, mit dem alle in die USA kommenden Fahrzeuge durchleuchtet und fotografiert, die Aufnahmen von den Nummernschildern digitalisiert und von einem Zentralcomputer überprüft werden. Die komplette Erfassung von ausreisenden Fahrzeugen ist derzeit in Vorbereitung. In einem Test wurde zudem mit einigen Fluggesellschaften vereinbart, daß deren Passagiere computerlesbare Karten ausgehändigt bekommen, auf denen die persönlichen Daten gespeichert werden. Das Ziel ist die Erfassung der Namen sowie Ein- und Ausreisedaten der jährlich etwa 400 Millionen GrenzgängerInnen an den 250 Grenzübergängen der USA.

Zum anderen soll die über 3.200 Kilometer lange Grenze zu Mexiko stärker überwacht werden, die seit den 80er Jahren stetig militarisiert wird. Die Suche nach ImmigrantInnen geht dabei Hand in Hand mit der nach Drogentransporten. Eingesetzt werden Infrarot-Sichtgeräte, Flugzeuge oder auch Helikopter. Die Kontrollen der Border Patrol konzentrieren sich dabei auf die am stärksten von GrenzgängerInnen frequentierten Gegenden. Im Haushaltsjahr 1998 wurden so etwa 1,5 Millionen Menschen festgenommen und zumeist umgehend nach Mexiko oder in ihre zentralamerikanischen Heimatländer zurückgeschickt. Oft kommt es dabei zu dramatischen Menschenjagden, massiver Gewalt und rassistischen Beschimpfungen durch die INS-BeamtInnen. amnesty international (ai) prangerte diese Übergriffe als "ernsthafte Menschenrechtsverletzungen" an, die in einer Atmosphäre der Straflosigkeit begangen würden. (4)

Um der Border Patrol zu entgehen, sind die GrenzgängerInnen gezwungen, immer riskantere Aktionen zu starten, und weichen in unwegsame Wüsten- oder Gebirgsregionen aus. Geht ihnen in den heißen Sommermonaten das Wasser aus oder werden sie im Winter von Kälteeinbrüchen überrascht, ist eine Rettung oft unmöglich. Nach Schätzungen von ai sind dabei zwischen 1993 und 1996 mindestens 1.185 Menschen ums Leben gekommen. Die Zahl dürfte allerdings wesentlich höher liegen, da viele Leichen in abgelegenen Regionen nie gefunden werden. Die häufigsten Todesursachen sind Ertrinken - im Rio Grande oder in Abwasserkanälen -, Verkehrsunfälle und Hitze- oder Kältefolgen.

Verlagerung

der Grenze nach innen

Der illegale Grenzübertritt stellt in den Augen der Regierenden aber nur die eine Hälfte des Problems dar. Daher bildet die Verlagerung der Grenze nach innen ein weiteres Element in der Verschärfung der US-Einwanderungspolitik. Für 1997 schätzte der INS die Zahl der EinwanderInnen ohne gültige Aufenthaltsdokumente in den USA auf fünf Millionen Menschen. Jedes Jahr sollen ungefähr 275.000 EinwanderInnen hinzukommen. Vierzig Prozent von ihnen, also etwa zwei Millionen Menschen, leben allein in Kalifornien, 700.000 in Texas und über eine halbe Million in New York. Landesweit sollen sie 1,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Mehr als die Hälfte sind nach INS-Angaben MexikanerInnen, über 80 Prozent kommen aus Lateinamerika und der Karibik. Im Gegensatz zu einem weitverbreiteten Klischee

überquert ein großer Teil der EinwanderInnen ohne Papiere die Grenze allerdings nicht bei Nacht und Nebel. Vielmehr kommen über vierzig Prozent mit einem gültigen Visum in die USA, verlassen das Land aber nicht zum vorgeschriebenen Zeitpunkt.

Um diese Menschen aufzuspüren, führt der INS verstärkt Razzien in Betrieben durch. Über die Zahl der Verhafteten bei diesen Aktionen und über deren Herkunft liegen keine genauen Angaben vor, da der INS keine entsprechenden Statistiken führt. Überprüft werden Winzereien in Kalifornien, Textil-Sweatshops in New York oder auch Großschlachtereien in Idaho. Dabei geschieht es nicht selten, daß Arbeitgeber selbst den INS rufen, um ausstehende Löhne nicht zahlen zu müssen oder Organisierungsversuche von ArbeiterInnen zu zerschlagen. Beispielsweise durchsuchten fünfzig INS-BeamtInnen am 7. Januar 1997 die Firma Mediacopy, ein Video-Reproduktionsbetrieb in der Nähe von San Francisco. Bei der Aktion führten sie insgesamt 99 ArbeiterInnen in Handschellen ab, die keine gültigen Dokumente vorweisen konnten. Einzelne ArbeiterInnen riefen sie namentlich aus der zusammengetriebenen Belegschaft heraus. Just diese waren es, die in den Monaten zuvor versucht hatten, in dem Betrieb eine Gewerkschaftsvertretung zu gründen. Die Razzia fand kurz vor den entsprechenden Wahlen statt. "Das Timing der Razzia legt nahe, daß es zwischen der Firmenleitung und dem INS ein heimliches Einverständnis gab," vermutet denn auch David Bacon von der Northern California Coalition for Immigrant Rights. (5)

Oft kollidiert die verschärfte Migrationspolitik allerdings mit Unternehmensinteressen. Gerade in lohnintensiven Gewerben wie der Landwirtschaft beschäftigen Unternehmen gerne ArbeiterInnen, die keine Papiere haben. Unter der stetigen Drohung, entdeckt zu werden, sind diese gezwungen, zu niedrigsten Löhnen und unter miserablen Bedingungen zu arbeiten. Um die so entstehenden Kostenvorteile zu sichern, haben einige Arbeitgeber recht effektive Lobbyaktivitäten entwickelt: Mitte Mai letzten Jahres begann der INS zum Beispiel mit Razzien auf Zwiebelfarmen im Bundesstaat Georgia und nahm 21 PflückerInnen ohne Dokumente fest. Die Farmer fürchteten um ihre anderen billigen Arbeitskräfte und alarmierten umgehend "ihren" Kongreßabgeordneten in Washington, den Republikaner Paul Coverdell. Dieser kritisierte daraufhin den INS wegen des "diskriminierenden und unangemessenen Einsatzes von extremen Verfolgungsmethoden gegen Zwiebelfarmer". Gerichtet sei das Vorgehen gegen "ehrbare Bauern, die nur versuchen, ihre Produkte vom Feld auf den Markt zu bekommen." (6) Die Intervention hatte Erfolg. Der INS zog ab und kündigte an, im nächsten Jahr wiederzukommen.

Mit seiner Einschätzung über die Leidtragenden lag Coverdell allerdings völlig daneben. Die Razzien gehen in erster Linie auf Kosten der festgenommenen ArbeiterInnen. Meist werden sie umgehend in Busse gesetzt und in Gefängnisse oder gleich an die mexikanische Grenze gebracht. Oft wird ihnen dabei weder Zeit gelassen, Angehörige zu benachrichtigen und eventuell ihre Kinder mitzunehmen, noch ausstehende Löhne einzufordern. Laut Gesetz droht ArbeitgeberInnen eigentlich eine Geldbuße von 10.000 US-Dollar pro illegal Beschäftigtem. Wurden allerdings in einem Haushaltsjahr Anfang der 90er Jahre noch etwa 2.000 Sanktionen in der Gesamthöhe von 17 Millionen US-Dollar verhängt, sank diese Zahl im Haushaltsjahr 1997 auf 888 mit einem Volumen von acht Millionen US-Dollar. Statt dessen bietet der INS den Unternehmen die Teilnahme an Pilotprogrammen an, die auf der Grundlage des IIRIRA initiiert werden. Mit diesen soll den Firmen per Computerzugriff ermöglicht werden, Sozialversicherungsnummern und Arbeitsberechtigungen von neu Eingestellten zu überprüfen. KritikerInnen vermuten allerdings, daß viele Betriebe an den Programmen teilnehmen, um sich vor Razzien zu schützen. Zwar gibt es keine entsprechenden Regelungen, aber normalerweise müssen diese Betriebe keine ungebetenen Besuche des INS befürchten. Diese Programme scheinen so einen Weg darzustellen, auf dem sich INS und Unternehmen treffen können. Mit Border Patrol-Patenschaften für Pfadfindergruppen an der Südwestgrenze oder - seit der Proposition 187 in Kalifornien - der Meldepflicht von EinwanderInnen ohne Papiere durch MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen wird zudem die Zivilbevölkerung aktiv in den "Krieg gegen Illegale" miteinbezogen.

Mit der Umsetzung des IIRIRA wird immer deutlicher, daß die Rede vom Einwanderungsland USA ein Mythos ist. Der gezielte Einsatz militärischer Mittel, die umfassende Territorialkontrolle, die Diffamierung des Gegners und die Einbeziehung der Bevölkerung erinnern dabei an die Strategie des Low Intensity Conflict. Nachdem die USA diese Strategie in Südostasien und Zentralamerika entwickelten, setzen sie sie nun im eigenen Land ein. Der Schauplatz wechselt, die Opfer bleiben.

Werner Lamottke, z.Zt. Austin, Texas

Der Autor ist Mitarbeiter der Informationsstelle Lateinamerika (ila). Der Beitrag ist eine stark überarbeitete und erweiterte Fassung eines Artikels, der in der ila 221 im Dezember erschienen ist.

Anmerkungen:

1) Durchgeführt von Wall Street Journal/NBC News. Für eine liberalere Einwanderungspolitik traten in der Umfrage 20 Prozent der Befragten ein.

2) Zit. nach Nicolas Mills, The Era of the Golden Venture, in: ders. (Hg.), Arguing Immigration, New York 1994, S. 14

3) "Criminal Aliens" Jam INS Detention Centers, Washington Post, 2.11.1998. Anfang Januar gab der INS die Deportationszahlen für das Haushaltsjahr 1998 bekannt. Danach wurden zwischen November 1997 und Oktober 1998 56.011 "kriminelle ImmigrantInnen" abgeschoben.

4) amnesty international USA, Human Rights Concerns in the Border Region with Mexico, Mai 1998 (AI Index AMR 51/03/98), im Internet zugänglich unter www.amnesty.org/ailib/aipub/1998/AMR/25100398.htm)

5) National Network on Immigrant and Refugee Rights (NNIRR), Portrait of Injustice - The Impact of Imigration Raids on Families, Workers, and Communities, Oakland Oktober 1998, S. 34

6) Zit. nach NNIRR, Update on Worker Verification Programs, 29.7.1998

Endstation Knast

Viele Verschärfungen in der US-Immigrationsgesetzgebung haben eines gemeinsam: Mehr und mehr EinwanderInnen landen im Knast. Der INS selbst gibt an, daß jährlich etwa 170.000 ImmigrantInnen ihr Haftsystem durchlaufen, etwa 15.000 Gefangene an einem durchschnittlichen Tag. Gegenüber zwei Jahren zuvor bedeutet das einen Anstieg um 70 Prozent.(1) Bis zum Jahr 2001 wird eine Zunahme dieser Zahl auf 23.000 angenommen. Der INS selbst unterhält derzeit neun Gefängnisse entlang der mexikanischen Grenze, im Bundesstaat New York und auf Puerto Rico. Um die Auflagen des IIRIRA zu erfüllen, müht sich die Behörde nach Kräften, diese Kapazitäten aufzustocken, doch muß sie Betten in Bundes- und Kreisgefängnissen sowie in privat betriebenen Anstalten anmieten. Für diese ist das ein lohnendes Geschäft, da der INS Tagessätze zwischen 35 und 100 US-Dollar zahlt. Für den Leiter des von der Privatfirma CCA betriebenen Kreisgefängnisses im texanischen Liberty (sic!) County stellen INS-Häftlinge eine so gute Einnahmequelle dar, daß er BesucherInnen von Human Rights Watch (HRW) fragte, ob sie ihm nicht Tips geben könnten, wie er an mehr festgenommene EinwanderInnen kommen könne. Der Hintergrund: Für normale Insassen kassiert das Gefängnis einen Tagessatz von 25 US-Dollar, vom INS dagegen 52,50 US-Dollar.

Da die 33 INS-Regionaldistrikte relativ autonom agieren, hat niemand einen genauen Überblick darüber, welche Häftlinge wo und unter welchen Bedingungen untergebracht sind. Beispielsweise hatte der INS im Februar 1998 mit insgesamt 1.041 Lokalgefängnissen Unterbringungsverträge. Allgemeingültige Standards für die Behandlung der Insassen gibt es dabei kaum. Für die Festgenommenen bedeutet dies, daß es eine Art Lotterie ist, unter welchen Bedingungen sie die Zeit bis zur Deportation oder bis zur Anerkennung als politische Flüchtlinge verbringen müssen. Ein besonderes Problem stellen dabei die Lokalgefängnisse dar. Diese sind oft hoffnungslos überbelegt, weder für die besonderen Belange der INS-Häftlinge eingerichtet noch auf eine langfristige Unterbringung ausgelegt. Obwohl die Inhaftierung von EinwanderInnen und Flüchtlingen juristisch ein administrativer und kein strafrechtlicher Akt ist, werden sie oft gemeinsam mit Gefangenen eingesperrt, die aufgrund von kriminellen Delikten verurteilt wurden. Das heißt, sie sind dem "normalen" Gefängnisalltag von Gewalt, Mißhandlungen und Isolation ausgeliefert. Einige Gefängnisse kategorisieren INS-Häftlinge sogar automatisch in die höchste Sicherheitsstufe, da ihnen grundsätzlich ein Fluchtinteresse unterstellt wird. Nach der Einordnung in das Sicherheitssystem befragt, meinte der Leiter des Vermilion-Gemeindegefängnisses in Louisiana: "Du bekommst halt ein Gefühl dafür."

Gängige INS-Praxis ist die häufige Verlegung von Gefangenen, je nach Verfügbarkeit von Gefängnisbetten. HRW zitiert dabei ein Beispiel, bei dem ein Häftling, der ursprünglich in New York verhaftet wurde, innerhalb eines Jahres nach sieben Verlegungen schließlich in Louisiana landete. Familien und Rechtsbeistände werden vom INS über solche Veränderungen nur selten informiert. Für die Gefangenen bedeuten sie oft verschärfte Isolation. Angehörige können die Reisekosten für weite Besuchsreisen nicht aufbringen, durch die großen

Entfernungen entstehen Reisekosten für die Anwälte, die von den MandantInnen nicht mehr aufgebracht werden können. Gibt es in Großstädten normalerweise auf Einwanderungs- bzw. Asylrecht spezialisierte Anwälte, sieht dies in den abgelegenen Gegenden, in denen Häftlinge oft landen, anders aus. Da gerade Lokalgefängnisse selten über Bibliotheken verfügen, wird Gefangenen durch solche Verlegungen oft jegliche Möglichkeit juristischer Beratung genommen.

"In Indien gibt es ein Antiterrorismusgesetz. Dies erlaubt die Inhaftierung von bis zu sechs Monaten ohne Gerichtsentscheidung. Die Vereinigten Staaten sagen, dies sei ein schlechtes Gesetz. Aber in den USA halten sie uns für Jahre fest," klagt der Flüchtling Amar Singh aus Indien, der drei Jahre lang in INS-Haft saß. Werden ImmigrantInnen durchschnittlich 38 Tage nach ihrer Verhaftung deportiert, dauert die Haft von Asylsuchenden nicht selten bis zu vier Jahre, bis endgültig über ihren Antrag entschieden wird. Aber auch hier differieren die Angaben: Während ein Gefängnisbeamter die durchschnittliche Haftdauer von INS-Häftlingen mit 14 bis 16 Monaten angibt, meint der INS-Chef von Chicago, Asylsuchende würden innerhalb von acht Monaten entlassen.

Besonders prekär ist die Lage von festgenommenen ImmigrantInnen ohne Papiere, abgelehnten Asylsuchenden und denjenigen EinwanderInnen, die nach verbüßter Gefängnisstrafe abgeschoben werden sollen und staatenlos sind oder aus Ländern kommen, mit denen die USA keine oder nur eingeschränkte diplomatische Beziehungen haben. Hierzu gehören beispielsweise Vietnam, Cuba und der Iran. Der INS kann sie nicht deportieren, entläßt sie aber auch nicht. Nach Schätzungen von HRW sind derzeit etwa 1.800 Menschen aufgrund ihres Immigrationsstatus in lebenslanger bzw. unbegrenzter Haft - ohne Gerichtsverfahren.

Anmerkung:

1) Human Rights Watch, United States - Locked Away: Immigration Detainees in Jails in the United States, September 1998, S. 14. Vgl. hier auch die folgenden Angaben zu Haftbedingungen.

18. Das Steinchen im Schuh der Mächtigen. EZLN feiert den fünften Jahrestag ihres Aufstandes

EZLN feiert in Chiapas den fünften Jahrestag ihres Aufstandes

Autor: Anne Huffschmid · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:32

Das zapatistische Selbstbewußtsein provoziert und verstört - heute wie vor fünf Jahren. Symptomatisch dafür ist ein Vorfall am Rande des jüngsten Treffens zapatistischer Comandantes mit vermittlungsbereiten Parlamentariern der parteiübergreifenden Versöhnungskommission Cocopa. Während die Politiker selbstverständlich im Luxushotel des Platzes untergebracht waren, sollten die maskierten Indios in Schlafsälen mit harten Pritschen und ohne Faxanschluß unterkommen. In einer harschen Erklärung beschwerten sich die Delegierten der Zapatistenguerilla über die "miserable" Unterbringung und bezichtigten die Mitglieder der Kommission des "Rassismus"; diese reagierten ihrerseits empört und drohten, das Treffen wegen "Mangels an Respekt" platzen zu lassen. Was in weiten Teilen der Landespresse hämisch als weiterer Beleg für die vermeintlichen Starallüren der indigenen Comandantes gemeldet wurde, ist auf seine Weise typisch für den zapatistischen Umgang mit der Welt. Eine Art Sturheit, die keine politische Diplomatie, sondern nur das moralische Argument kennt - und darin allerdings kaum schlagbar ist. Deshalb erscheint das Insistieren auf den Vorbedingungen des Dialogs einleuchtend; nicht nur was, sondern vor allem wie geredet wird, ist von Bedeutung. Darum ist es in den vergangenen fünf Jahren vor allem gegangen: um ein gleichberechtigtes, respekt- und würdevolles Miteinander zwischen Verschiedenen.

Das Auftauchen des EZLN und die gleichzeitige Verabschiedung der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA gelten als Zäsuren, als Hebel, die Mexiko buchstäblich über Nacht in andere Welten katapultiert hätten: je nach Optik vorwärts in die Verheißung der Ersten Welt oder rückwärts in die der zentralamerikanischen Barbarei. Beide Kürzel stehen für die Liberalisierung und Polarisierung des modernen Mexiko, freilich mit entgegengesetztem Vorzeichen: die Radikalisierung des Marktes oder der Gesellschaft, die wirtschaftliche oder die politische Öffnung.

Heute genießen die Zapatistas mit ihrer ebenso eloquenten wie verführerischen Diskurspolitik die weit bessere Publicity als die Freihandelsapologeten. Handelsminister Herminio Blanco, ehemaliger Chefunterhändler bei den NAFTA-Verhandlungen, unterstreicht zwar die "unbestreitbaren" Erfolge des Abkommens: Eine Million Arbeitsplätze seien geschaffen, die Exporte in die USA um 150 Prozent gesteigert und die ausländischen Direktinvestitionen fast verdreifacht worden.

Daß dieser Pseudoboom vor allem im hochkonzentrierten Sektor transnationalisierter Exportbranchen, besonders in den sogenannten Maquiladora-Industrien (Billigstlohnproduktion), stattfindet und weite Teile der nationalen Industrie und die Landwirtschaft unter der Konkurrenz der Importe aus dem Norden fast zusammenbrechen, wird in dieser Erfolgsbilanz diskret verschwiegen. Ebenso wie die Tatsache, daß in Mexiko weder die Erwerbslosigkeit noch die illegale Arbeitsmigration gen Norden gesenkt noch die Löhne erhöht werden konnten.

Ende der Lebenslügen

Das Wirtschaftsabkommen, das von den Zapatistas anfangs noch als "Todesurkunde für die indianischen Völker" bezeichnet wurde, war eher medienwirksamer Anlaß denn eigentlicher Auslöser für den Aufstand. Das komplexe Vertragswerk wurde als Symbol einer fiktiven Erste-Welt-Modernität angegriffen, in der Indigene und andere wettbewerbsschwache Randgruppen nicht einmal mehr als Ausgebeutete vorkommen. Von diesem - geografisch und sozial - äußersten Rand her formulierten die Zapatistas nun einen aus Sicht der Eliten geradezu unverschämt anmutenden Anspruch auf Teilhabe: nicht am NAFTA-Markt oder am Staat der "Institutionalisierten Revolution", sondern an der Gesellschaft. Es ging letztlich nie nur um "Wirtschaft" oder "Soziales", sondern immer um das große Ganze: also um Politik.

- Der unerwartete Auftritt der Guerilla vor fünf Jahren hat vor allem eine Art Kulturschock ausgelöst: Wie eine Seifenblase zerplatzten nicht nur der NAFTA-Traum, sondern auch die Lebenslüge der "mestizaje" (die harmonische Verschmelzung der "Rassen") sowie die Gleichsetzung von Nation und Gesellschaft, von Moderne und Staatsapparat. Zwar ist die zähe Staatspartei PRI (Institutionelle Revolutionäre Partei) trotz einer

Reihe von Wahlniederlagen noch lange nicht am Ende. Immerhin aber wird heute, ausgerechnet zu seinem fünfzigsten Jahrestag, schon mal die Schließung des Indianer-Instituts INI, der Zentrale des offiziellen Indigenismus, diskutiert. "Der EZLN hat der staatlichen Vormundschaft über die Indigenen ein Ende gesetzt", sagt der Anthropologe Rodolfo Stavenhagen. Und damit habe er zugleich eine Kehrtwendung "vom Indigenismus zu indigenen Rechten" eingeleitet.

Im Unterschied zu traditionellen Identitätspostulaten ethnischer Bewegungen setzt der EZLN auf eine offene Identitätspolitik, die mit basisdemokratischen Praktiken unlösbar gekoppelt ist. Und das durchaus im Wissen darum, daß Demokratie letztlich inkompatibel mit den - wenn auch stillgelegten - militärischen Strukturen der eigenen Organisation ist. Wie überhaupt die Paradoxie, ebenso wie Poesie, Pathos und der strategische Einsatz von Witz und Selbstironie, ein zentraler Baustein der zapatistischen Mythologie ist.

In der fünften "Deklaration der Selva Lacandona" vom Juli 1998 ruft der EZLN zu einer Volksbefragung über die im Februar 1996 unterzeichneten Abkommen von San Andrés auf. Darin hatten Regierungs- und Rebellenvertreter sich auf eine Reihe von Verfassungsreformen zu indigenen Rechten auf Autonomie und Selbstbestimmung geeinigt - eine entsprechende Umsetzung scheiterte bis heute am Veto des Präsidenten Zedillo. Typisch für den zapatistischen Aberwitz ist dabei vor allem das Vorhaben, nicht weniger als 5.000 zapatistische Delegierte paarweise - immer schön geschlechterparitätisch - in die knapp 2.500 Gemeinden im ganzen Land ausschwärmen zu lassen, um eine flächendeckende und authentische Werbung für die Volksbefragung zu gewährleisten. Ob die Comandantes das derzeitige "Volks"interesse an indigenen Belangen dabei realistisch einschätzen, darf bezweifelt werden. Auch ist die "consulta" an sich kein unproblematisches Medium: die gestellten Fragen sind eher rhetorischer Natur, die nicht so sehr diskutiert als vielmehr abgesegnet werden sollen. Dabei wäre schon der Autonomie-Begriff, auch jenseits des absurden Separatismus-Vorwurfs von offizieller Seite, diskussionswürdig: Wie können die traditionalistischen Fallen der Identitätspolitik, die Verklärung und Versteinerung von "Sitten und Gebräuchen" vermieden werden? Wie können beim althergebrachten Konsensprinzip der Minderheitenschutz und das Recht auf Dissidenz gewährleistet werden? Wie verhalten sich indigene Rechtsprechung und Regierung zu nationalen Institutionen? Soll die autonome Selbstverwaltung auf regionaler oder auf der Mikro-Ebene der Dorfgemeinschaften geschaffen werden?

- Heute erscheinen diese Fragen schon fast wieder luxuriös. Denn wo latenter Krieg herrscht, läßt sich schlecht differenziert debattieren. Erst wenige Tage vor der Fünf-Jahres-Feier wurde im Hochland von Chiapas ein anderer Jahrestag begangen, der an die ganz und gar unglamouröse Seite des zapatistischen Aufstands erinnert: das Massaker von Acteal. Kein tragischer Zwischenfall, sondern kalkulierter und staatlich mindestens - aber vermutlich nicht nur - geduldeter Massenmord an unbewaffneten SympathisantInnen der Zapatistenguerilla. 45 Frauen, Männer und Kinder wurden auf bestialische Weise umgebracht. In Acteal wurde ein Exempel statutiert: Opposition ist und bleibt in rechtsfreien Regionen Mexikos lebensgefährlich. Bis heute ist der Teufelskreis der "impunidad", der Straflosigkeit, nicht nur ungebrochen, sondern hat mit der jüngsten Initiative des Gouverneurs Roberto Albores Guillen noch einen neuen Höhepunkt des Zynismus erreicht: Er schlug allen Ernstes eine Amnestie für "zivile bewaffnete Gruppen" vor - der offizielle Euphemismus für die von staatlichen Stellen und Militärs kräftig unterstützten paramilitärischen Banden. Statt Militär abzuziehen, politische Gefangene freizulassen oder PRI-Funktionäre zu verurteilen, zog die Regierung nahezu alle Register eines Krieges mehr oder weniger niedriger Intensität: hermetische Belagerung und Paramilitarisierung des Konfliktgebiets, militärische Angriffe auf autonome Gemeinden, die Ausweisung internationaler Beobachter und die Attacken gegen die von Bischof Samuel Ruíz geleitete Mittlerkommission Conai, die sich schließlich auflöste. Die vielerorts, besonders nach dem Schrecken von Acteal, dringlich geforderte "Konfliktlösung", "Versöhnung" oder gar "Befriedung" kann es in absehbarer Zeit nicht geben. Denn zu verhandeln gibt es heute weniger denn je. Höchstens politisch zu erobern.

Widerstand

aus der Defensive

Daß der EZLN sich insgesamt in der Defensive befindet, ist unbestreitbar. Aus dieser Defensive heraus aber hat die Organisation eine beeindruckende, flexible Widerständigkeit entwickelt. Daß sie, ohne jede militärische Trumpfkarte und ohne Gesichtsverlust, fast 2.000 Tage nach ihrer kamikazehaften Erhebung politisch und physisch noch lebt, ist schon eine Art Sieg. Zwar kommt die Macht diesmal gerade nicht aus den

Gewehrläufen, sondern aus der Computertastatur - und der öffentlichen Resonanz auf das darauf Verfaßte. Obsolet aber sind die Waffen nicht geworden. Die Gewehre, so EZLN-Subcomandante Marcos kurz vor dem fünften Jahrestag in einem Interview, seien "die Grundlage dafür, daß wir überhaupt eine Präsenz haben". Diese Präsenz ist heute widersprüchlicher und komplexer als vor fünf Jahren: So verheddert sich die Zapatistenguerilla nur allzu oft in wuchtigem Nationalismus, Ethno-Kitsch und internationalistischer Rhetorik, zwischen martialischen Slogans, Märtyrer-Diskursen und antiautoritärer Subversion, zwischen dem Credo der Pluralität und sektiererischen Sprengseln. Und sie tendiert zweifellos dazu, die Opferbereitschaft und Geduld von Basis und Anhängern zu überschätzen. Aber es ist eben auch ein ehrgeiziges Unterfangen. "Wir haben uns nicht für Almosen oder Kredite erhoben", stellte die Stimme des Subcomandante in La Realidad, einem kleinen Dschungeldorf, anläßlich der Fünf-Jahres-Feier noch einmal klar, "wir wollen nicht die Kontrolle über ein Territorium oder die Abspaltung von Mexiko." Sondern lediglich: Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Daraus ist in den vergangenen fünf Jahren über den Zauber der Rebellion, eine diffuse Graswurzel-Orientierung und über die Mobilisierung indigener Gruppen hinaus noch kein Programm oder Projekt gewachsen, das sich im politischen Wettbewerb sehen lassen und behaupten könnte. Aber gerade deshalb ist zu hoffen, daß die weltweite Faszination und Sympathie für das Narrenschiff im lacandonischen Regenwald sich als Schutzgürtel um die paar tausend schlecht bewaffneten Indigenen auch die nächsten Jahre noch bewährt. Damit Marcos alias "Speedy Gonzalez", wie er Mitte letzten Jahres in einem seiner bizarren Kurz-Communiqués zum Besten gab, auch weiterhin ein "Steinchen im Schuh von Zedillo" sein kann. Normalerweise wird so ein unbequemer Stein ja schnell entfernt. Das allerdings ist dem Regime in fünf langen Jahren nicht gelungen. Irgendwann, so lautet offenbar das zapatistische Kalkül, entzünden sich dann die Füße, der Schuhträger kommt aus dem Tritt und kippt schließlich ganz aus den Latschen. Auch das ist bislang ausgeblieben. Der mexikanische Staatsapparat schreitet mittlerweile tatsächlich nicht mehr ganz so stolz daher. Jüngstes Symptom dafür ist die Minimeuterei im Herzen der mexikanischen Armee, die Mitte Dezember die Öffentlichkeit überraschte. Fünfzig zum Teil hochstehende Militärs marschierten in Mexiko-Stadt für die Wiedergewinnung ihrer "Würde" und gegen die "Korruption" der Politiker - gegenüber der Presse äußerte deren Sprecher, daß er sich dabei von Marcos und den "indianischen Brüdern" inspiriert fühle.

Anne Huffschmid

Dieser Artikel erschien zuerst in der WoZ (Die Wochenzeitung, Zürich) am 07.01.1999.

19. Bergbau - Umweltzerstörung - Gewalt. Ein Buch über die Ursachen des Krieges auf Bougainville

Autor: Angela Martin · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:17

Neun Jahre hat der Krieg auf der Pazifikinsel Bougainville gedauert, über den ak regelmäßig berichtet hat (zuletzt ak 408). Die Zentralregierung von Papua-Neuguinea kämpfte dabei um den Erhalt der "territorialen Integrität" des jungen Staates, für die sezessionistische Guerilla ging es in diesem Konflikt um das "Recht auf Selbstbestimmung" für das "Volk von Bougainville". Tatsächlich spielten jedoch die ökologischen Zerstörungen durch eine gigantische Kupfermine in Bougainville eine Schlüsselrolle in diesen Auseinandersetzungen. Die Panguna-Tagebaumine, eine der größten Kupferminen der Welt, hat gleichermaßen die natürliche Umwelt der auf Bougainville lebenden indigenen Bevölkerung zerstört wie ihre traditionellen Lebensformen. Volker Böge hat jetzt ein Buch mit dem Titel Bergbau - Umweltzerstörung - Gewalt vorgelegt, in dem er, ausgehend von dem Krieg in Bougainville, den Zusammenhang von bergbaulich verursachter Umweltzerstörung und Gewaltkonflikten untersucht.

Der Bougainville-Konflikt war zunächst lokal begrenzt. Die Bevölkerung, die von den ökologischen Zerstörungen durch die Panguna-Mine betroffen war und ist, wehrte sich gegen die Zerstörung ihrer natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Der Betreiber der Mine hingegen, ein britisch-australischer Bergbaumulti (Conzinc Riotinto of Australia/Riotinto Zinc), interessierte sich anfangs überhaupt nicht für die ökologischen und sozialen Folgen des Projekts. Die Zentralregierung in Port Moresby setzte auf die Modernisierungseffekte der Mine, die man nicht zuletzt deshalb unterstützte, weil sie während ihres Betriebs dem jungen, erst 1975 unabhängig gewordenen Staat, den weitaus größten Anteil an Exporten und Staatseinkünften erbrachte. Zu Gunsten der "Entwicklung" der "Nation" (ein in diesem Fall etwas eigenartiger Begriff, denn in Papua-Neuguinea leben mehr als 700 ethno-linguistische Gruppen) war Port Moresby bereit, die abgelegene Insel Bougainville als national sacrifice area zu behandeln.

Für die rund 160.000 BewohnerInnen Bougainvilles, die vorwiegend von Gartenbau, Fischfang und Jagd lebten, d.h. eine in hohem Maße von der Natur abhängige und an die natürlichen Bedingungen angepaßte Wirtschaftsform betreiben, brachte die Panguna-Mine vor allem Nachteile. Sie forderten daher entsprechende Kompensationen. Auf Grund der unnachgiebigen Haltung der Gegenseite eskalierte der Konflikt Anfang der neunziger Jahre zu einem sezessionistischen Krieg. Die Bevölkerung Bougainvilles hatte sich, obwohl sie aus 19 verschiedenen Sprach- und Abstammungsgruppen zusammengesetzt war, inzwischen eine ethnonationale Identität konstruiert: Die "schwarzen" Bougainvilleans grenzten sich von den "weißen" Managern der Bergwerksgesellschaft ebenso ab wie von den "roten" Minenarbeitern und Bürokraten von der Hauptinsel. Als Kriegsziel wurde nun die "nationale Selbstbestimmung" der Bougainvilleans angegeben.

Der "Hamburger Ansatz"

Untersuchungen von Umweltkonflikten und "Öko-Kriegen" sind seit dem Ende des Ost-West-Konflikts geradezu eine sicherheits- und forschungspolitische Modeerscheinung geworden. Gerade auch deshalb vermeidet Volker Böge eine "ökologistisch" verkürzte Sicht auf den Bougainville-Konflikt. Er nutzt für seine Untersuchung den "Hamburger Ansatz" in der Kriegsursachenforschung, der von Marx' Theorie der bürgerlichen Gesellschaft ausgeht und die "Leitdifferenz" zwischen nichtkapitalistischen, traditonalen Gesellschaften und modernen, bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsformen zum Ausgangspunkt für die Untersuchung von kriegerischen Konflikten nimmt. Der "Hamburger Ansatz" geht davon aus, daß "der bis heute unabgeschlossene Transformationsprozeß vor- bzw. nicht-kapitalistischer Lebensverhältnisse die zentrale, dem Kriegsgeschehen unserer Epoche unterliegende strukturelle Konfliktlinie" darstellt. Volker Böge ergänzt diese Sicht um die bisher ausgeblendete ökologische Dimension.

Unter der "ökologischen Komponente" in einem Konflikt versteht er allerdings keineswegs Auseinandersetzungen um den Zugang zu Bodenschätzen wie etwa Erdöl oder Kupfer, sondern die "ökologische Degradation erneuerbarer natürlicher Ressourcen" als Konfliktgegenstand. "Ökologische Degradation" ist der Begriff für die Übernutzung natürlicher Ressourcen als "Quellen" - beispielsweise die Überfischung von Gewässern - und für ihre Überbeanspruchung als "Senken" für Emissionen, z.B. die Verschmutzung von Flüssen durch Abwassereinleitungen. Mit der Transformation von vorkapitalistischen zu

kapitalistischen Vergesellschaftungsformen geht, so die These von Volker Böge, immer auch eine ökologische Degradation einher, denn bei diesem Transformationsprozeß handelt es sich "auch um eine tiefgreifende Umwälzung von Natur als Umwelt des Menschen, die ihrerseits wiederum konflikt- und kriegsträchtig ist. Gesellschaftliche und ökologische Transformation sind zwei Seiten ein und desselben Prozesses".

Im ersten Kapitel des Buches leitet Volker Böge die Einheit von kapitalistischer und ökologischer Transformation zunächst theoretisch her. Dabei können die LeserInnen ihre Marx-Kenntnisse etwas auffrischen, wenn Volker Böge sie, in Anlehnung an Elmar Altvater, mit einer ökologischen Lesart des Marxschen Arbeitsbegriffes vertraut macht. In einem Überblick über die Geschichte des Bergbaus in Europa zeigt er auch historisch-genetisch, daß gesellschaftliche und ökologische Transformation zwei Seiten derselben Modernisierungsmedaille sind.

Kurze Geschichte eines jungen Staates

Im Hauptteil seiner Arbeit untersucht Volker Böge den Hintergrund, die Entstehung und den Verlauf des Krieges auf Bougainville. Es ist die erste umfassende Darstellung dieses Konfliktes, der auf den ersten Blick unendlich weit von Deutschland entfernt zu sein scheint. Doch Bougainville gehörte einst zu den Kolonien des deutschen Kaiserreiches, und solange die Panguna-Mine auf der Insel Kupfer produzierte, wurde dieses nach Hamburg verschifft und in der Norddeutschen Affinerie verarbeitet. Volker Böge erwähnt dies, um zu illustrieren, "was es mit der Rede von dem einen Weltmarkt, der einen Weltgeschichte und der einen Weltgesellschaft auf sich hat."

Schon bei der Einrichtung der Kupfermine ging der einheimischen Bevölkerung in großem Maße Land verloren, und weil Land die Grundlage der traditionalen sozialen, kulturellen und spirituellen Ordnung ist, war der Verlust von Land für die Betroffenen nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Die während des Betriebs der Mine zunehmende Vergiftung von Böden, Luft und Gewässern vernichtete die Grundlagen der Subsistenzwirtschaft der Bevölkerung. Regenwälder wurden großflächig zerstört, viele Tierarten drastisch dezimiert, Schwermetalle in so hohen Konzentrationen in die Flüsse eingeleitet, daß sie für Menschen und Fische giftig wurden und der traditionelle Fischfang zusammenbrach. Selbst die Fischbestände an der westlichen Meeresküste der Insel wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Mit der Einrichtung der Mine waren aber auch ein hohes Bevölkerungswachstum sowie Urbanisierungstendenzen verbunden, die zur Gefährdung der auf dem Land basierenden traditionalen Lebensweise führten. Die Mine schuf zwei völlig neue Städte, in denen vor allem männliche, zugewanderte Minenarbeiter lebten. In der Folge kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalität und zu Spannungen zwischen den InselbewohnerInnen und den Zugewanderten. Innerhalb der indigenen Bevölkerung koexistierten traditionale und kapitalistische Vergesellschaftungsformen in widersprüchlicher Weise; neue soziale Differenzierungen - etwa zwischen einheimischen "Unternehmern" und "Lohnarbeitern", zwischen Landbesitzern und Leuten ohne Land, zwischen den Geschlechtern und den Generationen - störten die überkommenen Bindungen. Allerdings ermöglichte erst die ökologische Zerstörung der Böden und die damit einhergehende Entfremdung vom Land die letztendliche Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse, so die These von Volker Böge: "Wenn sich die indigenen 'Lohnarbeiter' nicht mehr aus ihrer zeitweiligen Beschäftigung auf der Mine als 'landowner' auf 'ihr' Land zurückziehen können, weil es buchstäblich nicht mehr vorhanden ist und/oder ökologisch degradiert und/oder enteignet, (...) erst dann wird die widersprüchliche Koexistenz zugunsten kapitalistischer Vergesellschaftung aufgelöst. Daher rührt der zentrale Stellenwert der Umweltzerstörung im Bougainville-Konflikt."

Außer der Panguna-Mine untersucht Volker Böge in einem dritten Kapitel auch die wichtigsten anderen großen Minen in Papua-Neuguinea (Ok-Tedi, Porgera, Mt. Kare). Seine Bilanz: Die von ausländischem Kapital beherrschten Bergbauprojekte sind mit der übrigen Wirtschaft Papua-Neuguineas kaum verknüpft, die Rohstoffextraktion ist eine Enklaven-Industrie geblieben, und die Bodenschätze wurden nicht im Land verarbeitet. Die erhofften positiven Auswirkungen der Großprojekte blieben aus. Nur die Steuern, die von den Bergwerkskonzernen entrichtet werden, sowie die Beteiligungen des Staates an den Minen könnten zu einer "Entwicklung" und "Modernisierung" des Landes beitragen. Doch die korrupte politische Klasse in der Hauptstadt verhindert eine gerechte Verteilung dieser durchaus beträchtlichen Einnahmen.

In einem abschließenden Kapitel zeigt Volker Böge, daß die mit den Bergbauprojekten in Papua-Neuguinea und in anderen südpazifischen Staaten verbundenen gewalttätigen Strukturen und Prozesse durchaus vergleichbar sind. Sein Buch leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zu der gegenwärtig in der Friedens- und Konfliktforschung lebhaft geführten Debatte um Umweltzerstörung als Konflikt und Kriegsursache; es ist auch eine interessante Darstellung von Geschichte, Politik und Gesellschaft des jungen Staates Papua-Neuguinea.

Angela Martin

Volker Böge: Bergbau - Umweltzerstörung - Gewalt: Der Krieg auf Bougainville im Kontext der Geschichte ökologisch induzierter Modernisierungskonflikte (= Kriege und militante Konflikte, Bd. 8), Hamburg, LIT-Verlag, 1998, 304 Seiten, DM 39,80.

20. Von Trotzki lernen?! Gespräch mit Helmut Dahmer über die Linke Opposition gegen den Stalinismus

Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:09

Helmut Dahmer, Mitherausgeber einer auf 20 Bände angelegten Trotzki-Edition, versteht seine Arbeit auch als Beitrag zu einer "kritischen Theorie der Weltgesellschaft am Ausgang des 20. Jahrhunderts". Mit ihm sprach Christoph Jünke über die Linke Opposition in der Sowjetunion und über die Lehren, die eine sozialistische Linke aus Theorie und Praxis ihrer Vorgänger heute ziehen kann.

Christoph Jünke: Im Herbst 1998 sind die beiden ersten von vier Teilbänden der Trotzki-Schriften zur Linken Opposition und zur IV. Internationale veröffentlicht worden. Worin bestand die "linke" Alternative zur Stalinisierung der Revolution?

Helmut Dahmer: Die klarste Prognose und theoretische Rechtfertigung der Oktoberrevolution stammte von Trotzki, dem spiritus rector des Petersburger Arbeiterrats von 1905, der 1906 im Gefängnis seinen erst sehr viel später berühmt gewordenen Essay über die Permanenz der Revolution in Rußland schrieb. Darin fand sich der Schlüsselsatz, das Proletariat könne unter bestimmten Umständen in einem wenig entwickelten Land die Staatsmacht früher als in hochentwickelten kapitalistischen Staaten erobern. Und genau das geschah im November 1917. Nachdem sich die russische Räteregierung in einem dreieinhalbjährigen Bürgerkrieg behauptet hatte, der im Frühjahr 1921 mit einem "Pyrrhussieg" (Deutscher), der blutigen Niederschlagung des antibolschewistischen Kronstädter Aufstands, endete, befand sich die durch und durch militarisierte bolschewistische Partei im Alleinbesitz der politischen Macht. 1917 waren die Bolschewiki davon überzeugt, ihre Aktion sei nur ein Vorspiel zur westeuropäischen Revolution.

Spätestens 1923 (nach dem Scheitern des "deutschen Oktobers") mußten die Bolschewiki sich eingestehen, daß die europäische Arbeiterrevolution, die dem Weltkrieg ein Ende gemacht hatte, nirgendwo außer in Rußland zum Siege, d.h. zur Etablierung einer "Arbeiterregierung" geführt hatte, daß also die russische Revolution auf Jahre hinaus isoliert bleiben würde. Die bolschewistische Parteiführung aber, die 1921 die "Fraktionsbildung" illegalisiert und damit die innerparteiliche Demokratie - die letzte verbliebene Insel demokratischer Willensbildung und Kontrolle - entscheidend eingeschränkt hatte, verfügte nun - als eine "Avantgarde ohne Klasse" - über eine ungeheure Machtfülle. "Im Namen" des Proletariats kommandierte sie in Staat und Staatswirtschaft und sicherte sich gegen die innere und die äußere Konterrevolution durch den Aufbau eines gewaltigen Repressionsapparats.

Welche Möglichkeiten gab es, das grundlegende Problem einer isolierten Revolution in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Land zu lösen, das heißt: den Rückstand der Arbeitsproduktivität und der Pro-Kopf-Produktion im Verhältnis zu den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in kurzer oder in mittlerer Frist aufzuholen? Einem Gleichnis Trotzkis zufolge mußte das bolschewistische Rußland versuchen, einen Schnellzug mit einem Güterzug einzuholen. Trotzki schrieb: "Wir verfügen über zwei Hebel. Einen kurzen - in Gestalt unserer eigenen wirtschaftlichen Anstrengungen. Auf diesem Felde müssen wir versuchen, unter dem Schutz des staatlichen Außenhandelsmonopols, planmäßig eine rasche industrielle Entwicklung in Gang zu bringen. Diese muß von Anfang an den verbündeten sozialen Klassen, die das revolutionäre Regime stützen, zugute kommen. Nur so läßt sich das Bündnis der städtischen Industriearbeiter mit der Bevölkerungsmehrheit, den (genossenschaftlich organisierten) armen Bauern, aufrechterhalten. Industrialisierung und landwirtschaftliche Modernisierung können durch Besteuerung der wohlhabenden Bauern (‚Kulaken`) und durch Exporte finanziert werden. Sollte das funktionieren, werden wir - solange wir uns lediglich auf die sowjetischen Ressourcen stützen können und unter dem Druck des kapitalistischen Weltmarkts und der imperialistischen Armeen stehen - den Wettlauf mit den kapitalistischen Wirtschaften verlieren. Der zweite, längere, wirksamere ‚Hebel`, über den wir verfügen, ist der der revolutionären Außenpolitik..." Es gelte also, alles daran zu setzen, mit Hilfe der Außenpolitik des sowjetischen Staates und der Kominternsektionen einen Ausbruch zu versuchen, sei es nach Osten, nach China, sei es nach Westen, nach Deutschland, England oder Spanien... Mit diesem (Leninschen) Programm standen Trotzki und die Linke Opposition eigentlich schon 1923/24 allein.

Die stalinistische Alternative dazu war eine propagandistisch-terroristische. Seit dem Herbst 1924 behauptete die Stalin-Fraktion, der Aufbau des "Sozialismus" sei auch in einem rückständigen, isolierten Lande (wie der Sowjetunion) möglich - unabhängig von der Entwicklung der internationalen Revolution. Die Stalin-Politik der nächsten drei Jahrzehnte war der Versuch, die neue, autarkistische Doktrin terroristisch umzusetzen. Das Land wurde wirtschaftlich, militärisch und kulturell abgeriegelt; Generationen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen wurden für eine mühsam beschleunigte Industrialisierung verschlissen. Kautskys Prognose bewahrheitete sich: Die nominell "herrschenden" Klassen wurden einem drakonischen Regime unterworfen; im "Archipel GULag" fronten viele Millionen von Zwangsarbeitern. Führung und Bevölkerung warteten derweil auf bessere Zeiten: auf den Tag, an dem das kapitalistische Weltsystem sich in unlösbare Krisen verwickeln und "zusammenbrechen" würde.

Das hört sich so an, als wären Trotzki und die Linke Opposition wirklich das, was ihnen so oft vorgehalten wurde - frühe stalinistische Industrialisierer einerseits, Exporteure der Revolution andererseits. Wo liegen die Unterschiede?

Fangen wir mit dem zweiten, mit dem Etikett vom ‚Weltrevolutionär auf Teufel komm' raus` an. Der Gedanke, die Revolution notfalls auch militärisch zu "exportieren", lag für die isolierte bolschewistische Führung nahe. Der gescheiterte Polenfeldzug im Jahre 1920 war (unter anderem) ein Versuch, zu den revolutionären deutschen Arbeitern durchzubrechen. Auch bei der Kooperation mit der Reichswehr, bei der Waffenhilfe für die türkischen Kemalisten oder bei der Unterstützung des (totgeborenen) deutschen Oktoberaufstandes von 1923 - durch die Entsendung von militärischen Instrukteuren - ging es um verzweifelte Versuche, aus der politisch-wirtschaftlichen Isolation herauszukommen.

Der Gegensatz der Linken Opposition zur Stalin-Fraktion, wahrlich eine Todfeindschaft, beruhte zunächst auf der unterschiedlichen Einschätzung der Möglichkeiten hochindustrialisierter (Deutschland) und ökonomisch zurückgebliebener Gesellschaften (China), mit Systemkrisen fertig zu werden. Die Antwort der Linken Opposition war: Im 20. Jahrhundert lassen sich auch traditionell bürgerlich-kapitalistische Aufgaben - die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, die Durchsetzung der Volkssouveränität, die nationale Selbstbestimmung, die ökonomisch-kulturelle "Modernisierung", die Demokratisierung und die Verwirklichung der Menschenrechte - nur (vollständig) lösen, wenn eine andere Klasse, die Bevölkerungsmehrheit des Stadt- und Landproletariats, sich dieser Aufgaben annimmt.

Die internationale Politik der zunächst noch inhomogen zusammengesetzten Stalinfraktion (die sich durch periodische "Säuberungen" allmählich in einen "Monolithen" verwandelte) diente im wesentlichen dem Hinauszögern eines Krieges durch Aufrechterhaltung des status quo. Zu diesem Zweck wurden Sozialrevolutionen verhindert oder gelähmt, indem die (in Abhängigkeit gehaltenen und "gesäuberten", also stalinisierten) nationalen kommunistischen Organisationen gezwungen wurden, in von bürgerlichen Parteien dominierte Bündniskoalitionen, sogenannte "Volksfronten", einzutreten - wie im China der zwanziger und im Frankreich oder Spanien der dreißiger Jahre. Dieselbe Funktion erfüllte der von der Moskauer Führung oft nach dem Scheitern einer "Volksfront"-Politik angeordnete Kurs der "ultralinken" Abkapselung kommunistischer Parteien, die sie unfähig machte, sich mit anderen Arbeiterorganisationen zu kampffähigen Einheitsfronten zusammenzuschließen.

Die Tausende von Seiten, die Trotzki und andere linke Kommunisten gegen diese Politik geschrieben haben, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: In hoch- wie in unterentwickelten Ländern müsse die organisatorische und konzeptionelle Selbständigkeit der (international zusammengeschlossenen) kommunistischen Arbeiterorganisationen verteidigt werden, die, solange sie in der Minderheit sind, vor der Aufgabe stehen, die in konkurrierenden Arbeiterorganisationen reformistischer oder anarchistischer Prägung organisierten Arbeiter zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen und sie zum Aufstand zu führen.

Nun zu der Frage nach den Unterschieden zwischen einer (möglichen) Politik à la Trotzki und der ruinösen Realpolitik Stalins. Nach 1945 hat in (West-)Deutschland u.a. Willy Huhn die These vertreten, es habe zu Stalin keine Alternative gegeben (außer der, das gescheiterte Experiment Sowjetunion abzubrechen); Trotzki sei demnach nur ein "gescheiterter Stalin" gewesen ... Zuletzt habe ich dies "Argument" von Robert Steigerwald (DKP; Anm. ak) gehört, der (im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Oktoberrevolution) behauptete, Stalin habe eigentlich nur die Bauernpolitik in die Tat umgesetzt, die Trotzki vorgeschlagen habe. Das ist natürlich Unsinn. Kein Marxist vor Stalin und seiner Gruppe, weder Trotzki, noch Bucharin, hat jemals

einen Bürgerkrieg gegen einen Großteil der Bauernschaft erwogen oder praktizieren wollen, - und eben darum handelte es sich ja bei der Zwangskollektivierung während des 1. Fünfjahresplans. Die Marxisten verstanden genug von Ökonomie, um einzusehen, daß dadurch die Existenz des nachrevolutionären Regimes überhaupt in Frage gestellt und die bäuerliche Produktivkraft auf Generationen hinaus zerstört würde. Und sie verstanden genug von der Politik, um zu wissen, daß die Parteidiktatur sich nach einem solchen Krieg gegen die Bevölkerungsmehrheit in eine Despotie verwandeln würde.

Wie sah das von den Linken seit 1923 vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm aus?

Sie plädierten für die probeweise Entwicklung flexibler Wirtschaftspläne; für eine zügige Industrialisierung, finanziert durch eine angemessene Besteuerung der wohlhabenden Schichten der Bauernschaft und durch Exporte, geschützt durch das Außenhandelsmonopol. Die Wirtschaftspolitik des Arbeiterstaats sollte ein von konjunkturellen Krisen freies Wirtschaftswachstum gewährleisten, die Stellung der Arbeiterklasse stärken, ihren Lebensstandard kontinuierlich erhöhen. Und sie sollte sich für die bäuerliche Mehrheit des Landes "auszahlen", um das 1917 geschlossene Bündnis (die "Smytschka") zwischen der städtischen Arbeiterschaft, den kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten auf dem Land und der Dorfarmut zu stabilisieren. Die planwirtschaftlich beschleunigte, nachholende Industrialisierung sollte die technischen Voraussetzungen (Traktoren, Düngemittel) für eine allmählich sich entfaltende Genossenschaftsbewegung auf dem Lande schaffen und unter der demokratischen Kontrolle reaktivierter Arbeiter- und Bauernräte vonstatten gehen.

Das russische Proletariat des Jahres 1917 hatte sich binnen fünf Jahren durch Flucht aufs Land, Tod im Bürgerkrieg und durch sein Aufgehen in der neuen Staats- und Verwaltungsbürokratie als soziale Klasse mehr oder weniger aufgelöst. Die überlebenden Arbeiter-Sozialisten der Vorkriegszeit und die Veteranen der Revolution und des Bürgerkriegs gingen in dem unter der "Neuen ökonomischen Politik" (NEP) und der Neo-NEP aus der Bauernschaft rekrutierten neuen Proletariat unter. Die sowjetische Arbeiterschaft war der bolschewistischen Staatspartei (und ihren Fraktionen) kein Partner mehr, geschweige denn ein Widerpart. Der vom Parteisekretariat rekrutierte und gesteuerte, von der Geheimpolizei überwachte (und periodisch "gesäuberte") Funktionärskader der KPdSU - mit dem Zentraldespoten und seiner Gang an der Spitze - behauptete sich jahrzehntelang (während des heißen und während des kalten Krieges) erfolgreich als einziger politischer Akteur der Sowjetgesellschaft. Schon in den zwanziger Jahren fungierte nur eine kleine Minderheit der reproduzierten sowjetischen Arbeiterklasse noch als eine "Klasse für sich". An diese Minderheit appellierten die verschiedenen kommunistischen Oppositionsgruppen in und außerhalb der KPdSU in den Jahren vor der Errichtung der Stalin-Despotie (1937). Diese politikfähige Minderheit des Proletariats fiel dann ebenso wie die kommunistischen Oppositionellen dem Massenterror zum Opfer, der der von oben durchgepeitschten Industrialisierung und Zwangskollektivierung der dreißiger Jahre folgte.

Trotzki trat Zeit seines Lebens unter Berufung auf das institutionelle Erbe der Oktoberrevolution, die verstaatlichten Produktionsmittel, dafür ein, den Sowjetstaat gegenüber seinen imperialistischen Gegnern zu verteidigen (und im Zuge dieser Verteidigung Stalins Despotie zu stürzen). Seine Charakteristik der stalinistischen Sowjetunion lautete (1936): In diesem System gehören die Produktionsmittel dem Staat; der Staat aber gehört der Bürokratie. Daß der Staat der Bürokratie gehörte und sie vermöge des Staates autokratisch über die Produktionsmittel verfügen konnte, verhalf der Partei- und Staatsbürokratie zu einer irreversiblen Übermacht über das in den dreißiger und vierziger Jahren aus der Landbevölkerung rekrutierte neue Industrieproletariat, das zahlenmäßig die Arbeiterschaft der Revolutionszeit weit hinter sich ließ. Die jahrzehntelang währende Mangelwirtschaft und die sie sichernde bürokratische Herrschaft (in ihrer terroristischen und in ihrer "liberalisierten" Variante), vor allem aber der politische Genozid der dreißiger Jahre hat das sowjetische Proletariat dauerhaft gelähmt, das heißt, als eine politikfähige soziale Klasse ausgeschaltet. Zu einer antibürokratischen, politischen Revolution gegen die "usurpatorische" (oder "substitutionalistische") Bürokratie kam es in der Nachkriegszeit zwar an der Peripherie des "sozialistischen" Blocks (in der DDR, in Ungarn, der CSSR und Polen), nie aber in dessen Zentrum, der UdSSR.

Welches Licht wirft der Zusammenbruch des ehemaligen "realen Sozialismus" auf die trotzkistische Bewegung, die sich nie richtig entfalten konnte?

Seit 1923, das heißt seit dem sowjetischen Thermidor, war die Sowjetunion nur noch potentiell ein "Arbeiterstaat". Die These, die Arbeiterklasse sei zwar aktuell durch die usurpatorische Bürokratie (und deren politische Agentur: die stalinisierte KPdSU) entmachtet, habe aber wegen der noch existenten

nichtkapitalistischen Wirtschafts- und Lebensformen eine reale Chance, wieder an die Macht zu kommen, war - mindestens seit dem Massenterror der dreißiger Jahre - unrealistisch.

Mit dem Zweiten Weltkrieg sind wir in eine Phase der Entwicklung der bürgerlichen Weltgesellschaft eingetreten, in der es keine international organisierte, revolutionäre Arbeiterbewegung mehr gibt. (Die 1938 ins Leben gerufene IV. Internationale ist deren Platzhalter.) Die spektakulären Nachkriegs-Revolutionen in China, Jugoslawien und Kuba, die antikolonialistischen Aufstände und Befreiungskriege (von Algerien bis Vietnam) haben das Erlöschen einer revolutionären Arbeiter-Massenbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten verdeckt. Zu fürchten ist, daß dem schwarzen 20. ein ebenso finsteres 21. Jahrhundert folgt, daß es also in den vor uns liegenden Jahrzehnten nicht weniger Krisen, Kriege und Massaker geben wird als in den hinter uns liegenden. Die Unterdrückten und die "Modernisierungs-Verlierer" werden darauf immer wieder, bald in hoch entwickelten, bald in unterentwickelten Ländern, mit Protesten und Massenstreiks, mit Aufständen und Guerillakriegen antworten. Durchaus möglich sind in den nächsten Jahren auch vereinzelte Erfolge der Linken, sei es ein Wahlsieg der Arbeiterpartei (PT) in Brasilien, sei es eine Ausweitung der Chiapas-Bewegung auf ganz Mexiko. Eine aktive, internationale, antikapitalistische Arbeiterbewegung aber ist für die jetzige Generation nur noch ein Traum und eine Legende.

Weil es keine Gruppe von Leuten mehr gibt, die in der Lage wäre, die realen Klassenkämpfe in einer solchen Richtung zu politisieren?

Die Autoren des "Kommunistischen Manifests" setzten (vor 150 Jahren) auf den Dialog zwischen (kommunistischen) Minderheiten, "die sich zum Verständnis der gesamten Entwicklung heraufgearbeitet haben", und Lohnarbeiter-Massen, die eine Orientierung suchen und aufgrund praktischer Erfahrungen allmählich solchen Minderheiten ihr Vertrauen schenken. Auf die Frage, was ein isolierter Sozialist oder eine linke Gruppierung heute tun soll, antworte ich, daß es zunächst einmal darauf ankommt, zu verstehen, was da alles über uns hinweggerollt ist, nicht nur in den letzten zehn, sondern in den letzten 70 Jahren. Daß wir noch einmal von neuem darüber nachdenken müssen, was von Menschen unserer Orientierung unter anderen geschichtlichen Voraussetzungen versucht wurde und warum es mißlang. Daß wir einsehen müssen, daß das "Maximalprogramm", die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus als eines internationalen Wirtschaftssystems, für unsere Generation nicht mehr - wie noch für die Generation Lenins oder Luxemburgs - auf der Tagesordnung steht. Daß sich in unserer Gegenwart das (frühere) "Minimalprogramm" wie ein Maximalprogramm ausnimmt: Die weltweite Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, die Verteidigung und Generalisierung der in den kapitalistischen Kernländern etablierten sozialstaatlichen Leistungen für jedermann, der Kampf für den Verzicht auf Kernreaktoren und Kernwaffen, für Abrüstung und für eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Arm und Reich auf nationaler und internationaler Ebene...

Die wichtigste Aufgabe eines sozialistischen Intellektuellen sehe ich heute und morgen darin, sich jeder "substitutionalistischen", also Stellvertreter-Politik zu widersetzen, mit keiner nationalkommunistisch-terroristischen Bewegung oder Diktatur zu paktieren und in Theorie und Praxis die Basis- oder Rätedemokratie zu verteidigen, wie uns das die russische und internationale "Linke Opposition" in den zwanziger und dreißiger Jahren vorgemacht hat.

Diejenigen sozialistischen Intellektuellen, die mit dem ABC der Sozialwissenschaften vertraut sind, das heißt auch mit den Theorien von Marx, Freud und Trotzki, sollten die Zeit, die uns bis zur nächsten Katastrophe bleibt, für den Entwurf einer kritischen Theorie der Weltgesellschaft am Ausgang des 20. Jahrhunderts nutzen. Und sie sollten alles daransetzen, sich Gehör zu verschaffen, indem sie ihre Diagnosen und Prognosen in einige wenige, für Mehrheiten akzeptable Minimal-Forderungen übersetzen und öffentlich für ein solches "Aktionsprogramm" eintreten.

Die gegenwärtig noch in Gruppen und Sekten organisierten Sozialisten werden noch Jahre brauchen, um sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich in der seit 1989 veränderten Welt zurechtzufinden. Sie leben zum großen Teil noch in einer vergangenen Phase der Arbeiterbewegung, sind gleichsam deren Fossile.

Und für solche Gruppierungen gilt das skizzierte Programm einer Selbstreform des Bewußtseins?

Ja. Sie müssen die Geschichte ihrer Organisation aufschreiben, wie ihre Vorgänger das in den Ebbezeiten sozialrevolutionärer Bewegungen des 19. Jahrhunderts getan haben. Die politische Tätigkeit solcher überlebender Gruppen der alten Linken ist nicht vergeblich, denn Traditionen werden nicht nur in Gestalt von dicken Büchern und gelehrten Traktaten überliefert. Sie müssen immer auch ein Stück weit "nachgelebt" werden - in Diskussionsklubs und Propagandazirkeln. Die immense Mühe, die es kostet, eine eigene Zeitschrift herauszugeben und einen organisatorischen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, ist nicht vertan. Verliert die enttäuschte und geschlagene Linke ihren organisatorischen Zusammenhalt, dann wird ein Großteil der isolierten Oppositionellen der Faszination, die von den bestehenden Machtverhältnissen ausgeht, erliegen.

Das (hier stark gekürzte) Interview mit Helmut Dahmer ist zuerst erschienen in der Zeitschrift "Utopie kreativ" 97/98, November/Dezember 1998 (zu bestellen bei: Redaktion "Utopie kreativ", Weydingerstr.14-16, 10178 Berlin).

21. Sofort ist später (zu den Atomkonsens-Gesprächen)

Kundgebung und Aktionen am 26. Januar in Bonn, um 9 Uhr

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:24

Konsens in der Atomfrage ist schon echt Klasse. Das Ende der Wiederaufarbeitung wird sofort ins Gesetz geschrieben, aber erst Anfang nächsten Jahres wirksam - wenn nichts dazwischen kommt. Machen Rot-Grün so weiter, dann haben wir sicher mit der Atomwirtschaft Konsens, daß der Sofortausstieg aus der Atomenergie per Atomgesetz festgeschrieben wird, aber - naja - eben erst im Jahre 2030 die letzten Meiler stillgelegt werden. Irgendwie beeindruckend.

Nur gut, daß sich die Anti-AKW-Bewegung dieses "später" nicht als "sofort" andrehen läßt. Auf dem zweiten Beratungstreffen der Initiativen nach der Bundestagswahl in Göttingen haben sie nun beschlossen, sich einzumischen. Zu Beginn der Konsensgespräche am 26. Januar wollen die Initiativen mit einer "Störfallparade" am Tagungsort - vermutlich Bonn - präsent sein. Befürchtet wird, daß der rot-grün-atomwirtschaftliche Konsens auf eine Modernisierung des Atomprogramms hinausläuft. Denn eins ist schon jetzt klar: Mit der vor allem von Grüner Seite geforderten Zwischenlagerung des Atommülls an den AKW-Standorten wird der Atomindustrie ein richtig großes Geschenk gemacht. Für drei Uralt-Reaktoren (Obrigheim, Biblis, Stade) erhalten sie unbegrenzte Lagerkapazitäten für den Atommüll. Damit verschwinden nach einer Übergangszeit (zwei bis drei Jahre) die leidigen und immer wieder zu Großveranstaltungen mutierten Castortransporte vollkommen aus der Öffentlichkeit. Die AtomgegnerInnen können sich dann wieder - wie Ende der 80er Jahre - die Nasen an den Stahlzäunen vor den AKWs plattdrücken. Den Grünen bleibt dann nur noch die Hoffnung, daß sich die Reaktortechnik an das Konsens-Drehbuch hält und schwere Störfälle ausbleiben.

Der Rest vom Konsens dürfte in etwa so aussehen: Die Gaspreise werden international weiter sinken, damit werden Gas- und Dampfkraftwerke (Marke Siemens!) so billig werden, daß auch die moderneren Atommeiler kaum noch wirtschaftlich zu betreiben sein dürften. Denn schon heute stehen die meisten AKWs am Rande der Wirtschaftlichkeit. Einigt sich Rot-Grün schon in den nächsten Monaten darauf, die derzeitige Besteuerung von Gas für die Stromproduktion aufzugeben (oder umgekehrt Uran als Brennstoff ebenso wie das Gas zu besteuern), dann dürfte es mit dem Ausstieg etwas schneller gehen. Im Zentrum der Begehrlichkeiten bleiben dann die Entsorgungsrückstellungen, die die Atombetreiber seit Jahrzehnten steuerfrei angesammelt haben und die bundesweit runde 60 Milliarden DM ausmachen. Allein die jährlichen Zinsen aus diesen Rückstellungen bringen den Unternehmen mindestens (!) Einnahmen in Höhe von drei Milliarden DM ein! Diese Rückstellungen dürfen die Betreiber bilden, um die anfallenden Kosten für die Entsorgung des Atommülls und den späteren Rückbau der Reaktoren zu finanzieren. Aus dieser Kriegskasse haben die atomaren Energieversorger - unabhängig von jedem Bankkredit - große Teile der Abfallwirtschaft unter ihre Kontrolle gebracht und dominieren inzwischen neben der Telekom den expandierenden Markt der Telekommunikation. Der eventuelle Verlust dieser Kriegskasse ist der Grund, warum die Energieversorger derart laut jaulen, daß es in den Ohren nur so schmerzt. Und da die Bundesregierung der Atombranche nun mal nicht so richtig weh tun mag, dauert der Atomausstieg eben noch. Es sei denn, viele Menschen mischen sich ein, z.B. am 26. Januar in Bonn.

DSe

Kundgebung und Aktionen am 26. Januar in Bonn, um 9 Uhr

Treffpunkt zwischen Kunst-Museum und Haus der Geschichte

(Adenauerallee, Ecke Walter Flex Straße) Achtet auf die Tagespresse.

Aktuelle Infos unter: www.akw-nee.de oder Tel: 02561-961799.

Das nächste Treffen der Standorte-Initiativen findet statt: 6. Februar 1999, 11 Uhr in Göttingen.

22. Läßt Trittin neue Atomanlage zu? Genehmigungsverfahren für PKA vor dem Abschluß

Autor: Torsten, BI Lüchow-Dannenberg · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:23

Während auf großer Bonner Bühne nur noch vom Ausstieg aus der Atomenergie geredet wird, bahnt sich in Gorleben die Inbetriebnahme der ersten neuen Atomanlage an. Noch im Sommer 99 könnte die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) abschließend genehmigt werden und den Betrieb aufnehmen. Am 27. Februar werden wir unsere Stimme wieder und diesmal besonders laut auf einer Demonstration in Gorleben gegen die (PKA) erheben. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und die Bäuerliche Notgemeinschaft sowie weitere Anti-Atom-Gruppen rufen zu dieser Demo auf. Wir werden nicht warten bis die Inbetriebnahme unmittelbar bevorsteht. Darum haben wir uns selbst einen Termin gesetzt. Rechtzeitig, um noch politischen Druck aufbauen zu können, der die Verseuchung unserer Region verhindern kann.

Was ist die PKA?

1986, vier Tage nach Tschernobyl reichte die Betreiberin den Antrag zur Errichtung der Pilotkonditionierungsanlage ein. Purer Zynismus, aber um politisches Fingerspitzengefühl ging es in der Auseinandersetzung um die Atomenergie noch nie.

Hinter dem Kürzel PKA verbirgt sich eine Atommüllfabrik mit heißer Zelle zur Bearbeitung hochradioaktiver Brennelemente, 60 m hohem Abluftkamin und Abwasserpipeline in die Elbe. Hinter dicken Betonwänden sollten dort - zunächst - jährlich 35t Brennelemente, deren Wiederaufarbeitung zu teuer oder technisch nicht möglich ist, zerschnitten werden. Anschließend sollen sie dann so konditioniert (verpackt) werden, daß sie endlagerfertig sind. Bislang sind Brennelemente mit zu hohem Abbrand bzw. aus bereits wiederaufbereitetem Uran sowie MOX (Mischoxid)-Brennelemente zur Bearbeitung in der PKA vorgesehen. Aber auch flüssige, kontaminierte Lösungen können in dieser "Mehrzweckanlage" verdampft und zementiert werden.

Den Traum eines Nuklearen Entsorgungszentrums hat die Atomlobby noch lange nicht ausgeträumt und der Standort dafür heißt immer noch Gorleben!

Seit der Antragstellung ist die Funktion der PKA von Betreiberseite immer wieder umdefiniert worden. Angesichts der auch den Betreibern letztlich nicht verborgen gebliebenen Erkenntnis, daß das geplante Endlager im Salzstock Gorleben für die Aufnahme von hochradioaktiven Atommüll völlig ungeeignet ist, soll die PKA inzwischen auch zum Um- und Dichterpacken der ins Zwischenlager angelieferten Brennelemente in andere, größere Castorbehälter dienen. So sollen die Zwischenlagerkapazitäten erhöht und damit Entsorgungsengpässe beseitigt werden. Die Anlage soll daher nun vor allem der wirtschaftlichen Optimierung des Zwischenlagerbetriebs dienen

Klar ist auch, daß die jetzt für eine Verarbeitung von 35 Tonnen Atommüll jährlich beantragte Anlage ohne weiteres auf die zehnfache Menge vergrößert werden könnte. Entsprechende Absichten der Betreiber sind in den vergangenen Jahren immer wieder bekannt geworden.

Antragstellerin für den Bau der PKA ist die inzwischen sattsam bekannte Gesellschaft für Nuklearservice (GNS). Erst im letzten Jahr ist diese Atomklitsche im Rahmen des Kontaminationsskandals bei den Atomtransporten wieder mittenmang gewesen. Auch auf der Baustelle der PKA kam es immer wieder zu "Ungereimtheiten". So wurden während einer Überprüfung in den Jahren 1993/94 insgesamt 25, teilweise erhebliche bauliche Abweichungen vom genehmigten Zustand festgestellt worden. Diese eigenwilligen Änderungen hätten jedoch nur mit Zustimmung der Behörden erfolgen dürfen. Doch wer seinerzeit erwartet hatte, daß dieser "Pfusch am Bau" Anlaß sein würde, die atomrechtliche Zuverlässigkeit der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) als Antragstellerin in Zweifel zu ziehen, irrte. Ohne nennenswerte Probleme durfte die GNS weiter bauen.

Inzwischen hat die niedersächsische Landesregierung sich sogar in einem Vertrag gegenüber der GNS dazu verpflichtet, den Antrag für die Pilotkonditionierungsanlage wohlwollend zu unterstützen. So arbeiten die Aufsichts- und Genehmigungsbehörde und die Antragstellerin Hand in Hand zusammen.

Trotz dieser Kooperation zwischen Behörden und GNS hat sich die Inbetriebnahme der Anlage immer wieder verzögert. Ursprünglich sollte die PKA schon seit Jahren laufen. Dies ist nicht nur Ergebnis des politischen Widerstandes aus der Bevölkerung und den kommunalpolitischen Gremien, sondern wohl auch Ausdruck von Planungs- und Genehmigungsproblemen und einer Orientierungslosigkeit der Atomlobby und Politiker in der Frage des Umganges mit dem Atommüll.

Zur Zeit stehen drei Genehmigungen an. Als letztes beantragte die GNS im November 1998 die Umwidmung der Baustellenzufahrt in eine dauerhafte Ausweichstrecke für den Katastrophenfall. Ist so etwas denn möglich?

Die Erörterung steht an

Vor der endgültigen Genehmigung der PKA wird die Lüneburger Bezirksregierung noch über einen wasserrechtlichen Antrag zur Einleitung radioaktiver Abwässer aus der Konditionierungsanlage in die Elbe zu entscheiden haben. Im letzten Sommer sammelten wir mehrere tausend Einwendungen gegen diesen Antrag. Erstmals in der langen Auseinandersetzung um den Standort Gorleben beteiligten sich auch die Städte und Gemeinden aus der Region an der Einwendungskampagne der Bürgerinitiative. Sie beauftragten eigene Gutachter für die Formulierung von Einwendungen gegen die Abwassereinleitung.

Die Einleitung der radioaktiver Abwässer in die Elbe soll mitten in dem gerade gegründeten Nationalpark Elbtalaue durchgeführt werden. Die Umweltverträglichkeitsstudie spricht jedem wissenschaftlichen Anspruch Hohn. Das ganze Vorhaben zeigt hier seine Widersinnigkeit.

Auch dieses Verfahren verzögert sich bereits seit Monaten. Die öffentliche Erörterung der Einwendungen sollte bereits im November stattfinden. Doch die GNS hat offensichtlich Probleme mit der Stellungnahme zu den Einwendungen gegen die Einleitung radioaktiver Abwässer. Ein neuer Termin ist noch nicht klar. Dabei bemühte sich die GNS das Verfahren so schnell wie möglich voranzutreiben.

Etwa im Mai muß nach dem derzeitigen Stand der Dinge mit der dritten Teilerrichtungsgenehmigung gerechnet werden. Wird diese Genehmigung erteilt, dann darf die GNS in der Atomfabrik PKA in Gorleben mit Atommüll hantieren und die Region via Schornstein und Abwassereinleitung radioaktiv verseuchen. Diese Genehmigung können wir gerichtlich wahrscheinlich nicht mehr stoppen. Der niedersächsische Umweltminister Jüttner hat bereits mehrfach erklärt, daß er nach der wasserrechtlichen Genehmigung umgehend die Betriebsgenehmigung für die PKA erteilen wird. Verwundern kann das nicht, schließlich hat er sich durch den Vertrag mit der GNS in skandalöser und unbotmäßiger Weise gebunden.

Aber politisch ist immer noch etwas drin. Die neue Bundesregierung hat das bisherige Entsorgungskonzept für gescheitert erklärt. Damit müßte sie im Grunde die PKA sofort stoppen, denn sie ist Teil dieses Konzepts. Die Inbetriebnahme der PKA macht aber nur einen Sinn, wenn der Standort Gorleben weiter zementiert werden soll. Und obwohl jetzt die Konsensverhandlungen unter großen Aufwand und öffentlichen Interesse stattfinden, wollen die Behörden das Genehmigungsverfahren offenbar bis zum bitteren Ende weiterführen. Vom Regierungswechsel ist nichts zu spüren.

Während die Stromkonzerne und ihre Lobbyisten fein abgestimmt täglich neue Forderungen aufstellen, betreiben sie im Hintergrund die Inbetriebnahme einer neuen Atomfabrik. Und bevor unter Rot-Grün etwas wesentliches passiert, riskiert Jürgen Trittin, daß er sich blamiert. Denn das erste wesentliche Ereignis unter Rot-Grün wird die Inbetriebnahme der Pilot-Konditionierungsanlage sein. Das werden wir nicht zulassen. Darum werden wir am 27. Februar ab 11 Uhr von Gedelitz mit einer Demonstration vor die PKA ziehen.

22 Jahre Standortbenennung und 100 Tage Rot-Grün nehmen wir zum Anlaß gegen die Pilot-Konditionierungsanlage und für den Atomausstieg massiv auf die Straße zu gehen. Motto: "Ausstieg jetzt - keine heiße PKA"

Torsten, BI Lüchow Dannenberg

23. Anti-AKW-Bewegung muß Widerstand neu ausrichten

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:22

Mit dem Ende der Castortransporte und der rot-grünen Regierungsübernahme steht die Anti-AKW-Bewegung vor neuen Rahmenbedingungen. Land auf, Land ab wird derzeit beraten, wie auf die neue Situation zu reagieren ist. In dieser Ausgabe drucken wir zwei Beiträge ab, die sich mit der Zukunft der Anti-AKW-Bewegung auseinandersetzen. Während Jochen Stay seinen Blick auf unmittelbar bevorstehende Aufgaben der Bewegung richtet und Vorschläge macht, setzt sich Fritz Storim mit dem autonomen Teil der Bewegung und ihrer Politik auseinander. Reaktionen und Einmischungen auf diese Artikel sind erwünscht. Die Red.

Die Atomindustrie und ihre FreundInnen aus Politik und Medien waren schon immer sehr begabt, wenn es darum ging, durch sprachliche Tricks den Schrecken der Technologie zu verharmlosen. Es sei nur daran erinnert, daß aufgrund von Marktforschungsergebnissen der negativ besetzte Begriff "Atomenergie" aus dem Wortschatz der Zunft gestrichen und durch "Kernenergie" ersetzt wurde. Es gibt zahlreiche Beispiele von Neuschöpfungen, die die Atomtechnik und ihre Gefahren in sanftes Licht tauchen: Entsorgungspark, Wiederaufarbeitung, Abklingbecken, Strahlenschutz ...

Jetzt gibt es einen neuen Begriff, dessen sich die Atomgemeinde offensiv annimmt, um ihn für ihre Zwecke umzufunktionieren: Der Ausstieg. Was vom gewöhnlichen Atomkraftgegner noch für ein Synonym für das zügige Abschalten der AKWs benutzt wird, bezeichnet inzwischen den geordneten Weiterbetrieb der Atomanlagen. Schweden z.B. hat bereit 1980 in einer Volksabstimmung den Ausstieg beschlossen. Seither ist kein einziger Reaktor vom Netz gegangen. Die Schweiz hat gerade verkündet, in 30 Jahren aus der Atomkraft aussteigen zu wollen. Bis dahin laufen die Kraftwerke weiter. Und wenn die rot-grüne Bundesregierung beschließt "den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich zu regeln", dann bedeutet dies eben nicht, daß er vollzogen wird. Wenn es nach Gerhard Schröder und dem Wirtschaftsminister "Atom"-Müller geht, laufen die hiesigen AKWs noch mindestens zwei Jahrzehnte weiter.

Die Stromkonzerne selbst haben die neue Sprachregelung schon völlig intus: So verkünden die Vorstandsvorsitzenden von PreussenElektra, RWE und Bayernwerke regelmäßig in Interviews, daß sie natürlich den Ausstiegsbeschluß der neuen Bundesregierung respektieren, daß es in den Konsensgesprächen auch nicht mehr um das "ob" des Ausstiegs gehen soll, sondern eben nur noch um Restlaufzeiten. Diese gewünschten Restlaufzeiten werden dann aber mit bis zu 40 Jahren angegeben.

Das politische Koordinatensystem in der Auseinandersetzung um die Atomenergienutzung ist mit dem Ausgang der Bundestagswahlen kräftig durcheinandergeschüttelt worden. Im Sommer 1998 war die Atomwirtschaft aufgrund des Kontaminations-Skandals noch mit einer ihrer größten Vertrauenskrisen konfrontiert, die selbst der damaligen Bonner Umweltministerin Angela Merkel keine andere Wahl mehr ließ, als den Stopp der Atomtransporte mit den Konzernen zu vereinbaren. Doch jetzt, paradoxerweise nach der Bildung einer Bundesregierung durch zwei Parteien, die den Atomausstieg im Programm stehen haben (bei der SPD sind es noch immer die zehn Jahre des Nürnberger Nach-Tschernobyl-Parteitages, bei den Grünen steht Sofortausstieg), gewinnt die Branche wieder Oberwasser.

Weil Rot-Grün im Koalitionsvertrag keine Restlaufzeiten für die Reaktoren festgelegt hat, sondern allein mit den Stromkonzernen darüber verhandeln will, wie lange die AKWs noch am Netz bleiben, haben die EVUs ihre Chance erkannt. Schließlich wird erst im Laufe des Jahres 1999 festgelegt, wie es mit der Atomenergie wirklich weitergeht. Die Zeit gilt es zu nutzen. Mit massiven Schadenersatzforderungen und dem Arbeitsplätze-Hammer ziehen sie in die Schlacht.

Ausstieg auf Bonner Art

In den Medien spielt sich die Auseinandersetzung um die Atomenergie nur noch auf der Bonner Bühne ab. Entweder sind die ProtagonistInnen Energiewirtschaft und Bundesregierung oder es geht um das "Duell"

zwischen den Ministern Trittin und Müller. Die guten Argumente der Anti-Atom-Bewegung kommen nicht mehr vor. Da wird ein handzahmer Jürgen Trittin zum radikalsten Vorkämpfer der Anti-Atom-Bewegung stilisiert.

Es gilt als radikal, wenn Trittin als Zielbestimmung äußert, daß "in dieser Wahlperiode nicht nur ein Atomkraftwerk abgeschaltet wird". Daß der gleiche Minister nicht versprechen mag, daß es keine Castor-Transporte mehr gibt und daß ihm als einziges Mittel zur Minimierung von solchen Transporten der Bau neuer dezentraler Zwischenlager einfällt, scheint kein Problem. Realpolitik ist angesagt.

Wie reagieren die WählerInnen der Grünen? Wir können einen Effekt beobachten, den es so ähnlich bereits 1990 beim Beginn der rot-grünen Koalition in Niedersachsen gab. Viele, die es eigentlich besser wissen müßten, geben der neuen Regierung einen Vertrauensvorschuß und gehen mit einer "Nun-laß-die-doch-erstmal-machen"-Haltung an die Sache ran. Schließlich wollen sich die Menschen nicht sofort nach der Wahl von ihrer eigenen Wahlentscheidung distanzieren.

Selbst von einigen langjährigen Bewegungs-AktivistInnen bekommt mensch zu hören: "Nun haben wir all die Jahre so wenig erreicht, da geht es mit Rot-Grün bestimmt schneller" Dahinter steckt oft das Bild von den "Mächtigen da oben" und "uns Ohnmächtigen hier unten, die ja doch nichts verändern können."

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg bekommt Anfragen, ob sie sich jetzt auflösen würde. Kein Wunder: Es wird ja ständig vom Ausstieg geredet, den die Regierung beschlossen hat. Und auch fürs Auge wird das Thema entsprechend aufbereitet. Unter der Überschrift "Atomkraft: abgehakt" malte die taz einen dicken roten Haken durch ein AKW-Foto. Und in Focus hat sich als Logo für Beiträge über die Atomdebatte in großer Hebel an einem Radioaktivitätszeichen eingebürgert, der auf "Aus" geschaltet ist. Solche Bilder prägen sich ein und stärken den "Inneren Schweinehund", wenn mal wieder ein Demoaufruf ins Haus flattert.

Die Initiativen

aus der Anti-Atom-Bewegung und auch die großen Umweltverbände sind scheinbar die einzigen, die weiterhin deutliche Positionen für den Sofortausstieg in die Debatte bringen. Doch kaum jemand mag sie noch hören. Waren für die JournalistInnen in Zeiten des Castor-Widerstandes die SprecherInnen der örtlichen Initiativen wichtigstes Sprachrohr der Bewegung, so werden jetzt meist nur noch Vorstandsmitglieder oder ParlamentarierInnen der Grünen zitiert.

Die Bewegung hat sich scheinbar auch eine 100-Tage-Schonfrist zugestanden, um sich in der veränderten Situation neu zu orientieren. Größere Aktionen haben nach der Wahl kaum stattgefunden. Allerdings gibt es zur Zeit jedes Wochenende gleich mehrere überregionale Diskussions- und Koordinierungstreffen von Initiativen und Verbänden. Es wird eine Menge Papier produziert und langsam entstehen auch erste Handlungsansätze.

Da damit zu rechnen ist, daß sich viele WählerInnen der Grünen nicht endlos von der Bonner Schaumschlägerei beeindrucken lassen werden, steigen nach einhelliger Einschätzung aus den Initiativen die Chancen, im Laufe des Jahres wieder zu größeren Aktionen mobilisieren zu können. Wichtig ist, genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Enttäuschung einsetzt, mit neuen Handlungsoptionen öffentlich präsent zu sein. Denn nur dann kann die Frustration in Aktion münden. Andernfalls droht ein langanhaltender Rückzug aus dem politischen Geschehen, wenn "noch nicht mal" die grünen HoffnungsträgerInnen was verändern können.

Doch da die Anti-Atom-Bewegung in den letzten Jahren schwerpunktmäßig Anti-Castor-Bewegung war, müssen es die Aktiven erst wieder lernen, wie ohne einen "Tag X" mobilisiert werden kann. Die Ausgangslage im Konflikt um die Atomenergie ist unübersichtlicher geworden. In den letzten Jahren war alles einfacher und die Schwelle zum eigenen Handeln bei vielen gering: Fährt ein Castor, dann stellen sich Tausende quer. Jetzt reicht es nicht mehr zu sagen "Der Castor kommt" und die Massen strömen. Die Bewegung muß wieder gründlicher arbeiten. Strukturen dafür sind erst noch aufzubauen.

Ob es gelingt, aus der in den Medien kolportierten Rolle der "kleinen radikalen Minderheit" herauszukommen, hängt von der Bündnisfähigkeit der Initiativen ab. Dabei gilt es - wie bereits beschrieben - bis weit ins rot-grüne Milieu hinein zu wirken. Umweltverbände, einzelne Gewerkschaften, Kirchen, die Energiewende-Industrie, Jugendverbände und andere soziale Protestbewegungen sind dabei mögliche PartnerInnen.

Wenn die Bewegung in ihren öffentlichen Stellungnahmen die Grünen kritisiert, dann sollte es nicht in erster Linie darum gehen, "Verrat" zu schreien. Das nützt nichts und reißt nur Gräben auf, die von zweifelnden Grünen-AnhängerInnen nur schwer überwunden werden können. Klüger ist es, die Partei und ihre RepräsentantInnen in der Regierung an ihren Ankündigungen zu messen, so daß selbst diejenigen, die Hoffnungen haben, zu der Überzeugung kommen können, daß es nicht schadet, wenn es etwas Druck "von unten" gibt. Die simple, aber zentrale Botschaft: Nur wenn wir selbst handeln, handelt auch die Regierung. Wenn wir uns auf die Regierung verlassen, sind wir verlassen.

Die Politik des breiten Bündnisses stellt, dessen müssen sich alle bewußt sein, einige liebgewonnene Angewohnheiten der Bewegung aus den letzten Jahren in Frage. Verbalradikalismus und Szenejargon auf den Flugblättern dienen zwar der Rückversicherung im eigenen Dunstkreis, wirken aber selten über das Initiativen-Milieu hinaus.

Auch ist es zumindest als offene Frage zu bezeichnen, ob die gut begründete Forderung nach Sofortausstieg zum kleinsten gemeinsamen Nenner gemacht wird, oder ob eine Öffnung hin zu Organisationen stattfindet, die zwar nicht den Sofortausstieg fordern, die aber ein schnelles Ende der Atomenergienutzung wollen und deshalb massive Bedenken gegen die lahme Atompolitik der Bundesregierung haben.

Es geht dabei übrigens in keiner Weise darum, eigene Positionen aufzugeben. Diese sollten sogar lautstark geäußert werden. Aber die Frage bleibt, ob daneben auch weniger radikale Positionen im Bündnis Platz haben oder ob diese Kräfte automatisch dem "Regierungslager" zugerechnet werden.

Die Koalition möchte ein Jahr lang Konsensgespräche führen. Sie bezieht selbst keine Stellung zur Frage, wie lange die AKWs noch laufen sollen. Letztendlich wird es Ende 1999 also von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in der Atomfrage abhängen, wie das Ergebnis der Konsensgespräche aussehen wird. Rot-Grün wird sein Fähnlein nach dem Wind hängen, der am kräftigsten bläst.

Die Stromkonzerne machen seit dem Regierungswechsel eine Menge Wind. Von der Bewegung ist bisher nichts zu hören. Wenn wir uns einmischen wollen, so ist der Gegner in der Auseinandersetzung nicht die Regierung oder gar die grüne Partei, sondern die Atomindustrie selbst. Das macht es auch einfacher, die RegierungsanhängerInnen mit ins Widerstands-Boot zu nehmen.

Inhaltlicher Schwerpunkt

wird es sein, in die öffentliche Debatte, die sich nur noch um Restlaufzeiten versus Schadenersatzhöhen dreht, wieder grundlegende Argumente gegen die Atomenergienutzung einzubringen. Schließlich wird der Super-GAU auch bei rot-grün ausgehandelten Reaktorbetriebsjahren nicht unwahrscheinlicher und auch das Atommüll-Problem bleibt ungelöst.

Neben dem Aufbau einer starken und aktionsfähigen "Lobby für den Ausstieg" bleibt die Atommüll-Problematik zweites Standbein der Bewegung. Weitere Castor-Transporte sind in den nächsten Monaten möglich. In Ohu und Biblis stehen leere Behälter schon seit dem letzten Sommer zur Beladung bereit. Im Dezember wurden drei leere Castoren in Neckarwestheim und einer in Philippsburg angeliefert. In La Hague warten sechs beladene Behälter auf den Abtransport nach Gorleben.

Der Druck zur Wiederaufnahme der Castor-Transporte ist immens. Immerhin sechs AKWs müßten sonst innerhalb der nächsten 18 Monate vom Netz genommen werden, weil interne Lagerkapazitäten erschöpft sind. Der von Rot-Grün favorisierte Neubau von Zwischenlagerhallen an den Reaktorstandorten dauert selbst ohne Komplikationen zu lange, um alle Engpässe überbrücken zu können. Also bleibt der Bewegung weiter als mögliche Perspektive, einzelne Reaktoren vom Netz zu blockieren.

Der Kampf gegen den Bau von dezentralen Zwischenlagern wird wahrscheinlich ein langwieriger, unspektakulärer aber um so wichtigerer Teilaspekt der Auseinandersetzung werden. Die Betreiber des AKW Lingen waren die ersten, die bereits im November den Bau einer solchen Halle beantragt haben. Die vorgesehene Lagerkapazität ermöglicht 30 weitere Jahre Reaktorbetrieb. Anvisierte Inbetriebnahme ist in drei Jahren.

Die Standortinitiativen vernetzen sich, um den Bau und Betrieb der neuen Castor-Hallen möglichst lange zu verzögern. So kann eine effektive "Zwickmühle" aufgebaut werden: Entweder die Betreiber begeben sich in

das Abenteuer einer neuerlichen Castor-Auseinandersetzung, oder sie müssen sich mit uns in Erörterungsterminen, vor Gericht und auf den Zwischenlager-Bauplätzen herumärgern und gehen dabei das Risiko sich frühzeitig erschöpfender Lagerkapazitäten ein.

Das ist zwar nicht die einzige, aber auch nicht die schlechteste Perspektive für eine Bewegung, die ihre Rolle in der neuen politischen Konstellation erst noch finden muß.

Jochen Stay

24. Hat die Anti-AKW-Bewegung eine Zukunft? Autonome in der Anti-AKW-Bewegung

Autor: Fritz Storim · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:16

(...) Die Anti-AKW-Bewegung setzt sich ja aus vielen unterschiedlichen politischen Strömungen zusammen. Und es trägt sicher auch zu ihrer Stärke bei, daß wir es immer wieder geschafft haben - trotz der vielen Versuche von außen - uns nicht spalten zu lassen und auch, daß wir es selbst weitgehend eingesehen haben, daß es nicht darauf ankommt, die eigene politische Vorstellung gegenüber anderen durchzusetzen.

Aber wir stellen auch fest, daß unser Verhältnis untereinander ein sehr technisches geworden ist, fast ausschließlich auf das Ziel ausgerichtet immer "mehr" zu werden. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, wenn wir "viele" sind, dann sind wir stark.

Das Bedürfnis, uns unsere Vorstellungen gegenseitig zu vermitteln, uns miteinander über die verschiedenen Positionen auseinanderzusetzen - eben weil wir uns ernst nehmen und nur in der gemeinsamen Auseinandersetzung einen Begriff von Emanzipation entwickeln können - dieses Bedürfnis ist einem fast ausschließlich taktischen Umgang untereinander gewichen.

Wenn es uns nicht gelingt, das zu verändern, machen wir uns selbst und andere weitgehend zu StatistInnen von abstrakten Ansprüchen, und damit produzieren wir die herrschenden Verhältnisse in unseren Beziehungen selbst und machen uns für diese integrierbar.

An dieser Stelle will ich kurz einige Hinweise zum Ursprung und zur Entwicklung der Idee von Autonomie in der Anti-AKW-Bewegung einschieben, weil sie eine Antwort war auf eine ähnliche Situation, aber das schon fast vollkommen in Vergessenheit geraten ist.

So etwa 1978, im Rahmen der Auseinandersetzungen um das AKW-Brokdorf gab es folgende Situation: Auf der einen Seite war die örtliche Bevölkerung, auf der anderen die verschiedenen politischen Gruppen aus den Städten, die meist nicht nur nach Brokdorf gingen, um der örtlichen Bevölkerung beizustehen, sondern aus eigenem Anliegen, das über den Kampf gegen Atomtechnologie hinausging.

Einerseits wollten wir den Widerstand mit möglichst allen zusammen entwickeln - und das nicht nur aus taktischen Gründen, sondern auch weil wir neugierig aufeinander waren und die ungeheure Kraft und die Möglichkeit auf eigene und gemeinsame Entwicklung spürten, die darin lag. Andererseits hatten die Aktiven vor Ort mit unseren politischen Vorstellungen nur wenig zu tun und wir auch nicht mit den ihren. Da gab es auch viel Mißtrauen und Distanz zwischen uns.

Aber auch unter den Aktiven in den Städten gab es unterschiedliche Vorstellungen. Da waren auf der einen Seite die K-Gruppen (wie KB, KPD-ML, KPD-AO, KBW), die jeweils mehr oder weniger ihren Führungsanspruch als "kommunistische Avantgarde" durchsetzen wollten und versuchten, der Bewegung ihre Politik und Organisationsvorstellungen ("Demokratischer Zentralismus") überzustülpen und Leute für die eigene Organisation zu rekrutieren.

Und auf der anderen Seite die antiautoritäre, undogmatische Linke, die Spontis. Ein eher politisch diffuses Spektrum, gegen jeden zentralen Organisationsanspruch, kommunistischer, anarchistischer, sozialistischer Ideen nahestehend, meist in kleinen Gruppen organisiert, oft themenbezogen und über meist themenbezogene Plena und Konferenzen vernetzt.

Aber da war auch noch das gewaltfreie Spektrum, die Naturschutzorganisationen und Bürgerinitiativen und viele besorgte Einzelpersonen.

Es standen sich also Strömungen mit sehr unterschiedlichen politischen und organisatorischen Vorstellungen gegenüber. Damit mußten wir umzugehen lernen, wenn uns was an der Stärkung unseres Widerstandes und auch an der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden lag.

Aus dieser Situation heraus entwickelten wir innerhalb der Anti-AKW-Bewegung die Idee der Autonomie. Nicht als Kopfgeburt, sondern weil wir in einer konkreten Situation konkrete Antworten suchten. Und da die

Anti-AKW-Bewegung bundesweit vernetzt war und die Konflikte überall ähnlich waren, hatte diese Entwicklung auch schnell Auswirkungen über Brokdorf und den Norden hinaus.

So wie ich das sehe, war der Hauptgedanke: Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten/leben/kämpfen wollen, nicht für eine bestimmte Idee oder Politik zu vereinnahmen (z.B. über Mehrheitsbeschlüsse oder StellvertreterInnenpolitik), sondern sie zu unterstützen, sich eine eigene Position zu erarbeiten, um dann auf der Grundlage einer freiwilligen, selbstbestimmten (indem wir uns ständig damit auseinandersetzten, wieweit unser Denken und Handeln immer auch Ausdruck der herrschenden Verhältnisse ist) gemeinsamen Vereinbarung, die Kämpfe zu entwickeln. Vielleicht etwas allgemeiner: "Selbstbestimmung" und "Kollektivität" als zwei Seiten einer untrennbaren Einheit begreifen.

Begriffe traten in den Vordergrund wie: "Eigenverantwortung", "Kommunikation", "direkte Aktion", "Koordination statt Führung/ politische Leitung", "Selbstorganisation".

Besondere Bedeutung hatte auch die Auseinandersetzung um einen eigenen Begriff von "Widerstand", "Recht" und "Gewalt" und was es praktisch heißt wenn wir sagen: "das Private ist politisch und das Politische ist privat".

Die K-Gruppen konnten sich diesen Vorstellungen nicht öffnen. Ihr starkes taktisches Verhältnis zu den beteiligten Menschen - denke ich - hat dazu beigetragen, daß sie plötzlich politisch so unbedeutend wurden und sich auflösen mußten oder auch, daß sich große Teile der Organisation im Rahmen ihres Auflösungsprozesses - hauptsächlich vom KB und KBW - nahtlos als Grüne in den parlamentarischen Strukturen etablierten.

Die Autonomen haben zu stark auf den militärischen Aspekt des Widerstandes - auf Massenmilitanz - gesetzt und nach den Niederlagen z.B. in Grohnde (19.3.77), in Malville (28.7.77) oder später auch in Cleve (7.6.86), sich entmutigt aus einem gemeinsamen Diskurs zurückgezogen, sich zersplittert und weitgehend auf "Steineschmeißen", "schwarzem Outfit", "revolutionärem Pathos" (als Metapher gemeint) oder auch auf isolierte Einzelaktionen reduziert.

Zur Zeit - denke ich - führen wir kaum einen kollektiven Diskurs über Autonomie-revolutionäre Veränderung-Emanzipation-Macht, von dem nach außerhalb unseres eigenen engen Spektrums Faszination ausgeht und der gesellschaftlich eingreift.

Es täte uns sicher gut, uns wieder stärker an unsere Wurzeln/an unsere Geschichte (1) zu erinnern: Zurückschauen, um zu verstehen, wie die Gegenwart entstanden ist, und um die Zukunft bewußter zu gestalten!

Aus dieser Erfahrung heraus will ich jetzt konkreter auf die Situation der Anti-AKW-Bewegung heute blicken.

Wo steht die Anti-AKW-Bewegung?

Wir - die wir uns als Autonome verstehen - haben uns schon mehrmals in verschiedener Zusammensetzung getroffen, um über die politische Situation zu reden, um neue Ansätze für politisches Eingreifen zu finden und um über gemeinsame gesellschaftliche Perspektiven und Utopien nachzudenken.

Wir sind dabei auch auf Ratlosigkeit, Resignation, Ermüdung und Vereinzelung gestoßen. Das äußert sich oft auch in Aktionismus (Warten auf den nächsten Castor-Transport), in Handwerkelei und verstärkter Bürokratisierung (z.B. bloße technische Vernetzung, Informationsflut) unserer politischen Arbeit. Ordnung und Disziplin als Ersatz für politische Ideen, politische Bewegung, politisches Leben.

Ich will die Situation unseres Widerstandes mit einigen Stichworten beschreiben. Wir haben schon oft darüber gesprochen, so daß ich denke, ihr werdet verstehen was ich damit meine:

Solche Stichworte sind: Feuerwehrpolitik, beständiges Reagieren, Abwehrkämpfe, Verteidigungskämpfe, Ein-Punkt-Bewegung, Anti-Castor-Bewegung, Kampf gegen eine Maschine, Dienstleistungen organisieren, was anbieten, um "viele" zu werden, Konsumveranstaltung, der Presse sensationelle Bilder liefern, Medieninszenierung, Abenteuerurlaub, Events, Happenings, Castor-Parade, Outlaw-Pathos, Mythos Militanz, Konzeptlosigkeit, Geschichtslosigkeit (das Geschichtsbewußtsein reicht kaum länger als drei bis fünf Jahre

zurück), Rituale, Mobilisierung ausschließlich über Angst und persönlicher Betroffenheit, über Opferrolle gegenüber Staat und Betreiber,

Der Erfolg wird gemessen an:

- der Anzahl der beteiligten Menschen,

- der Anzahl der eingesetzten PolizistInnen,

- der Medienpräsenz und der Medienberichte. usw, usw.

Die Suche nach gesellschaftliche Perspektiven und Utopien tauchen in unseren Auseinandersetzungen kaum noch auf. Es geht hauptsächlich nur noch um Austausch von Information und um technische Absprachen. Unser Widerstand wird stark von außen, über die Medien, durch das Werben um Massenakzeptanz fremdbestimmt.

Wir bewegen uns immer stärker in vom Staat zugestandenen Räumen. Ich will deshalb auch nicht über die technischen Aspekte unseres Kampfes reden, wie etwa

- über die Gefahren der Atomtechnologie,

- oder über anstehende Aktionen,

- oder über die bessere Organisierung unseres Widerstandes. (...)

Wenn Leute sich über Unverbindlichkeit und Beliebigkeit beklagen, dann wird das nicht über Einfordern von Disziplin und bloßer besserer Organisierung zu verändern sein, sondern nur, indem wir uns über die Ursachen der Mißstände Klarheit verschafften. Denn ohne Verständnis der Situation und ohne glaubwürdige gesellschaftliche Perspektive wird niemand bereit sein, seine bürgerlichen Sicherheiten ernsthaft in Frage zu stellen.

Was haben wir von Rot-Grün zu erwarten?

Unabhängig davon, welche Partei oder welche Koalition gerade an der Macht ist, es wird "kälter" werden in diesem Land. Im Rahmen der herrschenden Verhältnisse - Kapitalismus, Marktwirtschaft, Neoliberalismus, Globalisierung - sind die Spielräume für soziale Verbesserungen enger geworden.

Es geht jetzt hauptsächlich um die Optimierung der ökonomischen Rationalität und um den Aufbau von Machtstrukturen, die diese Entwicklung möglich machen. Genau das, was Schröder und Fischer mit Modernisierung meinen.

Anzeichen dafür sind, wenn der Staat Teil seiner Autorität und sozialen Verantwortung privatisiert.

Z.B.: Schulen, Universitäten, d.h. Ausbildung und Forschung, Post, Telefon, Bahn, Krankenhäuser, Gesundheitsversorgung und Sozialversicherung, Gefängnisse, und auch die Energieversorgung sollen verstärkt privaten Händen übertragen werden und damit noch stärker als bisher jeder Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle entzogen werden.

Die Gesamtentwicklung tendiert in eine Richtung, die zur Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen und zu weiteren Anonymisierung von Macht, zur verstärkten gesellschaftlichen Normalisierung und Selektion, zur intensiven Kontrolle und Steuerung aller Lebensbereiche - bis in den Menschen, in alle Lebewesen und auch in die Pflanzen hinein - führt.

Dieser Entwicklung ein "menschliches Antlitz" zu verleihen, den Schrecken zu "humanisieren", das wird die Aufgabe der Grünen sein.

Die Grünen waren ja mal mit dem Anspruch angetreten, Opposition im Apparat zu sein, um die außerparlamentarische Bewegung zu unterstützen. Verstanden sich sozusagen als unser U-Boot in feindlichen Gewässern.

Davon ist schon lange nichts mehr übrig geblieben. Es geht ihnen jetzt ausschließlich um die Macht. Ihr Machtstreben hat sich verselbständigt. Das ist nicht verwunderlich - und wurde auch vorausgesagt -, sondern ist eben das Charakteristikum von Macht überhaupt. Und zu der außerparlamentarischen Bewegung haben sie

ein taktisches Verhältnis, für sie sind wir Stimmpotential, eine Marktlücke im Geschäft um die Macht. Einen Teil ihrer Stärke beziehen sie immer noch aus ihrer Fähigkeit, uns in die herrschenden Verhältnisse zu integrieren.

Aber das hat ja zum Glück, zumindest in der Anti-AKW-Bewegung, in letzter Zeit immer schlechter funktioniert - wie ja auch aus den Äußerungen der letzten Anti-AKW-Konferenz in Marburg deutlich wurde:

- an dem eindeutigen und einstimmigen Festhalten an der Forderung nach Sofortausstieg und

- an der erklärten gemeinsamen Absicht, bundesweit zu reagieren, falls die Castor-Transporte wieder aufgenommen werden.

Uns gegenüber versuchen sie ihre Machtgier zu maskieren, indem sie

- von politischer Vernunft,

- Politikfähigkeit,

- Real-Politik,

- Sachzwängen reden,

- unsere Forderungen als unrealistisch, als illusionär abtun.

Und da haben sie sicher nicht so unrecht: Im Rahmen der herrschenden Verhältnisse sind viele unserer Fordrungen unrealistisch, und wir werden sie nur verwirklichen können, wenn wir auch diese Verhältnisse in Frage stellen.

Gerade darin zeigt sich der unvereinbare Widerspruch zwischen uns und den Grünen, und deshalb sollte es uns nicht hauptsächlich darum gehen, politischen Druck auf sie auszuüben, sondern ihnen eine klare Absage zu erteilen.

Wir sollten nicht darüber entrüstet sein, oder darüber klagen, wenn die Grünen nach und nach ihre ehemaligen Vorsätze und Versprechungen verraten haben.

Es sollte uns nicht um die Auseinandersetzung mit den Grünen gehen, sondern mit den Menschen, die immer noch Hoffnungen mit ihnen verbinden - das sind unsere AnsprechpartnerInnen, die sollten wir für unseren Widerstand mobilisieren.

Das wird besonders wichtig in einer Zeit, in der die Grünen ein Ausstiegsgesetz propagieren, und sicher viele Menschen jetzt glauben, die Hände in den Schoß legen zu können, um wieder auf die Parlamente zu vertrauen, um auf den Ausstieg von oben zu warten.

Und das meine ich nicht nur, weil ich den Grünen nicht über den Weg traue, sondern auch:

- weil der radioaktive Müllberg mit jedem Tag Atomenergieproduktion wächst, es keine Lösung gibt und auch nicht denkbar ist, ihn gefahrlos zu beseitigen,

- weil wir unseren Kampf nicht auf den Widerstand gegen Atomtechnologie beschränken, sondern ihn auch gegen die Ursachen, die herrschenden Verhältnisse richten,

- weil wir nicht bereit sind, das Schachern und Pokern der Grünen um der Macht willen auf Kosten von Gesundheit und Leben vieler Menschen mitzutragen.

Deshalb fordern wir nach wie vor: "Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit!" (s. Presseerklärung, vgl. ak 419, S.5).

Viele denken jetzt auch, die gesellschaftlichen Bedingungen haben sich zu unseren Gunsten verändert, die Atomtechnologie sei nicht mehr essentieller Baustein des Systems, sei ein Auslaufmodell.

Da wäre ich nicht so sicher, besonders wenn ich das Interesse an atomarer Bewaffnung und am Bau neuer Reaktoren weltweit beobachte.

Unumstritten ist auf jeden Fall, daß die Produktion von Atomenergie und besonders auch der Betrieb der alten Reaktoren ein äußerst profitables Geschäft sind.

Nicht nur gegen das Atom

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks konnte sich der Kapitalismus scheinbar als einzige gesellschaftliche Alternative weltweit durchsetzen.

Nicht etwa, daß wir den Sozialismus sowjetischer Machart verteidigungswürdig fanden, so hat doch im Schatten der beiden Machtblöcke mancher Versuch und manche Auseinandersetzung um Sozialismus und Revolution stattgefunden.

Jetzt erscheint vielen der Kapitalismus als zwangsläufig und unveränderbar. Das rechte Lager redet vom Ende der Utopie und meint damit, weltweit sei der Endzustand der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht.

Der global agierende Kapitalismus gibt sich zur Zeit sehr selbstbewußt, als alternativlos. Darin wird er bestärkt durch das Fehlen von Ideen, Utopien, Gegenentwürfen mit denen Menschen eine humanere und auch realisierbare Zukunft verbinden können.

Meine Erfahrung ist, daß sich durch diese Entwicklung bei vielen Linken Resignation und Hoffnungslosigkeit breit gemacht haben: Keine Hoffnung mehr, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Was dann übrig bleibt ist, das Beste aus der Situation zu machen und sich mit den Verhältnissen zu arrangieren.

Wir haben Abschied nehmen müssen von der Vorstellung vom Absterben des Kapitalismus, daß er zwangsläufig zum Untergang verdammt sei. Das System ist flexibler und integrationsfähiger als viele von uns gedacht haben. Und Revolution wird kein Ereignis sein, in dem ein "revolutionäres Subjekt" den Machtapparat zerschlägt und einen neuen aufbaut und dann die Gesellschaft befreit, sondern ein langwieriger Prozeß in dem wir gleichzeitig die Machtstrukturen in uns und in unseren Beziehungen überwinden müssen.

In diesen Kontext sollten wir auch unseren Kampf gegen die Atomtechnologie stellen! Was bedeutet das? Ein entscheidender Punkt scheint mir zu sein, daß wir unseren Widerstand nicht als eine Spezialfrage, als bloßen Kampf gegen eine bestimmte Technologie/Maschine verstehen. Die Technologie und ihre Anwendung und die Leute die dahinter stecken sind immer auch ein Ausdruck der herrschenden Verhältnisse. D.h. es sollte uns um eine Gesellschaft gehen, in der diese Technologie keinen Platz hat. Also nicht nur um die Beseitigung von "Auswüchsen"/ "Fehlern"/ "Mißständen", vorrangig also auch nicht um die Erzwingung von Zugeständnissen, denn die würden die zugrunde liegenden Verhältnisse nicht verändern. So könnten wir vielleicht die Atomenergie stoppen, aber sonst bliebe alles beim alten.

Das würde ein Anrennen gegen einzelne Erscheinungsbilder bedeuten - immer wieder neu und ohne Ende, und das führt erfahrungsgemäß zur Ermüdung und Resignation, zum Rückzug aus dem Widerstand ins ausschließlich Private. Wobei die oft große Diskrepanz zwischen unseren Ansprüchen und dem, was wir leben, zu einem ähnlichen Effekt geführt hat und führt.

Damit will ich nicht gegen Reformen sprechen, die unsere Lebensbedingungen verbessern. Die gilt es auf jeden Fall zu unterstützen. Aber wir müssen deutlich machen, auch über unsere Praxis, daß zur ursächlichen Veränderung der Erscheinungen, Veränderungen in der Gesellschaft selbst erforderlich sind.

D.h. also den Kampf gegen Atomtechnologie zum Bestandteil unserer Kritik gegen die herrschenden Verhältnisse machen. Und das bedeutet, den Kampf gegen Atomtechnologie mit den Kämpfen gegen Rassismus, Faschismus, Nationalismus, Patriarchat, Sexismus, Geschlechterkategorisierung, Kapitalismus, "Biomacht", gegen gesellschaftliche Normierung und Selektion, gegen Sozialabbau und für Menschenrechte usw. immer als eine Einheit zu sehen. Gerade weil all diese Erscheinungen sich eng durchdringen und sich gegenseitig erst ermöglichen (2). Auch wenn wir uns aus arbeitsökonomischen oder strategischen Gründen oft auf einen Schwerpunkt konzentrieren wollen. Aber dennoch kennen wir sicher alle die Gefahr, dadurch die anderen Bereiche aus den Augen zu verlieren und uns im SpezialistInnentum technisch einzurichten.

Die Beseitigung des Kapitalismus steht immer noch auf der Tagesordnung. Und da gibt es keinen ergebnisoffenen Dialog und kein Frieden mit den herrschenden Verhältnissen.

Verhältnisse, die sich auf Gewalt gründen, können nicht durch "Vernunft" verändert werden. Unser Kampf kann sich nicht auf Einsicht, Erkenntnis, Aufklärung, Überzeugung, Argumente, Appelle beschränken, sondern wir werden auch die politische Macht entwickeln müssen, die Veränderungen selbst herbeizuführen.

Wobei "Macht" in sehr vielen verschiedenen Formen auftreten kann und immer widersprüchlich ist: sich Macht aneignen, um Macht zu bekämpfen. Und das mit der Utopie einer herrschaftsfreien, solidarischen Gesellschaft. Das wird nicht ohne Gewalt gehen! Das ist ein sehr komplexer, dialektischer Vorgang und da sollten wir keiner einfachen Lösung, keinem Rezept, keinem fertigen Modell vertrauen.

Hier - denke ich - muß auch die Auseinandersetzung mit dem gewaltfreien Spektrum der Bewegung ansetzen und wir sollten diese nicht so stark an technischen, organisatorischen und strategischen Fragen festmachen.

Ich habe ja meinen Beitrag mit der Frage begonnen: Hat die Anti-AKW-Bewegung eine Zukunft?

Meine Antwort ist: Nicht automatisch, sondern nur dann, wenn wir ihr selbst eine Zukunft geben, die über den Kampf gegen eine Maschine und über die Angst vor radioaktiver Strahlung hinausgeht und wenn wir diesen Kampf in den Kontext der Utopie einer humanen Gesellschaft stellen. Was das im einzelnen konkret heißt müssen wir ständig gemeinsam herausbekommen.

Fritz Storim

Anmerkungen:

1) hierzu ausführlicher: "Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen - 1996." In gekürzter Fassung erschienen in: "... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung", Verlag die Werkstatt, Göttingen, 1997.

2) Das wird z.B. sichtbar an der Auseinandersetzung gegen die Blut- und Boden-IdeologInnen, denen es um "die Bewahrung der Schöpfung", den "Erhalt des deutschen Erbgutes" und der "deutschen Heimat" geht, oder gegen die Werbung für den Widerstand mit Fotos, von durch radioaktiver Strahlung verletzter Kinder, oder gegen die Zunahme der Selektion von Föten nach Tschernobyl, oder gegen die Vergewaltigung beim letzten CASTOR-Transport im Wendland, oder gegen die neofaschistischen Angriffe gegen den Widerstand in Rheinsberg.

25. "Gefährliche Klassen" - "gefährliche Orte". Die Stadt als Kriegsschauplatz

Autor: Jan Wehrheim · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:08

Mit Kriegsvokabular aller Art - "war on drugs", "optischer Terrorismus" (gemeint sind Graffiti) und "Kampf gegen das Verbrechen" - wird die Situation in den Städten dramatisiert. Doch was ist dran an solchen Beschreibungen deutscher und US-amerikanischer Metropolen? Können wir uns wirklich nicht mehr auf die Straße trauen, oder wird nur ein konservativer intellektueller Diskurs genutzt, um von den "unwürdigen Armen" zur "gefährlichen Klasse" zu kommen und so neue Formen gesellschaftlicher Spaltung zu verdecken?

Drei Begriffspaare sind zentral für die Betrachtung der gegenwärtigen urbanen Entwicklung bzw. der Debatten, die über sie geführt werden: Wohlstand und Armut, Sicherheit und Kriminalität sowie Sauberkeit und Unwirtlichkeit. Sie kennzeichnen erstens eine Polarisierung, die sich durch wachsende Armut und gleichzeitig enormen Reichtum bei den GewinnerInnen der Modernisierung äußert. Zweitens deuten sie auf eine räumliche Teilung der Städte hin, bei der benachteiligte Quartiere an den Rändern der Großstädte genauso wie Hochsicherheitsviertel für Besserverdienende und exklusive Stadtzentren entstehen. Schließlich lassen die Begriffspaare in ihrer Polemik über die vermeintlichen Gefahren, die durch Unordnung und Verfall zu entstehen scheinen, eine diffuse Moralisierung erkennen. Mit einigen Thesen soll im folgenden der gesellschaftlichen Polarisierung und der (neuen) Moral nachgegangen werden.

"Eure Armut kotzt uns an"

In den letzten Jahren wurde vor allem in den USA versucht, Phänomene wie etwa die Bildung einer sich zeitlich und räumlich verfestigenden neuen "Klasse" von Armen zu erklären. Die wissenschaftliche Diskussion dreht sich dabei im wesentlichen um die Ghettos der afroamerikanischen und lateinamerikanischen Minderheiten. Hierbei bildeten sich schnell zwei Ansätze heraus. Der strukturalistische Ansatz sieht die "urban underclass" primär im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Umstrukturierung, die durch Deindustrialisierung, Rationalisierung und Entstehung eines bedeutsamen Dienstleistungssektors geprägt ist. Er beschreibt, wie es neben ökonomischer Benachteiligung und rassistischer Diskriminierung zu sozialer und räumlicher Isolation kommt. Soziale Konflikte in der Stadt und vermehrtes Auftreten von "abweichenden" Verhaltensweisen wie Kriminalität, Drogenkonsum, unehelichen Geburten etc. sind demnach die Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut, schlechten Wohnquartieren und Bildungseinrichtungen.

Dem steht der kulturelle oder individuelle Ansatz gegenüber. Mit fortdauernder Armut entsteht danach eine spezifische "Armutskultur" mit eigenen, verfestigten Lebensweisen; die Individuen (re)integrieren sich nicht mehr erfolgreich in die Leistungsgesellschaft. Kultur und individuelles Verhalten wird als Ursache für Armut dargestellt. Damit wird den Betroffenen die Schuld für ihre Armut zugeschrieben. Mangelndes Engagement, fehlendes Arbeitsethos, sexuelle Promiskuität, Gewalt und Drogenkonsum liegen demnach ausschließlich in der Eigenverantwortung der Personen und treten nach Meinung von Autoren wie Charles Murray vor allem innerhalb der schwarzen Bevölkerung auf (1). Die Argumentation, daß in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität und gleichzeitiger Sozialprogramme die Gruppe der dauerhaft Ausgegrenzten angewachsen ist, führte zu der Schlußfolgerung, daß Sozialhilfe Armut nicht beseitigt, sondern lediglich zu deren Verfestigung beiträgt. Sozialhilfe lähme demnach jegliches Engagement, aus eigener Kraft die soziale Situation zu verbessern.

Dieser Ansatz dominierte in den USA sowohl die Medien als auch die Politik. Seit der Regierung Reagan sind Sozial- und Bildungsprogramme für Benachteiligte massiv gekürzt worden. Laut einer Studie der Anti-Hunger-Organisation "Second Harvest" waren 1997 über 21 Mio. AmerikanerInnen bis zu 6 Monate auf Suppenküchen und Nahrungsmittelverteilungsstellen angewiesen; 40% von ihnen waren Teil des amerikanischen "Job-Wunders", arbeiteten also regulär und zählen damit zu der "neuen" Kategorie der "working poor" (Frankfurter Rundschau, 12.3.1998).

Der kulturell-individuell geprägte "urban-underclass"-Diskurs bietet auch in der Bundesrepublik einen willkommenen Anknüpfungspunkt für politisches Handeln in den Städten. Wachsende Obdachlosigkeit, Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit sind auch hier zu beobachten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß angesichts leerer Kassen bei Bund und Kommunen zu ähnlichen Maßnahmen wie in den USA gegriffen wird. Die Sozialhilfe für Flüchtlinge wird gekürzt, für abgelehnte Asylsuchende wird sie ganz gestrichen. Arbeitslose

werden zu Zwangsarbeiten mit Niedriglöhnen verpflichtet, und die Rede vom "faulen Sozialhilfebetrüger" ist in aller Munde. Die individuelle oder bei AusländerInnen auch kulturelle Zuschreibung von Schuld an der Armut ermöglicht es, über strukturelle Ursachen und die zunehmende Polarisierung in GewinnerInnen, VerliererInnen und Ausgegrenzte hinwegzusehen; der Staat als Instanz des sozialen Ausgleichs kann sich somit aus der Verantwortung zurückziehen.

arm = kriminell?

SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose bekommen jedoch nicht nur die Schuld an ihrer Armut. Ihnen oder zumindest einzelnen Gruppen von ihnen werden auch noch andere stigmatisierende Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben, die sie direkt mit "Kriminalität" in Verbindung bringen. Solche Verknüpfungen legitimieren letztlich jede Form von Kontrolle und Repression.

Schon im 17. Jahrhundert und besonders zu Zeiten der industriellen Revolution wurden zunächst Bettler, Zigeuner, Juden, Vagabunden usw. aufgrund ihrer Normabweichung als "kriminell" und daher "gefährlich" eingestuft. Zudem gefährdeten sie angeblich aufgrund ihrer Normabweichung das gesamte gesellschaftliche Gefüge. Später bekam neben diesen Gruppen die gesamte ArbeiterInnenklasse dieses Stigma. Sie wiederum war "gefährlich" aufgrund ihrer politischen Relevanz; die Angst vor dem Kommunismus ging um. Dieses Stigma ging erst verloren, als bestimmte Forderungen als gerechtfertigt anerkannt wurden bzw. als die ArbeiterInnenklasse durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung auf unterem Niveau befriedet wurde. Die Intergration der ArbeiterInnen in den industriellen Verwertungsprozeß und die Zuweisung der Rolle der Reservearmee für die arbeitslose Bevölkerung beruhigte den Konflikt um die "Gefährlichkeit". Übrig blieben jedoch die Personen, die aufgrund ihrer abweichenden Verhaltensweisen als "sozialer Abschaum" bezeichnet wurden.

Nach Claus Offe gibt es fünf "Essentials" sozialer Teilhabe: Arbeit bzw. arbeitsmarktgängige Qualifikation; Legalität (clean criminal record/Aufenthaltsrecht/gültige Personaldokumente); intakte oder wiederherstellbare physische und mentale Gesundheit; soziale und familiäre Sicherheit; ausreichende sprachliche, kulturelle und ethnische Affinität. Wer darüber nicht verfügt, zählt heute zu den "Überflüssigen" und ist mehrfach ausgegrenzt: aus der Ökonomie und dem Arbeitsmarkt, aus Institutionen und Rechtssystem, kulturell und räumlich sowie aus dem Konsum. Diese Personen können und sollen nicht mehr in den Produktionsprozeß integriert werden, sie spielen nicht einmal mehr die Rolle einer Reservearmee. Sie fungieren nur noch als medial vermitteltes Schreckensszenarium: Sie sind die "kriminellen Jugendlichen" oder "schwarzen Jugendgangs", die "ausländischen Drogendealer" und "aggressiven Junkies" - kurz, die "gefährliche Klasse" oder die "gefährliche Risikopopulation".

Je mehr jedoch die Verbindung zwischen Armut und Kriminalität im öffentlichen Bewußtsein gefestigt wird, desto eher wird nicht nach den ökonomischen und sozialen Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit gefragt, sondern nach Maßnahmen gerufen, mit denen Kriminalität eingedämmt werden kann. Mit angeblich moralisch verwerflichen Verhaltensweisen werden Stigmatisierung und Repression gegen die Betroffenen legitimiert. Nachdem Medien und PolitikerInnen allgemeine gesellschaftliche Ängste auf sogenannte Randgruppen projiziert haben, werden nun Verhaltensweisen kriminalisiert, die auch im weitesten Sinne nicht kriminell, gefährlich oder nur normengefährdend sind. Auf Ablehnung und subjektive Ängste gegenüber Obdachlosen oder lautstark untereinander streitenden Gruppen von Alkohol- resp. DrogenkonsumentInnen wird nicht mit Aufklärung reagiert, sondern mit Kriminalisierung. Anstatt bettelnde Menschen als bedürftig darzustellen, wird eine de facto nicht kriminelle Tat wieder mit kommunalen Sicherheits- und Ordnungsgesetzen unter Strafe gestellt: das Betteln. Die Betroffenen sind damit nicht mehr nur ausgegrenzt und gesellschaftlich marginalisiert, sondern sie werden zu TäterInnen gemacht.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei MigrantInnen ab. Bei einem Arbeitsverbot und Sozialleistungen, die z.T. unter dem Sozialhilfesatz liegen, sind sie gezwungen, illegale Arbeiten anzunehmen. Der Straßenhandel mit verbotenen Stoffen stellt dabei eher eine zufällige Möglichkeit dar. Staatlich reagiert wird mit Abschiebung und Gefängnis, die Ursachen werden nicht geändert. Ähnlich der Umgang mit DrogenkonsumentInnen: Anstatt die Politik einer strikten Drogenprohibition zu liberalisieren, werden KonsumentInnen weiter kriminalisiert. Es scheint nicht das Ziel zu sein, sozialen und gesundheitlichen Problemen sowie der Beschaffungskriminalität zu begegnen. Vielmehr werden den Betroffenen lediglich die Drogen weggenommen. Sie werden von einem Stadtteil in den nächsten getrieben, um letzendlich im Gefängnis zu landen. Allein im Hamburger Stadtteil St.

Georg wurden zwischen Mai 1995 und Mai 1996 1.861 Festnahmen durchgeführt, 2.189 Personen wurden in Gewahrsam genommen, und 59.394 Platzverweise ausgesprochen.

Das Spektrum der Zero-Tolerance greift noch weiter. Gegen Schwarzfahren oder Essen in öffentlichen Verkehrsmitteln gehen Polizei und private Sicherheitsunternehmen gemeinsam vor. Wildes Plakatieren, gerade für nicht-kommerzielle Kulturangebote oder politische Veranstaltungen unerläßlich, wird als Verunreinigung der Stadt verfolgt, und der bloße Genuß von Alkohol in der Öffentlichkeit außerhalb von Gaststätten wird verboten (es sei denn bei einem Volksfest oder einem Fußballspiel). Polizei und Strafjustiz sind die neuen, alten Garanten für Sicherheit. Und wer kann schon ernsthaft etwas sagen gegen eine saubere Stadt, bei der man nicht ständig in Hundehaufen tritt und über kaputte Flaschen stolpert? Aber wieso sollen die Menschen, die diese Flaschen leeren, verschwinden, anstatt Mülleimer aufzustellen?! Erstaunlich ist auch, wieso die Hunde gerade von Punks ein besonderes Problem sind. Warum werden erst Spritzentauschautomaten abgeschraubt, um dann gegen Junkies, die Spritzen in Parks liegenlassen, vorzugehen? Und wieso sind Graffiti unansehnlich, graue Betonwände aber nicht?

In den USA haben solche repressiven Strategien bereits verheerende Auswirkungen gehabt. Das Gefängniswesen expandiert. Private Haftanstalten mit Zwangsarbeit wurden zu wirtschaftlichen Goldgruben, und die Strategie des "Three strikes and you're out" (2) verdreifachte die Gefangenenrate von 1980 bis 1996. Die USA haben damit im Vergleich zu allen Industrieländern die höchste Gefangenenquote pro Kopf; zur Zeit sitzen fast zwei Mio. Menschen in Gefängnissen. Der Hauptgrund hierfür ist der "war on drugs". Darin verdeutlicht sich auch am besten der institutionelle Rassismus: AfroamerikanerInnen stellen in den USA nur 13% der Gesamtbevölkerung. Dennoch sind fast 40% der wegen Drogendelikten Verhafteten Schwarze, und sogar 60% entsprechender Hafturteile treffen Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Dies ist insofern nicht überraschend, als von Crack - der primär von Schwarzen konsumierten Droge - nur ein Hundertstel verkauft werden muß, um dieselbe Strafe zu bekommen, wie für den Verkauf der überwiegend von Weißen benutzten Droge Kokain.

Ihr Anteil an den Inhaftierten ist der äußerste Ausdruck einer Ausgrenzung und Kriminalisierung von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. Gleichzeitig sind sie jedoch auch der radikalste Ausdruck dafür, wie auf gesellschaftliche Probleme mit raumbezogenen Maßnahmen reagiert wird: Die als gefährlich stigmatisierten Klassen verschwinden aus dem öffentlichen Raum in die Gefängnisse.

Repressive Raumordnung

Die Verbannung von Armut und "Devianz" aus bestimmten Räumen ist durchaus nicht neu. Noch im auslaufenden 18. Jahrhundert wurden unliebsame Personen einfach über die Landesgrenzen hinweg abgeschoben. Erst mit der Verfestigung der Nationalstaaten und ersten völkerrechtlichen Regelungen verpflichteten sich die Regierungen, für ihre StaatsbürgerInnen aufzukommen; eine Abschiebung war nur noch bei Nicht-StaatbürgerInnen möglich. Aber auch das Einsperren, die Kasernierung oder die Isolation von BürgerInnen, die sich nicht den Normen entsprechend verhalten, ist seit langem bekannt.

Diese armenpolizeiliche Tradition erfährt heute in den deutschen Städten eine Renaissance, Randgruppen werden vermehrt aus den öffentlichen Räumen verdrängt. Nicht-Deutsche werden abgeschoben, BettlerInnen oder Punks mittels Verbringungsgewahrsam an die Stadtränder gefahren, Junkies und potentielle DealerInnen durch die Straßen gehetzt. Auch Durchquerungs- und Aufenthaltsverbote in einzelnen Stadtteilen sind üblich; bei Verdacht auf Drogenhandel wird sogar der Ausschluß von Personen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durchgesetzt. Private Einkaufszentren oder Freizeitparks sind nur für erwünschte KundInnen zugänglich, bei unerwünschten Personen wird mittels privater Sicherheitsdienste vom Hausrecht Gebrauch gemacht. Als Maßstab gelten die Partikularnormen der EigentümerInnen.

Aber auch dort, wo die Nutzung des öffentlichen Raums nicht eingeschränkt ist, weist das Stichwort "gefährliche Orte" auf veränderte Bedingungen hin. Orte, die dem Aufenthalt der oben aufgeführten Personengruppen dienen, oder einfach nur Orte, an denen zwangsläufig verschiedene gesellschaftliche Gruppen aufeinandertreffen (wie Bahnhöfe), werden als "gefährlich" deklariert. Dies erlaubt verdachtsunabhängige Kontrollen, die besonders die Gruppen treffen, die durch ihr Erscheinungsbild oder durch ihr Verhalten auffallen. Man muß gar nichts getan haben, um durch Kontrollen schikaniert und mögliches Opfer entsprechender Polizeiaktionen zu werden. Nicht nur die Benutzung von privaten oder halböffentlichen

Räumen, auch der eigentlich allgemein zugängliche öffentliche Raum wird reglementiert und vermehrt mit Videokameras überwacht. Die Nutzung durch gesellschaftlich anerkannte Arbeit und Konsum ist gewollt, die Nutzung als Durchgangsraum, als Treffpunkt und Ort der Kommunikation hingegen nur noch unter eingeschränkten Bedingungen akzeptiert. Daß es für eine/n BettlerIn genauso ökonomisch notwendig sein kann, sich im öffentlichen Raum der Stadtzentren aufzuhalten wie für den/die EinzelhändlerIn, ist da uninteressant. Der "Raum" löst den Menschen in der Bedeutungshierarchie ab, soziale Probleme werden nur noch mit raumbezogenen Maßnahmen angegangen. Die Städte werden so nicht nur in den segregierten Wohnquartieren gespalten, sondern auch in den Parks, auf den öffentlichen Plätzen und in Fußgängerzonen. Soziale Ungleichheit wird zur räumlichen und umgekehrt.

Lateinamerikanische Zustände?

Mittlerweile lassen die aktuellen Tendenzen in den bundesdeutschen Städten beängstigende Vergleiche mit den Horrorszenarien der lateinamerikanischen Mega-Metropolen zu. Seit knapp zwanzig Jahren sind Städte wie Rio de Janeiro oder Bogotá mit dem Phänomen der "sozialen Säuberungen" konfrontiert. Dieser Begriff bezeichnet in der Regel das Ermorden von Straßenkindern, Obdachlosen, Prostituierten, Homosexuellen, KonsumentInnen von Drogen und Kleinkriminellen. Er bezeichnet jedoch ebenso die Vertreibung von ambulanten HändlerInnen, BettlerInnen etc. aus den Stadtzentren und den besseren Stadtteilen der reichen Bevölkerung (3). Die Opfer haben vor allem eins gemeinsam: Sie sind arm und kämpfen um das Überleben. Prostituierte mit gehobener Kundschaft werden ebensowenig Opfer dieser Taten wie die Kokain schniefenden Kinder reicher Eltern oder größere DrogenhändlerInnen.

Die brutale Verfolgung wird besonders mit gesellschaftlichen Normabweichungen legitimiert: Drogenkonsum, Homosexualität und Armut gelten generell als amoralisch. Der zweite Legitimationsstrang ist die Kriminalität. Extrem hohe Kriminalitätsraten führen dazu, daß bereits die Stigmatisierung als "kriminell" ausreichen kann, um ermordet zu werden. Besonders Jugendliche aus den armen Stadtteilen und die BewohnerInnen der Straßen gelten per se als kriminell und stellen dementsprechend auch die größte Gruppe unter den Opfern. Die TäterInnen sind meist Angestellte der Sicherheitskräfte, die im Dienst oder danach als Todesschwadronen die Armutsbevölkerung terrorisieren. Aber auch Zusammenschlüsse von lokalen UnternehmerInnen werden selber aktiv oder bezahlen Killer oder private Sicherheitsdienste für diese Taten. Letztendlich sind auch lateinamerikanische Städte darauf bedacht, Innenstädte zu Orten des Handels und des Konsums zu machen bzw. sie als solche zu bewahren. Scheinbar ökonomische Faktoren sind daher eine weitere "Begründung" für Mord: Straßenkinder sind weder ein attraktiver Standortvorteil, noch regt ihre Anwesenheit vor Schmuck- oder Elektronikgeschäften zum Kauf an. Diese "soziale Säuberung" geschieht in einem Klima extremer sozialer Gegensätze und nicht minder extremer Gewalt.

Solche Extreme gibt es in Deutschland (noch) nicht. Dennoch sind die Parallelen zu Lateinamerika oder den USA durchaus vorhanden: Verhaltensweisen werden kriminalisiert und moralisch verurteilt, soziale Ungleichheiten mit raumbezogenen Maßnahmen repressiv "behandelt". Ebenso entsteht ein zunehmend rauheres gesellschaftliches Klima. Wenn der Chef des Nestlé-Verwaltungsrats, Helmut Maucher, die bundesdeutschen Armen als "Wohlstandsmüll" beschimpft, so entspricht das genau dem spanischen "desechables" - Wegwerfprodukt - , mit dem die Opfer der "sozialen Säuberungen" bezeichnet werden.

Auch wenn die gesellschaftliche Polarisierung zwischen Arm und Reich sich besonders stark in den Städten widerspiegelt, so gibt es dennoch keine ernst zu nehmenden Rechtfertigungen für Moralpaniken und Sicherheitswahn. Die Kriminalität in den Städten nimmt insgesamt ab. Beunruhigende Delikte wie z.B. Körperverletzung nehmen nur geringfügig zu. Darüber hinaus spielt sich die Gewaltkriminalität ganz überwiegend unter Bekannten und im privaten Bereich ab, nicht jedoch im öffentlichen Raum. Selbst in New York sinkt die Kriminalitätsrate kontinuierlich bereits seit 1990 und nicht erst seit der Zero-Tolerance-Politik (4). Aber auch daß "Vandalismus" und verunreinigte Fußgängerzonen eine wirkliche Bedrohung für die Städte am Ende des Jahrtausends darstellen, ist absurd. Etwas, was nicht schön ist, ist nicht automatisch gefährlich.

Verfällt die Gesellschaft wieder in Zeiten der Barbarei, wo Arme nicht sozial als Klasse, sondern biologistisch als "Rasse" wahrgenommen und sie nach sozialdarwinistischen Ideen ausgegrenzt werden? Oder gibt es vielleicht doch noch einen anderen Weg, bei dem auf sozialen Ausgleich und Toleranz gesetzt wird? Das wird stark davon abhängen, ob es gelingt, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Ideologie und Praxis von Zero-Tolerance und Ausgrenzung der "gefährlichen Armut" zurückzudrängen. Es gilt, gegen eine zunehmend

repressive Sozial- und (Raum-) Ordnungspolitik für alle Menschen das Recht auf eine menschenwürdige gesellschaftliche Teilhabe durchzusetzen.

Jan Wehrheim

Anmerkungen:

1) Charles Murray: "Losing Ground. American Social Policy 1950-1980", New York 1984

2) gemeint ist die Parole, beim zweiten, dritten oder vierten (je nach Bundesstaat) Vergehen - welcher Art auch immer - lebenslange Haft zu verhängen.

3) vgl. Jan Wehrheim: "Privatjustiz oder faschistisches Phänomen? Soziale Säuberungen in Kolumbien", in: ila Nr. 203, S.13-15

4) Manuel Eisner: "Rückgang der Kriminalität in den Städten. Die USA und die Schweiz im Vergleich", in: Helmut Ortner u.a.: "Die Null-Lösung - Zero-Tolerance-Politik in New York. Das Ende der urbanen Toleranz?", Baden-Baden 1998, S. 109-122

26. "Damals machte das noch Spaß." 30 Jahre politische Betriebsarbeit in der Chemieindustrie. Interview

Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:11

Das nachfolgende Interview wirft ein Schlaglicht auf die Situation von BetriebsaktivistInnen, die heute mehr denn je (und in mittleren Betrieben besonders) zu EinzelkämpferInnen geworden sind, sich aber deswegen dennoch nicht von der politischen Auseinandersetzung in den Betrieben verabschiedet haben. Unser Gesprächspartner ist seit 40 Jahren Industriearbeiter und arbeitet seit 30 Jahren in der Chemieindustrie. Wir denken, daß Erfahrungen wie die hier geschilderten durchaus typisch sind für Linke, die auch nach der Phase der "linken Betriebsarbeit" in den Betrieben geblieben sind und sich dort politisch verhalten haben.

Frage: Seit wann bist Du bei Svedala (siehe Kasten)?

Antwort: Das sind jetzt gut 20 Jahre.

Der Betrieb ist seit längerem aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Hält Svedala sich eigentlich noch an die Tarife?

Was die Löhne angeht, ja. Ich hoffe nur, daß die Entwicklung nicht dahin geht, daß die Betriebsräte die Löhne selbst aushandeln. Dann hätte man in einem Betrieb ganz tolle Lohnregelungen und im anderen ganz schlechte, und die Betriebe mit schwachen Betriebsräten sind angeschmiert.

Und wie sieht es mit der Arbeitszeit aus?

Der Chemie-Tarifvertrag sagt 37,5 Stunden. Svedala wollte aber wieder die 40-Stunden-Woche einführen, und der Betriebsrat hat dann als "Kompromiß" 39 Stunden angeboten. Das war so vor 8-10 Jahren. Seitdem wird freitags nur sieben Stunden gearbeitet. Die Kollegen freuen sich und vergessen, daß sie in Wirklichkeit 1,5 Stunden mehr arbeiten. Es sind auch ungeheuer viel Überstunden gemacht worden. Letztes Jahr haben fast alle 50 Stunden gearbeitet. Ein Haufen Kollegen hat so 200 Stunden angesammelt. Ich finde, daß solche Zustände gewerkschaftlich einfach unmöglich sind.

Jetzt steht bei Svedala wieder eine Massenentlassung an. Wie verhält sich der Betriebsrat?

Der übernimmt völlig die Logik der Geschäftsführung und würde fast alles mitmachen. Der hat ja jetzt sogar von sich aus Lohnverzicht angeboten. Und die Kollegen würden das schlucken. Betriebsräte und Gewerkschaften brauchen nur zu sagen "Dafür wird bis 2005 niemand entlassen", dann wird alles geschluckt. Dabei sind das nur Lippenbekenntnisse. Nachher stellst du fest, daß doch 30 Leute fehlen.

Sind die Entlassungen bei Euch eigentlich mit stärkeren Spaltungstendenzen verbunden? Gibt es z.B. eine Stimmung, daß erstmal die nichtdeutschen KollegInnen gehen sollen?

Ich glaub' schon, daß es so was im Einzelfall gibt. Aber das ist eigentlich ziemlich durchwachsen. Die ausländischen Kollegen, die jugoslawischen und türkischen Kollegen, sind ja auch schon ziemlich lange im Betrieb. Es gibt schon einzelne Äußerungen, so "Warum ich und nicht der" und "Ich hab drei Kinder mehr als der". Aber hier werden zwei Abteilungen geschlossen, da ist dann für alle Schluß. Individuell, in Bezug auf einzelne, kommt da schon manchmal ein Haß auf. Aber der geht nicht so sehr entlang der Linie deutsch-nichtdeutsch. Die Stimmung ist einfach total mies und vereinzelt. Nur bei dem Besuch der Bezirksversammlung (siehe Kasten, ak) gab's kurz mal Action, aber dann ist das sofort wieder verpufft. Das Vorherrschende ist "Man kann ja eh nichts machen", Abfindung einstecken und woanders hin, das ist eher die Stimmung.

Ihr wart mal ein Betrieb von 500-600 Leuten. Ist der Stellenabbau eigentlich verbunden gewesen mit Rationalisierung oder eher weil Kunden weggebrochen sind?

Es gab schon mal Zeiten, wo wenig los war, eigentlich gab es immer Höhen und Tiefen. Aber die Arbeitsverdichtung hat über die Jahre auf jeden Fall zugenommen. Früher waren an den Maschinen fünf

Leute, heute sind das nur zwei oder drei. Die müssen ganz schön reinhauen. Und dann hat man kontinuierlichen Maschinendurchlauf organisiert. Von zwei Maschinen läuft immer eine durch, in jeder Abteilung. Das gab's früher gar nicht. In den 70er Jahren gab's auch nur Früh- und Spätschicht und keine Nachtschicht.

Hat bei Euch eigentlich die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung irgendeine Rolle gespielt?

Arbeitszeitverkürzung hat nie wirklich gegriffen. Da gab's ja auch die tollsten Modelle, die aber eigentlich alle Ausnutzungsmodelle sind. Ich find' ja, bei sieben Stunden jeden Tag machst du dich weniger kaputt als bei neun Stunden pro Tag und dafür irgendeinen Tag frei. Anfang der 90er gab's einmal ein Jahr lang die Vier-Tage-Woche, das waren dann 38 Stunden und dafür Freitag frei. Aber das war eine ungeheure Verdichtung, weil du ja die anderen Tage neun Stunden und mehr arbeiten mußtest. So gab's die verschiedensten Modelle, und immer wurde das vom Betrieb angeordnet. Es gab nie einen gewerkschaftlichen Widerstand.

Würdest Du sagen, daß es mal irgendein Thema gab, bei dem es unter den KollegInnen zu heftigeren Diskussionen kam?

Bei den Überstunden. Wenn mal der Betriebsrat Überstunden abgelehnt hatte, dann war der Bär los. Aber das kam nur ganz selten vor. Dann mußten ja auch immer die Handwerker dabei sein, damit nichts passiert. Die waren dann natürlich auch sauer, wenn die nachts raus mußten wegen der Überstunden. Aber die Mehrheit war immer dafür. Und zur Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz haben damals die organisierten Kollegen vor dem Tor Flugblätter verteilt.

Du bist immer ein politisch denkender und handelnder Mensch gewesen. War das eigentlich damals eine politische Entscheidung von Dir, in diesen Betrieb zu gehen?

Nein, nein. Würd' ich nicht sagen. Ich habe immer im Osten Hamburgs gewohnt und wollte in diese Betriebe, weil ich so einen kurzen Arbeitsweg hatte. Politisierend war das vorher, Anfang der 70er Jahre, als wir in einem Betrieb als Gruppe waren, auch im Vertrauensleutekörper. Damals waren allein die Lohnforderungen ja Wahnsinnsforderungen, und selbst in der Chemie ist damals gestreikt worden. Aber Ende der 70er Jahre und danach waren schon viele von den aktiven Leuten weg, das war schon der Abschwung.

"So was, was die Franzosen treiben"

Was sind in all diesen Jahren die Themen gewesen, über die die Kollegen im Betrieb so geredet haben? Familie? Frauen? Auch Politik?

Ja, aber es ging meistens ums Geld. Bei den Gewerkschaftsabschlüssen damals kam ja noch etwas raus. Jetzt gibt's ja schon Null-Runden in der Chemie. Das ist alles ganz furchtbar zurückgedreht. Wo früher ein intakter Vertrauensleutekörper war, oder wo es sogar eine Betriebszeitung gab, ist jetzt alles verschwunden. Die Betriebe selbst waren ja damals noch doppelt so groß wie heute. In allen diesen Mittelbetrieben arbeiteten damals so 700-800 Leute, heute sind das 200-300. Das ist auch so 'ne Tendenz in den 90er Jahren: nur noch Minimalbelegschaft, und bei Bedarf wird das mit Leiharbeitern oder Leuten von Sklavenhändlern aufgefüllt.

Arbeiten bei Euch auch viele Leiharbeiter?

Also viel kann man vielleicht nicht sagen, so zehn; aber kontinuierlich seit ca. 12 Jahren. Früher gab's das gar nicht. Da konnte man immer noch sagen "Der Kollege kann nicht mehr, der geht in die Pförtnerei oder in die Reinigung oder ins Magazin". Jetzt sind das alles Fremdfirmen.

Du kennst den Betrieb schon sehr lange. Reden die KollegInnen heute weniger miteinander?

Ja. Ich hab' das Gefühl, die Leute hatten früher doch mehr Bewußtsein. Wenn man damals mal bei der Gewerkschaft angefragt hatte, dann kam auch was rüber. Heute sagt der Gewerkschaftssekretär auf der Betriebsversammlung gerade noch "Ja, wir machen einen guten Sozialplan", aber nicht mehr "Leute, wir müssen jetzt kämpfen". Noch nicht mal eine Gegenrede wird gehalten.

Und die KollegInnen selbst?

Die sind auch so isoliert, weil sie gar kein Gewerkschaftsbewußtsein mehr haben. Die Gewerkschaftszeitung wird jetzt verschickt, damit die Familie Kreuzworträtsel macht. Früher gab's Betriebskassierungen. Da kriegte einer vielleicht drei Mark und hat dafür dann bei zehn Leuten die Gewerkschaftsbeiträge kassiert. Der hat dann aber auch mit zehn Leuten gesprochen, hat denen gleich die Gewerkschaftspost mitgebracht, und der Kontakt war da. Das ist ja alles zentralisiert und abgeschafft worden.

War es früher einfacher, mit KollegInnen über alle möglichen politischen Themen zu reden?

Ach, das war auch nicht einfacher. Aber durch die Größe waren ein paar Leute mehr da, die sich dafür interessierten. Früher gingen ja auch noch mehr freiwillig zum 1. Mai. Ich geh ja immer noch hin ...

... als Einzelkämpfer ...

Ja, ja, alleine. Auch bei anderen DGB-Veranstaltungen oder beim Ladenschluß hab' ich mich eingesetzt, aber eben allein. Ich bin öfter auch zu Großdemonstrationen gefahren, auch nach Bonn, etwa zu der Großdemo gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.. Das Heißeste fand' ich die Parole "Wir sind jetzt 50.000 und das nächste Mal gehen wir rüber (über die Bannmeile, ak). Passiert ist dann doch nie was. Das einzig Positive waren die Kohlenkumpel (der "Marsch auf Bonn" 1996, ak), die haben ja so richtig auf den Putz gehauen. Die sind in die Bannmeile rein, das war so richtig erfrischend. So was, was die Franzosen treiben. Die Arbeitslosen haben doch jetzt bei Lafayette "eingekauft" und da richtig abgerahmt, also so was schönes. Das ist wie bei Dario Fo (gemeint ist Fos Theaterstück "Bezahlt wird nicht", ak). Solche Aktionen, das fehlt hier alles.

Gab es früher für Dich die Möglichkeit, mit Genossinnen und Genossen über Deine Arbeit zu reden?

Damals ja, in den 70er Jahren. Damals gab es ja noch aktive Betriebsgruppen. Deswegen machte das ja auch Spaß. Gerade der Chemiebereich war groß, da gab's Gruppen bei Texaco, bei der AFFI (Norddeutsche Affinerie, ak), bei Hoechst, bei Beiersdorf, Colgate. Und überall waren so fünf Leute, drei Leute, acht Leute.

Auch bei Svedala?

Da war null. Dieser Betrieb ist ein klassischer patriarchaler Betrieb gewesen, in der Nazi-Zeit faschistischer Musterbetrieb mit Zwangsarbeitern im Zweiten Weltkrieg; und auch später, in den 50er Jahren, gab's da noch 'ne Bibliothek und Betriebssport und all diesen Sachen für die Kinder und die Alten, Bußtagsskat usw., der ganze Sozialklimbim. Also da war politisch nie was gewesen.

Sind die Aktiven dann wieder rausgegangen aus den Betrieben, oder sind die entlassen worden?

Also ein Schwung wurde ausgeschlossen, ein Schwung wurde entlassen, ein großer Schwung hatte die Lust verloren. Die haben halt andere Politik gemacht, Internationalismus oder Anti-AKW, "Betrieb will ich nicht mehr", hieß es. Da bin ich einer der wenigen geblieben. Und das hat natürlich einen großen Knacks gegeben in der Betriebsarbeit.

Für Dich war aber der Betrieb und die Arbeit ein Gegenstand von Politik, Dein "politischer Teilbereich"?

Es ist natürlich immer ein politischer Teilbereich, weil man immer ganz unten war, also nie Karriere im Betrieb gemacht hat. Ich war in der Chemie immer nur in den einfachsten Abteilungen, hab' nie versucht, da rauszukommen. Da hast du natürlich mitgekriegt, welche Probleme du als Arbeiter hast. Politisch bin ich immer sehr vielseitig gewesen, hab' also auch an antifaschistischen Demonstrationen teilgenommen oder an der Anti-AKW-Chose. Also ich sag mal, wenn man da in so 'ner Gruppe wäre, dann macht das ja Spaß, das hab ich alles schon erlebt, in den 70ern. Da wurde was abgesprochen, da wurde was gemacht, da wurde was vorbereitet im Betrieb, oder man ging gemeinsam zum 1. Mai. Das ist alles seit zwanzig Jahren, seit ich in dem Betrieb bin, nicht mehr da. Da hast du mal ein, zwei Kollegen gesehen, grad von den türkischen Kollegen, aber das wurde von Jahr zu Jahr weniger. Also das ganze hat ganz schön nachgelassen.

Eine ganz normale

Massenentlassung

Die Firma Svedala-Scholtz im Hamburger Osten ist ein mittlerer Betrieb der Chemieindustrie, spezialisiert auf die Kautschukverarbeitung, insbesondere für Förderbänder im Bergbau, der Landwirtschaft und der Industrie.

Die Firma ist ein nahezu ausschließlicher Männerbetrieb mit ca. 20% nichtdeutschen Beschäftigten. Die meisten der im Durchschnitt eher älteren Beschäftigten sind bereits 10 Jahre und länger bei Svedala-Scholtz.

Die Firma Conrad Scholtz ist vor 115 Jahren in Hamburg gegründet worden, wurde in den frühen 80er Jahren erst an die finnische Nokia, dann an Trelleborg verkauft und gehört jetzt seit fünf Jahren zum schwedischen Svedala-Konzern mit Sitz in Malmö. In den letzten 15 Jahren ist die Belegschaft von 650 Beschäftigten kontinuierlich auf z.Z. 150 reduziert worden. Ursprünglich eine AG, ist die Firma in dieser Zeit in eine GmbH umgewandelt worden, die Niederlassungen in Hamburg, Wattenscheid und Mannheim wurden zu eigenständigen Konzerntöchtern verselbständigt. Gleichzeitig sind ganze Produktionslinien verlagert worden, etwa nach Kongsvinger. Es wurden Betriebsrenten gestoppt und Betriebsteile wie die Kantine, die Reinigung und die Pförtnerei an Fremdfirmen vergeben.

Im September 1998 haben die Gesellschafter der Svedala Industri AB beschlossen, die Stahlseilgurtfertigung in Hamburg zum April 1999 zu schließen. Begründung: Mit dem Unternehmen Rheinbraun (Garzweiler II) würde in diesem Bereich der Hauptkunde wegbrechen. Im Oktober 1998 wurde die Schließung der Gummimischerei angekündigt. Die Schließungen würde eine Halbierung der Förderbandproduktion bedeuten und Svedala-Scholtz auf die Veredelung von Zwischenprodukten reduzieren, eine Restproduktion, mit der das Unternehmen kaum überlebensfähig wäre. 70-80 Kollegen würden arbeitslos, die Hälfte der noch Beschäftigten. Dabei schreibt Svedala-Scholtz durchaus schwarze Zahlen, so daß die Hintergründe für diese Umstrukturierung im Konzern für Betriebsrat und Beschäftigte in Hamburg weitgehend im dunkeln liegen. Während der Betriebsrat in dieser Situation "prüft", den Hamburger Wirtschaftssenator um Aufklärung bei der Konzernmutter bittet, dem Unternehmen unentlohnte Mehrarbeit anbietet und sich ansonsten um die anstehenden Sozialpläne kümmert, breitet sich bei den Beschäftigten Resignation aus. Eine Ausnahme bildet der 26. November 1998. An diesem Tag haben ca. 50 Svedala-Beschäftigte die Bezirksversammlung in Hamburg-Wandsbek besucht, um die dort tagenden BezirkspolitikerInnen auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Bei dieser Gelegenheit sind Transparente entrollt und Flugblätter verteilt worden. Ob daraus mehr entsteht als ein kurzes Aufflackern von Protest muß sich in den nächsten Wochen zeigen. Der Auftritt der Svedala-Arbeiter hat aber zumindest zu dem Beschluß der Bezirksversammlung geführt, eventuell geplante Grundstücksverkäufe des Konzerns nach einer erfolgten Betriebsstillegung nicht zu genehmigen. Eine mögliche Spekulation auf Extragewinne würde so zunichte gemacht.

dk.

27. Fetisch Arbeit und Gewerkschaftslinke. Anmerkungen zum neuen "Bündnis für Arbeit"

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:28

Die neue rot-grüne Bundesregierung ruft zum "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit", und alle gehen hin. Nur ein kleines Häuflein linker Betriebs- und GewerkschaftsaktivistInnen schleudert dem Bündnis ein trotziges "Nein!" entgegen. Doch ohne eine grundlegende Diskussion "der Arbeit" überwindet die Gewerkschaftslinke weder das kritisierte sozialpartnerschaftliche Selbstverständnis der Gewerkschaften, noch entwickelt sie attraktive Alternativen zum real existierenden Alltag mit und in der Lohnarbeit.

Am 23.4.1996 erklärte DGB-Chef Dieter Schulte das damalige Bündnis für Arbeit für tot. Die selbst auferlegte Zurückhaltung bei den Lohnverhandlungen und die Bereitschaft zur Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Austausch für eine angebliche Halbierung der Arbeitslosenquote brachten lediglich dramatische Verschlechterungen bei Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen. Was auf Bundesebene nicht geregelt wurde, haben betriebliche und regionale Bündnisse erledigt. Nach einer WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten sind in 24% (Betriebsräte) bzw. 12% (Personalräte) der Unternehmen "Bündnisse für Arbeit" vereinbart worden. Gegen Beschäftigungs"garantien" oder den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen gab es Mehrarbeit ohne Zuschläge (15%), Samstagsarbeit und Abstriche bei Sonderzahlungen (10%) sowie Abschläge bei übertariflichen Einkommensbestandteilen (7%). Je nach Branche dürften diese Zahlen noch höher, die Folgen noch härter ausfallen. Daher folgerte auch der Präsident der Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt: "Bündnisse für Arbeit gehören in den Betrieb."(FAZ, 2.12.1998). Entgegen anders lautenden Beschlüssen gehören auch Neueinstellungen unter Tarif und sonstige Tarifbrüche längst zur gewerkschaftlich geduldeten Tagesordnung.

Die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitdispositionen begünstigen die unternehmerische Politik der dünnen Personaldecke: Durch die lohnpolitische Neutralisierung der Überstunden werden diese jetzt erst recht zur hauptsächlichen Kapazitätsreserve, und Einstellungen werden weitgehend überflüssig. Dennoch wollen alle, die jetzt wieder zu einem "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" zusammensitzen, die 1998 um ca. 20 Mio. angestiegenen Überstunden ausgerechnet durch flexible Arbeitszeiten abbauen. Damit kann nur deren Vergütung gemeint sein.

Ungebrochene Standortlogik

Es macht schwindelig, wie der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel innerhalb von zwei Jahren zwischen Forderungen nach einem "Bündnis für Arbeit und Standortsicherung" (1995/96), nach einer 32-Stunden-Woche (1997) und wieder nach einem "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" (1998) mühelos hin- und hertänzeln kann, doch verwundern kann es kaum. Zu eindeutig ist die Nachkriegsgeschichte der Sozialpartnerschaft von der "konzertierten Aktion" über das "Bündnis zwischen Arbeit und Kapital" der sechziger Jahre, über die innerbetrieblichen Bündnisse der frühen siebziger Jahre und das Flexibilitätsbündnis, in das die Kampagne für die 35-Stunden-Woche 1984 mündete. Es stimmt: "Zum Verzichten braucht man keine Gewerkschaft" (1). Aber diese Erkenntnis ist genauso alt wie die Gewerkschaftspolitik, die damit kritisiert wird.

Egal, wie die Bündnisse hießen: Mit der aktuellen Ausgabe stehen die Gewerkschaftsspitzen endgültig offen zur Politik der Standortkriege, und die wiederholte Entlarvung durch ihre oppositionellen Strömungen wird überflüssig. "Damit Deutschland wieder stimmt" heißt es in der IG Metall-Broschüre zur Tarifrunde 1999. Und der nordrhein-westfälische IG-Metall-Chef Schartau deutet bereits an, die Gewerkschaft könne nicht in Bonn auf Partnerschaft setzen und in den Tarifverhandlungen "gleichzeitig den Krieg erklären" (Spiegel 51/1998). So sieht das Ende vom Ende der Bescheidenheit aus, wenn es nur zur Beruhigung der Mitglieder proklamiert wird, weil es sonst den Standort gefährdet.

Die Gewerkschaften lassen sich von den Unternehmerverbänden die Problemdefinitionen vorgeben und bleiben in ihrer Argumentation in allen wesentlichen Momenten der neoliberalen Hegemonie verhaftet. (2) Allerdings weichen sie damit nicht wesentlich vom Massenbewußtsein der Mitglieder und Betriebsräte ab. Wohl auch deshalb werden Betriebsräte selbst von den Geschäftsleitungen und Unternehmensvorständen,

etwa bei VW, gelobt (FR, 18.11.1998). Die Konsequenz ist klar: "Gestaltungsmacht reduziert sich nur auf Mitgestalten von Erhalt und Verbesserung der Wettbewerbssituation der Unternehmer, auf Profitsicherung. Angesichts der Weltmarktzwänge kann das nur als Mitgestaltung des eigenen Funktionsverlustes als Gewerkschaft und zu Lasten der Lohnabhängigen funktionieren." (3). Doch diese gewerkschaftsoppositionellen Einsichten konnten nicht verhindern, daß die Mehrheit der Lohnabhängigen mangels realistischer und attraktiver Alternativen zur Leiden verursachenden, aber realen Lohnabhängigkeit dieser Politik zustimmt. Vielmehr drängen sich aus den Erfahrungen z.T. sehr langer gewerkschaftsoppositioneller Arbeit zwei Schlußfolgerungen auf: Zum einen hat "die Linke ... nicht die Gewerkschaften rebellisch gemacht und auf ‚antikapitalistischen' Kurs gebracht, sondern die Gewerkschaften haben umgekehrt die Linke vergewerkschaftet und ‚verbetrieblicht`". Und zweitens war "der ‚Interessensgegensatz`(zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern) allein bzw. das bloße ‚Bewußtsein vom Interessengegensatz` ... noch nie geeignet, ein ‚antikapitalistisches`, also sozialistisches Bewußtsein zu begründen ..." (4)

Betriebslinke:

kritisch, aber hilflos

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Ursache, nämlich die alternativlose Akzeptanz der Lohnabhängigkeit, gegeißelt werden muß, und nicht das logische Symptom "Sozialpartnerschaft", "Interessensgemeinschaft" oder "Bündnis für Arbeit". Und doch kommen aus den kritischen Gewerkschaftskreisen nur Neuauflagen: "Kein Bündnis für Arbeit!", so etwa der Stuttgarter Aufruf 1998 (SoZ, 20.8.1998). Wieder wird ein Aktionsprogramm von Arbeitern und Angestellten aller Branchen und Nationalitäten sowie von Arbeitslosen gefordert, begleitet durch die "Thesen über die Notwendigkeit einer organisierten linken Strömung in den Gewerkschaften" des Stuttgarter "Zukunftsforum Gewerkschaften" (express 9/1998). Zweifellos ist die herrschende Politik der Standortsicherung kein Naturereignis. Und in der Tat sind Appelle an Regierung und Arbeitgeber Ersatz für oder Verhinderungstaktik gegen Widerstand. Aber weiß die Gewerkschaftslinke auch genau genug, wofür sie Widerstand leisten will? Durch breiten Widerstand und außerparlamentarische Mobilisierung sollen die massiven Verschlechterungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden. Doch solche, zudem konjunkturabhängigen Forderungen nach Rückverteilung verlassen letztlich den Stand des kritisierten gewerkschaftlichen Selbstverständnisses nicht.

So sinnvoll die verschiedenen Rückverteilungs- und Re-Regulierungsanforderungen auch sein mögen: Konsequenter Widerstand - auch außerhalb des Tellerrandes traditioneller Betriebe und auch mit internationaler Orientierung - kann nicht geleistet werden, wenn keine Alternativen zur Lohnarbeit formuliert werden. Die Fixierung auf Lohnarbeit festigt letztlich ein grundsätzliches Interessensbündnis zum Erhalt der Lohnarbeit. Da bleibt nur die Frage der "Härte" der Forderungen, und so präsentieren sich die Gewerkschaftslinken mit ihren Forderungen nach besseren, basisdemokratischen Gewerkschaften und besseren Betriebsräten letztlich nur als bessere, weil konsequentere Stellvertreter der Interessen der Lohnabhängigen - eben als Lohnabhängige. Die Aussicht auf eine "Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht" (Hannah Arendt), könnte auch ein Grund zur Freude sein und eine Anregung, auch andere Kompetenzen zu entwickeln. Brauchen wir Arbeit? Wie würden wir die gesellschaftlich notwendige Arbeit verteilen und gestalten? Welcher Stellenwert bliebe ihr? Hier ist die undogmatische Gewerkschaftslinke noch sprachlos.

Für viele arbeitende Menschen - so die Ergebnisse zahlreicher Bildungsurlaube und Betriebsräte-Seminare - bedeutet Arbeit Streß, Lebensverkürzung, zeitlichen und körperlichen Druck; sie macht krank, ist Freiheitsberaubung und Tretmühle. Freizeit verkommt da zum bloßen Ausgleich. Doch selbst die auf die Reproduktion der Arbeitskraft beschränkte Freizeit wird nicht nur immer kürzer, sondern auch immer teurer. Für viele beginnt hier ein Teufelskreis aus Konsum und Überstunden, der es so schwer macht, für Arbeitszeitverkürzung (auch mit vollem Lohnausgleich) zu mobilisieren.

Andererseits wissen oder ahnen viele, daß Arbeit auch das Selbstwertgefühl steigern kann. Sie kann das Gefühl geben, gebraucht zu werden, sowie soziale Bezüge, Kontakte vermitteln. Sie kann Hobby sein, Lebenssinn, Erfüllung, Anerkennung und Bestätigung. Die Gesellschaft bietet immer noch keine Alternativen für diese Funktionen, und die "Glücklichen Arbeitslosen" gehören zur verschwindenden Minderheit. So sind viele geradezu dazu verdammt, in der noch so entfremdeten und prekären Arbeit ihre Erfüllung zu finden. Die

Suche nach einem besseren Leben wie nach einer besseren Arbeit bedeutet daher die Suche nach einer besseren Gesellschaftsordnung, die wir erst zögernd wieder aufnehmen.

Bündnis gegen Lohnarbeit

Angeblich alternativlos und gleichbedeutend mit Geld und Lebensstandard, bleibt die Lohnarbeit ein Disziplinierungsmittel und wird zur berühmten Karotte vor dem Esel: "Je beschissener die Arbeit, desto mehr Kompensation brauche ich." "Ihr sollt leben, um zu arbeiten und nicht arbeiten, um zu leben" lautet das erste Gebot. Die Gewerkschaftslinke, auch wenn sie gegen die Betriebsborniertheit wettert, setzt dem wenig entgegen. Arbeit dominiert mehr denn je das Denken der Menschen, sei es aus Angst keine zu bekommen, sei es aus Angst die vorhandene zu verlieren. Welche Arbeit spielt längst keine Rolle mehr, wenn die Arbeit zum Selbstzweck wird. Selbst von denjenigen, die im kapitalistischen Verwertungsprozeß als nicht mehr "voll funktionsfähig" ausselektiert worden sind, wird erwartet, daß sie möglichst bald Arbeit haben oder zumindest haben wollen. Und auch in der hart erarbeiteten und teuer bezahlten Vorruhestandsregelung, auf die sich viele jahrzehntelang freuen, besteht die Pflicht, sich beim Arbeitsamt zu melden, bei nur drei Wochen Urlaub.

Die Entkoppelung von Einkommen und Arbeit wäre zwar eine sinnvolle Orientierung, doch die Sinnfrage für die "Arbeitssüchtigen" ist damit noch nicht vom Tisch. Solange wir für die Arbeitsgesellschaft zugerichtet werden und bleiben, ist und bleibt das Verhältnis zur Arbeit ambivalent. 1996 hat die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg zum "Bündnis für Arbeit" angemerkt: "Alle zaghaften Ansätze in den Gewerkschaften, (...) nach gesellschaftlichen Lösungen neben und jenseits eines bornierten ‚Arbeit um jeden Preis` zu suchen, gehen nun den Bach 'runter." (5) Heute lautet daher die Aufgabe, diese Ansätze wieder aufzunehmen und damit auch das falsche Arbeitsethos der Arbeiterbewegung zu überwinden.

Auf der Tagesordnung steht ein Bündnis gegen die Lohnarbeit, für das realistische und attraktive Bilder einer gerechten Gesellschaftsordnung entwickelt werden müssen. Kurzfristig muß der grassierenden Selbstbescheidung ein neues Anspruchsdenken entgegengesetzt werden. Hierzu gehören auch "unverschämte" Ansprüche an die Qualität der notwendigen Arbeit und Produkte. Ein solches Bündnis gegen die lohnabhängige Arbeit und für Arbeits- und Lebensqualität setzt aber auch voraus, Begriffe wiederzugewinnen. Der wichtigste in diesem Zusammenhang lautet Solidarität.

Die Unternehmer fordern die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen als einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen. Diese Umverteilung unter den Lohnabhängigen ist jedoch faktisch eine Solidarität mit dem Kapital. Es fällt schwer, sich dieser aufgezwungenen Solidarität zu entziehen, weil noch keine praktische Alternative existiert. Trotz theoretischer Bekenntnisse werden oft genug auch von linken Betriebsräten Stammbelegschaften gegen die Arbeiter von sog. Fremdfirmen verteidigt. Dabei muß der "Hierarchisierung des Elends" entgegengewirkt werden: "Argumentationsmuster wie ‚Euch geht's ja noch gut, ihr profitiert vom Elend der Armen und Entrechteten` reproduzieren bei den fest Beschäftigten nur das Bewußtsein vom Glück und Privileg: ‚Warum soll ich noch kämpfen, wenn es anderen doch noch viel schlechter geht?` (...) Solidarität und Ausgrenzung bestimmen sich nicht danach, wer wo in der Hierarchie des Elends steht, sondern danach, ob und wofür gekämpft wird." (6)

Dafür, wie das aktuelle "Alle für sich und niemand für alle" durch ein "nicht nur für uns, sondern für uns und alle" ersetzt werden kann, gibt es bereits gute Ansätze, etwa das Statement des Arbeitskreises Arbeitslose der IG Metall Bremen (siehe Kasten). Nur eine solche solidarische Grundlage, Wege aus der Arbeitsfixierung und eine überzeugende, zu konkretisierende Alternative zur Lohnabhängigkeit, machen zusammen aus den Bündnissen für Arbeit endlich kein Thema mehr.

Mag Wompel

Mag Wompel ist Industriesoziologin in Bochum. Von ihr stammt unter anderem die Broschüre "Jagd auf Kranke. Rückkehrgespräche auf dem Vormarsch" (vgl. ak 420). Diese Broschüre kann bezogen werden über: express, Bleicherstr. 9, 63065 Offenbach

Anmerkungen:

1) Solche Äußerungen sind in jeder Fabrikhalle zu hören

2) J. Bergmann/E. Bürckmann/H. Dabrowski: "Reform des Flächentarifvertrages? Berichte aus Betrieben, Ergebnisse einer Befragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten im Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall", 1997

3) KollegInnen der "Standorte"-Gruppe bei Opel in Bochum: "Gegen die Konkurrenz und Standortlogik und gegen ihre Akzeptanz durch die Gewerkschaften", 5.9.1995

4) W. Imhof: "Der Grundirrtum der B&G-Linken", Essen 1998, unv. Manuskript

5) "Bündnis für Arbeit? Anmerkungen zum Zwickel-Vorstoß", Siesta, Nr. 26 (März 1996)

6) Gruppe Blauer Montag: "Gegen die Hierarchisierung des Elends", ak 418 und 419 (September und Oktober 1998)

Grußwort des Arbeitskreises

Arbeitslose der IG Metall Bremen

an die Betriebsversammlung

bei Daimler-Chrysler in Bremen:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir unterstützen Eure Forderung nach Entfristung der Arbeitsverträge und zusätzlichen Einstellungen. Auch wenn Ihr einen Arbeitsplatz habt und wir keinen, haben wir doch dieselben Interessen.

Denn mit dieser Personalpolitik will die Geschäftsleitung die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Angst vor Arbeitslosigkeit ausnutzen, um Überstunden zu erpressen und kranke Kolleginnen und Kollegen trotzdem zur Arbeit zu zwingen. Wir wiederum müssen befristete Arbeit annehmen und es wird für uns immer schwieriger, sich dem Druck zu widersetzen, Arbeit unter Tarif - insbesondere bei Zeit- und Leiharbeitsfirmen - anzunehmen.

Indem Erwerbslose und Beschäftigte gegeneinander ausgespielt werden, können die Gewinne noch weiter steigen. Deshalb verstehen wir Solidarität von Beschäftigten und Erwerbslosen nicht als Verzicht von Euch zu unseren Gunsten und umgekehrt. Wir sitzen gemeinsam in einem Boot: Je besser es den Beschäftigten geht, desto besser geht es den Erwerbslosen. Je besser es den Erwerbslosen geht, desto besser geht es den Beschäftigten. (...)"

(Kollegen bei Daimler informieren, Nr. 402, 18.12.1998)

28. Von Schlangen und Kanninchen. Globalisierung und Gender - eine Rezension

Autor: efa · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:33

Die Prokla 111 beschäftigt sich mit der Frage nach dem Zusammenhang von Globalisierung, Staat und Gender, denn, so heißt es im Editorial, es herrsche vor allem unter den europäischen und den anglo-amerikanischen feministischen Wissenschaftlerinnen zu dieser Frage eine "conceptual silence". Und das, obwohl - was Wunder - die Transformationsprozesse, die unter dem Schlagwort Globalisierung gebündelt werden, weltweit geschlechtsdifferenzierend ablaufen. Wenn überhaupt, so wird im Editorial festgestellt, tauchen Frauen in Globalisierungsstudien als Opfer des handelnden Mannes auf, was wiederum eine beruhigende Wirkung hat: "Trotz gravierender gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen durch die Millennien findet man Frauen immer wieder dort, wo Mann sie gerade zurückgelassen hat: auf der unteren Stufe der Geschichte. Die insgesamt sieben Aufsätze zum Thema wollen diesem einseitigen Blick auf die Geschlechterverhältnisse eine differenziertere Perspektive entgegensetzen, und in der tauchen Frauen dann sowohl als "Betroffene" wie auch als Handelnde auf. Merkwürdigerweise gäben Globalisierungsstudien aus Indien, den honduranischen Freihandelszonen, aus Thailand, Süd-Korea bis zu Südafrika mehr Aufschluß über die Transformation der Geschlechterverhältnisse in diesen Regionen und Ländern als Studien über einzelne europäische Länder oder über die EU, heißt es einleitend. Dieses Informationsgefälle spiegelt sich auch in den sieben Beiträgen zum Thema wider. Während die EuropäerInnen sich eher dem theoretischen Überblick widmen, thematisieren Bang-Soon Yoon und Seiko Hanochi konkrete Situationen von Frauen in Süd-Korea bzw. Japan.

Yoons Beitrag differenziert die Debatte in zweierlei Hinsicht: Sie stellt erstens klar, daß, im Gegensatz zu dem üblichen Bild von den asiatischen Frauen, die sich angeblich durch Weiblichkeit, Mütterlichkeit, Passivität und Fügsamkeit auszeichnen, insbesondere in den 70er Jahren die Fabrikarbeiterinnen in Südkorea "an der vordersten Front der Arbeiterbewegung" standen. Der Staat reagierte mit massiver sexualisierter Gewalt auf diese Verweigerung der südkoreanischen Frauen, sich in den Opferstatus zu fügen. Die von der Frauenbewegung angeschobene Thematisierung der staatlichen Repression gegen Frauen führte dann dazu, daß der Zusammenhang von Staat, sexueller Gewalt und geschlechtsspezifischen Kontrollmechanismen ins öffentliche Bewußtsein drang. Zweitens stellt sie fest, daß mit der Worthülse Globalisierung die Beschäftigungssituation von Frauen und die damit verbundene Repression nicht ausreichend erklärt werden kann, weil sie den Einfluß von innerstaatlicher Politik und sozialkultureller Entwicklung nicht erfaßt.

Die Rolle Japans in der globalen Sexindustrie ist das Thema des Beitrags von Seiko Hanochi. Sie analysiert den Frauenhandel als Teil eines "Systems der Sklaverei" innerhalb der kapitalistischen Arbeitsteilung, in dem Japan zusammen mit Europa und Nordamerika das Zentrum bildet. Die historisch gewachsene "Tradition" von Prostitution und Sexindustrie in Japan und ihre Einbindung in den globalen Markt ist der aufgefächerte Hintergrund, vor dem sie nüchtern konstatiert, daß die Ausbildung eines nationalen, dann transnationalen und schließlich globalen Frauenhandels die allgemeine Tendenz des Weltmarktes fortsetzt, die Arbeitskraft der Peripherie durch das Zentrum der Weltwirtschaft auszubeuten. Dieses Ausbeutungsverhältnis führt zu Migrationsbewegungen ins Zentrum, wobei Sexarbeiterinnen häufig ohne legalen Status zusätzlich "ethnischer und geschlechtlicher Diskriminierung" ausgesetzt sind, wie die nach Japan verschickten Frauen, die meistens phillipinischer oder thailändischer Herkunft sind, zunehmend aber auch aus Lateinamerika oder Osteuropa kommen.

Opfer und Widerständige

Einen Überblick über Frauenarbeit in den Steuer- und Zollenklaven in Dritte-Welt-Ländern, den sogenannten Freien Exportzonen (FEZ), liefert Ingeborg Wick. Auf der Basis aktueller Daten veranschaulicht dieser Beitrag zunächst den Frauenanteil und Arbeitsbedingungen in den FEZ allgemein, um anschließend konkreter die Unterschiede zwischen den FEZ in China, Zentralamerika, Osteuropa und Afrika zu erläutern. Das wenig überraschende Fazit: Die FEZ provozieren einen immer schärferen Wettbewerb unter den Investoren auf dem Weltmarkt, dessen soziale Kosten die Betroffenen ausbaden müssen. Diese wiederum fügen sich ebenfalls

nicht in ihren Opfer-Status, sondern setzen "diesem aus Sicht der Weltbank bereits obsolet gewordenen Übergangsinstrument zur Deregulierung der Gesamtwirtschaften" Widerstand entgegen.

Frauke Helwes will in ihrem Beitrag den Frauenhandel/tausch in seiner symbolischen Bedeutung mit nationalstaatlicher Politik zu Prostitution und Migration konfrontieren. Die Lektüre dieses Interesse provozierenden Vorhabens wird leider durch den recht kryptischen Sprachduktus etwas anstrengend. Weniger wäre hier sicherlich mehr gewesen. Insbesondere die Schlußfolgerungen bleiben rätselhaft: Wenn ihre (die der Arbeit der Liebe) materialistische Anerkennung - durch das privatisierte romantische Liebesideal bei sittenwidriger Befriedigung eines sog. männlichen Sexualtriebes - den in diese Sphären verwiesenen AkteurInnen versagt bleibt, setzt sich eine Allianz von Freunden und Feinden fort, deren abstrakter Charakter unökologisch, bzw. unsittlich ist; er verletzt den sozialen Zusammenhang. Diesen Satz, den wohl außer der Lektorin kaum eine Leserin verstanden haben dürfte, deute ich als Umschreibung für die im nächsten Satz folgende Forderung nach zivilrechtlicher Anerkennung der Sexarbeit als Gewerbe oder Beruf, die wiederum einer "Viktimisierungsperspektive" (schauder) entgegengestellt werden soll. Diese Forderung ist ebenso wichtig wie das Anliegen, in diesem Zusammenhang Männlichkeitskonstruktionen zu untersuchen. Insofern ist der Artikel lesenswert, wenn frau bereit ist, einige Mühen auf sich zu nehmen und zwischen den reichlichen und ausführlichen Zitaten durchaus erhellende und interessante Aussagen herauszupicken. Insgesamt beeindruckt aber weniger die überzeugende Argumentation als die ewig lange Literaturliste, in der weder die "Fundamentalistin" Gerda Lerner noch die Poststrukturalistin Judith Butler fehlen, die im Text auch relativ problemlos zusammengemixt werden mit allen, die sonst noch Rang und Namen in der feministischen Forschung haben.

Neue Sichtbarkeit in Sicht?

Sachlich und nachvollziehbar erläutert demgegenüber Saskia Sassen, wie die ökonomische Globalisierung grundlegende Eigenschaften des Nationalstaates verändert und welche Auswirkungen das auf Frauen hat. Die häufig unterstellte Dualität von "nationaler" und "globaler" Sphäre, die suggeriert, daß die eine Sphäre dort anfängt, wo die andere aufhört, existiere gar nicht in dieser Weise, stellt sie - ähnlich wie Bang-Soon Yoon - fest. Gleichwohl läßt sich von einer Transformation der Organisation politischer Macht sprechen, die wiederum die feministische Kritik berücksichtigen solle. Am Beispiel der entstehenden "Global Cities" erläutert sie die Einbindung von Frauen und MigrantInnen in den Dienstleistungssektor dieser Zentren der Kapitalverwertung. Sie stellt fest, daß die Art und Weise der Unsichtbarmachung des Dienstleistungswesens die Herausbildung einer "Arbeiteraristokratie" verhindert. Frauen und ImmigrantInnen stellten eher ein systematisches Äquivalent zum Proletariat der unterentwickelten Länder dar. Dennoch zieht sie insgesamt eine eher optimistische Bilanz und diagnostiziert sogar Anzeichen für die "Entwicklung einer internationalen Zivilgesellschaft", die wiederum Frauen Möglichkeiten eröffnen würde, sichtbar zu werden.

Auch Brigitte Young analysiert die durch die Globalisierungsprozesse vorangetriebene Veränderung der "Genderregime" mit vorsichtigem Optimismus. Zwar stellt sie fest, daß die "Feminisierung der Beschäftigung" deutlich mit der Verbreitung flexibler Arbeitsstrukturen einhergeht, die die lebenslange, existenzsichernde fordistische Vollbeschäftigung zunehmend verdrängen. Diese Verschiebung betrifft aber vor allem Männer; denn die Rolle der Frau in westlichen Indrustrieländern wurde trotz Integration in die Erwerbstätigkeit bislang immer noch weitgehend auf den Reproduktionsbereich zentriert. Gründlich und kenntnisreich analysiert sie die Ambivalenzen, die den Globalisierungsprozeß aus feministischer Perspektive ausmachen. Die Ausbeutung auf dem globalen Markt, so ihr Fazit, werde von einer Auflösung und Schwächung der lokalen, patriarchal geprägten Kulturen begleitet, was Frauen zunehmende Möglichkeiten eröffne, sich männlicher Unterwerfung zu entziehen.

Daß der positive Tenor in diesem Band eher Sache der "Nordfrauen" ist, ist sicherlich kein Zufall. Dieses "Optimismusgefälle" entspricht dem weiter oben festgestellten Forschungsgefälle und verweist darauf, daß die Dringlichkeit der kritischen Beschäftigung mit den Auswirkungen von Globalisierung für die "Südfrauen" eben doch größer ist. Und das wiederum konterkariert den Optimismus: Noch so viel Globalisierung hat bislang zumindest zu keiner Angleichung von Ausgangsbedingungen zwischen "Erster" und "Dritter" Welt geführt, und den allgemein gehaltenen Theorieentwürfen haftet immer auch der Hauch des Luxus an, sich mit dem ganz Konkreten nicht abgeben zu müssen.

Aber: "Es ist weder theoretisch hilfreich, noch macht es handlungsfähig, wenn Frauen in den Zustand eines erstarrten Kaninchens geraten, sobald sie mit der Schlange Globalisierung konfrontiert werden", resümmiert Brigitte Young. Wer im Zusammenhang mit Globalisierung und Gender zumindest im Kopf beweglicher werden möchte, der/dem sei die Lektüre des Prokla-Heftes empfohlen.

efa

Prokla 111, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 1998, Nr.2. Prokla-Redaktion, Postfach, 100 529, D-10565 Berlin, 20 DM.

29. München-Frankfurt-Kurdistan. Lebensstationen der Andrea Wolf (aus "so oder so")

Rubrik: Internationale Solidarität; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:05

Andrea Wolf wurde am 22. Oktober 1998 vom türkischen Militär erschossen, nachdem sie während eines Gefechts bei Van/Kurdistan in Gefangenschaft gekommen war. Andrea war verwundet - und wurde hingerichtet, nachdem sie die Kooperation mit den Militärs abgelehnt hat. Mit ihr wurden weitere Angehörige der kurdischen Befreiungsarmee festgenommen und ermordet. Während und nach dem Gefecht starben mehr als 30 Genossinnen und Genossen.

Andrea hatte sich der kurdischen Befreiungsbewegung angeschlossen und kämpfte in einer Fraueneinheit.

Andrea war Gründungsmitglied von Libertad!. Sie hatte großen Anteil am Entstehen unserer Initiative: während des Weltwirtschaftsgipfels 1992 in München arbeitete sie mit uns im Forum I des Gegenkongresses, moderierte die große Abendveranstaltung und setzte sich in den Diskussionen mit den Genossinnen und Genossen aus aller Welt für die internationale Zusammenarbeit ein. Die Sache der politischen Gefangenen, in diesem Land und weltweit, war immer auch ihre Sache.

Andrea wuchs in München auf und hatte sich dort sehr früh engagiert. Mit anderen gründete sie Anfang der 80er Jahre die Gruppierung Freizeit 81, deren Ziel die Verschmelzung von Kampf, Kunst, Punk und Politik war. Wegen mehrerer Steinwürfe und Brandanschläge wurde sie mit 16 Jahren das erste Mal zusammen mit anderen ihrer Gruppe verhaftet. Andrea war sechs Monate in Untersuchungshaft in Aichach. Ihre Mutter durfte sie und ihren ebenfalls verhafteten Bruder nicht besuchen. Der Älteste ihrer Gruppe wurde zu 2 1/2 Jahren verurteilt. Später engagierte sich Andrea beim Aufbau des Infoladen in München, im süddeutschen Autonomenplenum und in der Kampagne gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

1986 ging Andrea nach Frankfurt am Main und Offenbach. Dort beteiligte sie sich an Frauengruppen und Hausbesetzungen. 1987 wurde sie erneut verhaftet und für drei Monate in das Frauengefängnis Preungesheim gesteckt. Ein Spitzel des Verfassungsschutzes beschuldigte sie, einen Anschlag auf das Offenbacher Amtsgericht geplant zu haben. Nachdem der Spitzel wegen offensichtlicher Lügen unglaubwürdig wurde, mußte sie entlassen werden. Während dieser Monate im Knast war es für Andrea selbstverständlich, daß sie mit anderen politischen Gefangenen zusammenkommen wollte. Die Distanz vieler Genossinnen und Genossen aus der autonomen Bewegung zu den Gefangenen aus der Guerilla, insbesondere zu denen aus der RAF, war nicht ihr Problem.

In den anschließenden Jahren organisierte sich Andrea im antiimperialistischen Widerstand und beteiligte sich an der Gruppe Kein Friede. Nachdem 1993 in Bad Kleinen durch den Verrat eines Verfassungsschutzagenten (Klaus Steinmetz, ak) Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld verhaftet wurde, schoß sich der Staatsschutz erneut auf sie ein. Da sie das Motorrad des Spitzels übernahm, gab es einen Ansatzpunkt, den das BKA auch mit Akribie zur Anklage bringen wollte. Behauptet wurde eine Beteiligung an der RAF-Aktion gegen den Knast in Weiterstadt, weil am Motorrad chemischen Spuren gefunden wurde, die das BKA zu Sprengstoffspuren aufbauschte. Tatsächlich ging es dem BKA darum, über dieses Verfahren einen Weg zu finden, das Wissen des Verfassungsschutzspitzels aus zehn Jahren irgendwie juristisch verwertbar zu machen. Andrea wurde darin benutzt. Das BKA wußte die ganze Zeit, daß sie sich in den Monaten vor und nach der Weiterstädter Aktion in Mittelamerika aufhielt. Dort trat sie zum Beispiel beim Kongreß des Jugendverbandes der FPL, einer Mitgliedsorganisation der FMLN in El Salvador auf. Andrea führte dort die 1992 in München beim Weltwirtschaftsgipfel begonnene Diskussion fort.

Nach mehreren Hausdurchsuchungen und einem angesetzten Verhörtermin bei der Bundesanwaltschaft entschloß sich Andrea, sich abzusetzen. Später ging sie nach Kurdistan, um dort zu lernen und gemeinsam zu kämpfen. Dort wurde sie bei einem Gefecht zwischen kurdischen Guerillas und türkischen Militärs entwaffnet und als Gefangene erschossen.

Zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf und ihrer Mitkämpfer/innen wurde eine internationale unabhängige Untersuchungskommission ins Leben gerufen.

Sie soll aufklären, was am 22.10.1998 in Keles/Kurdistan genau geschehen ist. Sie soll die Öffentlichkeit darüber unterrichten, welche völkerrechtlichen, strafrechtlichen und politischen Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen zu ziehen sind.

Die Ermordung von Andrea Wolf ist kein Einzelfall. Die Kommission soll mit ihrer Arbeit und ihren Initiativen dazu beitragen, die Einhaltung der Genfer Konvention und des internationalen Völkerrechts durchzusetzen, sowie eine lückenlose Aufklärung und Bestrafung von Kriegsverbrechen zu ermöglichen.

Die Ermordung von Andrea Wolf wurde durch die Europavertretung der kurdischen Befreiungsbewegung bekannt gemacht. Die kurdische Bewegung würdigte Ronahi, wie sich Andrea in den kurdischen Bergen nannte, als Internationalistin und Genossin. In der kurdischen Zeitung Özgür Politika wurden viele Berichte und Kommentare veröffentlicht.

Demgegenüber sind die deutschen Medien nach kurzer spektakulärer Aufmachung wieder zur Tagesordnung übergegangen. Damit entsprachen sie der Lesart der Bundesregierung. In den ersten Tagen nach Bekanntwerden des Todes von Andrea Wolf war noch die Rede von zahlreichen Anfragen an die türkische Regierung. Auch wurde der türkische Botschafter ins Außenamt bestellt. Aber schon nach wenigen Tagen begnügte sich das Außenministerium mit der Äußerung der türkischen Regierung, daß ihr von der Gefangenennahme und Exekution einer deutschen Staatsbürgerin im Zusammenhang mit Militäraktionen gegen die kurdische Guerilla nichts bekannt sei. Die Äußerung eines Pressesprechers spricht Bände: Es sei für deutsche Behörden zwar nicht nachprüfbar, man gehe aber davon aus, daß die Erklärung der türkischen Regierung zu dieser Angelegenheit der Wahrheit entspricht.

Augenzeugenbericht über die

Ermordung von Andrea Wolf

Augenzeugen des Angriffs der türkischen Armee, bei dem Andrea Wolf ermordet wurde, berichten, daß Andrea Wolf nicht, wie zunächst gemeldet, am 24. Oktober, sondern bereits am 22. Oktober 1998 in Beytüssebap Catak, im Kreis des Dorfes Keles festgenommen worden. Sie gehörte zu einer Guerillaeinheit der PKK von 39 KämpferInnen, die von der türkischen Armee angegriffen wurde. 24 Guerillakämpferinnen und -kämpfer kamen dabei ums Leben. In dem Bericht heißt es:

" (...) Der Kampf dauerte von morgens 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr am Nachmittag. Später folgten Angriffe von Kobra-Hubschraubern, die bis abends andauerten. Ronahi fiel zusammen mit 8 bis 10 Genossen und Genossinnen in die Hände der türkischen Armee. Das war nachts zwischen 1.30 und 2.00 Uhr." Weiter heißt es in dem Bericht: "20 Minuten lang wurde sie von türkischen Offizieren verhört. Nachdem sie erfuhren, daß sie eine deutsche Staatsbürgerin ist, sagen sie: ‚Sie wird uns genauso großen Ärger bereiten, wie Kani (1).` Dann haben sie sie kaltblütig erschossen. Drei Freundinnen und Freunde, die sich in einer Höhle versteckt hielten, sahen aus einer Entfernung von vier Metern, wie Ronahi und die anderen Freunde gefangen genommen wurden. Zweimal wurden Handgranaten in die Höhle geworfen, aber ihnen passierte nichts."

Anmerkung:

1) Kani ist der Guerillaname der Hamburgerin Eva Juhnke, die im September wegen PKK-Mitgliedschaft vor dem Staatssicherheitsgericht in Van zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

30. Münchner Aufruf für eine Untersuchungs-Kommission zum Tod von Andrea Wolf

Rubrik: Internationale Solidarität; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:04

Aufruf für eine Internationale Unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf und weiterer Kämpferinnen durch das türkische Militär in Kurdistan und zur Untersuchung der Behandlung von Kriegsgefangenen und Kriegsverbrechen.

Der Initiativkreis der FreundInnen und GenossInnen von Andrea Wolf ruft zur Unterstützung einer Internationalen unabhängigen Untersuchungskommission auf. Augenzeugen berichten, daß am 22.10.1998 Andrea Wolf, deutsche Internationalistin in der YAJK, der Frauenarmee des freien Frauenverbandes innerhalb der Kurdischen Arbeiterpartei PKK bei Keles/Kurdistan während eines Angriffs der türkischen Armee gefangengenommen wurde. Nach einem Verhör wurde sie als unbewaffnete Gefangene erschossen, weil sie sich weigerte, mit dem türkischen Militär zu kooperieren. Wie die Augenzeugen berichten, wurden außer Andrea Wolf mindestens acht weitere kurdische Guerillas, deren Namen uns noch nicht bekannt sind, kaltblütig hingerichtet.

Die Erschießung von wehrlosen Gefangenen erfüllt nach geltendem, internationalem Recht den Tatbestand des Mordes. Die Tötung bereits entwaffneter und kampfunfähiger Gefangener ist ein eklatanter Verstoß gegen alle Kriterien des internationalen Völkerrechts. Die Mißhandlung und Tötung gefangener Kombattantinn/en ist ausdrücklich durch für alle Staaten geltendes, internationales Recht verboten. Das wurde in der Haager Landkriegsordnung ebenso festgelegt wie in den Zusatzprotokollen der Genfer Konvention von 1977, die sowohl für zwischenstaatliche wie innerstaatliche Konflikte gelten.

Die Ermordung von Andrea Wolf und der anderen, noch unbekannten Kriegsgefangenen ist offensichtlich kein Einzelfall. Es gibt zahlreiche Berichte und Hinweise auf systematische Verstöße der türkischen Armee gegen das internationale Völkerrecht im Krieg gegen Kurdistan. Während von kurdischer Seite die Genfer Konvention 1995 unterzeichnet wurde und eingehalten wird, verweigert die Türkei bis heute ihre Unterschrift.

Das Ergebnis ist ein schmutziger Krieg in Kurdistan, den das türkische Militär gegen die Zivilbevölkerung und, unter Verletzung internationalen Kriegs- oder Völkerrechts, auch gegen die Guerilla führt: Seit 1984 gibt es eine massenhafte Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und über 3000 zerstörte Dörfer. Menschenrechtler/innen "verschwinden", im staatlichen Auftrag wird auf Journalist/innen geschossen und Schriftsteller/innen werden inhaftiert, gefoltert oder ermordet, weil sie über die Existenz von Kurdistan sprechen und von der blutigen Realität des türkischen Krieges gegen Kurdinnen und Kurden berichten.

Der türkische Staat betreibt diesen Krieg, die Bundesrepublik Deutschland unterstützt ihn: mit Militärhilfe, Ausbildung von Spezialeinheiten, enger geheimdienstlicher und diplomatischer Zusammenarbeit. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die freie politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden aufgehoben ("PKK-Verbot": Schließung kurdischer Organisationen und Vereine) und türkische und kurdische Regimegegner/innen werden in die Türkei abgeschoben.

Nachdem der Tod von Andrea Wolf und die Umstände bekannt wurden, reagierte die türkische Regierung auf die offizielle Anfrage der Bundesregierung, in dem sie den Vorfall abstritt. Diese bisherigen Reaktionen machen deutlich: Wie unzählige Male vorher soll eine Aufklärung und Verurteilung der Täter nicht stattfinden.

Deshalb unterstützen wir die Internationale unabhängige Untersuchungskommission.

Gemeinsam mit Lilo Wolf, der Mutter von Andrea, wollen wir eine unabhängige Untersuchung: Sie soll aufklären, was am 22.10.1998 in Keles/Kurdistan genau geschehen ist und die Umstände des Todes von Andrea Wolf und mindestens acht weiteren Kämpferinnen recherchieren. Sie soll die Öffentlichkeit darüber unterrichten, welche völkerrechtlichen, strafrechtlichen und politischen Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen zu ziehen sind.

Das Massaker vom 22.10.1998 steht in einer langen Reihe von Kriegsverbrechen. Die Statistiken der international renommierten IHD-Menschenrechtsvereine lügen nicht. Immer wieder begehen türkische Militäreinheiten im Krieg gegen die kurdische Guerilla Greueltaten: Gefangene werden auf entsetzliche Weise

mißhandelt, gefoltert, Frauen vergewaltigt. Die Arbeit der Kommission ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung. Ihre zentrale Aufgabe wird es sein, die Systematik der Mißhandlung und Hinrichtung von Kriegsgefangenen zu klären.

Die Aufklärungsarbeit der Untersuchungskommission soll eine öffentliche Verurteilung des türkischen Staates unterstützen. Der türkische Staat muß gezwungen werden, die Genfer Konvention zu unterschreiben, anzuerkennen und einzuhalten. Die Verantwortlichen für die Mißhandlung, Folter und Ermordung müssen zur Rechenschaft gezogen werden, der türkische Staat wegen seiner ständigen Verstöße gegen das Völkerrecht und seiner Kriegsverbrechen international geächtet werden.

Zudem fordern wir die sofortige Einstellung der deutschen Militärhilfe an den türkischen Staat, den Stop der Ausbildung türkischer Spezialeinheiten und die Untersuchung, Verurteilung und Einstellung der Zusammenarbeit deutscher und türkischer Geheimdienste.

Die Kommission soll mit ihrer Arbeit und ihren Initiativen dazu beitragen, die Einhaltung der Genfer Konvention und des internationalen Völkerrechts durchzusetzen, sowie eine lückenlose Aufklärung und Bestrafung von Kriegsverbrechen zu ermöglichen. Menschenrechte sind kein Privileg der Mächtigen, Menschenrechte sind unteilbar: ob für Zivilist/innen, Journalist/innen, Gewerkschafter/innen, Politiker/innen, Soldaten oder Guerilla-Kämpfer/innen.

Auch deshalb sind wir der Überzeugung, daß die Aufklärung der Kriegsverbrechen in Kurdistan, deren internationale Verurteilung und Beendigung zu einer politischen Lösung des Krieges in Kurdistan beitragen kann, die die Rechte und Interessen des kurdischen Volkes wahrt.

München, Marburg und Frankfurt,

den 22. November 1998

Koordinationsbüro München

c/o Rechtsanwältin Angelika Lex

Landwehrstraße 55, 80336 München

Tel.: 089/ 51399300, Fax: 089/ 51399399, eMail: iuk-andrea.wolf@brd.de

(Wer diesen Aufruf mitunterzeichnen und die Untersuchungskommission unterstützen will, schreibe bitte an das Koordinationsbüro)

Wir drucken auf dieser Seite Artikel aus der zweiten Ausgabe der Zeitung so oder so nach.

so oder so erscheint im Rahmen der Vorbereitung zur internationalen Konferenz "Befriedung oder Befreiung? Perspektiven internationaler Solidarität", die vom 1. - 5. April in Berlin stattfinden wird. Informationen und Kontakt gibt es über: Konferenzbüro, Yorkstr. 59, 10965 Berlin, eMail: konferenz@libertad.de.

Die erste Ausgabe der Zeitung so oder so lag ak 420 bei.

31. Die Mitte spricht rechts. Über den rechten Diskurs in der Gesellschaft

Autor: Margret und Siegfried Jäger · Rubrik: Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:01

Der folgende Text ist ein Vorabdruck aus dem neuen Buch von Magret Jäger und Siegfried Jäger "Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens", das in Kürze im Aufbau Verlag erscheint. Die AutorInnen haben den Diskurs des NS-Faschismus, seine Aufnahme durch den heutigen Rechtsextremismus und sein Hineinwirken in die bürgerliche Mitte und den Alltag der heutigen Gesellschaft herausgearbeitet. Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allen auf den Mittelteil des Buches, in dem es besonders um den Rechtsextremismus geht. Dabei werden die Anschlußstellen an den NS-Faschismus markiert und das Aufleben völkischer Ideologie in der Mitte der Gesellschaft kurz und exemplarisch skizziert.

Wir danken dem Aufbau-Verlag für die Genehmigung zum Vorabdruck. Der Text ist leicht gekürzt - auf Anmerkungen wurde weitestgehend verzichtet.

Mit dem Ende des deutschen Faschismus war faschistisches Denken keineswegs verschwunden. Völkisches Denken und Sprechen war weiterhin auf allen Ebenen des öffentlichen und privaten Lebens zu beobachten.

So notierte Victor Klemperer, der Verfasser des Buches "Lingua Tertii Imperii" ("Die Sprache des Dritten Reiches") in seinem Tagebuch vom 25. Juni 1945: "Ich muß allmählich anfangen, systematisch auf die Sprache des VIERTEN REICHES zu achten. Sie scheint mir manchmal weniger von der des DRITTEN unterschieden als etwa das Dresdner Sächsische vom Leipziger."

Wenn wir Diskurse als einen "Fluß von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit" verstehen, dann sind diese Beobachtungen von Victor Klemperer nicht nur verständlich; die beobachtete Kontinuität ist sogar erwartbar. Diskurse sind historische Verläufe, die von Menschen ständig konserviert, reproduziert und auch verändert werden. Dabei können sich die Veränderungen eher schleichend und allmählich, sie können sich aber auch bruchartig vollziehen.

So gesehen, konnte der "nationalsozialistische" Diskurs nicht einfach abbrechen und durch einen demokratischen Diskurs ersetzt werden. Victor Klemperer hat in seinen Tagebüchern ab 1945 diesen Prozeß genau protokolliert: Der alte faschistische Diskurs wurde weitergeführt und gleichzeitig in der damaligen sowjetischen Besatzungszone in einen neuen demokratischen bzw. sozialistischen Diskurs überführt. Ein ähnlicher Prozeß vollzog sich auch im Westen Deutschlands.

Doch wie sieht es heute, nach über fünfzig Jahren, mit solchen Erbschaften aus?

Wir können und müssen feststellen, daß sich seit einer Reihe von Jahren sowohl im Osten wie auch im Westen dieser Republik zunehmend rechtsextreme Vorstellungen auf verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsebenen Geltung verschaffen. Seit dieser Zeit etwa konnten rechtsextreme Parteien Mandate in verschiedenen Parlamenten erringen. Auch wenn Rechtsextreme mittlerweile aus vielen deutschen Parlamenten wieder verschwunden sind, so zeigen aber die Ergebnisse der Landtagswahlen von Baden-Württemberg, Hamburg und Sachsen-Anhalt, daß rechtsextreme Wahlerfolge auch weiterhin möglich sind - im Westen wie im Osten von Deutschland. Und wer die Prozentzahlen addiert, die rechtsextreme Parteien bei Wahlen erzielen, der stellt fest, daß hier durchaus ein Wählerpotential vorhanden ist, das allein durch die Zerstrittenheit innerhalb des rechtsextremen Lagers an seiner Entfaltung gehindert wird. Hinzu kommen die anhaltenden gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber EinwanderInnen, Flüchtlingen, Schwarzen, Juden und Behinderten. Sie zeigen deutlich, welch hohes Maß an Gewalt von diesem nationalistischen und rassistischen Hintergrund ausgeht.

Die Frage steht also: Äußert sich in solchen Entwicklungen eine Erbschaft aus dem Faschismus? Schließlich können rechtsextreme Gazetten und Organisationen teilweise auf eine stattliche Anzahl von Existenzjahren in der alten BRD zurückblicken. Ihre Mitgliederstärke wird zur Zeit auf 48.000 Personen geschätzt.

WissenschaftlerInnen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, stellen weitgehend übereinstimmend fest, daß es seit Jahren - und nicht etwa erst seit der Vereinigung im rechtsextremen Spektrum eine Art

Sammlungsbewegung gibt, die sich teilweise recht widersprüchlich darstellt: Zwischen den verschiedenen Parteien, Zirkeln und Zeitschriftenredaktionen dieser Szene herrscht einerseits eine enge Zusammenarbeit; andererseits konkurrieren sie miteinander und streiten über ihre unterschiedlichen politischen Strategien.

Diese Sammlungsbewegung ist allerdings keine Bewegung, die - wie ein Druck von rechts - sich von außerhalb auf die herrschende politische Kultur zubewegt und deshalb Einfluß gewinnen kann, weil und indem sie sich quantitativ ausweitet. Wir müssen vielmehr davon ausgehen, daß rechtsextreme Ideologiefragmente deshalb zunehmend akzeptiert werden, weil sie in diesem herrschenden politischen Diskurs der BRD, sozusagen in der "Mitte" unserer Gesellschaft, dazu passende Anknüpfungspunkte finden. In diesem öffentlichen und alltäglichen Diskurs hat in den letzten Jahren eine Verschiebung stattgefunden, die nicht nur von Claus Leggewie mit dem Terminus der "Rechtswende" belegt wird. (Leggewie 1991)

Völkischer Nationalismus im Rechtsextremismus

Dabei ist es irrelevant, ob Parteien der Mitte sich gezwungen sahen, eine solche Rechtsverschiebung voranzutreiben, etwa um wieder Wählerstimmen an sich zu binden. Oder ob sie "aus freien Stücken" ihre Programmatik und Politik stärker nach rechts ausgelegt haben, weil sie darin eine Lösung der politischen Probleme in ihrem Interesse vermuten. Entscheidend ist, daß sich so rechtsextreme Ideologiebestandteile in der "Mitte" der Gesellschaft etablieren können. Und natürlich versuchen rechtsextreme Ideologen aus dieser Situation Honig zu saugen und als Stichwortgeber für weitere autoritäre Entwicklungen zu fungieren. Dies geschieht beispielsweise dann, wenn das Problem der Massenarbeitslosigkeit von rechtsextremer Seite völkisch aufgeladen wird und gegen ausländische Mitbürger gewendet wird.

Die gefährliche Erbschaft aus dem Faschismus liegt also vermutlich genau in dem Zusammenspiel zwischen ausgearbeiteten rechtsextremen Diskursen und völkischen Diskursen im Zentrum unserer Gesellschaft. Aufgrund solcher Anschlußstellen im herrschenden Diskurs sind rechtsextreme Diskurse überhaupt nur in der Lage, demokratische Positionen zu untergraben. Sie koppeln sich an die in unserer Gesellschaft eben auch vorfindbaren undemokratischen Positionen und Traditionen an und entwickeln sie weiter.

Die Gefahr einer undemokratischen und ausgrenzenden Entwicklung geht dabei sicherlich nicht von den zersplitterten und relativ schwachen rechtsextremen Organisationen selbst aus, sondern davon, daß sich die diskursive Entwicklung in der BRD insgesamt weiter für rechtsextreme Ideologieelemente öffnet, als dies bislang schon der Fall ist. (1) Wollen wir dieser Gefahr begegnen, ist es allerdings auch notwendig, sich intensiv mit den Entwicklungen im rechtsextremen Lager zu beschäftigen. Hier werden die Politikkonzepte geschmiedet oder konserviert, mit denen unsere Gesellschaft weiter nach rechts verschoben werden soll. Sie geben Aufschluß über Argumentations- und Deutungsmuster und auch über Diskursstrategien, mit denen wir konfrontiert werden und die es im Sinne einer demokratischen Entwicklung in Deutschland abzuwehren gilt.

Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob wir heute überhaupt von einer einheitlichen rechtsextremen Ideologie sprechen können. Unsere These dazu lautet: Bei allen Unterschieden, die innerhalb der rechtsextremen Szene zu Verfeindungen und Abgrenzungen führen, gibt es einen gemeinsamen Kern rechtsextremer Ideologie. Diesen Kern bezeichnen wir im folgenden als "rechtsextrem", wohl wissend, daß in der gegenwärtigen Debatte einzelne Elemente dieser Ideologie mit anderen Termini belegt sind. Da ist von Neofaschismus, von Nationalismus und Rechtsradikalismus und nicht zuletzt häufig auch von der "Neuen Rechten" die Rede. Letztere betrachten wir als eine intellektuelle Variante des derzeitigen Rechtsextremismus, der es vor allem darum geht, die Rückwärtsgewandtheit ihrer Gedanken zu kaschieren und sich als modern zu präsentieren.

Rechtsextreme Ideologie wird von der Grundauffassung geleitet, daß die Menschen von Natur aus ungleich sind und diese Ungleichheit ihnen die jeweilige Stellung in der Gesellschaft bzw. der Welt zuweist. Diese Grundauffassung artikuliert sich in verschiedenen Politikfeldern und tritt hervor als Nationalismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, um nur einige Elemente zu nennen. Insofern setzt sich der rechtsextreme Diskurs in der Bundesrepublik aus verschiedenen Elementen zusammen, die erst in ihrer Gesamtheit als rechtsextreme Ideologie zu bezeichnen sind. Trotzdem können sie bereits als einzelne Elemente diskursive Wirkung entfalten.

Ein wichtiger Bestandteil des rechtsextremen Diskurses in der Bundesrepublik ist der Nationalismus und zwar der völkisch begründete Nationalismus. Was ist damit gemeint?

Im Konzept des völkischen Nationalismus werden die Nation bzw. das Volk zu einem besonderen Ideal hypostasiert. Oberstes Ziel aller Politik liegt in der Sicherung der Existenz des deutschen Volkes, das als gewachsenes homogenes Gebilde unterstellt wird. An diesem Ziel werden alle politischen Strategien gemessen.

Völkisch begründeter Nationalismus fordert die sogenannte "Deutschstämmigkeit" seiner Staatsbürger und macht ihre biologische, blutmäßige Abkunft von deutschen Vorfahren zur Grundbedingung für die Staatsbürgerschaft. Sogenannte "Andersartige" können nicht integriert werden. Der Zuzug von "Fremden" wird abgelehnt; meist wird ihre Ausweisung bzw. eine Entmischung der Völker gefordert. Damit steht der völkische Nationalismus in einem fundamentalen Gegensatz zur westlichen politischen demokratischen Tradition, bei der die Erlangung der Staatsbürgerschaft für ausländische Menschen immer auch möglich ist, also auch für Deutsche im sog. Ausland. Wir können hier bereits erkennen, daß ein völkisch begründeter Nationalismus immer auch eine rassistische Komponente enthält.

Kardinalpunkt des völkisch begründeten Nationalismus ist die erwünschte Einheit von Volk und Staat. Die Einheit beider soll in der Nation oder der "Volksgemeinschaft" erreicht werden. Dabei wird anderen Völkern durchaus das Recht auf eine eigene staatliche Existenz zugesprochen, doch das Ziel deutscher Politik ist das rassisch homogene deutsche Volk in einem Staat.

In der rechtsextremen Zeitschrift Europa Vorn (April 1997) wird dies etwa von Manfred Rouhs, einem Vertreter der von den Republikanern abgespaltenen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) folgendermaßen formuliert: "Auch wir Deutschen haben ein Recht auf unsere Heimat, auf unser Vaterland! China den Chinesen, die Türkei den Türken und Deutschland den Deutschen - das ist unser Credo."

Nun könnte man einwenden, eine Vision von einem homogenen deutschen Volk sei illusionär. Wie soll das in einer Gesellschaft vonstatten gehen, in der seit vielen Jahrhunderten Einwanderung stattgefunden hat und weiter stattfindet? Schließlich ist in Deutschland kaum noch jemand anzutreffen, den man für einen alten Germanen halten würde. Dennoch ist zu beachten, daß das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht die Abstammung als ein wichtiges Kriterium für die deutsche Staatsbürgerschaft ansieht - im Unterschied etwa zu dem anderer Staaten. Hier liegt also durchaus ein Anknüpfungspunkt für völkisches Denken vor, auf den rechtsextreme Ideologen verweisen können, um die Legitimität ihrer Forderung nach einem homogenen deutschen Volk herauszustellen. Und auch die teilweise emotional geführte Debatte darüber, ob sich Deutschland als ein Einwanderungsland zu verstehen habe oder nicht, zeigt, daß man sich in dieser Frage durchaus nicht einig ist.

Die Forderung nach einem homogenen deutschen Volk wird von Rechtsextremen oftmals in Form einer angsttreibenden Vision vorgetragen, die die gegenwärtige Situation in Deutschland als Katastrophe schildert, in der die "Eingeborenen" als potentielle Opfer dargestellt werden, die von den Politikern, die schließlich von ihnen gewählt wurden, verraten und verkauft werden.

Alfred Mechtersheimer betreibt dies z.B. in einer Rede, die er vor dem baden-württembergischen Landtag in Stuttgart hielt. Angesichts der stattfindenden Einwanderung glaubt er: "Längst hat die dritte große Vertreibung von Deutschen in diesem Jahrhundert eingesetzt, nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg nun die dritte Vertreibung aus den Stadtteilen, wobei diesmal besonders die sozial Schwachen betroffen sind."

Und Franz Schönhuber beschwört als eine Zukunftsperspektive Deutschlands: "Deutschland gibt unter der Last der uns immer wieder vor Augen geführten schlimmen Vergangenheit dem Druck der sich sprunghaft vermehrenden und nach besseren Lebensverhältnissen strebenden Weltbevölkerung, besonders aus der Dritten Welt, nach und öffnet die Schleusen; dann wird am Ende ein Gebilde dastehen, das keinen Unterschied zwischen Wirten und Gästen mehr kennt. Ein deutsches Volk wird es dann nicht mehr geben." (Nation und Europa/Deutsche Monatshefte, Januar 1997)

Charakteristisch an dieser Argumentation ist, daß sowohl von Alfred Mechtersheimer wie auch von Franz Schönhuber die Einheimischen in eine bedrohte Situation hineingeschrieben werden, aus der heraus sie quasi aus Notwehr gegen weitere Einwanderung vorgehen müssen. Dabei müssen sie ihr politisches Ziel: Erhalt eines homogenen deutschen Volkes, nicht mehr eigens begründen, sondern können dies als Konsens voraussetzen - eine Voraussetzung, die bei der Leserschaft von Nation und Europa sowie von Europa Vorn wohl auch vorliegt.

Solche Bedrohungsszenarien sind jedoch nicht allein in rechtsextremen Zeitschriften zu finden. Auch in den Printmedien der sogenannten Mitte lassen sich viele Artikel auffinden, die vor einer Einwanderung in der Weise warnen, daß Deutsche dadurch im eigenen Land zu Fremden würden. Auch finden sich Bilder zuhauf, die inszenieren, daß die Einheimischen von einer "Flut" von Einwanderern und Flüchtlingen geradezu überrannt werden. Auf diese Weise werden Angstgefühle in der Bevölkerung geschürt, ohne daß allerdings die Vision vom "aussterbenden Volk" explizit angesprochen wird.

Auch die Ausarbeitungen und Äußerungen einiger führender Unionspolitiker sind dazu angetan, die Nation zu einer "quasi-religiösen Instanz" (Kellershohn, 1994) zu erhöhen. In dem Buch "Und der Zukunft zugewandt" von Wolfgang Schäuble finden wir z.B. folgende Passage: "Im Gegensatz zu unseren Verbündeten fehlt den Deutschen heute weitgehend das Verständnis dafür, daß Nation eben auch Schutzgemeinschaft nach außen bedeutet. Eine solche emotionale Bindung, das verinnerlichte Ethos einer stets zur Selbstbehauptung und Verteidigung der Freiheit bereiten Schicksalsgemeinschaft konnte nach dem Zweiten Weltkrieg natürlich nicht über Nacht heranreifen."

An solche Positionen können rechtsextreme Ideologen teilweise recht erfolgreich anschließen. Dies geschieht zur Zeit vor allem im Umfeld der Wochenzeitung Junge Freiheit. Ihre publizistische Strategie ist es, "strategische Ansatzpunkte und Sammlungsbewegungen des rechten Parteienspektrums zu unterstützen." (Mecklenburg, Hrsg., 1996) Deshalb schreiben in Junge Freiheit sowohl konservative Autoren wie auch Personen aus dem rechtsextremen Umfeld.

Doch der völkische Nationalismus will nicht nur die Homogenität des deutschen Volkes bewahren oder wie auch immer herstellen. Er richtet sein Augenmerk auch auf außenpolitische Sachverhalte. Ein Schlüsselbegriff dafür ist die "nationale Identität" oder die "völkische Identität".

Diese wird mit der Zugehörigkeit zur deutschen Nation begründet, einer Nation, die an das Deutschland in den Grenzen von 1937 gebunden ist. Das bedeutet, daß die derzeitigen Staatsgrenzen von Deutschland auch nach der Vereinigung in Frage gestellt werden. Damit dies nicht in Vergessenheit gerät, wird in rechtsextremen Gazetten das Gebiet der ehemaligen DDR meist als "Mitteldeutschland" bezeichnet. Der Anspruch auf weitere Ostgebiete wird damit wachgehalten.

Deshalb arbeiten rechtsextreme Ideologen auch fleißig daran, die Voraussetzungen für eine solche politische Option herzustellen. Eine wichtige Voraussetzung dazu wird darin gesehen, daß die deutsche Geschichte re-interpretiert, sprich: vom Faschismus entsorgt wird. Erst mit einem unverkrampften nationalen Bewußtsein ist daran zu denken, daß öffentlich über Grenzverschiebungen nachgedacht wird.

Der Relativierung der faschistischen Vergangenheit kommt deshalb in rechtsextremen Zeitungen eine zentrale Bedeutung zu. Dabei geht es zum einen darum, die faschistischen Verbrechen durch Vergleiche mit Verbrechen anderer Völker zu relativieren: "Die NS-Zeit ist inzwischen Geschichte. Eine verhängnisvolle gewiß, aber eben Geschichte. Die Untaten des NS-Staates gehören zu unserer Historie genauso wie die Ausrottungspolitik gegenüber den Indianern zur amerikanischen, die Greueltaten der Kolonialzeit zur englischen und die blutigen, stalinistischen Säuberungen zur russischen." (Franz Schönhuber, Nation und Europa/Deutsche Monatshefte, Januar 1997)

Biologischer und kultureller Rassismus

Betrachten wir, auf welche Weise Franz Schönhuber hier die faschistische Vergangenheit charakterisiert und wie er die Verbrechen anderer Staaten bezeichnet, so stellen wir charakteristische Unterschiede fest: Die faschistischen Verbrechen werden euphemistisch als "Untaten" bezeichnet. Ihre konkrete Gestalt bleibt so im dunkeln. Demgegenüber haben wir es bei den Amerikanern jedoch mit einer "Ausrottungspolitik", bei den Engländern mit "Greueltaten" und bei den Russen mit "blutigen, stalinistischen Säuberungen" zu tun.

Dennoch gilt festzuhalten, daß der rechtsextreme Diskurs meist nicht umhinkommt, sich - wie auch immer - vom Hitler-Faschismus zu distanzieren. Die Distanzierung ist sogar rhetorisch notwendig, um den Faschismus glaubwürdig relativieren zu können.

Des weiteren soll deutsche Geschichte auch dadurch bereinigt werden, daß die Art und Weise deutscher Vergangenheitsbewältigung als für die Zukunft lähmend und letztlich die Gesellschaft zerstörend angeprangert wird.

Rassismus ist ein Kernelement des Rechtsextremismus, mit dem dieser in besonderer Weise eine Brücke zum Alltagsbewußtsein der Bevölkerung schlagen kann. Denn mittlerweile ist es wohl unbestritten, daß Rassismus ein Bestandteil alltagsweltlicher Lebenspraxen ist. Dieser Umstand bedeutet nicht, daß alle Personen, die rassistisch denken, auch über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen.

Unter Rassismus verstehen wir dabei eine Einstellung im Sinne von "Für-Wahr-Halten" bzw. "Wissen", bei der Personen, die "anders" aussehen und/oder "andere" Sitten und Gebräuche pflegen als die Mehrheit der Bevölkerung, indem sie z.B. eine andere Sprache sprechen, als mehr oder weniger homogene Gruppe, eben als "Rasse", angesehen und negativ beurteilt werden, wobei diese Beurteilung im Einklang mit dem hegemonialen Diskurs steht.

Je nachdem, ob die Rassenkonstruktion unter Hinweis auf körperliche oder kulturelle Merkmale zustandekommt, läßt sich von einem genetischen (bzw. biologischen) oder kulturalistischen Rassismus sprechen. In beiden Fällen werden soziale Eigenschaften und Verhaltensweisen von Menschen als natürlich und unveränderbar angesehen, mit anderen Worten: sie werden naturalisiert. Auch der kulturalistisch daherkommende Rassismus entpuppt sich so letztlich als biologistisch.

Rassismus tritt in rechtsextremer Presse gegenwärtig vor allem in seiner ethnopluralistischen Variante auf. Propagiert wird eine "Vielfalt der Völker". Die Parole: "Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken" ist bereits genannt worden.

Solchen Forderungen liegt die Vorstellung zugrunde, daß es in der Welt verschiedene "Völker" und "Rassen" gibt, die häufig auch verschleiernd als "Ethnien" bezeichnet werden, um den negativen Beigeschmack vor allem des "Rasse"-Begriffs zu vermeiden. Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Völkern regelt sich über eine gemeinsame Verwurzelung, über ein gemeinsames biologisches oder kulturelles "Erbe" (bzw. "Erbgut"). Der Mensch ist in dieser Sicht nicht in erster Linie ein Individuum, ein soziales Wesen, das in der Einheit von Körper und Geist existiert, sondern ein Angehöriger einer biologisch oder kulturell definierten Großgruppe, einer homogenen Ethnie. Daraus wird gefolgert: Eine "Identität" kann der einzelne allein im Kollektiv seiner Ethnie entwickeln. Die Ethnie kann dagegen an einer "Überfremdung" durch Individuen und Gruppen aus anderen Ethnien zugrunde gehen, ja ab einem gewissen Grad der "Vermischung" muß sie zwangsläufig zugrunde gehen. Deshalb muß jede Ethnie biologisch und kulturell intakt gehalten werden und vor "Überfremdung" geschützt werden.

Das Neue an einer solchen Auffassung gegenüber Vorstellungen, die im NS-Faschismus grassierten, ist, daß sie nicht von vornherein Völker oder Ethnien minderer und höherer Qualität unterscheidet. Daraus erklärt sich, daß Rechtsextreme durchaus einen Dialog der Kulturen fordern. So Alain de Benoist im Gespräch mit Armin Mohler und Dieter Stein. (Junge Freiheit, März 1993) Dort sagte er: "Die Vorstellung der Überlegenheit einer Nation, eines Volkes, einer Rasse, einer Zivilisation ist absurd. Besonders grotesk wäre, eine Superiorität der westlichen Zivilisation zu behaupten - ihr geschichtlicher Weg war lamentabel, ihr heutiger geistiger Zustand ist ärmlich. Wir brauchen mehr denn je einen Dialog der Kulturen." Bei genauerem Hinsehen entlarvt sich dieser Dialog dann jedoch recht schnell als ein, Kampf der Kulturen gegeneinander bei dem sich der Bessere behauptet.

Stefan Ulbrich drückt dies sehr plastisch in einem Artikel in der Jungen Freiheit (10/92) aus. In jeder Gesellschaft gebe es "eine Vielzahl unterschiedlichster Kulturen". Und: "Nicht selten stehen diese Varianten in heftigem Widerspruch zueinander, nicht selten ähneln die gegenseitigen Gefühle der Feindseligkeit substantiell denen des Rassenhasses." Hieraus schlußfolgert er: "Laßt uns schwärmen von den Unterschieden ... Die wahren Unterschiede sind die, die im Kampf behauptet werden können." Aus dieser Sicht wird eine multikulturelle Gesellschaft zum Kampffeld.

Wenn das so ist, dann stellt sich aber die Frage: Worin liegt dann überhaupt der rassistische Gehalt des sogenannten Ethnopluralismus? Er liegt darin, daß er eine Vermischung von Menschen, die unterschiedlichen Kulturen oder vermeintlichen Rassen angehören, nicht zulassen will. Darin geht die Vorstellung ein, daß bestimmte vorhandene natürliche und/oder kulturelle Eigenschaften dieser sogenannten Ethnien sich nicht nur mit unserer nicht vertragen, sondern daß eine Mischung zur Degeneration unserer Ethnie führe - was zu verhindern sei.

Mit derartigen rassistischen Vorstellungen ist der rechtsextreme Diskurs besonders aufgeladen. Die folgenden Überschriften lassen sich deshalb auch so oder in gewissen Varianten permanent in allen rechtsextremen Zeitungen auffinden:

- "Ausländer belasten Staatskassen" (Deutsche Stimme, Februar 1997)

- "Ausländerstopp ist das Gebot der Stunde" (Deutsche Stimme, Januar 1997)

- "Streß durch Überbevölkerung" (Nation und Europa / Deutsche Monatshefte, Januar 1997)

- "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" (Flugblatt der NPD zum 1. Mai 1997)

- "Ausländer-Kriminalität: Was stimmt? So werden die Deutschen belogen" (Deutsche Nationalzeitung, Juni 1997)

In den Texten, die solchen Überschriften folgen, wimmelt es dann von suggestiven Formulierungen, von einschlägigen Symbolen und Dramatisierungen.

Die Frage ist berechtigt, ob eine derartige Überzeichnung und Hetze gegenüber Ausländern für den herrschenden Diskurs überhaupt von Bedeutung sein kann. Doch ein analytischer Blick auf die Berichterstattung über Ausländerzuzug und Einwanderung in eindeutig nicht rechtsextremen Presseorganen zeigt, daß auch hier, in Spiegel und Focus, in FAZ und WAZ ähnliche Metaphern und Symbolkomplexe zur Anwendung kommen.

Auch die Verknüpfung von Einwanderung und Kriminalität unter dem Stichwort der "Ausländerkriminalität" finden wir in den Medien zuhauf. (2) In den letzten Monaten und Jahren gibt es kaum eine Zeitschrift oder Zeitung, die diesen Zusammenhang nicht thematisiert hat. Aufsehen erregte dabei der Spiegel-Aufmacher zur Titelstory "Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft".

Angesichts solcher nicht zu übersehender Gemeinsamkeiten zwischen bürgerlicher und rechtsextremer Presse ist es nicht verwunderlich, wenn letztere die Korrektheit ihrer Thesen auch schon mal mit Meldungen aus der bürgerlichen Presse garniert. Und gerne nimmt man dort zur Kenntnis, daß die herrschende Politik sich ihrer Sichtweise annähert und feiert dies als eigenen politischen Erfolg. Mit Blick auf die eigene Strategie wird in Nation und Europa/Deutsche Monatshefte z.B. die Ankündigung von Innenminister Manfred Kanther, die sogenannte Ausländerkriminalität zum Wahlkampfthema zu erheben, so kommentiert: "Aus Angst vor gegnerischen Angriffen die eigenen Themen abzuschwächen oder gar zurückzunehmen" sei falsch. "Wo dies geschieht, besetzt ohne Skrupel die Union das freigewordene Feld." (Nation und Europa/Deutsche Monatshefte, Januar 1997)

Der spezifische Beitrag rechtsextremer Publikationen ist dabei darin zu sehen, daß sie die im Politik-, Medien- und Alltagsdiskurs vorhandenen rassistischen Vorbehalte gegenüber Ausländern systematisch zuspitzen und in politische Forderungen ummünzen, die auf einen Abbau demokratischer Strukturen hinauslaufen.

So fordert etwa Alfred Mechtersheimer einen "seriösen Radikalismus", eine "Argumentations-Offensive", mit der das "Prinzip der nationalen Präferenz" zum Durchbruch kommen soll. Unter nationaler Präferenz versteht er eine grundgesetzliche Verankerung von "Deutschland als Staat des Deutschen Volkes" mit einem entsprechenden Rechts- und Verordnungssystem. "Das bedeutet, wer Arbeit bekommt, wer Wohnung bekommt, wer staatliche Hilfe bekommt, soll daran gemessen werden, ob er zu diesem Volk gehört oder Gast ist." (Mechtersheimer, Europa Vorn, April 1997)

Ein weiteres fällt auf: Aus rechtsextremer Sicht muß kaum mehr begründet werden, weshalb eigentlich Deutsche und Zuwanderer nicht miteinander leben können sollen. Offenbar geht man davon aus, daß sich dies von selbst versteht. In aller Regel wird der Verweis darauf für ausreichend gehalten, daß die Praxis in anderen Ländern, etwa im ehemaligen Jugoslawien, ja zeige, daß ein Zusammenleben von Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft nicht möglich sei. Umgekehrt wird denjenigen dann Rassismus vorgehalten, die annehmen, der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien sei lediglich ein Konflikt der dort ansässigen Gruppen. So heißt es in Europa Vorn: "Es ist eine absonderliche Variante von Rassismus, wenn immer wieder behauptet wird, eine solche Barbarei ist offenkundig nur auf dem Balkan möglich, nicht aber bei uns in Mitteleuropa, obwohl genau die Bedingungen, die dort zu den Massakern geführt haben, bei uns hier heute geschaffen

werden." (April 1997) Damit meint Alfred Mechtersheimer, den wir hier zitieren, die Zuwanderung in Deutschland.

Während also das ethnopluralistische Weltbild in rechtsextremen Publikationen derzeit nicht weiter erklärt werden muß, gilt dies nicht dafür, die in der Bevölkerung vorzufindenden rassistischen Vorbehalte als natürlich, vernünftig und angeboren darzustellen. Diejenigen, die Personen als "irgendwie nicht richtig deutsch" ansehen, auch wenn diese "zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber nur von einem oder gar keinem deutschen Elternteil abstammen", gelten als mündige Bürger, die von der "diskutierenden Klasse" mißachtet würden.

Zum Beleg solch "natürlicher" Abwehr von Fremden werden dann auch gerne soziobiologische "Erkenntnisse" vorgetragen, mit denen die Argumentation ihre wissenschaftlichen Weihen erhalten soll.

Anschlußstellen

Rechtsextreme Diskurse ranken sich zur Zeit vor allem um die Frage der Nation. Diese steht im Mittelpunkt des Interesses. Angestrebt wird eine ethnische Homogenität im kulturellen und sozialen Bereich. Um ihre aggressiven außenpolitischen Vorstellungen einer politischen Umsetzung zuführen zu können, basteln sie vor allem an einer Entsorgung und "Normalisierung" deutscher Geschichte.

Ihre Position im Bereich der Einwanderung ist ebenso völkisch. Diese wird strikt abgelehnt. Bereits stattgefundene Einwanderung soll möglichst rückgängig gemacht werden. Ihre rassistischen Vorstellungen präsentieren Rechtsextreme vor allem in einer ethnopluralistischen Variante mit der sogenannten multikulturellen Gesellschaft als Schreckgespenst. Die islamische Religion wird zum Feindbild aufgebaut, das abendländisch-christliche Werte fundamental in Frage stelle. Große Aufmerksamkeit richten Rechtsextreme aber auch auf die "soziale Frage". Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird zum Aufhänger dafür, ihre Forderung nach "nationaler Präferenz" Nachdruck zu verleihen.

Bei der Analyse ihrer Publikationen lassen sich einige besondere Diskursstrategien erkennen, auf welche Weise Rechtsextreme tabuisierte Inhalte in den Gesamtdiskurs einzuspeisen versuchen. Da ist zum einen das Bemühen um Wissenschaftlichkeit, mit dem die Autorität der Wissenschaften für die ideologischen Zwecke instrumentalisiert wird. Da ist zum anderen der Duktus des unbequemen Mahners und Kritikers, der sich traut, das zu sagen, was andere nur denken. Ferner ist eine Verkehrung der Ausgangsbasis charakteristisch, mit der dann Einheimische zu Opfern und Einwanderer zu Tätern stilisiert werden. Eine weitere wichtige diskursive Strategie ist die systematische Nutzung des Anspielungsaspekts von Sprache. Nicht zuletzt nutzen rechtsextreme Ideologen die Diskussion um pc, um ihre undemokratischen Inhalte hoffähig zu machen.

Die gesellschaftliche Brisanz solcher rechtsextremen Diskurse liegt aber nicht in ihnen selbst. Sie ergibt sich aus ihrem Zusammenwirken mit einem "normalen" gesellschaftlichen diskursiven Umfeld, in dem bereits in erheblichem Maße völkische Fragmente eingedrungen sind. Ein Blick auf die herrschende Ausländerpolitik und ihre Verbreitung in den Medien zeigt, daß hier wichtige Anschlußstellen vorliegen. Wenn der Plan des Bundesinnenministeriums, diejenigen Ausländer auszuweisen, die bereits unter Verdacht stehen, eine kriminelle Handlung begangen zu haben, keine Proteste hervorruft, wenn sich große Teile der SPD hinter die populistischen Aussagen von Gerhard Schröder stellen, dann haben wir es mit einer Situation zu tun, in der Rechtsextreme für ihre Arbeit gute Bedingungen haben. Sie können an solche Diskurse anknüpfen und diese in eine undemokratische Richtung kanalisieren und damit radikalisieren. Doch wichtig ist, daß ohne diese Anschlußstellen rechtsextreme Inhalte keine Wirkung erzielen könnten. Und das bedeutet, daß die gefährliche Erbschaft, über die wir hier nachdenken und die auch Victor Klemperer fürchtete, in genau diesem Zusammenspiel auszumachen ist.

Siegfried Jäger/Margret Jäger

Anmerkungen:

1) vgl. hierzu auch die Ergebnisse eines vom DISS durchgeführten Projektes, in dem Vorhandensein und Formen "völkischnationalistischer Ideologie-Elemente im derzeitigen Politik-, Medien- und Alltagsdiskurs" untersucht wurden. (s. Jäger et al 1998)

2) Bereits der Terminus "Ausländerkriminalität" verweist auf einen rassistisch strukturierten Bedeutungszusammenhang Er suggeriert, daß die Kriminalität dieser Personen etwas mit ihrer nationalen Herkunft zu tun habe.

Literatur

Jäger, M. Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg, 1996

Jäger, S., BrandSätze. Rassismus im Alltag, Duisburg, 1996

Jäger, S., Kretschmer, D., Cleve, G., u.a., Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationale Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg, 1998

Kellersohn, H. (Hrsg.), Das Plagiat. Der völkische Nationalismus in der Jungen Freiheit, Duisburg, 1994

Leggewie, K., Rechts- ganz rechts und die MA-O-Am-Partei. In die Lage(r) der Union, 1991

Mecklenburg, J. (Hrsg.), Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, Berlin 1996

32. Opitz' Nachlaß

Autor: BdWi-Verlag · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:36

Reinhard Opitz war marxistischer Politikwissenschaftler, Faschismustheoretiker, politischer Polemiker, Musik- und Kunstliebhaber. Die großen Themen und Aktionen der Linken, welcher er sich zurechnete, beschäftigten ihn sein ganzes, kurzes Leben lang: Faschismus, liberale und monopolkapitalistische, kolonialistische und imperialistische Herrschaftsstrategien, die Europastrategien des deutschen Kapitals, Totalitarismus, Neofaschismus, Notstandsgesetze, Berufsverbote, Friedenspolitik. Seine Bücher erschienen bei Röderberg und Pahl-Rugenstein, außerdem hat er für die Blätter für deutsche und internationale Politik, für Argument, konkret, Forum Wissenschaft, für DVZ/die tat und für die Marxistischen Blätter geschrieben. Gewirkt hat er in SDS, DFU, VVN und BdWi.

In seinem Nachlaß fanden sich 6.000 Seiten, die inzwischen in Marburg gesichtet, abgetippt und kommentiert wurden. Die Hälfte des Materials wird nun vom Marburger BdWi-Verlag in drei Bänden zusammengefaßt und herausgegeben. Der erste Band enthält Studien zu Liberalismus und Integration, der zweite Arbeiten zum Faschismus und der dritte ein ganzes, bislang unveröffentlichtes Buch über die Röhm-Affäre von 1934. Reinhard Opitz' umfangreiche Schriften über Sozialliberalismus, Faschismus und Neofaschismus sowie die umfangreiche Quellensammlung "Europastrategien des deutschen Kapitals" sind in der neuen Edition nicht enthalten, es handelt sich hier um bislang weitgehend unbekanntes Material.

Die drei Bände können erscheinen, wenn 150 Exemplare bestellt werden. Bislang gibt es knapp 100 SubskribentInnen. Weitere 50 müssen dringend gefunden werden - bis zum 31. Januar 1999, so lange läuft die Subskription. Es ist der letzte Versuch, bevor die Typoskripte der nagenden Kritik der Mäuse überlassen, im Internet beerdigt oder in die Lahn geworfen werden.

Der Subskriptionsprospekt kann angefordert werden beim BdWi-Verlag, Postfach 543, D-35017 Marburg, Fon 06421/21395, Fax 06421/24654, e-mail bdwi@bdwi.org

33. Zweimal Taibo Zwei

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:13

Vom Krimiautor und Che Guevara-Biographen Paco Ignacio Taibo II liegen zwei neue Bücher in deutscher Übersetzung vor. Das kürzlich bei der "Edition Nautilus" (Hamburg) erschienene "Olga Forever" enthält zwei Kriminalromane. Das Besondere daran: mit der Reporterin Olga Lavanderos spielt erstmals in Taibos Krimis eine Frau die wichtigste Rolle. Der zuvor von den Verlagen "Libertäre Assoziation/Schwarze Risse/Rote Straße" gemeinsam herausgegebene Band "1968 - Gerufene Helden" hingegen ist eher autobiographisch. Er verknüpft episodenhafte Erinnerungen Taibos an 1968 mit dem Kurzroman "Gerufene Helden", der das Lebensgefühl der gescheiterten Bewegung im "Jahr danach" skizziert.

Heimliche Hauptfigur in beiden Büchern ist, wie immer, weniger eine konkrete Person als vielmehr eine Stadt: La Capital, DeEffe, D.F., wie sie ihre Bewohner selbst kurz und bündig nennen, die Hauptstadt. Das verhangene, vernieselte, verstunkene, beschissene, gefährliche, spannende und pulsierende Monstrum Mexiko-Stadt. Für Taibo II eben nicht eine, sondern die Hauptstadt. Das städtische, kaputte, selbstironisch-gebrochene und dennoch unbelehrbar optimistische Selbst seiner Hauptfiguren, die häufig das "Du hast keine Chance, aber nutze sie", verkörpern, macht auch die Nähe Taibos zu unseren Erfahrungswelten aus. Da erzählt einer, der einer von uns sein könnte. Mit einer Serie von Niederlagen auf dem Buckel, die auch unsere sind.

Paco Ignacio Taibo II ist ein Achtundsechziger. Einer von denen, die nicht aufgegeben haben. Aus dieser Perspektive berichtet er in seinem Text "1968" über die 123 Tage, in denen die mexikanische Studentenbewegung das Unterste nach oben kehrte, bevor sie mit einem Blutbad, dem Massaker von Tlaltelolco, abrupt beendet wurde. Taibo hält nichts von "schwarzer Magie". Deshalb weigert er sich, die Geschichte von der Niederlage ausgehend zu erzählen. Ihm gelingt eine dichte Schilderung des Aufbruchwillens und der Atemlosigkeit jener entscheidenden Monate in Mexiko-Stadt. Was die damaligen politischen Querelen betrifft, ist er gnadenlos polemisch. Er hält es gar nicht der Mühe wert, sie nachzuvollziehen und ihre innere Logik zu kritisieren. Statt dessen greift er einige skurrile Erscheinungsformen heraus und macht die Linksradikalen jener Zeit mehr oder weniger pauschal nieder. "Wir waren bereit unendliche ideologische Kriege zu führen, unlesbare Zeitungen herauszugeben, die von Zitaten von Lenin, Mao, Trotzki oder Bakunin strotzten, je nach dem Club, dem wir angehörten. Das Engagement war eine unendliche Kette, schlimmer als der Rosenkranz einer Frommen aus Puebla, von nächtelangen Sitzungen; Studienzirkeln, in denen Litaneien wiederholt, Schemata wiedererschaffen, wo wenig gedacht und über Paare getratscht wurde. Wir alle hatten ein Pseudonym, obwohl wir unsere wirklichen Namen wußten. Es gab reine und unreine Spartakisten, Maoisten und Neomaoisten, ungefähr vier Varianten von Trotzkisten und selbstverständlich die ewigen Menschewiken der KP, diese gruseligen Hauptfeinde der linken Linken, die, und das war das abfälligste Adjektiv, viel stärker als der schlimmste moralische Makel, ‚Reformisten` waren. Aus der Distanz betrachtet, waren wir ehrlich gesagt seltsam. Eine vom Aussterben bedrohte Spezies von Parteigängern obskurer Religionen, die wir uns ebensogut an die Gurgel hätten gehen können, indem wir Varianten einer Kommasetzung in den Manuskripten des Toten Meeres diskutierten ..." Sein Unwillen, sich ernsthaft mit den damaligen politischen Thesen auseinanderzusetzen, mag sich aus der Perspektive der Nachgeborenen anbieten, die wissen, daß die erwähnten Organisationen samt und sonders kläglich gescheitert sind. Dennoch ist es schade, daß er die im engeren Sinne politische Sphäre auf Stereotypen reduziert, während er im Sozialen, Gesellschaftlichen und Persönlichen um Differenzierung bemüht ist und facettenreiche Charaktere schildert.

Nach den autobiographischen Skizzen "1968" folgt mit "Gerufene Helden" im zweiten Teil des Buches ein Kurzroman, eher ein nur ansatzweise ausgearbeitetes Fragment, das vom Lebensgefühl im Jahr danach handelt. Witzig ist, wie der Erzähler seine Niedergeschlagenheit nach dem Blutbad wendet: Er bietet seine literarischen Helden mehrerer Jahrhunderte und verschiedener Kontinente auf, um sie in Mexiko D.F. zusammenzurufen und auf die Macht loszulassen. Wenigstens im Roman will Taibo die Möglichkeit des Sieges gelten lassen. Und Fragen wie die Fremdheit der Revolutionäre in ihrer Gesellschaft, die politischen und kulturellen Abgründe zwischen "uns und den anderen" oder das Gefühl der Schuld, das die Überlebenden nach der Niederlage umtrieb, machen das Buch lesenswert.

"Olga forever", der neue Krimiband, mit der Vespa-Fahrerin Olga Lavanderos ist aus anderem Holz geschnitzt. Da geht es um mysteriöse Verbrechen, die die 23-jährige Polizeireporterin des verkommenen Revolverblattes "La Capital" nicht ruhen lassen. Taibo zeichnet ein bedrohliches Szenario: "Die Gewalt liegt im Wesen von Mexiko-Stadt. Man braucht sie nicht zu suchen. Sie findet dich. Sie tritt hervor. Sie läuft frei herum. Das ist nichts Neues, es kommt von früher." Die Gewalt der Stadt speist sich aus den Quellen der Macht: der Staatspartei PRI, der Polizei, von Emporkömmlingen, Drogenhändlern und bigotten Prälaten. Olga, die einsame Rächerin, stürzt sich in den Sumpf. Mit ihr der Großvater, ein ausgemusterter Offizier, der, wenn er ihr nicht gerade den Kühlschrank leer trinkt, meterweise antiklerikale Tiraden vom Stapel läßt. Ganz lustig. Zwar kam ich bei manchen Sprüngen in der Handlung nicht mit und schlußendlich weiß ich auch nicht, was mir Taibo eigentlich sagen will, aber fest steht: Sein selbstgestecktes Ziel hat er erreicht. Er stürzte sich nämlich in "eine Lokalverbundenheitskur" und schrieb einen durch und durch mexikanischen Roman, ein Buch als Zeugnis der Komplizenschaft mit seiner Stadt und seinem Land.

Albert Sterr

Paco Ignacio Taibo II, 1968/Gerufene Helden (Verlag Libertäre Assoziation; Schwarze Risse/Rote Straße) Hamburg/Berlin 1997, 154 S., DM 24.-

Paco Ignacio Taibo II, Olga Forever (Edition Nautilus) Hamburg 1998, 192 S., DM 29,80

34. Von deutscher Nationaldichtung. Goethes "Faust" - Begleiter zwischen Verdun und Stalingrad

Autor: Js. · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:02

Pünktlich mit dem Sylvester-Feuerwerk hat auch das "Goethe-Jahr" begonnen. "Deutschland" feiert den 250. Geburtstag seines "größten Dichters", und alle dürfen ein bißchen stolz sein und am nationalen Wonnegefühl teilhaben. Aus mehr oder minder berufenem Munde wird uns erklärt werden, warum Goethe auch heute noch aktuell, zukunftsweisend und überhaupt unverzichtbar sei. Nicht zuletzt geht es dabei ums Geschäft. Das Merchandising boomt schon jetzt: Verscherbelt werden Teller, Tassen und T-Shirts mit den einprägsamsten Worten des Dichters. Auch Gedrucktes gibt es in Hülle und Fülle: Werkausgaben zum Hinstellen, alte und neue Sekundärliteratur. Wer das ganze Brimborium nicht offensiv ignorieren will, tut gut daran, sich beizeiten mit Kenntnissen und Argumenten zu wappnen.

Dabei hilft Willi Jaspers Buch "Faust und die Deutschen", in dem es um die Ambivalenz von Goethes "Hauptgeschäft" geht: der zweiteiligen Tragödie "Faust", die zum "Nationalkunstwerk" der Deutschen erhoben wurde. Daß dieses zutiefst humanistisch sei und von Militaristen und Nazis lediglich "mißbraucht" wurde, läßt Jasper nicht gelten. Goethes Faust, der trotz seines Paktes mit dem Teufel und seiner Verbrechen am Ende erlöst wird, könne auch als Kontrahent von Lessings Aufklärer Nathan verstanden werden. Goethe ästhetisierte in ihm, was später als "das ominöse deutsche Wesen" ausgegeben wurde: "die Deutschen als ewig gespaltene Nation zwischen Innerlichkeit und Imperialismus, romantischer Dichtung und übersteigertem Nationalismus, zwischen Hölderlin und Hitler, Himmel und Hölle". Was Faust verkörpert, beschreibt Jasper auf vier Buchseiten in einer brillanten Inhaltsangabe beider Teile der Tragödie. Kostprobe: "Der entfesselte Akademiker hat jegliche Skrupel verloren. Er verführt das Mädchen (Gretchen), bringt dessen Bruder durch ein vergiftetes Schlafmittel um und tötet den Bruder Valentin im unehrlichen Kampf. (...) Im zweiten Teil der Tragödie wacht Faust in ‚anmutiger Gegend` aus dem heilenden Schlaf des Vergessens mit neuer Kraft auf."

Bei solch polemischer Zuspitzung hört man die Goethe-Enthusiasten aufheulen, zumal Jasper in seinem Prolog über den "Fall Schneider/Schwerte" auf eine historische Analogie hinweist: Auch der SS-Offizier Schneider, mitverantwortlich für Menschenversuche im KZ Dachau, schöpfte nach 1945 neue Kraft aus dem "Schlaf des Vergessens" und machte unter dem Namen Schwerte eine blitzsaubere Karriere als demokratisch gewendeter Literaturwissenschaftler und Hochschulrektor.

Faust und das "deutsche Wesen"

Keine spätere Gestaltung der seit dem 15. Jahrhundert durch die Literatur geisternden Faust-Figur konnte sich gegen Goethes Darstellung durchsetzen. Nach Lessing und Heine versuchte sich auch Bertolt Brecht, dann Hanns Eisler an dem Stoff. Die beiden Letzteren wurden von der SED in die Schranken gewiesen, "da es keine ‚Zurücknahme` von Goethes Faust von ‚links` her" geben dürfe. Während unter Ulbricht Goethe und mit ihm der "immer strebende" Faust zu Wegbereitern des Sozialismus gemacht wurden, einigte sich die Germanistik der beiden deutschen Staaten später darauf, Goethe zum großen Humanisten zu stilisieren.

Auch dem widerspricht Jasper. Goethe sieht er in der "deutschen Mandarin-Tradition" - als Teil der "elitären Dynastie des Geistes, in der kein Platz für freischwebende Intellektuelle war". Idol des deutschen Bildungsbürgers wurde der Künstler, der zugleich Staatsdiener war - wie Goethe, der über Jahrzehnte die Geschäfte der "aufgeklärten Despotie" von Weimar besorgte. Dagegen stand das Bild des Intellektuellen, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts antisemitisch aufgeladen wurde: Der (jüdische) Intellektuelle ist entwurzelt, unpatriotisch, charakterlos; er spaltet, statt zu harmonisieren.

Der "Dichterfürst" Goethe hat, weniger durch seine Abneigung gegen die Juden als durch seine Selbstinszenierung, diese Frontstellung mitbegründet. Und er hat mit seiner Dichtung dazu beigetragen, daß "das Faustische" als Wesensmerkmal eines deutschen "Nationalcharakters" angenommen werden konnte. Jasper zitiert Heines prophetische Warnung vor dem "deutschen Faust", der die Welt erschüttern werde: "Es wird ein Stück aufgeführt werden in Deutschland, wogegen die Französische Revolution nur wie eine harmlose Idylle erscheinen möchte."

Natürlich führte kein gerader Weg in die Katastrophe, vielmehr bereiteten völkische und antisemitische Ideologen und Politiker den Boden für die totale Vereinnahmung des "Faustischen" im Interesse der NS-Vernichtungspolitik. Wie schon im Ersten Weltkrieg trugen deutsche Soldaten auch im Zweiten den "Tornister-Faust" an die Front, während daheim das Theaterpublikum aufgerufen wurde, "wie Faust kämpferischen Sinnes aus Nacht und Nöten zu einem neuen Morgen aufzubrechen". Görings Generalintendant Gustav Gründgens, der umjubelte Mephisto-Darsteller, unterstützte den Vernichtungskrieg der Wehrmacht, indem er die "Idee des Soldatischen" auf die Bühne brachte.

Gründgens konnte seine Karriere nach 1945 bekanntlich fortsetzen, ebenso wie maßgebliche Größen der nazistischen Germanistik. Faust wurde "entnazifiziert", eine "kritische und selbstkritische Betrachtung der Wirkungsgeschichte der deutschen Klassik" aber, schreibt Jasper, blieb Minderheiten vorbehalten. Die in beiden deutschen Staaten betriebene ",Vergangenheitsbewältigung` durch Reaktivierung des Goethe-Kults" dokumentiere einen "unbelehrbaren Bildungshochmut", der sich heute bei den Propagandisten der "selbstbewußten Nation" in der Klage ausdrücke: "Linke Moral und parasitäre Verleumder der abendländischen Kultur haben den Willen zur Macht zersetzt." Im bevorstehenden "Goethe-Jahr" könnten wir es verstärkt mit dieser aggressiv-nationalistischen Position zu tun bekommen - diese Befürchtung formuliert Jasper in seinem Epilog über "Mephisto und die Wiederkehr des Bösen".

Hier hat der Autor ein bißchen viel zusammengerührt: die Neue Rechte, die Renaissance von Wagner und Jünger, Noltes Geschichtsrevisionismus, Antje Vollmers Plädoyer für "Faustisches" im Deutschunterricht, eine Spiegel-Titelgeschichte über den Teufel, westdeutschen Hochmut gegenüber "desorientierten ostdeutschen Intellektuellen". Das alles faßt Jasper unter dem Oberbegriff "Antiintellektualismus" zusammen, dem er einen "zeitgemäßen faustischen Höhenflug" entgegenstellt: Die "einmalige Chance und Aufgabe" der deutschen Intellektuellen, hier und heute "die Erfahrungen mit zwei verschiedenen Formen des Totalitarismus aufzuarbeiten und für eine europäische Zivilisation fruchtbar zu machen".

Auch wer auf faustische bzw. totalitarismustheoretische Höhenflüge lieber verzichtet, kann Jaspers Buch mit Gewinn lesen. Es ist nicht nur anregend, sondern auch spannend und muß trotz der Vielzahl erwähnter Geistesgrößen auch auf "Halbgebildete" nicht einschüchternd wirken.

Js.

Willi Jasper: Faust und die Deutschen; Rowohlt Berlin Verlag 1998, 304 Seiten, 42 DM

35. Antideutsche unter sich. konkret als "linksdeutsche Burschenschaft" geoutet

Autor: dk. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak422/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:29

konkret steht am Pranger. Dem Mercedes Benz des deutschen Antinationalismus wird das schwerste aller Verbrechen zur Last gelegt: Die Zeitschrift sei rassistisch, völkisch und vor allem deutsch. Das jedenfalls behaupten antideutsche MigrantInnengruppen.

Afghanistan, das ist "da unten am Ende der Welt", "eine Gegend ..., in der das Tragen von Kopfwindeln und Gesichtspelzen Vorschrift ist", wo die Taliban als "analphabetische Irre" das Fernsehen verbieten so wie "der notorische Buschmann" sich nicht fotographieren lassen will.

"Der" politische Flüchtling, das ist heute "einer, der in seinem Herkunftsland ein Regime errichten möchte, wie es das in seinem Aufnahmeland schon gibt". Politische Flüchtlinge "sind potentielle Agenten, Kollaborateure, Geschäftspartner, Stoßtrupp, Brückenkopf". Insbesondere die Flüchtlinge aus dem Kosovo "können uns Kapitalismus pur beibringen". Immerhin haben sie "das Survival of the fittest ... gelernt" und "man" liest von ihnen "bisweilen im Zusammenhang mit Berichten über Schießereien in jenem Milieu , wo die freie Marktwirtschaft ihren Ursprung hat".

Das Kopftuch, das ist jenes Symbol "des" Islams, in dem am nachdrücklichsten zum Ausdruck kommt, daß es "letzter Zweck jeder Kultur sei, der Sinnlichkeit zu mißtrauen und mehr als ‚gesunde' Sexualität nicht zuzulassen". Darin sind sich "islamische und deutsche Erneuerer... einig". Und wenn eine kopftuchtragende Frau "die begehrlichen Blicke der Mitschüler, die kleinen Anspielungen, die zufälligen Berührungen" nicht ertragen "konnte und wollte", so kann das nur ein deutlicher Beweis für sexuelle Zwangsmoral und unterdrückte Erotik oder schlicht islamischen Fundamentalismus sein.

Was stellen diese Zitate dar? Rassistische und sexistische Ausfälle, möchte man meinen. Geschult an antirassistischen Diskursen und gebeutelt von gnadenlosen KritikerInnen ob so mancher eigener sprachlicher Entgleisung und mangelnder Sensibilität verspürt man vielleicht sogar den Drang zur Steigerung: rassistische und sexistische Verachtung und Hetze. Aber ach! Die Worte stammen aus den Federn der ehrenwerten Herren Sokolowsky, Porth und Wertmüller und wurden veröffentlicht in den Ausgaben 8/1998 und 7/1998 der ebenso ehrenwerten Zeitschrift konkret. Ja, richtig, genau jene konkret, die keine Gelegenheit ausläßt, vermutetes rassistisches, antisemitisches und nationalistisches Denken, Sprechen und Handeln mit aller Härte zu attackieren, mit Vorliebe bei denjenigen, die in diesem Land noch linke und linksradikale Politik in Theorie und Praxis machen wollen.

Ausgerechnet von antideutschen MigrantInnengruppen um das Café Morgenland in Frankfurt sowie die Zeitschrift köXüs ist das Flaggschiff des deutschen Antinationalismus erwischt worden. Zunächst in einem umfangreichen Brief an diverse Zeitungen, dann via Internet werden Sokolowsky, Porth, Wertmüller und ihr Organ schonungslos als das entlarvt, was sie sind: deutsche Autoren in einer deutschen Zeitung. Und in eben dieser Eigenschaft müssen sie sich berechtigterweise "rassistischen Humor", "rassistische Denkmuster" und "rassistische Ausfälle" vorwerfen lassen. (vgl. die Beiträge in köXüs, Nr. 11, Winter 1998/99) Doch sowohl in der migrantischen wie deutschen antideutschen Szene ist mit dem an sich doch schon reichlich diskreditierenden Nachweis einer Entgleisung in rassistische Sprech- und Denkweisen das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht, und so prasselt es unerbittlich auf die arme konkret hernieder: Schulterschluß mit dem "Ossi-Mob", Komplizenschaft mit der "national-sozialen Werkgemeinschaft", antisemitische Affekte, völkische Gesinnung. Im Gegensatz zu ihren Rassismus-Vorwürfen entledigen sich Café Morgenland, köXüs und die anderen MigrantInnengruppen bei diesen Attacken der lästigen Nachweispflicht und begeben sich statt dessen auf das weite Feld der freien Assoziation. Das ist zwar nicht schön, redlich auch nicht, aber dafür peppig.

Doch da haben sie die Rechnung ohne den deutschen Wirt gemacht. Wo kämen wir da hin, wenn irgendwelche hergelaufenen MigrantInnen genauso holzen dürften wie jene drei Musketiere und ihre Zeitung. "Abenteuerliche Konstruktionen und verleumderische Polemik" stellen Jörg Später und Jochen Müller vom iz3w in dem MigrantInnen-Pamphlet fest, weswegen sie "die Kritik nicht mehr ernst nehmen (können)" und sie auch nicht abdrucken wollten. Da wäre einem doch fast ein "Sehr richtig!" rausgerutscht, wenn die Äußerungen

von Sokolowsky, Porth und Wertmüller nicht gleichzeitig als "Ressentiments" oder als "flotte Formulierungen am linken metropolitanen Stammtisch" verharmlost werden würden. Wo doch konkret bereits bei einer Formulierung wie "antinationale Ausfälle" leichtfertigen Umgang mit einem ominösen historischen Hintergrund diagnostiziert und ansonsten auf die "deutsche Volksgemeinschaft und ihre Linke" eindrischt, daß die Schwarte kracht.

In der MigrantInnen-Kritik an konkret fällt nun das ganze Arsenal der leidigen Entlarvungstechniken, willkürlichen Zitierweisen und haarsträubenden Beleidigungen, die diese Zeitung und ihre Autoren zu einer gewissen Perfektion entwickelt haben, auf die Urheber zurück. Wo politische Radikalität zur verbalen Geste wird, löst der billige Effekt die der Klärung verpflichtete Debatte ab. Zeitschriften wie konkret sind zum "Talk im Turm" der linken Printmedien geworden. "Flotte Formulierungen" sind da in erster Linie quotenträchtige Aufreißer in einer Show; sie sind die message, nicht die kritische Auseinandersetzung etwa mit Kultur- und Religionskritik, selbstethnisierender Identitätspolitik oder einem Flüchtlingsbild voller antirassistischer Projektionen. So richtig chic wird eine solche Inszenierung aber erst durch lautstarke Interventionen aus dem Publikum. Die MigrantInnen-Punks verleihen der antideutschen Trash-Talk-Runde den zusätzlichen Pepp. Wenn das kein spektakulärer Event ist!

dk.

Postscriptum: In ihrer Weisheit und Güte hat die konkret-Redaktion die MigrantInnengruppen nur mit erklärtem Desinteresse und der Weigerung bestraft, ihren Beitrag ungekürzt abzudrucken; eine Seite hätten sie aber immerhin vollschreiben dürfen. Aber wahrscheinlich sind diese no-name-MigrantInnen auch nicht recht satisfaktionsfähig, denn "wer nicht in der Lage ist, seinen Gedanken auf einer vollen Druckseite vorzutragen, hat keinen." (konkret, 11/1998). Das hat gesessen, aber wo? In konkret 8/1998 hat der Verfasser bei neun Artikeln mit mehr als einer Seite aufgehört zu zählen. Die Autoren waren Joachim Rohloff, Otto Köhler, Wolfgang Pohrt, Rolf Surmann, Jürgen Elsässer, Peter Kratz, gruppe demontage, Gerhard Scheit und Kay Sokolowsky.

36. "Du spreche doitsch?"

Der Streit um Einbürgerung und die Frage des Deutschwerdens

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:03

Nachdem sich die Union auf die doppelte Staatsbürgerschaft eingeschossen hatte, legte Innenminister Otto Schily am 13.1.99 einen Arbeitsentwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vor. Damit nimmt eines der wenigen tatsächlich fortschrittlichen Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung endlich Gestalt an.

Mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts durch die rot-grüne Bundesregierung hat die CDU/CSU die Debatte um die Ausländerpolitik erneut scharf polarisiert. Was in den letzten Wochen aus den Parteizentralen in Bonn und München zu hören war, hatte das intellektuelle und argumentative Niveau von NPD-Flugblättern. Kein Wunder also, daß NPD, "Republikaner" und DVU der Unions-Kampagne sofort ihre Unterstützung zusagten.

Mit seiner Äußerung, die doppelte Staatsbürgerschaft sei gefährlicher als die RAF in den siebziger und achtziger Jahren, eröffnete der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber Anfang Januar im Focus den rassistischen Reigen. "9.000 gewaltbereite Kurden", so Stoiber, wolle die rot-grüne Bundesregierung einbürgern. Der Chef seiner Staatskanzlei, Erwin Huber, schwadroniert von "50.000 Sympathisanten der verbotenen kurdischen PKK". In Bayern hält man die Reform für einen "Anschlag auf die innere Sicherheit", so jedenfalls der Innenminister des Landes, Günther Beckstein.

Damit liegt er voll und ganz auf Parteilinie, die da heißt: "Die rot-grüne Koalition hat sich auf eine die Grundfesten der inneren Ordnung und Stabilität unseres Staates erschütternde Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts geeinigt." Die CSU sieht das "Volkswohl" gefährdet: "Wie viele Deutsche wird es in zehn Jahren geben, die kein Wort deutsch sprechen? Wird es bei den nächsten Wahlen eine islamistische Partei in Deutschland geben? Oder werden die Neuwähler ‚nur` die Mehrheitsbeschaffer für den Fortbestand einer rot-grünen Regierung sein? Wie viele Ausländer werden in den Genuß von Nachzugsregelungen und Familienzusammenführung mit ihren Angehörigen mit zwei Pässen kommen?"

Mit absurden Zahlenspielen baut die CSU an einer Drohkulisse, die drauf zielt, dumpfes völkisches Denken zu mobilisieren. Ihr Bundestagsabgeordneter Peter Ramsauer warnt davor, daß die Pläne der Bundesregierung "massenhaft Millionen, Zigmillionen" in der BRD lebender Ausländer zu "Neodeutschen" machen würden. Diese "Einbürgerungswelle ohne Beispiel", erklärte der Innenexperte Wolfgang Zeitlmann, öffne das "Einfallstor für ethnische und politische Konflikte". Theo Waigel, bis vor kurzem noch CSU-Parteivorsitzender, spricht beherzt von einem "Anschlag auf das Staatsvolk".

Auch wenn die CDU die offene Hetze der bayrischen Schwesterpartei überläßt, ist sie sich mit der CSU im Ziel durchaus einig. Darüber können auch die Stimmen nicht hinweg täuschen, die sich gegen die Unterschriftenkampagne aussprechen. Michael Glos, der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, hat die Gemeinsamkeit in aller Deutlichkeit benannt. Die Union will mit der Unterschriftenaktion gegen die Bonner Reformpläne wieder "kampagnenfähig" werden. Ein Vierteljahr nach der Bundestagswahl und der Rückkehr in die Opposition ist es CDU und CSU nicht gelungen, dem von ihnen prognostizierten rot-grünen "Chaos" ernsthaft eigene Vorstellungen entgegenzusetzen. Daß der Spitzenkandidat der Hessen-CDU, Roland Koch, der bis vor gar nicht allzu langer Zeit noch als "junger Wilder" galt, sich in der Diskussion um die Unterschriftenkampagne als Hardliner zeigte, ist kein Zufall. Rechnet er sich doch mit der Kampagne die Möglichkeit auf einen bislang eher unwahrscheinlichen Wahlerfolg der CDU bei den Landtagswahlen am 7. Februar aus.

Bundesweit soll die Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft erst am 24. Januar starten. Die hessische CDU legte aber mit Blick auf die Landtagswahl bereits eine Woche vorher los. Wolfgang Schäuble gab die Argumentationslinie vor: "Der Wille zur Integration muß Grundvoraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bleiben. Die unbegrenzte, allgemeine Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, die jedem Ausländer, der für ein paar Jahre in Deutschland lebt, einen Anspruch auf einen deutschen Paß einräumt, ohne daß er seinen alten abgeben muß, enthebt ihn dieser positiven Entscheidung. Deshalb fördert die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall nicht die Integration, sondern behindert sie."

Unter der Überschrift "Ja zur Integration - Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft" heißt es im Text der Unterschriftenaktion dementsprechend: "Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsbürgerschaft ist daher unverzichtbar."

Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Textes verständigten sich CDU und CSU auf gemeinsame Positionen zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Darin halten sie "am Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit" fest. "Wer für Integration ist, muß zugleich auch für Zugangsbegrenzung sein." Also sollen nur Kinder bis zu "höchstens" 10 Jahren zu ihren Familien in die Bundesrepublik nachziehen dürfen (bislang 16 Jahre). Ginge es nach der Union, dürften auch junge MigrantInnen, die in Deutschland aufgewachsen sind, nach einem vorübergehenden Aufenthalt in ihren Heimatländern nur dann zurückkehren, wenn sie zuvor in der BRD einen "anerkannten Schulabschluß" erlangt haben. Nicht nur die doppelte Staatsbürgerschaft wird abgelehnt, sondern auch die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts. Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft soll sich "wie bisher nach dem Abstammungsprinzip" richten.

Hier offenbart sich, was eigentlich hinter der Kampagne der Union steht. Es geht der CDU/CSU gar nicht in erster Linie um die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft. Was sie angreift, ist eine generelle Erleichterung der Einbürgerung. Tief verhaftet in einem völkischen Verständnis von Nation propagieren CDU/ CSU eine homogene ethnisch-kulturelle "deutsche Gemeinschaft", die es vor "den Fremden" zu schützen gilt.

Windungen

und Wendungen

Daß das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht reformbedürftig ist, ist keine Erfindung von Rot-Grün. Eine Reform stand schon seit 1994 auf der Agenda der Kohl-Regierung. Widersprüche innerhalb der Union und mit dem Koalitionspartner FDP blockierten aber deren Umsetzung. Angesichts der De-facto-Einwanderung in die BRD ist eine Neudefinition des Staatsbürgerbegriffs überfällig. Zur Zeit leben 7,3 Millionen MigrantInnen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Davon sind mehr als 29 Prozent seit mindestens 20 Jahren in Deutschland ansässig, weitere 19 Prozent seit 10-20 Jahren.

Im Kern geht es darum, den hier lebenden Nicht-Deutschen endlich gleichberechtigte Partizipationsmöglichkeiten per Paß zu eröffnen. Realpolitisch betrachtet scheint das der einzige Weg zu sein, wie im Rahmen des Grundgesetzes Nicht-Deutschen Bürgerrechte und -pflichten verliehen werden können. 1990 kassierte das Bundesverfassungsgericht das kommunale Ausländerwahlrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein, weil nur das "deutsche Volk" die Staatsgewalt legitimieren könne. Die Karlsruher Richter regten damals andererseits an, daß der Gesetzgeber der "Veränderung in der Zusammensetzung der Einwohnerschaft" durch erleichterte Einbürgerung Rechnung tragen könne. Insofern ist es nur konsequent und folgerichtig, daß Rot-Grün endlich ein "modernes Staatsangehörigkeitsrecht" einführen will. Nur so kann die Grundlage für eine gleichberechtigte Teilnahme der Nicht-Deutschen am gesellschaftlichen und politischen Leben zumindest formal geschaffen werden.

Die Grundstruktur der Staatsbürgerschaftsrechtsreform, wie sie im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen festgelegt wurde, stellt in den Mittelpunkt die (halbherzige) Abkehr vom Abstammungsprinzip. Kinder ausländischer Eltern sollen mit ihrer Geburt die Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil bereits in der BRD geboren wurde oder bis zum 14. Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt. Ein Einbürgerungsanspruch ist für Einwanderer vorgesehen, die sich seit acht Jahren (bislang fünfzehn) rechtmäßig in der BRD aufhalten. Für minderjährige MigrantInnen soll der Anspruch schon nach fünf Jahren bestehen, wenn zumindest ein Elternteil über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt und beide seit fünf Jahren in der BRD leben.

Mitte Januar legte Innenminister Otto Schily seinen Arbeitsentwurf zur Reform vor. Dabei handelt es sich um einen Text, der weder unter den verschiedenen beteiligten Ministerien, noch im Vorfeld zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt wurde. In nicht unwesentlichen Punkten plant das Innenministerium Verschärfungen und Vorbedingungen für die Einbürgerung.

So soll die erleichterte Einbürgerung mit dem Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung verbunden werden. Wer Bestrebungen gegen den Bestand der BRD und die Verfassung verfolgt oder "durch Anwendung

von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange" der BRD gefährdet, verliert seinen Einbürgerungsanspruch. Ganz abgesehen davon, daß hier Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor geöffnet wird, erlaubt diese Klausel die Einführung einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

Der Anspruch erlischt auch in dem Fall, daß eine Verständigung mit dem/der EinbürgerungsbewerberIn in deutscher Sprache nicht möglich ist. Zwar heißt es aus Koalitionskreisen, daß es keine Sprachtests geben soll, wer bestimmt aber, was unter Verständigung zu verstehen ist?

Fatal ist das Vorhaben, MigrantInnen die Einbürgerung zu verweigern, wenn sie Sozialhilfe- oder ArbeitslosenhilfeempfängerInnen sind. Der Entwurf enthält zwar eine "Kann-Bestimmung" für den Fall, das die Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung unverschuldet erfolgt - damit ist aber die Einbürgerung wieder eine reine Ermessensentscheidung der Behörden.

Bereits diese drei Punkte zeigen, wie halbherzig die Reformpläne der Bundesregierung sind. Ein Einbürgerungsanspruch besteht nach ihren Plänen für Migranten, die seit acht Jahren rechtmäßig in der BRD leben. Acht Jahre, in denen sie sich ein soziales Umfeld aufgebaut haben, in irgendeiner Art und Weise mit ihrem (deutschen) Umwelt kommunizierten, Steuern und Abgaben zahlten und einen Anspruch auf staatliche Sozialleistungen erlangten etc.pp. Würde die Bonner Koalition ihr Gerede von der Einbürgerung als Voraussetzung der Integration ernst nehmen, dürfte sie solche Ausschlußkriterien nicht verfolgen. Vor allem was den Ausschluß von MigrantInnen anbelangt, die von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe leben, ist zu vermuten, daß Schily von vornherein populistischen Stimmungen nachgegeben hat.

Die rot-grünen Reformpläne sind weit davon entfernt, allen hier lebenden Menschen gleiche soziale und demokratische Rechte zu geben. So besteht z.B. für Flüchtlinge, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind und hier rechtmäßig leben, kein Einbürgerungsanspruch.

Bei aller Kritik im Detail, die Reformpläne bedeuten die Ergänzung des Abstammungsprinzips durch das Territorialprinzip, das Geburtsort und langfristigen Wohnsitz berücksichtigt. Auf ideologischer Ebene bedeutet das eine kleine Revolution. Was damit eingeleitet wird, ist der Abschied von den völkischen Grundlagen dieser Republik. Die Hetzkampagne der Union zeigt, daß damit die Diskussion über die Frage eröffnet ist, was Deutschsein in Zukunft bedeutet und welches staatsbürgerliche Selbstverständnis sich in der BRD entwickeln wird.

mb.

37. Neuer Service per EMail!

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:25

Liebe LeserInnen,

wir hoffen, ihr hattet einen Guten Rutsch und seid prima ins neue Jahr gestartet. Wie ihr bemerkt habt, ist die Dezember-Ausgabe etwas verspätet eingetroffen und einige hatten ihn noch nicht einmal unter dem Tannenbaum. Dafür möchten wir uns entschuldigen. Im Moment ist uns leider noch nicht klar, wodurch diese Verzögerungen zustande gekommen sind. Wir arbeiten jedoch daran, daß sich das nicht wiederholt. Darauf unser Ehrenwort!

Zum Trost und weil im neuen Jahr alles besser werden soll, haben wir uns über die Weihnachtstage etwas Neues einfallen lassen. Ab sofort bieten wir einen neuen Info-Service, der vor allem diejenigen erfreuen dürfte, die ak nicht im Abo erhalten. Wer über einen EMail-Anschluß verfügt, kann sich ab sofort das Inhaltsverzeichnis der jeweils neuen ak zusenden lassen. Das Mail wird Euch einige Tage vor Erscheinen der ak erreichen. Damit erhalten auch diejenigen, die ak nicht abonniert haben und die immer wieder vergessen, daß ak vierwöchentlich erscheint, eine Erinnerungshilfe, ab wann sich der Weg in den Buchladen wieder lohnt.

Wie es geht?

Schickt uns einfach ein EMail mit dem Betreff: ak-mailservice Inhaltsverzeichnis an unsere Mailadresse (ak-redaktion@cl-hh.comlink.de) und schon werdet ihr künftig die gewünschten Nachrichten erhalten. Mehr ist nicht nötig. Für diejenigen, die keinen Mailanschluß, aber Internetzugang haben, sei darauf hingewiesen, daß das Inhaltsverzeichnis der neuen ak auch unter http://www.akweb.de einige Tage vor Erscheinen der Zeitung online einzusehen ist. Außerdem sind dort schon einige Artikel der jeweils kommenden Ausgabe nachzulesen.

Hinweisen möchten wir an dieser Stelle noch einmal auf unsere neuen Werbe-Faltblätter. Um mehr Menschen auf ak aufmerksam zu machen und möglichst neue LeserInnen zu gewinnen und damit ak auf Dauer zu sichern, sind wir auf Eure Hilfe angewiesen. Unter den Titeln: "Veränderungen beginnen im Kopf" und " Manchmal treffen wir auch ins Schwarze" könnt ihr diese Leporellos bei uns kostenlos bestellen. Mail, Fax, Brief oder Anruf genügen und schon habt ihr die Dinger in der Post. Bitte helft mit, daß die Werbezettel an möglichst vielen Orten ausliegen, wo Linke sich treffen.

Bitte schickt mir die neuen Faltblätter, Faltblatt: "Veränderungen ... beginnen im Kopf", , Faltblatt: "Manchmal ... treffen wir auch ins Schwarze"

Ich brauche, ...Exemplare, , ... Exemplare

Name:, Ort:, , Str.:

, , ,

38. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:34

Kalender

Liebe VeranstalterInnen,

ak bietet einen neuen Service: Wenn Ihr uns per Mail, Fax oder Post Veranstaltungen mitteilt, die wir ankündigen sollen, könnt Ihr auch Probeexemplare von ak - analyse und kritik und unsere Werbefaltblätter anfordern. Wir schicken euch dann die entsprechende Menge kostenlos zu und würden uns freuen, wenn Ihr diese Exemplare auf eurer Veranstaltung auslegt oder verteilt. Solltet Ihr uns zusätzlich unterstützen wollen, dann wären natürlich der Verkauf der Zeitung oder eine entsprechende Spende auf unser Konto eine schöne Sache. Aber das ist keine Pflicht! Bitte nutzt dieses Angebot, damit ak auch in Zukunft noch kraftvoll zubeißen kann.

Der große Ausschluß

Eine Film- und Veranstaltungsreihe zum Thema "Gefährliche Orte, urbane Visitenkarten und das ‚Unternehmen Stadt`" findet im Hamburger "Kölibri" statt. "Armutsghetto und/oder community - urban underclass in deutschen Großstädten" ist das Thema der Informations- und Diskussionsveranstaltung am 4.2., 19.30 h. Am 4., 6., 7.2. wird der Film "Alphaville" gezeigt, am 13. und 14.2. kann man "Stadt der guten Hoffnung" und "Ab durch die Mitte" sehen, und am 5., 11. und 12.2. wird das Leben in der Stadt in einem skurrilen Tanztheater "Magpie" thematisiert (jeweils 20.30 h). Die Reihe wird begleitet von der Fotoausstellung "Angst und Wunsch" von Brigitte Pagendamm und Marily Stroux.

Hamburg, bis 25.3., Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, Eintritt 3,-/6,-/8,-/10,- DM.

Funktionshäftlinge in Buchenwald

Die Funktionshäftlinge (nicht nur) des Konzentrationslagers Buchenwald wurden für die Organisation des Lageralltags von der SS mit besonderen Aufgaben und Privilegien ausgestattet. Ihre widerspruchsvolle Stellung zwischen Widerstand und Kollaboration hat zu kontroversen Debatten geführt und war Thema der letzten Ausgabe der Zeitschrift "Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland", die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegebenen wird.

Hamburg, 25.1., 19.30, HeineBuch, Schlüterstraße 1.

Die Angst kam erst danach

Ingrid Strobl liest aus ihrem Buch über jüdische Frauen, die 1939-1945 in verschiedenen besetzten Ländern Widerstand geleistet haben. Eine Veranstaltung des Auschwitz-Komitees anläßlich des Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee.

Hamburg, 26.1., 19.30, Kulturhaus Eppendorf, Martinistr, 40.

Meister Anton und Walsers Schande

Lothar Baier setzt sich mit Martin Walsers Friedenspreisrede und den durch sie ausgelösten Reaktionen und Kontroversen auseinander.

Frankfurt am Main, 26.1., 20.00, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Unkostenbeitrag 5,-DM.

Singende Pferde

Als 14jähriger Junge kam Arkadij Gurewitsch in das Rigaer Ghetto und überlebte die Konzentrationslager Stutthof und Buchenwald. Anläßlich des Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz liest er aus seiner Autobiographie.

Hamburg, 27.1., 19.30, Kulturhaus Eppendorf, Martinistr, 40.

Geschichte der Roten Hilfe

Das Projekt Archiv informiert mit einem Dia-Vortrag über die zwanzig- bzw. siebzigjährige bewegte Geschichte der Roten Hilfe.

Oberhausen, 28.1., 20.00, Jugend- und Kulturzentrum Druckluft, Am Förderturm 27.

Graue Wölfe heulen wieder

Über türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD berichtet der Autor Kemal Bozay. Eine Veranstaltung des Antifa-Arbeitskreises an der FH Düsseldorf.

Düsseldorf, 1.2., 20.00, ZAKK, Fichtenstr. 40, Tel. 0211-451206.

Migration und Krankheit (I): Genitalverstümmelung und HIV

Die sogenannte Frauenbeschneidung wird von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, auch wenn es hier zu Verstümmelungen von Frauen kommen soll. Viele Frauen, die illegal in Deutschland leben, gehen hier der Prostitution nach und sind besonders stark der Gefahr ausgesetzt, sich mit HIV zu infizieren. Ärztliche Hilfe können sie nicht in Anspruch nehmen. Carmen Valdivia (TANEP) und eine Referentin von amnesty for women berichten.

Hamburg, 2.2., 19.30, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Tel. 040-392191.

Tatort Innenstadt

Neue Sicherheitskonzepte in den Innenstädten, die Privatisierung öffentlicher Räume und die Verdrängung vermeintlicher "Risikogruppen" sind Thema dieser Veranstaltung der Bunten Hilfe Ffm., der Vereinigung Hessischer Strafverteidiger und des Club Voltaire. Mit Waltraud Verleih (RA), Malte Engelhardt (Frankfurter Ballergazette), Hubert Bose (Soziologe, Hannover), Jürgen Stoodt (Pfarrer) und anderen.

Frankfurt am Main, 3.2., 20.00, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Unkostenbeitrag 3,-DM.

Der Genozid an den Sinti und Roma

Über den Genozid an den Sinti und Roma und die deutsche Historiographie referiert Wolf Wippermann in der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

Berlin, 9.2., 15.00, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr, 13-14, Saal C.

Migration und Krankheit (II):

Arbeiten mit kriegstraumatisierten Frauen

Gabriele Müller von dem in Hamburg angesiedelten Verein Seka stellt das Projekt Seka vor, das im ehemaligen Jugoslawien am Meer körperliche Erholung und psychologische und pädagogische Betreuung für Frauen und Kinder anbietet, die unter Gewalttraumata leiden.

Hamburg, 11.2., 19.30, Umdenken, Max-Brauer-Allee 116.

Unheimliche Nachbarn

Tschechen, Franzosen und Dänen in den gemeinsam mit Deutschland etablierten "Euroregionen" fürchten, erneut von dem mächtigen Nachbarn überrannt zu werden. Sind die Gegner eines "Europa der Regionen" Nationalisten, weil sie sich gegen Übergriffe auf ihr Territorium wehren"? Oder fehlt es an Grenzen, die der Übermacht zu setzen sind? Film und Diskussion mit Hans-Rüdiger Minow über die Rolle der Deutschen in den Euroregionen.

Osnabrück, 11.2., 20.00, Café Mano Negra, Erdgeschoß, Alte Münze 12.

Israel, die Araber und die Weltpolitik

Diskussionsabende mit Filmdokumentationen zur Entwicklung der Konflikte und Stellungnahmen von Vertretern arabischer Länder, Palästinensern und Israelis. Leitung Klaus Mellenthin.

Hamburg, 11.2., 25.2. und 4.3., jeweils 19.30-21.15, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr, 35, Tel. 040-34972175, Entgelt 7,- DM pro Abend. Anmeldung erforderlich.

"Protest oder Bekenntnis?"

Bilanz zwischen den Zeiten

Anhand verschiedener Untersuchungen, v.a. der neuen Forschungsarbeit von Saul Friedländer, setzen sich Erika Hirsch und Hermann Kaienburg mit der Vorgeschichte des Novemberpogroms von 1938 auseinander und ziehen "Entwicklungsfäden" in die Gegenwart.

Hamburg, 13./14.2., jeweils 10-16.30, Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr, 35, Tel. 040-34972175, Entgelt 53,- DM. Anmeldung erforderlich.

39. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:35

Kinderwelten

Mit dem Schwerpunkt "Kurz gehalten - Kindheit in Krabbelgruppen und Textilfabriken" beschäftigt sich die neueste Ausgabe der blätter des iz3w. Ausgangspunkt ist die Frage, warum Kinder noch immer "die beliebteste Projektionsfläche für den in Spendenbereitschaft transformierbaren Impuls (sind), ‚Schwachen` helfen zu wollen". Dazu werden zunächst westliche Kindheitskonzepte als kulturelle Konstruktionen analysiert und historisch als "bürgerliches Phänomen" gedeutet. Dieser äußerst lesenswerte Beitrag von Pia Haudrup-Christensen wird ergänzt durch eine kritische Bestandsaufnahme der Konzepte von Kinderorganisationen, eine Analyse der in Entwicklungskonzepten enthaltenen verdeckten Pädagogik, einen Bericht über die Auswirkungen der Globalisierung auf "Kinderwelten" in Nord und Süd sowie eine Bilanz der Erfahrungen, die in verschiedenen Teilen der Welt mit Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten gesammelt wurden. Eine spannende Sammlung von Beiträgen zu einem spannenden Thema. Und ansonsten: Wieder viele interessante Beiträge zu weiteren Themen, von Neoliberalismus über Klimakonferenz, BMZ-Politik und Korruption bis zu der Frage "Kann sich die Linke positiv auf Keynes beziehen?" Die Antwort soll hier jetzt aber nicht verraten werden...

blätter des informationszentrums 3. welt, Januar 1999, Ausgabe 234, Postfach 5328 D-79020 Freiburg i. Br., 8 DM.

Bilder der Revolte

Die hier vorgestellte Bildband "1968 am Rhein - Satisfaction und Ruhender Verkehr" gehört nicht zu den auf die Schnelle zusammengeschusterten Nostalgiebänden. Im Vorwort kritisieren die Herausgeber die Einfallslosigkeit der Medien, Jubiläen mit großem Getöse und minimalem Aufwand abzuarbeiten. Sie selbst begannen statt dessen eine aufwendige Suche nach noch nicht erschlossenen Quellen. Von angeschriebenen 80 Protagonisten der damaligen Ereignisse waren ganze 36 bereit, sich mit persönlichen Beiträgen an dem Buch zu beteiligen. Der Bildband enthält Fotos, Dokumente und ergänzende Erläuterungen aus den "kurzen Sommern der Anarchie" zwischen 1966 und 1971, begrenzt auf das Rheinland mit Schwerpunkt Köln. Im Mittelpunkt stehen nicht politische Auseinandersetzungen, sondern Aktivitäten des kulturellen "Underground", welcher im Rheinland seine Hochburg hatte. Mit Power und gewollter Provokation, Popmusik, Happenings und Straßentheater trug die kulturelle Avantgarde nicht unwesentlich zur Herausbildung des damaligen Klimas der Unruhe und allgemeinen Auflehnung bei. Einige damals "schockierend" wirkende Aktionen würden heute nur noch ein mitleidiges Lächeln hervorrufen - andere dokumentierte Formen des Widerstandes haben auch gegenwärtig nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Die Herausgeber schildern den Niedergang und Zerfall der 68er Bewegung ohne Bitterkeit. Denn vielleicht, so hoffen sie, "gibt es ja bald wieder Menschen, die Kunst nicht einfach als ruhenden Verkehr ihrer rasenden Welt einverleiben, sondern in ihr die Barrikade wiederentdecken".

Kurt Holl und Claudia Glunz (Hrg.): "1968 am Rhein - Satisfaction und Ruhender Verkehr", Bildband, Verlag Schmidtvon Schwind, Köln 1998, 312 Seiten, 600 Abbildungen, 68 DM.

Osteuropäische Vetternwirtschaft

Wenn es um Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der osteuropäischen Länder geht, ist schnell auch von Cliquen, Seilschaften und Mafia die Rede, und oft wird dabei auch eine Verbindung zu Kriminalität - zu Geldwäsche und Kapitalflucht, Drogenhandel und Waffenschieberei - unterstellt. Tatsächlich spielt nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus der informelle oder klientelistische Sektor in den ehemaligen Volksrepubliken eine wichtige Rolle bei der Neugestaltung von Wirtschaft und Politik. Auch im Alltag der Bevölkerung sind informelle Netzwerke von größter Bedeutung. Das zeigt sich selbst dem oberflächlichen Blick von TouristInnen, die rund um Flughäfen, Autobahnmautstellen und Bahnhöfen die Ansammlungen von Straßenhändlern und Zimmervermittlern beobachten oder die Dienste z.B. des informellen Transportsektors in Anspruch nehmen können. Die Vierteljahresschrift Ost-West-Gegeninformationen hat daher ihr letztes Heft dem Thema "Vetternwirtschaft und informelle Beziehungen" gewidmet. Ein einleitender Beitrag von Hannes Grandits klärt den Begriff Klientelismus; in sieben weiteren Artikeln stellen die AutorInnen die Bedeutung des

informellen Sektors für Ungarn, Bosnien, Serbien und Rußland dar. Im Dossier geht Hansgeorg Conert auf die Ursachen und den Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in Rußland ein, und Boris Kagarlitzky kommentiert die aktuelle Situation. Mit Jan Malewskis Artikel über den Aufstand der polnischen StudentInnen Anfang 1968 schließt die Zeitschrift ihre Serie über das Jahr 1968 in Ost- und Südosteuropa ab.

Ost-West-Gegeninformationen Nr.4/1998, 10. Jg., hg. vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz, Postanschrift: Dezentrale, Prokopigasse 2/1, A-8010 Graz, Einzelheft 6 DM, Jahresabo DM 30,-.

Arbeit für die feindliche Rüstungsindustrie

"Vom Bahnhof in Berlin gingen wir zu Fuß in Viererreihen. Wir gingen barfuß durch die Stadt, und die Passanten sahen uns mitleidig an... Und dann sahen wir ein Lager, das mit Stacheldraht eingezäunt war." Zehntausende ausländischer ZwangsarbeiterInnen waren 1939-1944 in der Rüstungsindustrie in Berlin und Brandenburg beschäftigt. Organisatorisches Rückgrat dieses "Ausländereinsatzes" war das Durchgangslager in Berlin Wilhelmshagen. Eine Gruppe von WissenschaftlerInnen und Studierenden der Humboldt-Universität Berlin unter der Leitung von Leonore Scholze-Irrlitz hat dieses Lager zum Ausgangspunkt für eine Suche nach den Spuren des Alltags der Zwangsverpflichteten genommen. "Arbeit für den Feind" heißt der Sammelband über deren Alltag, der Auswertungen von Interviews und Archivmaterialien, einen Überblick über die Entwicklungslinien des "Ausländereinsatzes" in Berlin (Helmut Bräutigam) und eine knappe Darstellung der DDR-Historiographie zum Thema Zwangs- und Fremdarbeit (Laurenz Demps) enthält. Leider ist das Buch etwas schlampig lektoriert: So zeigen zwei Beiträge über das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den ZwangsarbeiterInnen (Thomas Kochan, Steffen Müller-Rockstroh) starke Überschneidungen, und vergeblich sucht man den Brief einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, auf den in einem Kapitel über die Arbeit der Berliner Geschichtswerkstatt zum Thema "Vergessene Lager - vergessene Opfer" (Gisela Wenzel) immer wieder verwiesen wird. Trotzdem ist "Arbeit für den Feind" eine lesenswerte Zusammenstellung von Aufsätzen. Die Forschungsergebnisse der Gruppe sind außerdem in einer Ausstellung im Museumspark Rüdersdorf bei Berlin, Heinitzstr. 11 zu sehen (bis zum 6. April, täglich 10-16 Uhr).

Arbeit für den Feind. Zwangsarbeiter-Alltag in Berlin und Brandenburg 1939-1945, herausgegeben von Leonore Scholze-Irrlitz und Karoline Noack, Berlin 1998, be.bra-Verlag, 152 Seiten, DM 29,90.

40. Le Pen gegen Rassisten

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/lepen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:lepen

Ungewohntes hört die französische Öffentlichkeit derzeit vom Anführer des Front National: Jean-Marie Le Pen wütet gegen eine "extremisti-sche" und "rassistische" Minderheit in den eigenen Reihen. Deren Wortführer Bruno Mégret, der bislang als Le Pens Kronprinz galt, wurde mitsamt seinen Getreuen kurzerhand aus dem FN ausgeschlossen. Alles deutet auf eine Spaltung in zwei konkurrierende Parteien hin; wegen der Weiterführung des Namens streitet man sich vor den Gerichten. Der Eindruck trügt, bei den Mégretisten handele es sich um eine gemäßigte Variante des Neofaschismus. Ideologisch stehen sie Hitler wahrscheinlich näher als Le Pen; insbesondere der nazistische Rassenwahn stößt im Mégret-La-ger auf offene Sympathie. "Gemäßig- ter" sind die Mégretisten in ihrer Bündnispolitik: Sie wollen, u.a. mittels "vergifteter Stimmengeschenke", die bürgerliche Mitte "explodieren" lassen. Le Pen lehnt eine solche aktive Bündnispolitik als Verrat ab - letztlich eine taktische Differenz.

Seite 9

41. Quelldatei sp990113.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/sp990113.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:sp990113

Summe bis 14.12.98 8.588,00

A.E., Hamburg 850,00

B.I., Münster 100,00

J.W., München 100,00

Ch.W., Köln 50,00

F.J.L., Borken 150,00

St.M., Kaiserslautern 300,00

U.S., Hamburg 150,00

K.R.P., xy 200,00

St.A., Bollschweil 100,00

S.K., xy 500,00

W.D., Frankfurt 50,00

A.Sch., Köln 50,00

W.+M.B., Berlin 100,00

H.R., Salzgitter 100,00

B.P., Berlin 150,00

P.D., Köln 200,00

D.+H.H., Hamburg 250,00

G.B., Hamburg 300,00

Ph.R., xy 50,00

F.W., Berlin 70,00

M.G., Metzingen 100,00

Flockel, Charlottenburg 50,00

J.Ch.B., Bonn 50,00

E.K., Landesbergen 50,00

U.K., xy 50,00

G.+K.S., Mannheim 80,00

I.+J.M., Stade 100,00

V.M., Kusterdingen 100,00

Ch.W., Berlin 1.000,00

D.M., xy 20,00

K.B., Taunusstein 100,00

R.M., Oldenburg 100,00

AK-Freunde, Berlin 1.800,00

S.G., Tübingen 300,00

Peter, Braunschweig 200,00

H.E.W., St.Augustin 60,00

W.I., Stuttgart 50,00

G.Ch., xy 50,00

E.D., Bremen 250,00

E.F., Hamburg 200,00

G.K., Berlin 200,00

M.M., München 100,00

S.S., Zemmer 100,00

J.H., Lichtenau 100,00

XY, Wettenberg 50,00

I.H., Rheurdt 50,00

Freie Radikale, FFM 200,00

R.R., St. Ingbert 100,00

G.O., Berlin 100,00

R.Pf., Northeim 100,00

B.L., xy 50,00

W.Z., xy 50,00

V.Sch.-K., Pulheim 50,00

R.M., Luxemburg 49,99

M.H., Göttingen 1.000,00

H.Z., Bubach 100,00

B.R., Biberbach 100,00

N.N., Lüneburg 100,00

T.R., Hamburg 100,00

B.H., xy 50,00

C-L, FFM 300,00

R.G., Mainz 100,00

A.D., xy 150,00

A.I., Hamburg 850,00

Summe bis 13.01.99 12.679,99

Summe gesamt 21.267,99

42. Die Hälfte haben wir schon

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/spende99.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:spende99

Spendensammlung: 40.000 DM für ak!

Die Hälfte haben wir schon

Dieselbe Summe in Euro, und wir wären fast schon am Ziel. Da aber bisher "nur" gut 21.000 Deutschmark bei uns eingetrudelt sind, müssen wir das Hurra-Geschrei, das einmal im Jahr unsere Kellerräume erzittern läßt, noch ein wenig verschieben. Unsere erste redaktionelle Mitteilung des neuen Jahres enthält also gleich zwei Botschaften: Allen, die schon gespendet haben, übermitteln wir ein herzliches Dankeschön; aber auch denen, die noch nicht dazu gekommen sind, haben wir Erfreuliches mitzuteilen: In acht Wochen ist Frühlingsanfang, und spätestens dann soll unsere "Weihnachts"-Spendensammlung abgeschlossen sein - und zwar erfolgreich.

Für die Unentschlossenen wiederholen wir in aller Kürze Sinn und Zweck dieser traditionsreichen Einrichtung: Es gilt, das Überleben von ak - analyse & kritik für ein weiteres Jahr zu sichern, zu einem Preis, der auch für Menschen mit sehr geringem Einkommen noch erschwinglich ist. Ohne beheizte Räume, technische Hilfsmittel und bezahlte Kräfte kann auch eine linke Zeitung nicht produziert werden; ak kann nur existieren, weil darüberhinaus etliche die Zeitung regelmäßig subventionieren - und weil zusätzlich auch noch unbezahlte AutorInnen, RedakteurInnen, TechnikerInnen, LayouterInnen etc. viel Zeit und Energie in unser gemeinsames Projekt stecken. Diese Struktur, die jeden Unternehmensberater zur Verzweiflung treiben würde, soll auch erhalten bleiben: Wir wollen uns nicht bereichern, sondern eine linke Zeitung am Leben halten, die wir für unverzichtbar halten.

ak-LeserInnen, die das genauso sehen, dürfen dabei mitmachen: u.a. mit einer Spende. Vielen Dank im voraus.

ak-Redaktion

Spenden-Konto

Robert Gatermann

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

Konto: 464584204

43. Atom-Widerstand sucht neue Wege ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/titel1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:titel1

Das politische Koordinatensystem in diesem Land hat sich verschoben. Der hohe Stellenwert, den der Atomausstieg in der Regierung hat, erfordert eine neue Orientierung der Anti-AKW-Bewegung.

Viele AKW-GegnerInnen fragen sich mit Blick nach Bonn, ob der Widerstand nicht überflüssig geworden sei. Führen die Bonner Ankündigungen zu einer Beruhigung, die den Atomwiderstand ins gesellschaftliche Abseits stellt? Hat die Bewegung noch eine Zukunft oder sind die Tage massenhaften Atomwiderstands gezählt?

Jochen Stay zeigt in dieser ak-Ausgabe auf, daß es die Atomwirtschaft trotz Castor-skandal und Rot-Grün verstanden hat, ihren Forderungen breiten Raum zu verschaffen. Die Einrichtung neuer Zwischenlager kann einen langfristigen Weiterbetrieb der AKW ermöglichen. Stay fordert eine neue bündnispolitische Ausrichtung, die Grüne aber nicht ausschließen soll.

Fritz Storim interessiert sich auf Seite 17 nicht in erster Linie für den massenhaften Widerstand. Mit Blick auf die autonomen Teile der Anti-AKW-Bewegung will er linke Politik stärken. Dazu müsse sich linker Inhalte erinnert werden. Storim knüpft an den in den 70er Jahren entwickelten Begriff der Autonomie an, der für die autonome Bewegung in Abgrenzung zu anderen linken Organisationen prägend war. In den vergangenen Jahren sind aber die politischen Inhalte oft abhanden gekommen. Eine bewegte Zukunft kann er sich nur vorstellen, wenn die Auseinandersetzung über Perspektiven und Utopien linker Gesellschaftsveränderung endlich wieder geführt werden.

Außerdem: Ein Kommentar über das Konsensgeschachere und ein Artikel zum Ausbau des Atomprogramms in Gorleben; die BI ruft zu Aktionen gegen die PKA auf

Seite 15-17

44. Raum-Ordnung

CD-Datei: daten/aksuche/ak422/titelort.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:422:titelort

"Standortwettbewerb": Eine Losung, der Unternehmen und Konzerne genauso folgen wie Großstädte - nicht umsonst ist das "Unternehmen Stadt" eines der Leitbilder postmoderner Urbanität. Dabei wirkt die Zurichtung der Stadt wie ein Brennglas für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Hier kristallisiert sich die ökonomische, soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft am deutlichsten heraus, und hier werden auch Ausgrenzungsideologien und -politiken am krassesten vorexerziert.

Straßenzüge und Plätze werden privatisiert, ihre Nutzung nur noch sozial genehmen Bevölkerungsgruppen erlaubt. Andere Viertel bekommen den Stempel der "gefährlichen Orte", ihre BewohnerInnen werden stigmatisiert und gleichzeitig die Kontrollbefugnisse der Polizei ausgeweitet. Diejenigen, die arm sind, aus dem Verwertungsprozeß herausfallen und/oder sich sozial auffällig und abweichend verhalten, werden zu "gefährlichen Klassen". Sie gelten als verdächtig und kriminell, ihre sozialen und Bürgerrechte werden eingeschränkt. Wer darf welche Räume in der Stadt nutzen? Wessen Interessen an Straßen und Plätzen werden akzeptiert? Die allgemeine Auseinandersetzung darüber, wer zum "Gemeinwesen" gehört und wer nicht, wird mit diesen Fragen in die konkrete Politik der städtischen Raum-Ordnung übersetzt.

Seite 18